DIE ENTSTEHUNG DES KRIEGES VON 1939

Geheimdokumente aus europäischen Archiven

Herausgegeben von der Archivkommission des Auswärtigen Amts

EIN FRANZÖSISCHER DIPLOMAT über die BOLSCHEWISTISCHE GEFAHR

Berichte des Botschafters der Französischen Republik in Moskau

JEAN HERBETTE

aus den Jahren 1927 bis 1931

IM DEUTSCHEN VERLAG · BERLIN

DIE ENTSTEHUNG DES KRIEGES VON 1939

GEHEIMDOKUMENTE AUS EUROPÄISCHEN ARCHIVEN

HERAUSGEGEBEN VON DER

ARCHIVKOMMISSION DES AUSWÄRTIGEN AMTS

ZWEITE SCHRIFT

EIN FRANZÖSISCHER DIPLOMAT ÜBER DIE BOLSCHEWISTISCHE GEFAHR

BERICHTE DES BOTSCHAFTERS
DER FRANZÖSISCHEN REPUBLIK IN MOSKAU

JEAN HERBETTE

AUS DEN JAHREN 1927—1931

IM DEUTSCHEN VERLAG · BERLIN

VORWORT

Die in diesem Buch enthaltenen Berichte des französischen Botschafters in Moskau Jean Herbette aus den Jahren 1927 bis 1931 sind den von deutschen Truppen in Frankreich erbeuteten Akten entnommen. Sie gewähren einen tiefen Einblick in die Politik Stalins, der schon zu jener Zeit entschlossen und in stets wachsendem Umfang auf den Angriff gegen die ganze Kulturwelt und die Entfachung der Weltrevolution ausging. Als einwandfreie Zeugnisse eines Franzosen vermitteln sie dem Leser an Hand von zahlreichen Beispielen ein wahrhaft erschütterndes Bild von dem zielbewußten Vernichtungswillen des Bolschewismus. Die den Berichten vorangestellte Zusammenfassung hat nur den Zweck einer „Einführung", die jeden zu dem Buche greifenden Leser veranlassen will, den vollständigen Inhalt der Ausführungen Herbettes in sich aufzunehmen, die gerade unserer heutigen Zeit den untrüglichen Beweis dafür liefern, daß es sich bei dem Kampf gegen Moskau tatsächlich um Sein oder Nichtsein unseres Erdteiles handelt.

Berlin, im Frühjahr 1943

Archivkommission des Auswärtigen Amts

EINFÜHRUNG

Jean Herbette, geboren im Jahre 1878 in Amiens, war der Neffe jenes bekannten Jules Herbette, der ein Jahrzehnt hindurch (1886 bis 1896) Frankreich in Berlin vertrat. In seiner Jugend widmete er sich zunächst dem Studium der Physik, bald aber wurde er Journalist und als Mitarbeiter vielgelesener Zeitungen, darunter des „Temps", in weiten Kreisen bekannt, zumal er sich durch ein selbständiges Urteil über die politischen Ereignisse auszeichnete.

Seine Entsendung nach Moskau Ende 1924 erfüllte ihn zuerst mit freudiger Genugtuung. Er war von freundschaftlichen Gefühlen, ja von einer fast hemmungslosen Begeisterung für das bolschewistische Rußland beseelt und wollte anfangs auf ein enges politisches Einvernehmen mit den Machthabern im Kreml hinarbeiten.

Gehen wir von dieser Tatsache aus, so gewinnen die späteren Berichte des Botschafters noch mehr an Bedeutung, denn sie entspringen demnach keineswegs einer persönlichen Abneigung oder einer doktrinären Beschränktheit ihres Autors. Nein, die in ihnen enthüllten Feststellungen beruhen auf Erkenntnissen, zu denen sich der Botschafter erst langsam durchgerungen hat, da sie seiner ursprünglichen Einstellung strikt zuwiderlaufen. Um so schwerer wiegt ihr Inhalt, um so nachhaltiger ist ihre Wirkung auf den Leser, denn um so überzeugender trifft ihn die Kunde von dem Verderben, das vom Osten her seit zwei Jahrzehnten Europa droht.

Ganz in Übereinstimmung mit der eben angedeuteten ursprünglichen Einstellung Herbettes reift seine Einsicht in die wahre Wesensart des Bolschewismus, in dessen Absichten und Ziele erst allmählich. Was ihn zunächst stutzig macht, ist das Verhalten des Zentralausschusses der Kommunistischen Partei der UdSSR während seiner Plenartagung im Kreml vom 30. Juli bis 9. August 1927. Damals hatte England gerade mit Moskau gebrochen und die Sowjetunion die Enttäuschung erlebt, daß in China nicht, wie sie gehofft hatte, der Kommunismus siegte. Angesichts beider Ereignisse proklamierte der genannte Zentralausschuß die Kriegsgefahr für Sowjetrußland und erklärte es infolgedessen für notwendig, „in den kapitalistischen Ländern nicht nur die Parole des Defaitismus auszugeben, sondern auch die einer aktiven Hilfe für den Staat des Proletariats". „Deshalb", so heißt es in dem Beschluß der Plenartagung weiter, „verwandelt sich die Losung von der Verbrüderung hier in eine Losung, die befiehlt, auf die Seite der UdSSR überzugehen, und schließt sich eng an die andere Parole an (nach der die Proletarier der anderen Länder die Pflicht haben, ‚ihre' imperialistischen Regierungen zu stürzen)."

Hierzu bemerkt Herbette am 19. August 1927: „In mehr oder weniger versteckten Worten empfiehlt der Kommunistische Zentralausschuß der UdSSR, der Herr sowohl der Sowjetregierung wie der Dritten Internationale, Fahnenflucht und Aufruhr in den Ländern zu schüren, die sich mit Rußland im Kriege befinden könnten. Um den Eindruck auf die ausländischen Regierungen zu mildern, gibt man vor, daß diese Propaganda nur für die Möglichkeit eines Krieges gelte, und erinnert daran, daß die Alliierten während des Krieges die Tschecho-Slowakei und die Jugoslawen aufgestachelt hätten, die österreichisch-ungarische Armee zu verlassen. Dieses Argument ist aber ein reiner Sophismus. Die UdSSR steht gegenwärtig nicht im Kriege mit anderen Staaten. Im Gegenteil, die Sowjetregierung erklärt sich entschlossen, korrekte Beziehungen mit den anderen Regierungen aufrechtzuerhalten. Wie sollen sich solche Beziehungen aber mit einer Propaganda für Aufruhr und Fahnenflucht vereinbaren lassen, die im Ausland nach den Weisungen Moskaus betrieben wird?"

Wir sehen: Das Gespenst der vom Bolschewismus betriebenen Weltrevolution steigt vor den Augen des Franzosen auf. Im Anhang zu seinem Bericht bringt er einen Auszug aus einem Aufsatz von Stalin in der „Prawda", der beginnend mit scharfen Angriffen auf England („Von der Französischen Revolution bis zur chinesischen Revolution hat England alle Befreiungsbewegungen bekämpft: aber die englische Bourgeoisie liebt es nicht, mit eigenen Kräften zu kämpfen, sie hat immer vorgezogen, andere für sich kämpfen zu lassen") gleichfalls in der Forderung gipfelt: „Zuerst ist in allen Ländern Europas Alarm zu schlagen und die Gefahr eines neuen Krieges auszurufen sowie die Wachsamkeit der Arbeiter und der Soldaten in den kapitalistischen Ländern zu verstärken ... Die Massen sind unaufhörlich darauf vorzubereiten, sich mit allen revolutionären Kampfmitteln jedem etwaigen Versuch der bürgerlichen Regierungen zu widersetzen, einen neuen Krieg zu organisieren."

Herbette erschrickt heftig und überlegt, was zu tun sei.

Wenige Monate später aber erkennt er die ganze Größe der Gefahr schon viel klarer und schickt am 10. Dezember 1927 einen wahren Alarmruf nach Hause. Die Verhandlungen der Kommunistischen Partei auf deren XV. Kongreß liefern ihm den Beweis, daß die Lage in Sowjetrußland ernst ist, da die wirtschaftlichen Sorgen wachsen, der passive Widerstand der Bauern zunimmt und die außenpolitischen Schwierigkeiten besonders durch den Bruch mit England fortbestehen. Nun aber zeigen die Reden Stalins auf dem Kongreß unverhüllt dessen Feindschaft gegen sämtliche kapitalistischen Länder. „Stalin hat die Frage: ‚Ausgleich oder Angriff?' nicht aufgeworfen. Er will den Angriff. Seine Ausführungen weisen seine Zuhörer nur auf den Angriff hin." Er glaubt an einen baldigen neuen Krieg der bürgerlichen Staaten gegeneinander um eine neue Verteilung der Rohstoffe, Absatzmärkte und Kolonien, und dieser Krieg wird die kapitalistische Ordnung zum Einsturz bringen. Im Anschluß hieran meint Herbette: „Welchen objektiven Wert auch die Ausführungen Stalins besitzen mögen, so haben sie jedenfalls eine subjektive Bedeutung, die keinem Beobachter entgehen kann: sie lassen bei den Führern der russischen Kommunistischen Partei den Willen erkennen, mit den sogenannten ‚bürgerlichen' Staaten keinerlei aufrichtiges noch dauerhaftes Abkommen zu schließen ... Stalin ist es so sehr darum zu tun, das

Herannahen der Revolution zu beweisen, daß die verschiedenartigsten Ereignisse für ihn zu unwiderleglichen Anzeichen werden." Rußland muß nach ihm aber einstweilen friedliche Beziehungen zu den fremden Regierungen pflegen. „Die Aufrechterhaltung dieser friedlichen Beziehungen ist wiederum für ihn lediglich ein Mittel, um eine europäische Revolution oder eine allgemeine Auflehnung der Kolonialvölker oder auch einen Krieg zwischen den sogenannten kapitalistischen Staaten ‚heranreifen' zu lassen." Um dieses „Heranreifen" zu fördern, gibt er die Losung aus:

„Kampf für die Entfaltung der kommunistischen Parteien in der ganzen Welt;

Kampf für die Verstärkung der revolutionären Gewerkschaften und der Einheitsfront der Arbeiter gegen die Offensive des Kapitals;

Kampf für die Verstärkung der Freundschaft zwischen der Arbeiterklasse der UdSSR und der Arbeiterklasse der kapitalistischen Länder;

Kampf für eine engere Verbindung zwischen der Arbeiterklasse der UdSSR und der Freiheitsbewegung der kolonialen Länder."

Hier wird also von dem französischen Diplomaten mit voller Deutlichkeit dargetan, daß die Machthaber im Kreml das Ziel verfolgen, in ganz Europa, ja überall den Umsturz zu betreiben, um alsdann die Weltherrschaft an sich zu reißen.

Nachdem er einmal so weit in das Geheimnis der roten Gewaltherrscher eingedrungen ist, findet er, wo er nur hinblickt, Bestätigungen für seine Erkenntnis. Am 20. Februar 1928 macht er auf die ständig steigenden militärischen Rüstungen in der Sowjetunion aufmerksam, wo man nicht nur mit äußerstem Nachdruck Lokomotiven und Güterwagen baut, sondern auch Heer und Marine reformiert, die chemische Industrie nach Kräften entwickelt, die Jugend zum Kriegsdienst vorbereitet und riesige Vorräte von Konserven aufstapelt. Im Hinblick auf solche Tatsachen durchschaut Herbette auch den wahren Sinn des Abrüstungsvorschlages, den damals die Vertreter der Sowjetunion in Genf vorbrachten. Er erwähnt zunächst (am 6. März 1928), daß Stalin soeben am 10. Jahrestag der Roten Armee verkündet habe, das Heer der UdSSR sei dazu bestimmt, „auf der ganzen Welt die Revolution zu entfachen", indem er ausrief: „Unsere Armee ist die Armee der Weltrevolution, die Armee der Arbeiter aller Länder ... Unsere Armee, die vom Geiste der Internationale beseelt ist, verfügt über eine unabsehbare Zahl von Freunden und Verbündeten in allen Teilen der Welt, von Schanghai bis NewYork, von London bis Kalkutta." Und weiter unten versichert Herbette: „Die Rüstungen der UdSSR und ihr Abrüstungsentwurf sind nur zwei verschiedene Formen ein und desselben revolutionären Bemühens. Wenn die UdSSR ihre Armee verstärkt, so geschieht das, um, wie Herr Woroschilow sagte, den Arbeitern des Auslandes, die die Kommunistische Internationale zur Erhebung gegen ihre eigenen Regierungen zu treiben hofft, ‚Mut zu geben'. Wenn die Sowjetregierung eine Abrüstungskonvention vorschlägt, so tut sie es, um in allen Ländern unter dem Vorwande einer Friedenspropaganda und Friedensüberwachung ein System von Arbeiter-, Bauern- und Soldaten-Sowjets einzuführen, die von einem internationalen Sowjet geleitet werden ... Diese Politik einer beschleunigten Weltrevolution betrachtet den Krieg als ein rechtmäßiges und vielleicht unentbehrliches Werkzeug."

Weitere Belege für seine Behauptungen über die Absicht der Bolschewisten, eine Weltrevolution zu entfachen, liefert Herbette der Mitte März 1928 in Moskau beginnende IV. Kongreß der Profintern, der kommunistischen Organisation zur Bearbeitung der Arbeitergewerkschaften in allen Ländern, in reichster Fülle. Denn schon aus einem Aufsatz des Generalsekretärs der Profintern Losowski geht hervor, daß es sich bei der Tagung darum handelt, „die Strategie der Streiks im Rahmen der wachsenden wirtschaftlichen Konflikte festzulegen" und „sich auch mit der Bewegung zu befassen, die die kolonialen und halbkolonialen Völker in Konflikt mit den alten kapitalistischen Staaten bringt". Der gleiche Losowski spricht von Filialen der Profintern „im Fernen Osten und in Australien" und stellt die Schaffung einer neuen in Lateinamerika in Aussicht. Im Zusammenhang hiermit fährt er fort: „Welchen Sinn müssen alle organisatorischen Maßnahmen haben? Es handelt sich darum, eine innigere und festere Verbindung mit den Massen zu erreichen, die Massen so schnell wie möglich zu gewinnen, aus den Berufsorganisationen die Verräter und die Agenten des Kapitals zu verjagen, die Fabriken und Werke noch stärker zu durchdringen und jeden Betrieb in ein Boilwerk der Profintern zu verwandeln." Der Kongreß wird — ebenfalls nach Losowski — Sonderausschüsse einsetzen, „die mit der Ausarbeitung konkreter Aktionsprogramme für die Berufsbewegung in China, Japan, Indien, den Balkanstaaten, in England usw. betraut werden sollen". Die Gefahr dieser Pläne erblickt Herbette vor allem darin, „daß die Propaganda der Profintern dem Rassenhaß auch noch den Klassenhaß hinzufügt und unter einer wenig gebildeten Bevölkerung eine Reihe brutaler und angeblich wissenschaftlicher Schlagworte verbreitet, so daß sie tatsächlich zu Katastrophen führen kann" (Bericht vom 14. März 1928). Durch beigefügte bolschewistische Zeitungsartikel belegt er dann die Tätigkeit der Profintern in China und in den Pazifikländern. Hierauf erfolgt eine Woche später (am 20. März 1928) eine Meldung über die rote Wühlarbeit in Herbettes Heimat, aus der hervorgeht, daß die Kommunistische Internationale, also eine „ausländische Organisation mit dem Sitz in Moskau", der französischen Kommunistischen Partei „Anweisungen erteilt, um in Frankreich den Parteien- und Klassenkampf zu verschärfen", und ihr „in der Form von Forderungen oder zwingenden Anregungen ihren Willen auferlegt". Klar hat der Botschafter das Zusammenspiel zwischen der Sowjetregierung und der Komintern erkannt (Bericht vom 2. April 1928): „So werden nach und nach, ohne daß hier jemand wissentlich auf den Internationalismus verzichtet oder sich zu irgendeinem Nationalismus bekehrt, die III. Internationale und ihre Organe zu Werkzeugen eines Staates gegen andere Staaten . . . Die Rivalitäten, die zwischen diesen beiden Organen (der Sowjetregierung und der Kommunistischen Internationale) auftreten können, sind unter den heutigen Umständen nebensächlich. Man muß sich jedoch vergegenwärtigen, daß die Kommunistische Internationale selbst sich immer mehr mit dem Staate identifiziert. der ihr als Nährboden und Stütze dient, wobei sie der Politik dieses Staates einen immer aggressiveren Charakter gibt. Durch eine Art von Wechselwirkung zwischen den Regierungs- und Revolutionsaufgaben, die die leitenden Männer in Moskau nebeneinander wahrzunehmen bestrebt sind, steht die Politik der Kommunistischen Internationale im Zeichen einer ge-

wissen nationalistischen Fremdenfeindlichkeit, während die Politik des Sowjetstaates der Weltrevolution dienstbar ist. Wenn Moskau den Kommunisten der anderen Länder Anweisungen erteilt, so sollen damit die Geschäfte der in der UdSSR herrschenden Regierung besorgt werden. Wenn Moskau mit den fremden Regierungen verhandelt, so soll das der kommunistischen Propaganda dienen. Die Ausländer, die sich an Moskau wenden, haben es mit Rußland zu tun, wenn sie zur Revolution zu sprechen glauben, und mit der Revolution, wenn sie glauben mit Rußland zu reden." Im gleichen Bericht kommt dann Herbette noch einmal auf den Kongreß der Profintern zurück, der unterdes beendet ist. An Hand der Pressemitteilungen über die Verhandlungen, die die weitverzweigten Organisationen der Profintern veranschaulichen, gelangt Herbette (2. April 1928) zu folgendem Schlußurteil: „Erstens wird diese Bewegung von einer Regierung beschützt und unterstützt, die sie ihren eigenen Interessen dienstbar macht. Zweitens will sie gleichzeitig die Erhebung der kolonialen Völker und den Bürgerkrieg in den kapitalistischen Ländern hervorrufen, was den Bedürfnissen der jetzigen russischen Regierung in ihrem Kampfe gegen England entspricht."

Von den eben gemachten Feststellungen über die aufwühlende Tätigkeit der Bolschewisten in anderen Ländern geht Herbette logischerweise alsbald wieder zu einer genaueren Untersuchung ihrer militärischen Vorbereitungen über. Schon am 21. März 1928 hat er „von einem sachkundigen ausländischen Beobachter" erfahren, daß der Generalstab der Sowjets für den Fall eines Krieges, der zunächst gegen Polen geführt werden soll, „die Lehre von der größtmöglichen Machtentfaltung in nur einer Richtung vertritt", und diese Richtung „scheint diejenige nach Grodno sein zu sollen, um so schnell wie möglich deutsches Gebiet berühren zu können ... Sobald der Stand der Mobilmachung die Möglichkeit dazu bietet, rückt die Hauptmacht der Sowjets in Richtung Lida—Grodno oder Wilna—Grodno vor und erreicht die ostpreußische Grenze". Dann heißt es weiter: „Die Anzeichen für die Vorbereitung eines Krieges sind in der UdSSR so zahlreich und offenkundig, daß an den Absichten der Sowjetregierung nicht gezweifelt werden kann. Die revolutionäre Propaganda im Auslande (deren außergewöhnliche Intensität in diesem Jahr durch die aufeinanderfolgenden Kongresse der Profintern, der Kommunistischen Internationale, der Jugendinternationale gekennzeichnet ist) stellt eine der Formen der Kriegsvorbereitung dar. Es handelt sich darum, Streikbewegungen anzuzetteln, die die Munitionslieferungen an Polen lähmen sollen, Unruhen hervorzurufen, um die der UdSSR nicht wohlgesinnten Regierungen zu schwächen, Aufstände in den Kolonien zu organisieren, um diese Regierungen zu einer Zersplitterung zu zwingen ..."

Als das französische Auswärtige Amt, durch Herbettes unablässige Warnungen bewogen, eine Rundfrage bei den übrigen Gesandten und Botschaftern der Republik in fremden Ländern veranstaltet und ihm die eingetroffenen Antworten zusendet, die teilweise nicht mit seinen Befürchtungen übereinstimmen, erwidert er am 18. April 1928, es komme nicht auf Mitteilungen, sondern nur auf Tatsachen und Dokumente an, wie sie ihm zur Verfügung stehen. Im übrigen unterstreicht er eine Meldung des französischen Geschäftsträgers in Chile, derzufolge „die Sowjet-

regierung im Jahre 1927 dort 60000 Tonnen Salpeter gekauft und 1928 wenigstens 100000 Tonnen kaufen wird, wobei zu beachten ist, daß es sich um hochwertigen Salpeter handelt, und daß überdies ein Achtel der Jahresproduktion an Jod gleichfalls in die UdSSR geht". Ferner weist er darauf hin, „daß die militärischen und die Marineausgaben der UdSSR dieses Jahr (also 1928) den Betrag von 1100000000 Rubel überschreiten werden" und demnach einen Kraftaufwand darstellen, der „ernsthafte Absichten voraussetzt". Außerdem zitiert er eine Rede Stalins, in der „der gewaltigste kommunistische Machthaber" am 13. März 1928 vor den kommunistischen Organisationen Moskaus die Befürworter von Konzessionen an die kapitalistischen Staaten verhöhnte, indem er erklärte: „Es gibt Leute, die da glauben, daß wir im Innern eine revolutionäre Politik treiben und es zu gleicher Zeit erreichen können, daß die Bourgeois in Westeuropa uns dafür umarmen. Ich kann es mir versagen, nachzuweisen, daß solche Leute mit unserer Partei nichts gemein haben, nicht etwas gemein haben können ... Wir haben innere Feinde. Wir haben äußere Feinde. Das, meine Kameraden, dürfen wir nicht einen Augenblick vergessen." Eine solche Sprache erscheint Herbette deutlich genug, und ihre Beachtung hält er „für ausschlaggebend für die Beurteilung der Frage nach einer auswärtigen Aktion der Sowjets, einer Frage von entscheidender Bedeutung für den Frieden Europas und die Sicherheit unseres Vaterlandes".

Am 1. Mai desselben Jahres faßt der französische Botschafter seine Beobachtungen noch einmal zusammen, indem er schreibt: „Im Innern wird ihre (der Sowjets) Armee immer stärker und immer besser ausgerüstet: gerade die heutige Truppenschau in Moskau vermittelte noch diesen Eindruck. Die amtlichen Organisationen, wie die der Ossoawiachim und der Awtodor, die die Zivilbevölkerung im Hinblick auf einen Krieg erfassen sollen, machen unter dem unermüdlichen Antrieb der Kommunistischen Partei und der Regierung Fortschritte. Der Klassenkampf hat infolge der steuerlichen Belastung der Bourgeoisie in den Städten sowie durch die gegen die wohlhabenderen Bauern getroffenen Zwangsmaßnahmen schärfere Formen angenommen, und die Führer der Kommunistischen Partei können sich sagen, daß die geballte revolutionäre Kraft der Massen unter der Wirkung der täglichen und aufpeitschenden Artikel in der Presse zunimmt. Wenn schließlich die Sowjetregierung jetzt gewissen nationalistischen Strömungen in der Innenpolitik (besonders in der Ukraine) mißtraut, so versäumt sie doch nichts, um den Chauvinismus für ihre Außenpolitik einzuspannen; die von ihr unterhaltene Agitation wegen Bessarabien ist dafür nur ein Beispiel."

Drei Wochen darauf (am 22. Mai 1928) behandelt Herbette eingehend ein kürzlich erschienenes Buch des Bolschewisten Mowtschin mit dem Titel „Die Verfolgungskämpfe nach den Erfahrungen an der Marne und an der Weichsel" und stellt fest, aus den Ausführungen des Verfassers erkenne man, „daß in den sowjetischen Militärkreisen die Lehre vom Angriff als Grundgesetz angenommen ist". „Man hätte glauben können", so fährt er fort, „daß der Generalstab der Roten Armee, erfüllt von jenem Geiste, den Litwinow in der Abrüstungskommission in Genf geltend gemacht hat, sich an Konzeptionen halten würde, die einzig und allein auf die Verteidigung des

Sowjetgebietes gegen einen feindlichen Angriff gerichtet waren. Davon ist keine Rede. Das ganze Buch, über das ich hier einen Überblick zu geben versuche, beruht offenkundig auf dem Gedanken, daß man angreifen und die gegnerischen Kräfte im Herzen ihres eigenen Landes vernichten müsse." Wie Mowtschin abschließend feststellt, „ist die Theorie der fortlaufenden Verfolgungskämpfe zweifellos kein Universalmittel, und sie erschöpft auch nicht alle Möglichkeiten der Feldherrnkunst". „Aber", so fügt er hinzu, „sie ist das sicherste Mittel, um die grundlegenden Fragen zu lösen, die die Politik und die Strategie im Kriege der Gegenwart zu lösen haben." Derselbe Autor spricht — immer nach Herbette — ganz offen von den Kriegen, „die der Sowjetstaat gegen die imperialistischen Staaten oder gegen die von ihnen abhängigen Länder zu führen gezwungen sein wird". Und er sieht diese Kriege für heute oder morgen voraus. Dabei berührt er auch die inneren Unruhen bei den Völkern, die die UdSSR. bekämpfen wird, indem er erklärt: „Führen wir nunmehr einen korrigierenden Faktor in unsere Betrachtungen ein und wenden wir uns dem wichtigsten Problem unseres künftigen Krieges zu, der Frage nämlich, wie weit in dem Kampf der Waffen die Faktoren des Bürgerkrieges einzubegreifen sind. Es unterliegt keinem Zweifel, daß unser künftiger Krieg, ungeachtet der ganzen technischen Entwicklungen der Rüstung, des Flugwesens, der Chemie, ungeachtet der modernen Organisation und Taktik, viele Elemente des Bürgerkrieges in sich schließen wird. Welchem unserer möglichen Gegner wir uns auch zuwenden: überall werden wir auf einen verschärften Kampf der Klassen, ergänzt durch einen nationalen Kampf, stoßen, der auf der Unlösbarkeit der Nationalitätenfrage beruht. Keiner unserer Nachbarstaaten kann es hindern, daß seine internen politischen Konflikte sich verschärfen. Die kapitalistische Umwelt hat auch ihre Kehrseite. Es ist nicht ausschließlich Feindschaft, mit der die Welt des Kapitalismus auf uns blickt. Durch Abneigung und Feindseligkeit brechen sich Wogen der Sympathie Bahn. Die Rote Armee ist nicht nur Träger des Schwertes, sondern auch der Wahrheiten der revolutionären Lehre. Einen solchen Faktor unberücksichtigt lassen, hieße denn doch zu viele Dinge bei der Rechnung außer acht lassen." Die Schlußfolgerungen Mowtschins aber gipfeln in dem Satz: „Der Zeitpunkt der Ausgangsoperationen muß auf Grund einer solchen Berechnung so gewählt werden, daß man sich so weit wie möglich und im höchsten Ausmaß die inneren und wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Gegners zunutze macht." Dazu bemerkt Herbette: „Diese wenigen Worte genügen, um den Wert der Mitarbeit vorausahnen zu lassen, die die Kommunistische Internationale und ihre Zweigorganisationen (Profintern, Internationaler Bauernrat, Jugendinternationale, MOPR, Organisationen zur Erfassung der nationalen Minderheiten usw. . . .) dem sowjetischen Generalstab angedeihen lassen können. Man errät auch die überaus engen Beziehungen, die zwischen diesen revolutionären Organisationen und dem Generalstab der UdSSR bestehen müssen, damit der Tag des Losschlagens in dem Sinne gewählt werden kann, wie es der Verfasser empfiehlt. Dies alles wird im übrigen die Sowjetregierung nicht daran hindern, festzuhalten, daß zwischen ihr und der Kommunistischen Internationale keinerlei Bindung bestehe. Man müßte sich aber absichtlich blind stellen, um das ständige geheime Einverständnis zu übersehen, das zwischen den Stellen besteht, die den Krieg

in der UdSSR vorbereiten sollen, und denen, die beauftragt sind, die Revolution in den anderen Ländern in die Wege zu leiten."

Die wachsende Unruhe des französischen Botschafters erreicht ihren Höhepunkt, als Jaroslawski, ein führendes Mitglied des Kollegiums der Hauptüberwachungskommission der Kommunistischen Partei, auf dem VI. Kongreß der Kommunistischen Internationale am 6. August 1928 eine Rede hält, in der er die revolutionären Methoden zur Aufwiegelung der russischen Soldaten vor dem Weltkrieg von 1914 und während desselben eingehend schildert und dazu auffordert, diese Methoden nun bei den Heeren und Flotten der fremden Staaten anzuwenden, und dabei u. a. sagt: „Angesichts der bevorstehenden Kriegsgefahr sollten wir meines Erachtens unser Augenmerk stärker auf die sogenannten farbigen Truppen der imperialistischen Armeen lenken. Es unterliegt keinem Zweifel, daß, wenn der Krieg ausbricht, und wäre es auch nur in den gleichen Ausmaßen wie vor vierzehn Jahren, auch die große Masse der von den imperialistischen Staaten unterjochten Völker und Stämme in den Krieg mit hineingezogen würde. Aus Afrika und Asien würde man Truppen kommen lassen, um die proletarischen Massen der Sowjetunion zu zermalmen. Wir stehen also vor einer großen Aufgabe. Es gilt, in den betreffenden Ländern die Propaganda in einer Weise zu organisieren, daß diese Völker und Stämme schon jetzt, das heißt noch bevor der genannte Zeitpunkt gekommen ist, begreifen, daß sie, wenn sie den Imperialisten helfen wollten, die Arbeiterbewegung in Europa und das Proletariat der Sowjetunion zu vernichten, sich nur in ihrem eigenen Lande eine doppelte Sklavenkette schmieden würden, und daß es nicht nur ihre Pflicht und Schuldigkeit ist, nicht zu schießen, wenn es ihnen befohlen wird, sondern auch bei der Organisation des Kampfes gegen die Imperialisten mitzuhelfen, wenn diese ihnen Waffen geben und sie zum Kampf gegen die Revolution auffordern." Herbette empört sich hierüber begreiflicherweise. Er reicht die Rede am 13. August 1928 im Wortlaut ein und betont in seinem Begleitschreiben: „Von all den üblen Ratschlägen, die Herr Jaroslawski auf diese Weise systematisch erteilte, ist der über die Ausnutzung der Offiziere einer der schlimmsten. Jaroslawski traut ihnen nicht die Fähigkeit zu, eine proletarische Revolution durchzuführen. Doch stützt er sich auf die in Rußland vor der Revolution von den Bolschewisten angewandte Methode und empfiehlt, die sympathisierenden Offiziere zu einem Verrätergeschäft zu benutzen. Sie sollen die Kommunistische Partei über die Kräfte und die Absichten ihrer Regierung unterrichten."

Herbette hat nun einen tiefen Einblick in die dunklen Pläne der bolschewistischen Machthaber gewonnen und läßt sich nicht mehr über ihre wirklichen Ziele täuschen. Alles, was ihm künftighin begegnet, dient nur dazu, seine Erkenntnis zu ergänzen und zu vervollständigen. Es fügt sich seinen Beobachtungen ein und bestätigt ihre Richtigkeit. So bleibt er der unermüdliche Verkünder der roten Gefahr, deren Größe fortschreitend ins Unermeßliche wächst.

Am 9. November 1928 registriert er die Kundgebungen anläßlich des XI. Jahrestages der Revolution in Sowjetrußland. Er versteht, daß die Erlasse der führenden Männer und Organisationen angesichts der damaligen schweren Wirtschaftskrise — „Zunahme der Arbeitslosigkeit, Mangel an Lebensmitteln, allgemeine Ungewiß-

heit" — die öffentliche Meinung aufmuntern und zugleich gegen die Außenwelt aufhetzen sollen. Die ganze Propaganda zielt, wie er schreibt, darauf ab, „die UdSSR als von einer Invasion, die Arbeiterklasse als von Versklavung bedroht hinzustellen. Die logische Folgerung daraus ist, daß man der Armee, der Marine, der Luftwaffe und der Kriegsindustrie alle nur möglichen Hilfsquellen an Menschen, an Geld und an Material zur Verfügung stellen müsse. Eine andere, in den Augen der russischen Kommunisten nicht minder logische Schlußfolgerung besteht darin, daß man der revolutionären Arbeit, die in den anderen Ländern verrichtet wird, und die hauptsächlich darauf ausgeht, den administrativen militärischen und wirtschaftlichen Aufbau der Großmächte Frankreich, England, Deutschland, Vereinigte Staaten, Japan usw. zu schwächen, eine steigende Intensität und eine vollendete Technik geben müsse. Man sieht also, daß die russische Kommunistische Partei, während sie sich als von einer Aggression durch die fremden Mächte bedroht hinstellt und eine rein defensive Haltung annimmt, sich bemüht, eine revolutionäre Offensive gegen die anderen Staaten vorzubereiten und in der UdSSR selbst eine militärische Macht zu entfalten, deren Rolle nicht notwendigerweise eine rein defensive zu sein braucht."

Am Tage nachher kennzeichnet er die Politik der Sowjets, wie sie in den Ausführungen ihrer Vertreter bei der Feier im Großen Theater zu Moskau formuliert wird, besonders klar und scharf. Er weiß genau, was es besagen will, wenn hier laut von einer „Kriegsgefahr" gesprochen und dabei die Friedenspolitik der roten Regierung betont wird. „Die Kommunistische Internationale, das heißt das Hauptorgan der russischen Kommunistischen Partei für ihre politischen Beziehungen zu anderen Ländern, denkt... an zukünftige Kriege, in die die UdSSR verwickelt werden wird. Sie denkt um so lieber daran, als der Krieg den russischen Kommunisten als das Mittel vorschwebt, die Revolution zu verallgemeinern, und als die Verallgemeinerung der Revolution... die unbedingte Voraussetzung für eine Festigung des jetzigen Zustandes in der UdSSR ist." „Die Aufrechterhaltung des Friedens" dagegen „ist nicht mehr ein Ziel. Sie ist nur das Mittel, den unvermeidlichen Zusammenstoß so lange hinauszuzögern, bis die militärischen Kräfte der UdSSR und die revolutionären Kräfte der anderen Länder stark genug sind, um den sicheren Sieg zu verbürgen." Deshalb erklären sie auch den Krieg, den sie im Auge haben, für berechtigt, weil der revolutionäre Krieg nichts anderes ist „als die Fortsetzung der Friedenspolitik mit anderen Mitteln". Und sie denken sich ihn als Angriffskrieg. Herbette beruft sich zuletzt auf eine Schrift des Bolschewisten K. Schmidt: „Lenin über den Krieg und die Verteidigung der Diktatur des Proletariats", deren Inhalt er in folgenden Sätzen zusammenfaßt: „Das kommunistische Regime braucht eine europäische Revolution, wenn es sich in der UdSSR halten soll. Diese Revolution kann nur durch einen Krieg herbeigeführt werden. Das kommunistische Regime lebt also in der Erwartung und Vorbereitung des Krieges. Wenn es sich bemüht, den Frieden aufrechtzuerhalten, so will es damit Zeit für die Verstärkung seiner militärischen Machtmittel und für die Entwicklung der revolutionären Kräfte in den anderen Ländern gewinnen. In dem Krieg, auf den es sich so vorbereitet, kann die UdSSR die Rolle des Angreifers spielen. Sie kann auch Bündnisse mit ‚bürgerlichen' Staaten abschließen. Diese Bündnisse

sind vor allem in Asien mit der Türkei usw. und in Europa mit Deutschland angezeigt. In den Staaten, die auf seiten der UdSSR kämpfen, werden die Kommunisten für den Krieg sein. Sie werden aber versuchen, die Führung des Krieges zu übernehmen und bei dieser Gelegenheit sogar die Regierungen zu stürzen, die sich mit der UdSSR verbündet haben."

Das Jahr 1929 bringt neue Belege für die Feststellungen Herbettes. Abermals naht der Tag der Roten Revolution, der 1. August, und der französische Botschafter befaßt sich am 23. Juli mit diesem „Tag der revolutionären Kundgebungen auf der ganzen Welt". Ein Wort der „Prawda", wonach er „eine Kampfparade der proletarischen Kräfte" werden soll, veranlaßt ihn, zu erklären: „Die ‚Kampfparade' ist natürlich gewissermaßen als Generalprobe für den Bürgerkrieg gedacht. Es handelt sich darum, die Volksmassen daran zu gewöhnen, auf die Straße zu gehen, die Straße den Regierungskräften abzuringen und die Soldaten zur Meuterei zu treiben. Diese ganze Anstrengung hätte keinen Sinn, wenn sie nicht dazu bestimmt wäre, die Massen für den Aufruhr vorzubereiten, so wie in Feldmanövern eine Armee für den Krieg vorbereitet wird." Aber damit noch nicht genug. Die zur Veranstaltung der Kundgebungen vom 1. August gebildeten Ausschüsse sollen außerdem „die Fortsetzung des Feldzuges gegen den imperialistischen Krieg" gewährleisten. „Der ‚imperialistische Krieg' aber ist", so schreibt Herbette, „hier natürlich nur ein Vorwand; in Wirklichkeit geht es nicht darum, die UdSSR gegen einen Angriff der kapitalistischen Staaten zu verteidigen, sondern darum, gegen diese Staaten eine revolutionäre Offensive zu organisieren, die von der UdSSR auf territorialer, finanzieller und militärischer Basis ausgeht. Zwei Punkte lassen den offensiven Charakter des Programms besonders deutlich hervortreten: der eine bezieht sich auf die Propaganda in den Kolonien und der andere auf ein neues Mittel der revolutionären Agitation, die politischen Massenstreiks ... So soll die Revolutionspropaganda, deren Umfang in den europäischen Ländern und in den Vereinigten Staaten durch die Kundgebungen des 1. August zunehmen wird, der Revolutionspropaganda in Asien, Afrika und Südamerika einen Auftrieb geben. Sodann sollen die Unruhen, die in diesen Erdteilen ausbrechen werden, ihrerseits den Zusammenbruch der jetzigen Regierungsformen in Europa und in den Vereinigten Staaten beschleunigen." Die Streiks aber, die von den Kommunisten überall erst in kleinerem und allmählich in immer größerem Umfang hervorgerufen werden sollen, dienen dazu, „die Diktatur des Proletariats zu errichten", das heißt außerhalb Rußlands „die Revolution nach russischem Muster durchzuführen". „Wenn dies kein Offensivplan ist, wie soll man es dann nennen?" meint Herbette im Hinblick auf das ganze Programm.

In einem Bericht vom 4. September 1929 versichert der gleiche Diplomat: „Die gegenwärtige Politik der UdSSR, soweit sie die anderen Länder unmittelbar berührt, kennzeichnet sich durch drei Hauptzüge:

Durch eine militärische Doktrin, wonach der Krieg unvermeidlich und der Angriff erlaubt ist;

durch eine außenpolitische Wirksamkeit, die darin besteht, systematisch gegen gewisse Staaten zu Felde zu ziehen und in allen Ländern den Bürgerkrieg zu schüren;

durch eine innenpolitische Wirksamkeit, die seit dem Abbruch der Beziehungen zu China großen Umfang angenommen hat und das Ziel verfolgt, unter neuer Form das zu verwirklichen, was ein deutscher Militärschriftsteller einmal ‚ein Volk in Waffen' genannt hat." Und weiterhin erklärt er: „1. Unter dem Einfluß des Alters, der Krankheit, des Emporkommens jüngerer Kräfte und der Politik Stalins wird die Generation der Zeitgenossen Lenins fortschreitend von der Macht verdrängt. 2. Man kann nicht mit gemäßigten und friedliebenden Männern rechnen, die einer Politik Einhalt gebieten, die zu äußersten Maßnahmen und zum Kriege führt. Der bolschewistischen Tradition liegt Mäßigung nicht. Das kommunistische Regime ist kein Regime des Friedens. Wer somit Mäßigung und Frieden vertritt, wird notwendigerweise lahmgelegt. Violenti rapiunt."

Am 7. Dezember 1929 befaßt er sich mit einer Rede Litwinows vor dem zentralen Vollzugsausschuß der UdSSR Er setzt seinen Betrachtungen zunächst allgemeine Erwägungen voraus, denen wir folgende Sätze entnehmen: „Weder die Inflation, noch die ungenügende Leistung der Industrie, noch der Widerstand der Bauern, denen der Boden enteignet wird, noch die Lebensmittelknappheit in den Städten können verhindern, daß die UdSSR in der Weltpolitik eine furchtbare Macht darstellt." Das ist vor allem deshalb der Fall, „weil die leitenden Männer in der UdSSR trotz aller inneren Schwierigkeiten über eine rasch zunehmende materielle und politische Macht verfügen". Darum muß die Antwort auf die Frage: „Welches ist in diesem Europa, das sich gewissermaßen umwandelt, die Hauptkraft, die auf eine Änderung des Status quo hinzielt?" eindeutig lauten: „Der russische Kommunismus ist diese treibende Kraft." Daran schließt sich dann eine Analyse der Ausführungen Litwinows an. Herbette findet ihren Unterton trotz der schlechten inneren Lage des Sowjetstaates erstaunlich optimistisch. „Woher", so fährt er fort, „kommt dieser Optimismus? Welchem Sturm trotzt der russische Kommunismus, oder welchen Sturm wünscht er sogar herbei? Den Krieg, begleitet von Revolution."

Weiter unten begründet er dann seine Ansicht ausführlich: „Die russischen Kommunisten haben keineswegs den Plan, ihre Armeen auf den unheilvollen Spuren Suworows vorzeitig durch Europa zu schicken. Ihr Plan ist die Weltrevolution. Die Militärmacht ist nur eines der hierfür eingesetzten Mittel: sie soll die Vorbereitung dieses Werkes schützen, eines Tages seine Durchführung beschleunigen und schließlich das nacheinander Errungene endgültig festigen. Das Hauptwerkzeug bleibt aber die revolutionäre Aktion, und deren Betätigungsfeld ist sehr viel weiter.

Die russischen Kommunisten sind überzeugt, daß in China eine soziale Umwälzung bevorsteht, aus der ein Sowjetregime hervorgehen wird. Sie erwarten Revolutionen in Britisch-Indien, in Niederländisch-Indien, sogar in Lateinamerika, und arbeiten darauf hin. Zur Durchführung dieses Programms müssen sie die großen Seemächte schwächen. England und die Vereinigten Staaten sind somit für sie natürliche Feinde.

Das ist noch nicht alles. So wie die Aussichten auf einen Krieg in Europa die russischen Kommunisten nicht davon abhalten, im Vereinigten Königreich und in Nordamerika revolutionäre Propaganda zu treiben, so hindert sie die Mitarbeit, die sie

von Deutschland erwarten, nicht daran, eine deutsche Revolution zu betreiben. Ja sie arbeiten sogar — wie eine kürzlich erschienene Broschüre beweist — auf eine türkische Revolution hin.

Im Grunde genommen sind sie in ihren Beziehungen zu den ausländischen Regierungen nicht ‚gegen eine‘, sondern ‚gegen alle‘."

Mit dieser knappen Charakteristik der Moskauer Politik hat Herbette wirklich in den tiefsten Abgrund des bolschewistischen Vernichtungswillens hinabgeleuchtet. Es ist daher nicht erstaunlich, daß er von jetzt ab den einzelnen Erscheinungsformen dieses Vernichtungswillens mit noch schärferen Blicken als bisher nachspürt und ihre Bedeutung noch klarer erkennt. Als gegen Ende des Jahres 1929 die VI. Tagung des Zentralrates der Profintern bevorsteht, weist er am 16. Dezember an Hand eines Artikels in der „Prawda" nach, daß die schon erwähnte Organisation über den Börsenkrach in Nordamerika, über Streiks in Berlin, in Guise und Brooks frohlockt und nun vorhat, zur Ausdehnung ihrer Wühlarbeit überzugehen. „Wenn wir", so schreibt das genannte Blatt, „die künftigen Streiks erfolgreich lenken wollen, müssen wir die Lehren aus denjenigen ziehen, die bereits in Lodz, im Ruhrgebiet, in den Vereinigten Staaten, in Indien, in Nordfrankreich usw. stattgefunden haben. Die Aufstellung neuer Methoden und neuer Kampfformen gewinnt eine außerordentliche Bedeutung." Den Sinn der weiteren Erörterungen der „Prawda" faßt Herbette dahin zusammen, „daß die kommunistischen Leiter in Moskau sich noch nicht mit den von dem Allgemeinen Einheitsverband der Arbeiter in Frankreich erzielten Ergebnissen zufriedengeben. Sie geben sich auch nicht mit den von den Kommunisten in den Vereinigten Staaten und in der Tschechoslowakei entfesselten oder ausgeschlachteten Streiks zufrieden. Den französischen, amerikanischen und tschechoslowakischen revolutionären Gewerkschaften machen sie den Vorwurf, sie verstünden nicht, „die in diesen Ländern zur Zeit bestehenden günstigen Umstände für die revolutionäre Gewerkschaftsbewegung voll und ganz auszunützen". Der Zentralrat der Profintern wird bestrebt sein, diesen ‚Schwächen‘ und ‚Unzulänglichkeiten‘ abzuhelfen. Er wird also, um es mit klaren Worten zu sagen, die Organisationen des Bürgerkrieges in Frankreich, in den Vereinigten Staaten und in der Tschechoslowakei noch energischer betreiben, denn die systematischen Vermehrungen der Streiks, ihre Umwandlung in politische Kämpfe und die Ausschaltung der zur friedlichen Beilegung neigenden Führer sind offenbar nur dann zu verstehen, wenn man mit aller Gewalt Aufruhr und Revolution herbeiführen will."

Am 27. Dezember 1929 meldet der Botschafter der Republik, kürzlich habe die bolschewistische Zeitschrift „Der revolutionäre Orient" eine Diskussion über „die Kunst, mit Hilfe der Negerbevölkerung in den Vereinigten Staaten eine soziale Revolution vorzubereiten", veröffentlicht. Ein Verfasser Nassonow und ein anderer namens Chiik hatten hierüber ihre Ansichten ausgetauscht, wobei ihre Darlegungen trotz aller Meinungsverschiedenheiten darauf hinausliefen, „die Bildung eines selbständigen Negerstaates in einem vom südlichen Teil der Vereinigten Staaten abzutretenden Gebiet" zu empfehlen. „Beide sind bestrebt", so heißt es in dem Bericht, „die Schwarzen, die als Arbeiter nach dem Norden der Vereinigten Staaten gekommen

sind, als revolutionäre Kräfte einzuspannen. Zwischen beiden Verfassern gibt es nur einen taktischen Unterschied: Nassonow möchte sich der schwarzen Kaufleute und Intellektuellen bedienen, um der Abfallbewegung der Neger größeren Schwung zu geben, während Chiik, der befürchtet, daß die ‚Negerbourgeoisie' mit dem amerikanischen Kapitalismus paktieren könnte, die Bewegung von vornherein unter der Führung der Kommunistischen Partei auf die Aufteilung des Bodens stützen und zum Aufstand treiben möchte. Es wäre wirklich unangebracht, den Plan eines kommunistischen Negerstaates, der sich auf Kosten der Vereinigten Staaten und auf Anregung Moskaus hin bilden soll, ernstlich zu untersuchen. Aber schon die Tatsache, daß ein solcher Staat ernsthaft in der unter den Auspizien der Stalin-Universität herausgegebenen Zeitschrift erörtert wird, ist recht bezeichnend. Für den Augenblick ist besonders folgendes festzuhalten:

I. Wie sehr auch die UdSSR auf ein großes fremdes Land angewiesen sein mag und welche Anstrengungen die Diplomatie und der Handel der Sowjets offen unternehmen mögen, um ihre Beziehungen zu diesem Lande auszubauen, so fahren doch die kommunistischen Herren Sowjetrußlands unbeirrt fort, in demselben Lande den Bürgerkrieg zu schüren.

II. Man darf niemals auf die russischen Kommunisten die Formel anwenden, die den Herzog von Guise vor seiner Ermordung durch die Schergen Heinrichs III. fälschlicherweise so beruhigte: ‚Sie werden es nicht wagen.' Die systematische Unverschämtheit der russischen Kommunisten schreckt vor phantastischen Verschwörungen nicht mehr zurück als vor unerbittlichen Auswirkungen, blutigen Anschlägen und Kriegshandlungen. Diese Unverschämtheit, die heute durch die Ausarbeitung eines Aufstandsplanes der Neger sogar den Vereinigten Staaten trotzt, erklärt sich übrigens nicht durch einen besonders ungestümen Mut; denn keine revolutionäre Partei ist schneller dabei als die kommunistische, sich unterwürfig zu gebärden, sich systematisch ‚in die Erde' zu verkriechen, sobald sie sich einer klarsehenden und starken Regierung gegenübersieht. Wenn die russischen Kommunisten etwas wagen, so nur, weil sie mit der Unachtsamkeit, der Nachsicht und Uneinigkeit der fremden Regierungen rechnen. Man wird gut tun, sich danach zu richten, ehe die von Moskau geleiteten und bezahlten kommunistischen Umtriebe den Brand in Gegenden unserer Erde entfacht haben, die man vor einem sozialen Umsturz am sichersten glaubte."

Äußerst aufschlußreiche Mitteilungen enthält dann eine Meldung vom 31. Januar 1930 über die staatlichen Zuschüsse, die drei große Anstalten der Sowjetunion, „auf denen die kommunistischen Propagandisten für ihre Tätigkeit im Ausland vorbereitet werden", für das Etatsjahr 1929 erhalten sollen. Es handelt sich dabei um die Stalin-Universität, auf der Propagandisten für die asiatischen Länder geschult werden, um die Universität der chinesischen Werktätigen, deren Aufgabe aus ihrer Bezeichnung abzulesen ist, sowie um die nach einem polnischen Kommunisten benannte Machnowski-Universität in Moskau, deren Hörer zur Wühlarbeit in den westlichen europäischen Ländern ausgebildet werden. Die letztere umfaßt 13 Abteilungen, nämlich eine lettische, litauische, jüdische, polnische, deutsche, rumänische, weiß-

russische, bulgarische, jugoslawische, italienische, moldauische, schwedische und eine norwegische Abteilung. Alle diese werden mit großen Mitteln bedacht und sind in der Lage, zusammen 2850 Stipendien zu zahlen. Die Anstalten sind „dem Zentralen Vollzugsausschuß der UdSSR, also der höchsten Verkörperung der Sowjetregierung, unmittelbar angeschlossen“. „Wir haben hier“, meint Herbette, „ein amtlich zugegebenes Beispiel für die wohlbekannte Tatsache, die die Sowjetdiplomatie sich vergeblich abzustreiten bemüht, nämlich dafür, daß die internationale kommunistische Propaganda durch Geldmittel der UdSSR unterhalten wird, und daß die Sowjetregierung sich selbst unmittelbar mit ihr befaßt.“

Die Studenten einer anderen, noch viel wichtigeren Hochschule, nämlich der ‚Kommunistischen Swerdlow-Universität‘, „die in einem vierjährigen Studiengang die künftigen Funktionäre der Kommunistischen Partei ausbildet“, richten gerade in jener Zeit an Stalin zehn Fragen. Darunter befindet sich auch eine über die Möglichkeit, „daß der gegenwärtige revolutionäre Aufschwung in den kapitalistischen Ländern zu einem unmittelbaren revolutionären Zustand führen könnte“. Stalin wendet sich in seiner Antwort gegen die Unterscheidung zwischen „revolutionärem Aufschwung“ und „revolutionärem Zustand“ und erklärt: „Für gewöhnlich geht der erste dieser beiden Zustände unmerklich in den anderen über. Es ist deshalb unsere Pflicht, schon jetzt das Proletariat auf die entscheidenden revolutionären Kämpfe vorzubereiten und nicht erst abzuwarten, bis ‚von selbst ein sogenannter revolutionärer Zustand eintritt‘.“ Hieran knüpft Herbette am 10. Februar 1930 seine Frage: „Wie stellt sich diese Vorbereitung dar?“ Und seine Antwort lautet:

„Im Innern der UdSSR nimmt sie bekanntlich die Form von militärischen, wirtschaftlichen und sozialen Maßnahmen an.

Militärische Maßnahmen: Ständige Verstärkung der Roten Armee; systematische Ausbildung der Marine (Verlegung zweier Kriegsschiffe ins Schwarze Meer); erhebliche Verstärkung der Luftwaffe; militärische Propaganda bei der Zivilbevölkerung (der Ossoawiachim-Kongreß wird heute eröffnet). Die Erhöhung des regulären Bestandes der Roten Armee ist eine Tatsache, aber sie läßt sich offenbar zahlenmäßig noch nicht genau feststellen. Nach gewissen Informationen soll der reguläre Bestand (ausschließlich der Landwehrformationen) von etwa 560000 Mann auf rund 800000 Mann erhöht werden.

Wirtschaftliche Maßnahmen: Rascher Ausbau der verschiedenen Zweige der Kriegsindustrie; Konzentration der Lebensmittel in der Hand des Staates mit Hilfe der kollektiven Landwirtschaftsbetriebe; Bestimmungen, die die Einschränkung des Geldumlaufes bezwecken und einen Zustand herbeiführen sollen, der es dem Sowjetstaat ermöglichen würde, unter ganz geringer Ausgabe von Papiergeld den Krieg zu führen.

Soziale Maßnahmen: Beseitigung der Kulaken oder selbständigen Bauern, völlige Abschaffung des privaten Handels, der freien Berufe und des Privatvermögens, so daß die gesamte Bevölkerung gänzlich vom Sowjetstaat abhängig wird und den Befehlen der Kommunistischen Partei willenlos gehorchen muß.“ Nach außen hin aber soll vor allem die in westlichen Ländern zunehmende Arbeitslosigkeit aus-

gebeutet werden, indem die Kommunisten die Arbeitslosen zu Revolutionen erziehen, um dadurch die Wirtschaftskrise zu verschärfen. Dabei müssen aber ihre Maßnahmen so aussehen, „als ob mit ihren angeblichen Wünschen und Anregungen den Volksmassen Rechnung getragen werden solle", während sie in Wirklichkeit nur den Interessen des Bolschewismus dienen. Hierzu wird von der „Prawda" als Beispiel angeführt, daß die am 2. Februar 1930 in Düsseldorf tagende Konferenz der kommunistischen Parteien Westeuropas angeblich von sich aus den 6. März als internationalen Kampftag gegen die Arbeitslosigkeit gewählt, also einen Beschluß gefaßt habe, der „gar nicht gelegener kommen konnte", und dem sich bereits die kommunistischen Parteien Nord- und Südamerikas angeschlossen hätten. Es unterliegt also keinem Zweifel, „daß diese Parole von sämtlichen kommunistischen Parteien sowie in der gesamten revolutionären Berufsbewegung aufgegriffen werde". Aus dieser „charakteristischen Episode" kann man nach Herbette in erster Linie folgende Lehren ziehen:

„Die von der kommunistischen Propaganda abgegebenen Versicherungen stellen im allgemeinen genau das Gegenteil der dieser Propaganda zugrunde liegenden Absichten dar. Wenn die kommunistische Propaganda die Arbeitermassen zum ‚Kampf gegen die Arbeitslosigkeit' aufbietet, so darf man sicher sein, daß sie auf eine Verschärfung der Arbeitslosigkeit hinarbeitet, um im revolutionären Sinne daraus Vorteil zu ziehen. Wenn sie meldet, daß eine Parole in Düsseldorf ausgegeben und in Moskau befolgt worden sei, so ist darunter zu verstehen, daß sie diese Parole in Moskau ausgegeben und in Düsseldorf zur Annahme gebracht hat. Wenn sie erklärt, sie ‚kämpfe gegen den Krieg, gegen einen imperialistischen Überfall auf die UdSSR', so heißt das, daß sie im Begriff steht, einen Krieg vorzubereiten und die UdSSR in den Stand zu setzen, ihre Nachbarn ungestraft anzugreifen."

Der französische Botschafter ist damals — 1930! — von einem Angriff der Bolschewisten auf Europa so überzeugt, daß er am 19. Februar des genannten Jahres seiner Regierung bereits Vorsichtsmaßregeln für den Fall einer „ernsten Spannung in den französisch-sowjetischen Beziehungen empfiehlt". Denn er meint: „Diese Spannung kann zum Abbruch führen, und alles kann sehr schnell gehen, welche Anstrengungen man auch unsererseits unternehmen mag, um einen solchen Ausgang zu verhüten. Tatsächlich arbeiten die Kräfte, die in Moskau am Werke sind, auf die Weltrevolution hin und nicht auf normale Beziehungen zu den fremden Staaten. Durch Entgegenkommen kann man sie nicht entwaffnen, denn sie wollen zerstören. Sie neigen sogar dazu, die ausländischen Regierungen, die sich entgegenkommend zeigen, noch mehr zu brutalisieren, weil sie sie für schwach halten. Konzessionen führen sicherer zum Bruch als Widerstand."

Für den kritischen Fall ist also dreierlei zu bedenken: „1. Die Geiseln und Pfänder, die wir (in Frankreich) zurückhalten, werden die einzige wirksame Garantie für die Personen und Werte darstellen, die wir pflichtgemäß nicht aufgeben dürfen. 2. Jeder Franzose, jeder französische Schutzbefohlene und jeder Ausländer im Dienste einer französischen Institution, den wir nach einem Abbruch der Beziehungen in der UdSSR zurücklassen würden, wäre in Todesgefahr. 3. Alle französischen Werte,

die nach einem Abbruch der Beziehungen in der UdSSR zurückbleiben, sind der Plünderung oder Beschlagnahme ausgesetzt."

Acht Tage später, bevor Herbette eine Urlaubsreise antritt, ergreift er die Gelegenheit, Litwinow, der ihn zu sich bittet, vorsichtig nach den außenpolitischen Absichten der Sowjets zu fragen. Er erhält — natürlich — den Bescheid, alles sei auf den inneren Aufbau des Landes eingestellt, und für Abenteuer wären keine Kräfte vorhanden. Allein Herbette läßt sich nicht so leicht beruhigen und meint, trotz solcher Versicherungen bleibe das bolschewistische Rußland „eine große Unbekannte". Dann fährt er in seinem Bericht vom 26. Februar 1930 fort:

„Die erste Unbekannte ist die Mentalität Stalins, der im gegenwärtigen Zeitpunkt — wie man sagt — wenig über Politik spricht, der aber einen furchtbaren Willen mit Scheuklappen hat: ‚ein kaukasischer Koch, der zu stark gewürzte Gerichte auftischt', nach einem Lenin zugeschriebenen Worte.

Eine weitere Unbekannte ist der stürmische Drang dieser jungen Generation, von der ich mit Litwinow gesprochen habe ...

Eine andere Unbekannte ist der Mythos der Weltrevolution. Das ganze System beruht auf dieser Hoffnung. Viele Agenten auf der ganzen Welt träumen oder leben davon. Der panslawistische Mythos, dessen Propaganda unvergleichlich weniger vollendet und dessen Einflußsphäre eine unvergleichlich kleinere war, hat trotzdem das alte Rußland in einen Krieg verwickelt.

Eine Unbekannte ist auch die Armee. Nicht, daß der bäuerliche Rekrut Wert darauf legen würde, zu kämpfen, noch die Zivilgewalt, von den Militärs beiseitegeschoben zu werden. Aber man wendet für diese Armee Beträge und Kräfte auf, die geradezu absurd wären, wenn die Waffe, die man schmiedet, niemals gebraucht werden sollte. Der ‚Sieg', den die Sowjettruppen im November vorigen Jahres in der Mandschurei errungen haben, und den die offizielle Propaganda seither so ausgiebig ausgeschlachtet hat, zeigt, daß die russischen Kommunisten wohl imstande sind, anzugreifen, und daß der militärische Erfolg sie begeistert ...

Die Unbekannte ist schließlich der Funke, der die in der UdSSR und in allen Ländern Europas durch die fanatische Propaganda des russischen Kommunismus aufgehäufte Masse der Leidenschaften, der Besorgnisse, des Mißtrauens und des Hasses wie einen ungeheuren Haufen von Sprengstoff entzünden könnte. Wie zu Zeiten der Religionskriege ist das eine Propaganda, die der Vernunft Hohn spricht und die gerade daraus ihre Vielfalt und ihre Wirkungskraft schöpft."

Einer der oben aufgeführten „Unbekannten", nämlich der Roten Armee, widmet Herbette am 21. Januar 1931 nochmals seine besondere Aufmerksamkeit, indem er die Ausführungen des Sekretärs der Kommunistischen Partei Kaganowitsch vor dem IX. Kongreß der Kommunistischen Jugend über die Notwendigkeit der Verstärkung der militärischen Machtmittel der UdSSR nach Paris schickt und dazu bemerkt: „Die von ihm abgegebenen Erklärungen sind zweifellos mit Stalin vereinbart worden. Ihre Bedeutung ist sehr klar. Die Mitglieder der Kommunistischen Jugend und durch sie die Angehörigen der ganzen jungen sowjetischen Generation werden amtlich darüber aufgeklärt, daß die kapitalistische Welt dem Bankerott

und dem Kriege entgegengeht, daß ein Konflikt zwischen ihr und der UdSSR unvermeidlich ist, und daß die UdSSR sich auf den Zusammenstoß vorbereiten und dafür ihre militärischen Machtmittel noch verstärken muß. Zweifellos ist dies alles nicht neu, vielleicht mit Ausnahme der etwas auffälligeren Anspielung auf die zeitweisen Entspannungen, durch die man sich nicht täuschen lassen dürfe. Aber gerade die häufige Wiederholung dieser Formeln vergrößert die Gefahr. Zweifellos muß eine Propaganda, die jahrelang in dieser Weise betrieben wird, mit allen Überredungskünsten und Druckmitteln, über die in der UdSSR die Kommunistische Partei verfügt, mit allen Hilfsmitteln, die sie aus dem ungeheuren Lande zieht, das sie sehr rasch erschließt, zu internationalen Zusammenstößen und revolutionären Ereignissen führen, sofern sich nicht endlich eine Politik abzeichnet, um auf friedlichem Wege diesen Gefahren zu begegnen, solange es dazu noch Zeit ist."

Diese letzten Worte zeigen erneut, wie klar der Botschafter Herbette den Bolschewismus und seine Tendenzen durchschaut hat. Mit einer seltenen Eindringlichkeit hat er die unheimliche Gewalt erkannt, die er von Monat zu Monat, von Jahr zu Jahr immer drohender aufsteigen sah. Er begriff vollauf, welche ungeheuere Gefahr für das ganze Abendland von ihr ausging. Er, der 1925 als ein Unwissender, ein zum größten Zugeständnis einer engen politischen Freundschaft mit der Sowjetunion bereiter Vertreter der französischen Republik nach Moskau gekommen war, nahm 1931 als ein Wissender Abschied. Ja, soviel wir heute sehen können, als einer der wenigen Wissenden, als ein Mann, der mit dem Eifer seiner Beobachtungsgabe, mit der Klarheit seines Verstandes und der Schärfe seiner echt französischen Logik den Nebel der Täuschung durchdrang, mit dem sich die russischen Machthaber zu umgeben beliebten, der den über die Pläne des Kremls ausgebreiteten Schleier der Lüge zerriß und den brutalen und raffinierten Zerstörungsdrang bloßlegte. Es fehlte ihm auch nicht an Mut; denn 1929 hatte er einen heftigen Zusammenstoß mit Litwinow, der dazu führte, daß Herbette seine Stellung als Vorsitzender des Diplomatischen Korps niederlegte.

Ganz von selbst drängt sich uns angesichts dieser Tatsache die Frage auf: Welchen Einfluß hat dieser Diplomat auf die außenpolitischen Entschlüsse seiner Regierung ausgeübt? Haben die Leiter der französischen Politik sich seine Erkenntnisse und Warnungen zu eigen gemacht und danach gehandelt? Betrachtet man das Zeitgeschehen bis zum Ausbruch dieses Krieges, so ergibt sich als Antwort, daß die französischen Staatsmänner auf ihren Botschafter in Moskau nicht gehört haben. Ebenso hat Herbettes Berichterstattung auch auf die mit Frankreich eng verbundene englische Regierung keinen Eindruck gemacht. Wir denken an den allgemeinen Zustand der damaligen bürgerlichen Welt. Es fehlte ihr jegliches europäische Solidaritätsgefühl. Ein gemeinsamer Schritt gegen den bolschewistischen Todfeind war deshalb nicht möglich. Was einzelne Regierungen an prophylaktischen Maßnahmen gegen das bolschewistische Gift erwogen, waren nur stumpfe Waffen, die, selbst wenn sie angewendet worden wären, keinerlei Erfolg gehabt hätten. Um die eigentliche Aufgabe der Stunde drückten sie sich geflissentlich herum. Sie bestand doch einzig und allein darin: der ständig anwachsenden Macht der Vernichtung

eine geschlossene Front der Abwehr entgegenzustellen, Europa in seiner Gesamtheit gegen den Bolschewismus aufzurufen. Dieses aber geschah nicht. Nur „ernste Vorstellungen" bei der Regierung der Sowjetunion wurden erwogen, die Wühlarbeit der Kommunistischen Internationale einzustellen, die Vorbereitung des Bürgerkrieges zu verbieten und ähnliches. Nicht einmal solche an sich harmlosen Schritte kamen zustande. Die bürgerliche Welt blieb unter sich zerfallen und durch Haß und Mißgunst ihrer eigenen Mitglieder gegeneinander hoffnungslos geschwächt. Der Fluch von Versailles, der auf ihr lastete, schuf in Wahrheit die Atmosphäre, in der und durch die der Bolschewismus gedieh. England und Frankreich, die Peiniger des Kontinents, waren selbst die eifrigsten Helfershelfer des Bolschewismus.

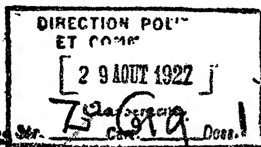
Nichts, auch nicht die Angst vor der Weltrevolution, hat Frankreich und seine Verbündeten dazu veranlaßt, zum Zwecke der Sicherung der Menschheit vor den Verheerungen des Bolschewismus von der eigenen Versailler Vernichtungspolitik abzulassen. Ja, mehr noch! Die französische Regierung schlug nicht nur die Warnungen ihres Botschafters und seine unzweideutigen Aufklärungen über das Wesen des Bolschewismus in den Wind, sie schloß sogar das Bündnis mit den Machthabern des Kreml. Als Herbette 1931 seinen Posten in Moskau verlassen hatte, begann sehr bald die Annäherung Frankreichs an die Sowjetunion. Als Deutschland und Europa in Adolf Hitler der große Retter vor dem Bolschewismus erstand, holte die französische Regierung die sowjetrussische in den Völkerbund hinein, machte mit ihr gemeinsame Politik und schloß schließlich sogar das Bündnis mit ihr ab, das ungeachtet alles dessen, was nachher von Deutschlands Führer unternommen wurde, um die furchtbare Bedrohung unseres Erdteils noch einmal abzuwenden, dem Allgewaltigen im Kreml den Weg zu jenem Krieg bahnte, den er nach Herbette schon längst wünschte und anstrebte. Die von ihm — gleichfalls nach Herbette — mit größtem Haß bekämpften „kapitalistischen Staaten": Nordamerika und England reichten ihm hilfsbereit die Hand. Den Berichten eines französischen Botschafters verdanken wir diese neuen unwiderleglichen Zeugnisse über den Bolschewismus.

BERICHTE DES BOTSCHAFTERS JEAN HERBETTE

Faksimile der ersten und der letzten Seite des Berichtes
vom 19. August 1927

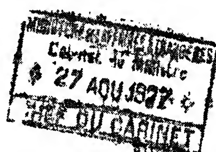
AMBASSADE DE LA REPUBLIQUE FRANÇAISE
près l'Union des Républiques
Soviétistes Socialistes

Moscou, le 19 Août 1927



DIRECTION DES AFFAIRES
POLITIQUES ET COMMERCIALES

N° 501
(EUROPE)



L'AMBASSADEUR DE LA REPUBLIQUE FRANCAISE A MOSCOU
A SON EXCELLENCE MONSIEUR ARISTIDE BRIAND
MINISTRE DES AFFAIRES ETRANGERES

La politique extérieure
du Comité Central communiste.

Pendant la session plénière qu'il a tenue au Kremlin du 30 Juillet au 9 Août, le Comité Central du parti communiste de l'URSS a discuté la situation internationale. De ce débat, où M. Boukharine jouait le rôle de rapporteur, est sortie une résolution votée le 9 Août. C'est un document qui, tout comme la discussion dont il est issu, reflète surtout des querelles intérieures.

Cette particularité n'a rien d'inattendu. Les chefs traditionnels du mouvement révolutionnaire russe sont maintenant scindés en deux groupes: la majorité et l'opposition. Comme dans tous les pays et sous tous les régimes, l'opposition fonde ses critiques sur les échecs que subit la majorité. Or la majo-

ici que ces subsides ont quelque chose de honteux. La preuve est que la presse soviétique elle-même n'en souffle jamais mot. C'est donc bien contre cette tare inavouable qu'il faut concentrer notre effort. En la faisant disparaître, nous ne consoliderons pas seulement notre tranquillité intérieure. Nous travaillerons aussi pour la sécurité de nos frontières et pour la paix de l'Europe, car nous éliminerons l'obstacle qui nous empêche de faire de la politique avec la Russie./.

BOTSCHAFT DER FRANZÖSISCHEN REPUBLIK
BEI DER UNION DER SOZIALISTISCHEN
SOWJETREPUBLIKEN

Politische und Handelsabteilung
Nr. 501 (Europa)

Moskau, den 19. August 1927

Der Botschafter der Französischen Republik in Moskau
an Seine Exzellenz Herrn Aristide Briand,
Minister der Auswärtigen Angelegenheiten

Die Außenpolitik des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der UdSSR

Während der Plenartagung, die das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der UdSSR vom 30. Juli bis 9. August im Kreml abgehalten hat, fand eine Aussprache über die internationale Lage statt. Aus der Debatte, in der Bucharin als Berichterstatter fungierte, ging am 9. August eine Entschließung hervor. Sie ist ein Dokument, das, genau wie die vorangegangene Diskussion, hauptsächlich innere Streitigkeiten widerspiegelt.

Dieser Umstand hat nichts Überraschendes. Die traditionellen Führer der russischen Revolutionsbewegung sind jetzt in zwei Gruppen aufgespalten: in eine Mehrheit und in eine Opposition. Wie in allen Ländern und unter allen Regierungsformen baut die Opposition ihre Kritik auf den Mißerfolgen der Mehrheit auf. Die Mehrheit der Kommunistischen Partei hat aber dieses Jahr zwei ernste Fehlschläge ihrer Außenpolitik erlitten. Soweit sie für die Politik der Sowjetregierung verantwortlich ist, hat sie die UdSSR zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit England geführt. Soweit sie für die Politik der III. Internationale verantwortlich ist, hat sie die mindestens augenblickliche Niederlage der linksextremen Bewegung in China erlebt und offensichtlich dazu beigetragen. Dieser beiden Mißerfolge, die in der ganzen Welt Aufsehen erregt haben, hat sich die Opposition natürlich als Waffe bedient. Die Mehrheit verteidigte sich, so gut sie konnte. Sie siegte mühelos im Zentralausschuß, wo die Opposition nur über wenige Sitze verfügt. Der offizielle Sieg war ihr auch in allen regionalen und lokalen Organisationen der Partei sicher, denn dort herrscht eine starke Disziplin, und die Opposition verfügt weder über Zeitungen noch Zeitschriften. Trotzdem empfand die Mehrheit das Bedürfnis, ihre Thesen in einer Entschließung des Zentralkomitees niederzulegen. Dies war das Mittel, ihrem weder mühevollen noch irgendwie sanktionierten Sieg die formale Bestätigung zu geben, deren man nur dann entraten kann, wenn man seinen Gegner wirklich vernichtend geschlagen hat.

Die besagte Entschließung enthält nichts Neues, abgesehen von einem Punkt, auf den ich sogleich zurückkommen werde. Ich füge diesem Bericht den Auszug aus

einem Artikel bei, den Stalin am Vorabend der Tagung, nach seiner Rückkehr aus dem Urlaub, veröffentlicht hat. Die darin aufgestellten Theorien, die im allgemeinen wenig mit den wahren Gegebenheiten der außenpolitischen Lage übereinstimmen, decken sich vollkommen mit denjenigen, die Bucharin bei der Abfassung der Entschließung des Zentralkomitees als Unterlage dienten. Ohne übertrieben ironisch zu sein, könnte man sie in zwei Behauptungen mit den sich daraus ergebenden Folgerungen zusammenfassen:

1. Die fremden Mächte werden unter dem Einfluß Englands der UdSSR bald den Krieg erklären; deshalb muß die Opposition schweigen und alle Proletarier der Welt müssen sich vereinigen, um die Sowjetunion, das „sozialistische Vaterland", zu verteidigen.

2. Die Opposition hat sich in ihren Urteilen über die chinesische Revolution getäuscht; infolgedessen war die Chinapolitik der Mehrheit richtig, und an der Niederlage der chinesischen Revolution sind die Chinesen selber schuld.

Wenn man nachweisen wollte, daß die Entschließung des Zentralausschusses tatsächlich von diesen beiden Postulaten ausgeht, hätte man dafür überreiche Möglichkeiten. Zahlreiche und lange Zitate würden es mit jeder wünschenswerten Deutlichkeit beweisen. Jedoch möchte ich auf diesen schwerverdaulichen Nachweis verzichten und gleich zu zwei weniger banalen Einzelheiten übergehen.

In den zweieinhalb Spalten, die die Entschließung des Zentralausschusses der chinesischen Frage widmet, sind kaum mehr als zwei Züge bemerkenswert:

Zunächst gibt das Zentralkomitee mit einer den bolschewistischen Traditionen entsprechenden Freimütigkeit zu, daß die chinesische Revolution „einen schweren Fehlschlag erlitten hat". Wenn man an die Hoffnungen denkt, die gewisse Kommunistenführer in die chinesischen Ereignisse gesetzt hatten, kann man die volle Bedeutung dieses Eingeständnisses ermessen.

Weiter schiebt das Zentralkomitee die Verantwortung für die Niederlage nicht nur den Chinesen im allgemeinen, sondern auch der chinesischen Kommunistischen Partei selber zu. „Man muß zugeben", sagt das Komitee, „daß die Leitung der chinesischen Kommunistischen Partei an der Niederlage der Arbeiterklasse und der Bauern in China insofern mitschuldig ist, als sie systematisch die Weisungen der Kommunistischen Internationale abgelehnt hat." Das Zentralkomitee schärft der chinesischen Kommunistischen Partei ein, „den Defaitismus aus ihren eigenen Reihen zu verbannen" und „neue Führer aus der Tiefe heraus an die Spitze der Bewegung zu bringen".

Man darf jedoch daraus nicht schließen, daß das Zentralkomitee an der chinesischen Revolution verzweifelt. Im Gegenteil glaubt es, daß sie über die gegenwärtigen Prüfungen hinweg „in das letzte Stadium ihrer Entwicklung eintritt, wo unmittelbar für die Diktatur der Arbeiterklasse und der Bauern gekämpft wird". Die Taktik, die das Zentralkomitee der chinesischen Kommunistischen Partei empfiehlt, besteht darin, die Massen, die dem linken Flügel der Kuomintang folgen, gegen ihre Führer aufzuhetzen. Es rät auch, in China eine energische Propaganda für den Sowjetgedanken zu machen. Wenn die Revolution wieder einen neuen Aufschwung nimmt,

wie ihn das Zentralkomitee für eine nahe Zukunft voraussieht, „ist die Parole des direkten Kampfes auszugeben und die Bildung von Arbeiter-, Bauern- und Handwerkersowjets in Angriff zu nehmen“.

Ich erlaube mir, den vielen Argumenten, Parolen und Taktiken, die das Zentralkomitee im Hinblick auf die chinesische Revolution anführt, nur eine relative Bedeutung beizumessen. Diese ganzen Wortgefechte von Männern, die weder Chinesisch sprechen noch China kennen, wirken auf mich wie eine politische Rechenaufgabe, bei der die Gleichungen nur imaginäre Wurzeln haben. Die Ereignisse werden wahrscheinlich denjenigen recht geben, die das Gebiet besser kennen und die nicht so anmaßend oder so naiv sind, schon vorher ihre strategischen Pläne in den Zeitungen zu veröffentlichen.

Meiner bescheidenen Ansicht nach — ich habe mich nicht gescheut, sie hier glühenden Kommunisten gegenüber zu äußern — würde die Sowjetregierung bedeutend besser daran tun, einzusehen, daß die chinesische Revolution sich ihrer Macht entzieht und daß sie sogar höchst unangenehme Folgen für die Asien-Interessen der UdSSR haben kann. Die Sowjetregierung würde klug handeln, wenn sie jetzt versuchen wollte, sich in China mit den anderen Mächten zu verständigen. Niemand bestreitet mehr, daß die alten Verträge revidiert und die Beziehungen Chinas zu den fremden Staaten auf neue Grundlagen gestellt werden müssen. Die Sowjetregierung könnte sich also, ohne sich selbst untreu zu werden, mit den anderen Regierungen über die Grundsätze der zukünftigen Politik der Mächte in Ostasien einigen.

Ich gebe zu, daß solche Worte hier noch kein Echo finden; nicht etwa, weil man sie überraschend findet, sondern eher, denke ich mir, weil man Angst hat, sich bloßzustellen und von den orthodoxen Kommunisten kritisiert zu werden. Es ist deshalb wahrscheinlich, daß Moskau darauf beharren wird, eine soziale Revolution in China zu predigen, und daß seine Propaganda, so sehr sie auch durch die bisherigen Fehler und den Geldmangel geschwächt sein mag, dazu beitragen wird, in China eine Fremdenfeindlichkeit zu schüren, unter der nicht zuletzt die russischen Interessen zu leiden haben werden. Der russische Kommunismus wird sich — ich müßte mich sehr irren, wenn es anders wäre — in China ebensowenig durchsetzen, wie die chinesischen Institutionen sich zwischen Wolga und Dnjestr verpflanzen lassen würden. Aber Rußland hat die Chinesen für die Zukunft vollkommenere Methoden zur Vertreibung der Ausländer gelehrt, und die Chinesen werden sich ihrer eines Tages bedienen, um die Russen aus der Mandschurei und der Mongolei zu verjagen.

Ich komme nun zu den interessanteren Stellen der Entschließung des Zentralkomitees, die die Lage in Europa betreffen. Es finden sich darin keine Ausführungen gegen Frankreich. Man fühlt, daß sich die ganze Argumentation gegen England richtet, abgesehen von einer Anspielung auf den italienisch-rumänischen Vertrag und auf die Verträge Polens mit den Staaten der Kleinen Entente. Über Deutschland spricht sich das Zentralkomitee zunächst günstig aus: es habe das gleiche Interesse wie Rußland daran, einen Krieg hinauszuzögern. „Aber“, so heißt es weiter, „das bedeutet keineswegs, daß das kapitalistische Deutschland im Falle entscheidender Ereignisse mit Bestimmtheit neutral bleiben wird.“ Was ist mit diesen entscheidenden

Ereignissen gemeint? Um was für einen Krieg handelt es sich, auf den zwischen den Zeilen hingedeutet wird?

Es handelt sich um einen Krieg, den die „kapitalistischen“ Mächte gegen die UdSSR unternehmen würden. Leider hat der englisch-sowjetische Bruch diesem Verfolgungswahn einen unglaublichen Auftrieb gegeben. Jedoch erklärt das Zentralkomitee, daß man nicht bestimmen könne, binnen welcher Frist der Krieg ausbrechen werde. Man kann sich nach den Gründen dieser vorsichtigeren Erklärung fragen. Sie finden sich in einer Rede, die Rykow am 11. August vor der kommunistischen Organisation in Moskau gehalten hat. Darin sagte er:

„Was die Frage des Krieges betrifft, so ist auf der Plenartagung des Zentralkomitees ein Meinungsstreit über die Frist entstanden, in der der Krieg ausbrechen würde. Dabei traten zwei entgegengesetzte Auffassungen hervor, deren eine von Ossinski[1]), die andere von Sinowiew vertreten wurde.

Ossinski ging von dem Gedanken aus, daß wir die Kriegsgefahr übertreiben, daß während der nächsten Jahre kein Krieg ausbrechen könne und daß überhaupt die Wahrscheinlichkeit eines Krieges sehr gering sei. Er drückte seine Ansicht sozusagen in statistischen Begriffen aus und erklärte, daß seines Erachtens die Aussichten etwa zu 25% für und zu 75% gegen den Krieg stünden. Sinowiew war anderer Ansicht. Er betonte, daß schon der Ausdruck „Wahrscheinlichkeit des Krieges“ unzureichend sei und daß nach seiner Ansicht die Entschließung des Zentralkomitees jetzt ganz kurz und bündig sagen müßte, der Krieg sei unvermeidbar.

Die Plenartagung lehnte diese beiden Gesichtspunkte ab. Sie machte sich einen Wortlaut zu eigen, der zugleich den, historisch gesehen, unvermeidbaren Charakter des Krieges wiedergibt und von der Wahrscheinlichkeit spricht, daß der Krieg in einer sehr nahen Zukunft ausbrechen wird. Da aber alle Hoffnungen, erfolgreich für die Aufrechterhaltung des Friedens kämpfen zu können, noch nicht erschöpft sind, hat die Plenartagung entschieden, daß es die Hauptaufgabe unserer Politik sei, dafür zu kämpfen, daß der Krieg so weit wie möglich hinausgeschoben werde, und hat weiter festgestellt, daß wir noch in der Lage sind, in dieser Hinsicht Erfolg zu haben.“

Somit war es die Opposition, die durch Sinowiew Kriegsalarm schlug. Und die Mehrheit hat angesichts dieser sich überbietenden Panik eine jener ausgewogenen Formeln zu finden versucht, die, familiär ausgedrückt, beide Seiten unter einen Hut bringen. Wenn solche Formeln von den Sozialisten der Zweiten Internationale angenommen werden, fällt die Kommunistische Internationale immer unbarmherzig darüber her. Die sowjetische Presse nennt sie dann „weiße Neger“. Ich brauche kaum zu sagen, daß keine kommunistische Zeitung sich etwa erlaubt hat, die Formel des Zentralkomitees so zu bezeichnen. Aber ich verzeichne diesen Umstand, weil wir gleich ein Gegenstück dazu finden werden. Wir werden sehen, wie die Oppositions-

---

[1]) Ossinski, dessen eigentlicher Name Obolenski ist, war Gesandter in Stockholm und ist jetzt Leiter des Statistischen Zentralbüros. Sein Rang entspricht dem eines Volkskommissars. Ich weiß nicht, ob er diese Stellung behalten wird.

Bei den mit Ziffern bezeichneten Fußnoten handelt es sich jeweils um solche Herbettes zum Text seiner Berichte. Fußnoten der Archivkommission sind durch Sternchen bezeichnet.

führer die andere Seite nochmals überboten haben, aus Angst, man könne sie beschuldigen, keine reinen Kommunisten zu sein.

Nachdem zugegeben wird, daß die Sowjetunion sich in Kriegsgefahr befindet, wäre zu fragen, wie sie sich verteidigen will. Hier entwickelt die Entschließung des Zentralkomitees Gedankengänge, die besondere Aufmerksamkeit verdienen.

Krieg gegen die Sowjetunion, so wird im wesentlichen ausgeführt, würde Krieg gegen das Proletariat der ganzen Welt bedeuten: „Die Vorbereitung eines Krieges gegen die UdSSR bedeutet nichts anderes als die Wiederholung des Klassenkampfes zwischen der imperialistischen Bourgeoisie und dem siegreichen Proletariat auf einer breiteren Grundlage." Schon das bloße Vorhandensein der UdSSR, dieses sozialistischen Staates, wo die Industrie nationalisiert und der Außenhandel monopolisiert ist, erscheint den kapitalistischen Mächten unerträglich. Daraus geht hervor, daß der zukünftige Krieg sich wesentlich von dem von 1914 unterscheiden wird. „Während es sich 1914 um einen Krieg zwischen imperialistischen Staaten handelte und der Imperialismus sich also auf beiden Seiten der Front gegenüberstand, würde in einem Krieg gegen die UdSSR der Imperialismus gegen das als Staat organisierte Proletariat kämpfen. Die Verteidiger der UdSSR wären dann die Verteidiger des ‚sozialistischen Vaterlandes', eines Organismus, wie er 1914 noch nicht existierte." Sie hätten Anspruch auf die Unterstützung aller Proletarier sogar in den Ländern, deren Regierungen sich im Kriege gegen die UdSSR befinden würden:

„Deshalb ist es notwendig, in den kapitalistischen Ländern nicht nur die Parole des Defaitismus auszugeben, sondern auch die einer aktiven Hilfe für den Staat des Proletariats. Deshalb verwandelt sich die Losung von der Verbrüderung hier in eine Losung, die befiehlt, auf die Seite der UdSSR überzugehen, und schließt sich eng an die andere Parole an (nach der die Proletarier der anderen Länder die Pflicht haben, „ihre" imperialistischen Regierungen zu stürzen usw.)."

Dies ist die bemerkenswerteste Stelle der vom Zentralkomitee angenommenen Entschließung. Man beachte, daß sie, wenn auch in verschwommenerer Form, den Text wiedergibt, den die Opposition vorgelegt hatte und auf den ich in meinem Bericht Nr. 486 vom 10. August hingewiesen habe. Ich glaube, der Vorgang läßt sich folgendermaßen erklären:

Die Mehrheit beschuldigte die Opposition, an dem gegenwärtigen sowjetischen Regime gewisse „kapitalistische" oder „bürgerliche" Züge gefunden zu haben. Mit einer solchen Kritik — so fuhr die Mehrheit fort — macht die Opposition die Volksmassen glauben, daß das Proletariat im Falle eines Krieges zwischen der Sowjetunion und anderen Mächten nicht unbedingt aus Klasseninteresse, aus Klassenpflicht die UdSSR verteidigen müsse. Kurzum, die Mehrheit warf der Opposition vor, die Landesverteidigung zu schwächen. Um sich von diesem Vorwurf reinzuwaschen, hat die Opposition die andere Seite übertrumpft: Sie schlug eine Entschließung vor, die für den Fall eines Krieges gegen die UdSSR die Soldaten der ausländischen Armeen zur Fahnenflucht und die Proletarier der fremden Länder zum Sturz ihrer Regierungen auffordert. Die durch dieses Überangebot in die Enge getriebene Mehrheit nahm dann eine gemischte Formel an, eine Formel, die nicht nach Mäßigung aussehen und

doch genügend unklar sein sollte, um nicht zu herausfordernd zu wirken. Das scheint mir die Geschichte des angeführten Textes zu sein.

Nichtsdestoweniger ist dieser Text ernst zu nehmen. In mehr oder weniger versteckten Worten empfiehlt das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der UdSSR, der Herr sowohl der Sowjetregierung wie der Dritten Internationale, Fahnenflucht und Aufruhr in den Ländern zu schüren, die sich mit Rußland im Kriege befinden könnten. Um den Eindruck auf die ausländischen Regierungen zu mildern, gibt man vor, daß diese Propaganda nur für die Möglichkeit eines Krieges gelte, und erinnert daran, daß die Alliierten während des Krieges die Tschechoslowaken und die Jugoslawen aufgestachelt hätten, die österreichisch-ungarische Armee zu verlassen. Dieses Argument ist aber ein reiner Sophismus. Die UdSSR steht gegenwärtig nicht im Kriege mit anderen Staaten. Im Gegenteil, die Sowjetregierung erklärt sich entschlossen, korrekte Beziehungen mit den anderen Regierungen aufrechtzuerhalten. Wie sollen sich solche Beziehungen aber mit einer Propaganda für Aufruhr und Fahnenflucht vereinbaren lassen, die im Ausland nach den Weisungen Moskaus betrieben wird?

Umsonst beruft man sich darauf — auch diesen Sophismus habe ich hier vertreten hören —, daß die Aufstände und Desertionen nur dann stattfinden sollen, wenn fremde Regierungen die UdSSR angreifen. Hat man die Massen aber erst einmal auf die Straße gehetzt und so weit gebracht, den Kolben zu erheben, wer bürgt dann dafür, daß diese Massen mit tadelloser Disziplin den Augenblick abwarten, in dem man es für ihr Recht halten wird, sich aufzulehnen? Wer hätte übrigens über dieses angebliche Recht zu befinden? Offenbar die Sowjetregierung und die Kommunistische Internationale, wenn es nicht das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der UdSSR oder ihr Politisches Büro sein soll. Zu behaupten, nichts Böses zu tun, wenn man Aufruhr und Fahnenflucht in den fremden Ländern predigt, ist so, wie wenn jemand sagen wollte: „Es ist wahr, daß ich Minenlöcher in Ihre Hauswand bohre und sie mit Dynamit fülle, aber Sie können mir das nicht übelnehmen, denn ich bin fest entschlossen, meine Zündschnur erst an dem Tage anzustecken, wo ich der Meinung sein werde, daß Sie mich provoziert haben."

Ich habe den Ernst der Frage nicht verborgen. Bleibt nur, eine Lösung dafür zu finden. Ohne die Phantasie irgendwie anstrengen zu müssen, wird man sofort an eine bestimmte Politik denken, die Politik, deren Symbol das Wort „Abbruch der Beziehungen" ist. Was setzt eine solche Politik voraus? Was kann sie für Ergebnisse haben?

Zunächst ist klar, daß ein Abbruch der diplomatischen Beziehungen nicht ausreicht, um die soeben erwähnte Propaganda zu verhindern. Vor allem ist es notwendig, die Geldsendungen zu unterbinden, durch die diese Propaganda finanziert wird. Solche Geldsendungen können aber auf Grund von Handelsbeziehungen stattfinden, ohne daß zwischen zwei Ländern die geringsten diplomatischen Beziehungen bestehen. Die Vereinigten Staaten haben niemals die UdSSR anerkannt, und doch habe ich den Beweis dafür erhalten[2]), daß die Harriman-Gruppe, die die Konzession

[2]) Vertrauliche Mitteilung.

für die georgischen Mangangruben innehat, kürzlich beim New-Yorker Guaranty-Trust für Rechnung der Staatsbank der UdSSR eine Summe von 514500 Dollar hinterlegt hat, die zur Verfügung der Sowjetregierung zu halten ist.

Ich will keineswegs unterstellen, daß irgendein Bruchteil dieser Summe für die politische Propaganda verwendet werden soll. Aber ich gebe zu bedenken, daß die Sowjetregierung auf diese Art in einem Lande über flüssige Geldmittel verfügt, mit dem sie nie diplomatische Beziehungen gehabt hat, und zwar auf Grund von Geschäftsvorgängen, die nicht einmal unbedingt in der Einfuhr von Waren in das betreffende Land bestanden haben müssen. Wenn es der Sowjetregierung daraufhin einfallen sollte, diesem oder jenem angeblichen Geschäftsunternehmen — das nicht einmal russischer Nationalität zu sein braucht — einen Dollarscheck zu übergeben, und wenn das betreffende Unternehmen es dann für gut finden sollte, mit diesen oder jenen Personen, die es mit Geld versehen möchte, mehr oder weniger fiktive Geschäfte zu treiben, dann hätte man bereits ein ganzes System für die Verteilung politischer Gelder, trotz des vollkommenen Fehlens diplomatischer Beziehungen zwischen der UdSSR und dem betreffenden Land.

Das ist aber noch nicht alles. Selbst wenn ein Land alle denkbaren Beziehungen zur UdSSR auf dem Gebiete des Handels, der Schiffahrt und des bloßen Durchgangsverkehrs sowie auf diplomatischem Gebiet abbrechen würde, hätte es damit noch kein unfehlbares Mittel erlangt, bei sich der von Moskau bezahlten Propaganda ein Ende zu machen. Nichts wäre einfacher, als die Geldmittel über ein anderes Land zu leiten, das seinerseits nicht alle Beziehungen mit der UdSSR abgebrochen hat. Um das Beispiel von vorhin wieder aufzugreifen, würde es genügen, daß die Staatsbank der UdSSR einen Dollarscheck auf den New-Yorker Guaranty-Trust einem jener sonderbaren amerikanischen Staatsbürger übergeben würde, die wir manchmal nach Moskau zurückkommen sehen. Daraufhin hätte besagter amerikanischer Staatsbürger eine überreiche Auswahl an Methoden, um beispielsweise in Paris jede Zahlung vorzunehmen, mit der man ihn beauftragen könnte. Wäre eine solche Einstimmigkeit aber leicht zu erreichen? Auf jeden Fall würde man sie durch individuellen Abbruch der Beziehungen nicht erleichtern.

Der Abbruch müßte sich, wenn er wirksam sein soll, nicht nur auf die gesamten Beziehungen eines bestimmten Landes mit der UdSSR erstrecken, sondern auch auf sämtliche Beziehungen aller anderen Länder zur Sowjetunion. Denn diejenigen Staaten, die die Beziehungen zur UdSSR beibehalten würden, während andere sie abbrächen, könnten in Rußland um so größere Vorteile erlangen, je mehr Staaten den Bruch vollziehen würden. Beim individuellen Abbruch der Beziehungen können gewisse Mächte ein Monopol für die Beziehungen zur UdSSR und die Kontrolle der kommunistischen Propaganda im Auslande erhalten. Anders ausgedrückt könnte gewissen Staaten, wie z. B. Deutschland, eine Vorzugsstellung verschafft werden, auf die die anderen Staaten nicht gern verzichten würden. Das individuelle Vorgehen kann also dem allgemeinen Abbruch der Beziehungen, der allein eine gewisse Wirksamkeit haben würde, im Wege stehen.

Aber selbst zugegeben, es wäre möglich, auf diese oder jene Art zu erreichen,

daß alle Länder ihre gesamten Beziehungen zur UdSSR abbrechen, sogar Deutschland und die Türkei, worin bestünde dann die Wirksamkeit dieser Aktion? In einem sofortigen Sturz der Sowjetregierung? In einem sofortigen Aufhören jeder Propaganda im Ausland? Ich erlaube mir, daran zu zweifeln.

Natura non facit saltus. Bei der augenblicklichen Lage der Dinge ist es wahrscheinlich, daß das Sowjetregime die Verkündung der politischen und wirtschaftlichen Blockade mindestens für einige Zeit überleben würde. Im Inneren würde es versuchen, sich durch Terror zu halten, und viele Unschuldige müßten ihr Leben lassen. Außerhalb des Landes würde es vielleicht uneigennützige Unterstützung finden, die bedeutend wertvoller ist als bezahlte Propagandisten. Denn viele Leute, die den Bolschewismus keineswegs lieben, würden es ehrenhaft, originell oder interessant finden, für ein belagertes Land, eine „verfolgte Revolution“ Partei zu ergreifen. Jede Maßnahme, die nach einer Verfolgung aussieht, begünstigt die Ideen, gegen die sie sich richten soll. Die sozialistischen Parteien der Zweiten Internationale, die nicht zuletzt dem Kommunismus feindlich gesinnt sind, wären wahrscheinlich die ersten, die gegen die Blockierung des kommunistischen Rußland protestieren würden, und man würde vielleicht erleben, daß die sozialistischen und kommunistischen Gewerkschaften jene Einheitsfront bilden, die die Moskauer Profintern bisher vergeblich gepredigt hat. Indessen müßte man die Blockade aufrechterhalten, und zwar gleichzeitig gegen einen Druck von links und gegen die materiellen Gelüste, die die zu erzielenden außergewöhnlichen Gewinne in einem verbotenen Handel stets hervorrufen. Sind wir wirklich auf all diese Abenteuer angewiesen, um es mit der von Moskau bezahlten Propaganda aufnehmen zu können? Bietet sich wirklich keine sicherere Politik für uns?

Ich will es nicht glauben. Ich kann mich nicht davon überzeugen, daß die diplomatische Räumung Rußlands das beste Mittel darstellen soll, der Sowjetregierung zu imponieren und die Hilfsgelder aus Moskau aufzuhalten. Im Grunde bedeutet „Abbruch“ auch „Zurückweichen“. Nicht durch Zurückweichen verschafft man sich Achtung, nicht durch Zurückweichen versetzt man sich in die Lage, das Gelände auszunutzen. Es muß standgehalten werden.

Aber standhalten genügt nicht. Der Gedanke, nicht zurückzuweichen, ist negativ, und ein negativer Gedanke allein reicht für den Erfolg nicht aus. Wir müssen genau wissen, was wir wollen, wenigstens als erste Etappe, und das müssen wir auch erreichen. Wir müssen standhalten, um etwas zu erhalten.

Was gilt es augenblicklich zu erreichen (außer daß die Verpflichtungen eingehalten werden, die Herr Tschitscherin uns gegenüber hinsichtlich der diplomatischen, konsularischen und Handelsvertretungen der UdSSR übernommen hat)? Wir müssen erreichen, daß keine politische, soziale, militärische oder andere Aktion bei uns mit Geldmitteln gespeist wird, die direkt oder indirekt von Personen oder Institutionen ausgehen, die ihren Sitz in der UdSSR haben. Mit einem Wort, es handelt sich darum, die Ausschaltung der durch Moskau bezahlten Propaganda zu erreichen. Gerade dieses Geld vergiftet alles. Die Geldsendungen müssen aufhören.

Wenn uns das gelingen soll, müssen wir auf allen Gebieten arbeiten:

Auf diplomatischem Gebiet, indem wir der Sowjetregierung unaufhörlich vorhalten, daß sie weder das Bestehen normaler Beziehungen zu den anderen Ländern noch selbst die elementare Sicherheit ihres eigenen Landes gewährleistet, wenn sie der bezahlten Propaganda kein Ende macht.

Auf finanziellem Gebiet, indem wir jede Kreditkombination von der tatsächlichen Abschaffung der bezahlten Propaganda abhängig machen und indem wir das System unseres Handelsverkehrs mit der UdSSR neu gestalten[3]).

Auf administrativem Gebiet, indem wir die Machenschaften aufdecken und verfolgen, mit deren Hilfe die Überweisung der Gelder vor sich geht.

Unsere Bemühungen würden um so wirksamer sein, wenn wir erreichen könnten, daß sich andere Regierungen sowohl hinsichtlich der Warnungen wie der Überwachung ihnen anschließen. Kaum eine Regierung könnte sich offen weigern, die Beseitigung einer bezahlten Revolutionspropaganda zu verlangen. Wenn wir uns an diese Geldfrage halten, brauchen wir nicht all die achtenswerten Gefühle, wie Duldsamkeit, zu verletzen und erschweren wir ganz erheblich jeden heuchlerischen Widerstand. Duldsamkeit ist man nur aufrichtigen Meinungen gegenüber schuldig und nicht bezahlten Propagandisten. Die Heuchler kommen in Verlegenheit, wenn man immerzu wiederholt: Woher kommt das Geld?

Halten wir uns hartnäckig an das Gebiet, das ich empfehle, dann haben wir sogar Aussicht, die Zustimmung der Masse der russischen Kommunisten und — ich würde mich tadeln, wollte ich daran zweifeln — auch der französischen Kommunisten zu finden. Man darf nicht glauben, daß die russischen Arbeiter immer sehr zufrieden sind, wenn sie sehen, wie auf ihre Kosten ausländische Persönlichkeiten unterhalten werden, deren Arbeit darin besteht, zu reden, zu schreiben, zu intrigieren oder sich wichtig zu tun. Was die französischen Kommunisten betrifft: können sie in die nächste Wahlschlacht gehen, wenn sie auf ihre Fahnen schreiben: „Wir fordern das Recht, Gelder von Moskau anzunehmen"?

Die überzeugtesten Revolutionäre hier empfinden, daß diese Hilfsgelder etwas Beschämendes haben. Der Beweis dafür ist, daß die Sowjetpresse selbst niemals ein Wort darüber verlauten läßt. Also müssen wir unsere Bemühungen auf diesen unbekennbaren Mißbrauch konzentrieren. Wenn wir ihn beseitigen, stärken wir nicht nur unsere innere Ruhe, sondern arbeiten gleichzeitig für die Sicherheit unserer Grenzen und den Frieden Europas, denn wir schalten das Hindernis aus, das uns verbietet, mit Rußland Politik zu machen.

Jean Herbette

---

[3]) Hierzu werden später noch Anregungen vorgelegt.

Anlage zum Bericht Nr. 501

Artikel Stalins über die internationale Lage und die chinesische Frage

Die sowjetischen Zeitungen vom 28. Juli veröffentlichen lange Ausführungen Stalins über die „Kriegsgefahr" und „China" (in der „Prawda" über zehn Spalten). Diesen Artikel hat Stalin wahrscheinlich während seines soeben abgelaufenen Urlaubs verfaßt. Er erscheint zwei Tage vor Eröffnung der Plenartagung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei.

Stalin beschreibt zunächst die internationale Lage, wie er sie sieht.

Amerika und Japan machen Fortschritte, England Rückschritte. „Das kapitalistische Deutschland, das in Versailles begraben wurde, ist noch am Leben, wächst und wird immer stärker." Italien schwingt sich auf und „betrachtet Frankreich mit Eifersucht". Die Interessengegensätze zwischen Amerika und England, zwischen Japan und Amerika, zwischen England und Frankreich, zwischen Italien und Frankreich nehmen zu. Revolutionäre Bewegungen zeichnen sich in England und in Österreich ab. In China, auf dem Malaiischen Archipel, in Nordafrika und Südamerika verschärfen sich die Gegensätze zwischen den „imperialistischen" Mächten und den unterworfenen Ländern. Alles das bedeutet nach Stalin, daß die kapitalistische Welt eine immer ernster werdende Krise durchmacht, die tiefgreifender ist als die dem Krieg von 1914 vorangegangene. „Das Bestehen und Fortschreiten der UdSSR, eines Landes, wo die Diktatur des Proletariats herrscht, vertieft und verschärft diese Krise nur noch. Es ist nicht überraschend, daß der Imperialismus sich auf einen neuen Krieg vorbereitet, der ihm als das einzige Mittel zur Lösung der Krise erscheint." Wenn der Krieg noch nicht ausgebrochen ist, so fährt Stalin fort, dann darum, weil die Mächte befürchten, sich gegenseitig zu schwächen und dadurch einen sozialen Umsturz zu erleichtern. Daher möchten gewisse „imperialistische" Kreise eine Einheitsfront aufstellen, um die UdSSR anzugreifen und „die Krise, wenn auch nur vorübergehend, auf Kosten der UdSSR zu lösen".

Die Initiative zu diesem Vorgehen geht von England aus. Von der französischen Revolution bis zur chinesischen Revolution hat England alle Befreiungsbewegungen bekämpft. „Aber die englische Bourgeoisie liebt es nicht, mit eigenen Kräften zu kämpfen, sie hat immer vorgezogen, andere für sich kämpfen zu lassen. Manchmal ist es ihr auch wirklich gelungen, Dummköpfe zu finden, die bereit waren, für sie die Kastanien aus dem Feuer zu holen. Das war der Fall zur Zeit der großen französischen Revolution, als es der englischen Bourgeoisie gelang, eine Koalition der europäischen Staaten gegen das revolutionäre Frankreich aufzustellen."

Stalin setzt auseinander, daß England das gleiche Spiel gegen das revolutionäre Rußland versucht habe, als es nach einem Wort Churchills das „Vierzehn-Staaten-Bündnis" zu bilden versuchte. In letzter Zeit hat die konservative Londoner Regierung diese Versuche wieder aufgenommen, wofür Stalin drei Beispiele anführen zu können glaubt.

Erstens hat England die Sowjetbotschaft in Peking durchsuchen lassen in der Hoffnung, die UdSSR in einen Krieg mit China verwickeln zu können. Dieses Ziel wurde nicht erreicht.

Darauf folgte die Durchsuchung in London und der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zur UdSSR durch England. Es handelte sich darum, auch andere Regierungen zum Abbruch der Beziehungen zu veranlassen, um die „diplomatische Blockade der UdSSR in ganz Europa" zu organisieren. Auch dieses Ziel wurde nicht erreicht.

„Ein dritter Schlag wurde ganz offen in Warschau unternommen", fährt Stalin fort. „Die Ermordung Woikows, die von den Agenten der Konservativen Partei angezettelt

worden war[1]), sollte in der Absicht ihrer Urheber die Rolle eines Mordes von Sarajewo spielen, nämlich die UdSSR in einen bewaffneten Konflikt mit Polen treiben. Auch dieser Schlag scheint danebengegangen zu sein."

Warum waren die Anstrengungen Englands bis jetzt vergeblich? Weil gewisse Staaten ein Interesse daran haben, wirtschaftliche Beziehungen mit der UdSSR beizubehalten, und weil die Sowjetrepublik unentwegt eine Politik des Friedens geführt hat. Selbst die von England abhängigen Regierungen, wie die Tschang-Tso-lins oder Pilsudskis, wollen keine bloßen Werkzeuge in den Händen der englischen Konservativen sein. Das hatten diese nicht vorhergesehen.

Soll man daraus schließen, daß England zu keinen derartigen Schlägen mehr ausholen wird? Nein, sondern es wird sie mit neuer Kraft wiederholen. Die britische Regierung organisiert die Finanzblockade der UdSSR. Sie hält die sogenannte ukrainische, georgische, armenische und andere Emigrantenregierungen aus. Sie finanziert die Spionage- und Terrorgruppen, die Brücken sprengen, Fabriken anstecken und Attentate auf diplomatische Vertreter der UdSSR verüben. „All das beweist uns unzweifelhaft, daß die englische konservative Regierung fest entschlossen ist, den Krieg gegen die UdSSR zu organisieren. Daher darf man es keineswegs als ausgeschlossen betrachten, daß es den Konservativen unter bestimmten Umständen gelingen kann, den oder jenen militärischen Block gegen die UdSSR zu bilden."

„Was sollen wir tun?" fragt Stalin darauf und beschreibt eine Reihe von Maßnahmen.

Zuerst ist „in allen Ländern Europas Alarm zu schlagen und die Gefahr eines neuen Krieges auszurufen sowie die Wachsamkeit der Arbeiter und der Soldaten in den kapitalistischen Ländern zu verstärken. Die Massen sind unaufhörlich darauf vorzubereiten, sich mit allen revolutionären Kampfmitteln jedem etwaigen Versuch der bürgerlichen Regierungen zu widersetzen, einen neuen Krieg zu organisieren."

Stalin gibt weiter den Rat, alle Sozialistenführer „an den Pranger zu stellen", die die Kriegsgefahr bestreiten: „Denn diese Leute wollen, daß der Krieg die Arbeiter unvorbereitet überrascht."

Stalin empfiehlt der Sowjetregierung, unbeugsam ihre Friedenspolitik fortzusetzen, „trotz der Stiche, die man unserem Prestige versetzt".

Stalin fährt fort:

„Die Provokateure im feindlichen Lager reizen uns und werden uns weiter reizen mit ihren Behauptungen, daß sich unsere Friedenspolitik durch unsere Schwäche, durch die Schwäche unserer Armee erkläre. Das bringt manchmal einige unserer Kameraden auf, die zu sehr geneigt sind, auf Provokationen einzugehen; sie fordern dann „entscheidende" Maßnahmen. Es ist das ein Mangel an Selbstbeherrschung. Wir können und dürfen nicht das Spiel unserer Gegner machen. Wir müssen unseren Weg gehen, indem wir die Sache des Friedens verteidigen, unseren Friedenswillen beweisen, die Ausplünderung anprangern, die unsere Gegner verüben wollen, und diese als Kriegstreiber hinstellen. Nur diese Politik kann uns die Möglichkeit geben, die arbeitenden Massen der UdSSR in einem Kampflager zu vereinigen, wenn der Feind uns den Krieg aufzwingt oder vielmehr, wann er ihn uns aufzwingen wird."

Eine weitere unumgängliche Aufgabe besteht nach Stalin darin, die Verteidigung der UdSSR zu verstärken, die Industrie zu verbessern, bei den Arbeitern, Bauern und Soldaten der UdSSR den Willen zur Verteidigung des „sozialistischen Vaterlandes" zu stählen und den Schwankungen ein Ende zu setzen, „die leider noch bei weitem nicht ausgeschaltet sind".

Darauf geht Stalin zu den Maßnahmen gegen die „Terroristen" über, die er für notwendig hält, um den Rücken der revolutionären Kräfte zu stützen. Er erwähnt den Aufruf, den drei Mitglieder der britischen Arbeiterpartei kürzlich an Rykow gerichtet

[1]) Убийство Войкова, организованное агентами консервативной партии.

haben, um gegen die Hinrichtungen zu protestieren, die in der UdSSR stattgefunden haben. Stalin erklärt, daß die Unterzeichner dieses Aufrufs, obwohl sie keine Feinde der UdSSR seien, schlimmer als Feinde sind, denn sie möchten, daß die UdSSR ihren Gegnern weiter waffenlos gegenübersteht. Stalin fährt fort:

„Man hat mit Recht gesagt: Gott schütze uns vor solchen Freunden, mit unseren Feinden werden wir schon fertig werden. Was die Hinrichtung der zwanzig „Exzellenzen“ betrifft, so sollen unsere inneren und äußeren Feinde wissen, daß die proletarische Diktatur in der UdSSR lebendig ist und eine feste Hand hat.“

Mit einigen Zeilen nimmt Stalin dann die Opposition vor, d. h. die Abtrünnigen der Kommunistischen Partei. Er wirft ihnen vor, „daß sie die Schwierigkeiten der Lage ausnutzen, in der sich die UdSSR befindet, um die Partei aufs neue anzugreifen“.

Das sind die Darlegungen Stalins über die außenpolitische Lage im allgemeinen. Es bleibt noch der zweite Teil seiner Arbeit zusammenzufassen. Er bezieht sich auf China und ist bedeutend länger als der erste Teil. Jedoch braucht man hier nicht auf so viele Einzelheiten einzugehen.

*

Bei seiner Erörterung der chinesischen Frage ist es Stalin hauptsächlich darum zu tun, die Kritik der Opposition von vornherein zu entkräften. Daher unternimmt er seinerseits den Beweis, daß die Opposition sich in ihrer Politik geirrt habe, die sie für China vorschlug. Stalin schreibt zum Beispiel:

„Trotz der geistigen Entwicklung unserer Partei gibt es in ihr leider noch eine besondere Art von ‚Führern‘, die ernstlich glauben, daß man die Revolution in China sozusagen telegrafisch leiten kann, indem man von allgemeinen Gegebenheiten ausgeht, die die Kommunistische Internationale sich zu eigen gemacht hat und die jedermann anerkennt, wobei man aber die nationalen Besonderheiten der chinesischen Wirtschaft, der politischen Organisation, der Kultur, der Rechte und der Überlieferungen Chinas außer acht läßt . . . Gerade dieser Kategorie von Unglücksführern gehören unsere Oppositionsmitglieder an.“

Stalin erörtert sodann Punkt für Punkt die verschiedenen Ansichten, die die Mitglieder der Opposition hinsichtlich der chinesischen Revolution vertreten haben. Er versucht nachzuweisen, die Tatsachen hätten diese Ansichten ständig Lügen gestraft. Namentlich behauptet er, eine „großartige Agrarrevolution“ vollziehe sich augenblicklich in China und „richte sich in erster Linie und hauptsächlich gegen die kleinen und großen Lehnsherren“. Stalin fügt sogar hinzu: „Die Tatsachen haben bewiesen, daß diese Revolution mehrere zehn Millionen Bauern erfaßt hat und daß sie im Begriff ist, sich über ganz China zu erstrecken.“

Jedoch bestreitet Stalin nicht, daß die chinesische Revolution augenblicklich in Schach gehalten werde. Aber er protestiert gegen die Art, wie die Opposition die Ursachen dieser Erscheinung auslegt: Die Opposition, so schreibt er, erklärt den vorübergehenden Mißerfolg der Revolution mit der Politik der Kommunistischen Internationale. Um so zu reden, muß man aber mit dem Marxismus gebrochen haben. Nur wer sich vom Marxismus losgesagt hat, kann fordern, daß eine richtige Politik immer unfehlbar zu einem unmittelbaren Erfolg über den Gegner führt. Zum Beweis für diese Lehre führt Stalin Beispiele und umfangreiche Texte an, die er der Geschichte der russischen Revolution entnimmt.

Nach dieser langen Erörterung, deren Wiedergabe hier überflüssig wäre, faßt Stalin seinen Gedankengang in folgende Sätze zusammen:

„Die Opposition neigt sichtlich zu der Annahme, die Revolution in China habe bereits einen völligen Zusammenbruch erlebt. Das ist gewiß nicht richtig. Daß die Revolution in China eine augenblickliche Niederlage erlitten hat, unterliegt keinem Zweifel. Aber

was bedeutet diese Niederlage, und wie weit geht sie? Darum handelt es sich jetzt. Es kann sein, daß man es mit einer ziemlich langanhaltenden Niederlage wie derjenigen von 1905 in Rußland zu tun hat. Damals trat eine Unterbrechung der Revolution um zwölf volle Jahre ein, nach deren Ablauf sie im Februar 1917 mit neuer Kraft wiederauflebte, die absolute Herrschaft befestigte und der neuen Revolution, der sowjetischen Revolution, den Weg bahnte. Solche Aussichten für China auszuschließen, ist unmöglich.“

In Fortsetzung dieses Gedankenganges setzt Stalin auseinander, daß die gegenwärtige Lage in China der Lage Rußlands im Juli 1917 nach dem Scheitern der bolschewistischen Bewegung ähnlich sei, soweit man beide Länder überhaupt vergleichen könne.

„Ich glaube, daß diese Ansicht mehr Wahrscheinlichkeit für sich hat. Wenn sie Wirklichkeit wird und wenn die (chinesische) Revolution in naher Zukunft — was nicht notwendigerweise zwei Monate, sondern auch sechs Monate oder ein Jahr heißen kann — tatsächlich wieder in Gang kommt, kann die Frage der Aufstellung von Arbeiter- und Bauernräten (Sowjets) auf die Tagesordnung kommen. Die Aufstellung der Sowjets wäre dann die Formel des Augenblicks und das Mittel, der bürgerlichen Regierung entgegenzuwirken. Warum? Weil in dem Fall, wo die Revolution wieder Fortschritte machen würde, die Bildung von Räten eine für das dann eintretende Entwicklungsstadium durchaus reife Frage wäre.“

Stalin erklärt weiter, warum es vor einigen Monaten verfrüht gewesen wäre, die Aufstellung der Sowjets in China zu fordern, und warum dieselbe Politik, die damals inopportun war, morgen opportun werden kann:

„Vor einigen Monaten durften die chinesischen Kommunisten den Gedanken der Bildung von Sowjets nicht als Parole ausgeben. Hätten sie es getan, so hätten sie wie Abenteurer gehandelt. Tatsächlich hatten sich die Leiter des Kuomintang noch nicht als Gegner der Revolution diskreditiert. Jetzt dagegen kann die Parole von der Bildung der Sowjets eine wahrhaft revolutionäre Losung werden, wenn — und das ist die Voraussetzung dafür — die Revolution binnen kurzem einen neuen mächtigen Auftrieb erfährt. Deshalb muß bereits jetzt, bevor noch dieser Auftrieb eintritt, und unter Fortführung des Kampfes für die Ersetzung der gegenwärtigen Leiter des Kuomintang durch revolutionäre Führer die umfassendste Propaganda für den Sowjetgedanken in den breiten Massen der Arbeiter getrieben werden, ohne dadurch den Ereignissen vorzugreifen und ohne bereits jetzt tatsächlich Sowjets aufzustellen: denn diese können sich nur in einer Zeit mächtigen revolutionären Auftriebes entwickeln.“

Hier stößt Stalin auf den bekannten Einwand der Opposition: Warum ist man nicht gleich für die Organisation der Sowjets eingetreten, als die Opposition es verlangte, d. h. bereits im letzten Herbst? Stalin setzt auseinander, daß es kein Verdienst sei, etwas als erster zu sagen, sondern es im rechten Augenblick zu sagen. Er erinnert im übrigen daran, daß Trotzki und Sinowiew, zwei der Oppositionsführer, keineswegs einer Meinung über die in China zu befolgende Politik gewesen seien: Trotzki wollte die Regierung von Uchan stürzen, während Sinowiew ihr mit allen Mitteln helfen wollte.

An Hand eines Beispiels aus der russischen Revolution bemerkt Stalin noch, daß Lenin im April 1917 sich weigerte, alle Macht für die Sowjets zu fordern, während ein anderer Kommunist, Bogatiew, wollte, daß diese Parole unverzüglich ausgegeben werde. Die Ereignisse haben bewiesen, daß Bogatiew es zu eilig hatte und daß Lenins Abwarten gerechtfertigt war. „Mit einem Wort“, so schließt Stalin, „hat die Opposition die Taktik Lenins aufgegeben, und ihre extreme Linkspolitik ist eine Politik der Abenteurer.“

BOTSCHAFT DER FRANZÖSISCHEN REPUBLIK
BEI DER UNION DER SOZIALISTISCHEN
SOWJETREPUBLIKEN

Politische und Handelsabteilung
Nr. 764 (Europa)

Moskau, den 10. Dezember 1927

Der Botschafter der Französischen Republik in Moskau
an Seine Exzellenz Herrn Aristide Briand,
Minister der auswärtigen Angelegenheiten

Die Außenpolitik der Kommunistischen Partei der UdSSR nach den Auffassungen Stalins und des Parteikongresses

Vertraulich

In den 35 Monaten meines Aufenthaltes in Moskau ist mir die Lage niemals so ernst erschienen wie jetzt. Ich bilde mir nicht ein, ich könnte auf den folgenden Seiten diese Lage eingehend zergliedern. Ich schreibe nach Maßgabe der Ereignisse und sehe nur ihre Oberfläche. Was man aber sehen und voraussehen kann, ist nicht beruhigend. Es ist meine Pflicht, darüber zu berichten.

Die Kommunistische Partei der UdSSR hält zur Zeit ihren XV. Kongreß ab, der am 2. Dezember eröffnet wurde. Der letzte Kongreß war im Dezember 1925 zusammengetreten. In der Zwischenzeit von zwei Jahren hat die Opposition mit zunehmender Heftigkeit gegen die Parteiführer gekämpft. Der XV. Kongreß sieht sich folgenden wichtigen Tatsachen gegenüber:

Es besteht eine Spaltung innerhalb der Partei (die Zahl der offenkundig Abtrünnigen ist gering, dagegen sind ihr Einfluß und ihre Wirksamkeit bemerkenswert, vor allem unter den Beamten, den Studenten und ganz allgemein unter den Intellektuellen).

Müdigkeit und unbestimmte Besorgnisse herrschen in der ganzen Bevölkerung.

Der passive Widerstand der Bauern nimmt zu (sie verkaufen nur ungern ihr Getreide an die amtlichen Aufkäufer, soweit die Staatsindustrie nicht im Austausch die von ihnen benötigten Waren liefern kann).

Eine Währungsinflation ist zu überwinden, Schwierigkeiten können bei der Regelung der Auslandsverbindlichkeiten auftreten.

Die Hoffnungen auf die chinesische Revolution sind vorläufig aufgegeben.

Eine Wiederaufnahme der Beziehungen zu England ist zur Zeit nicht möglich.

Diesen ungünstigen Faktoren und den daraus sich ergebenden Folgen (Säuberung des Offizierkorps der Sowjetarmee, Entlassung zahlreicher Beamter aus Ersparnisgründen, Unregelmäßigkeit der Lebensmittelversorgung in den Städten, Geldmangel für den weiteren Ausbau der Industrie, zahlreiche Verhaftungen, die eher auf die Nervosität der Regierung als auf ihre Stärke schließen lassen, usw.) können nur wenige nebensächliche Faktoren für eine optimistische Beurteilung gegenübergestellt werden, zum Beispiel:

Der erzielte oder erwartete Ausbau der Metallindustrie und des Bergbaus sowie der Rüstungsbetriebe (aber zu welchem Preis?).

Die diplomatischen Erfolge in den Beziehungen der UdSSR zur Türkei, zu Persien und Afghanistan.

Das Wiederanschwellen der kommunistischen Propaganda im Ausland aus Anlaß des X. Jahrestages der bolschewistischen Revolution.

Da die Gründe für Optimismus den Gründen für Pessimismus bei weitem nicht die Waage halten, kann man nicht einfach in der bisherigen Weise fortfahren. Es muß etwas geändert werden, um wieder zu einem richtigen Verhältnis zu kommen.

Zwei Arten von Änderungen sind möglich. Man kann entweder den Ausgleich suchen oder zum Angriff übergehen. Welcher Weg ist einzuschlagen?

Dies waren die wesentlichen Merkmale der Lage beim Zusammentritt des XV. Kommunistischen Kongresses, auf dem Stalin als erster Redner am 3. Dezember seinen Bericht erstattete.

Europa „am Vorabend" von Kriegen und Revolutionen

Stalin hat die Frage „Ausgleich oder Angriff?" nicht aufgeworfen. Er will den Angriff. Seine Ausführungen weisen seine Zuhörer nur auf den Angriff hin.

In seinem langen Bericht ist der erste Teil, der die internationalen Beziehungen behandelt, der wichtigste. Gleich in den ersten Worten spürt man hier den Angriffsgeist.

Unter den Gründen zur Entmutigung, gegen die sich Stalin wendet, steht die Vertagung der europäischen Revolution weitaus an erster Stelle. Viele russische Kommunisten haben geglaubt, die europäische Revolution würde unmittelbar aus dem Weltkrieg hervorgehen. Als sich diese erste Hoffnung nicht verwirklichte, vertröstete man sich auf einen etwas späteren Zeitpunkt. Die Unruhen in Deutschland vom Jahre 1923, der Riff-Krieg, die chinesische Revolution, der Aufruhr auf Java, all das wurde als Vorbote des großen Tages ausgelegt. Der große Tag ist aber nicht angebrochen. Ganz im Gegenteil war eine „Konsolidierung des Kapitalismus" zu verzeichnen. Trotzki und seine Freunde verlieren die Geduld und folgern, daß die russische Revolution zum Scheitern verurteilt worden sei. Dies ist die eigentliche Streitfrage zwischen Trotzki und Stalin, zwischen der Opposition und der Mehrheit. Wie verteidigt sich Stalin?

Durch den Angriff. Er leugnet nicht die „Konsolidierung des Kapitalismus". Er versucht nicht einmal, ihre Bedeutung zu verkleinern. Er nimmt das Argument seiner Gegner, so wie es ist, kehrt es aber kühn gegen sie um. Er entwickelt vor dem Kongreß ein Paradoxon, dessen Durchführung bis zum Schluß nur wenige Kongreßteilnehmer hätten mitanhören wollen: er versucht zu erklären, daß gerade die „Konsolidierung" der kapitalistischen Ordnung das Herannahen einer Revolution beweist.

Diese Begründung füllt drei sorgfältig numerierte Absätze aus, denn Stalin liebt den Anschein der Logik. Ich sehe davon ab, allen seinen Ausführungen zu folgen, und beschränke mich darauf, den Hauptgedanken festzuhalten.

Nach Stalin kann die augenblickliche Verteilung der Rohstoffe, Absatzmärkte und Kolonien nicht von Dauer sein, weil die Konsolidierung der kapitalistischen Ordnung die Bedürfnisse der verschiedenen Länder vermehrt, und zwar ungleichmäßig vermehrt. Man wird sich deshalb wieder schlagen, um die Welt aufzuteilen, und diese neuen Kriege werden die kapitalistische Ordnung zum Einsturz bringen.

Ich erörtere nicht die Wahrscheinlichkeit dieser Annahme. Es ist zur Zeit nicht meine Aufgabe, über die Zukunft zu philosophieren — ich habe nur festzuhalten, was ich vor Augen habe. Welchen objektiven Wert auch die Ausführungen Stalins besitzen mögen, so haben sie jedenfalls eine subjektive Bedeutung, die keinem Beobachter entgehen kann: sie lassen bei den Führern der russischen Kommunistischen Partei den Willen erkennen, mit den sogenannten „bürgerlichen" Staaten keinerlei aufrichtiges noch dauerhaftes Abkommen abzuschließen.

Wenn die UdSSR sich mit den „bürgerlichen" Staaten nicht verständigen will, werden dann diese Staaten sich nicht untereinander gegen die UdSSR verständigen? Diese Frage könnten sich die russischen Kommunisten mit gewisser Besorgnis stellen, denn ihre Führer haben selbst oft die Gefahr einer Einkreisung an die Wand gemalt. Stalin läßt aber dieser Besorgnis keine Zeit, zum Ausdruck zu kommen.

In seinen weiteren Darlegungen bemüht er sich, nachzuweisen, daß die Politik der Großmächte diese notwendigerweise dazu bringt, untereinander Krieg zu führen. Japan hat es in China mit den Engländern und Amerikanern zu tun. Italien und Frankreich haben „ungezählte Streitpunkte sowohl in den Donauländern als auch im Mittelmeer". Deutschland „ist auch jetzt noch ohne Kolonien". Bei dieser Aufzählung schont Stalin Deutschland am meisten. An anderen Stellen schont er England und Frankreich am wenigsten.

Um nachzuweisen, daß der Krieg zwischen den Großmächten unvermeidlich ist, muß man dem Völkerbund und den Locarno-Verträgen jede Vertrauenswürdigkeit absprechen, was Stalin auch nicht versäumt. Alles, was der Völkerbund für den Frieden und für die Begrenzung der Rüstungen getan hat, ist nur „Geschwätz". Den Geist der Locarno-Verträge kennzeichnet Stalin wie folgt: „Ist es nicht klar . . ., daß der ‚Geist des Krieges' den eigentlichen Inhalt des ‚Geistes von Locarno' bildet?"

Am Ende dieser Argumentation faßt Stalin seine Gedanken wie folgt zusammen: „So lagen die Dinge vor dem letzten imperialistischen Krieg, als der Mord von Sarajewo zum Kriege führte. So liegen die Dinge heute."

Das Bevorstehen eines Krieges würde aber noch nicht genügen, um das Bevorstehen einer Revolution zu beweisen. Sind nicht bei den meisten Großmächten die Regierungen gegenwärtig konservativ? Stalin hat diesen Einwand vorausgesehen. Nach seiner üblichen Taktik kehrt er ihn um und bedient sich seiner als Argument. Er erklärt, daß gerade das Vorhandensein dieser konservativen Regierungen die Unterdrückung der Arbeitermassen und Kolonialvölker und damit das Anwachsen der revolutionären Kräfte zur Folge hat.

Stalin rechnet namentlich mit den Aufständen in den Kolonien und mit der chinesischen Revolution: „Es ist klar", führt er aus, „daß das revolutionäre Erwachen der Kolonialländer das Ende des Weltimperialismus ankündigt . . . Nur

Blinde und Feiglinge können daran zweifeln, daß die chinesischen Arbeiter und Bauern einer neuen revolutionären Erhebung entgegengehen.“

Stalin ist es so sehr darum zu tun, das Herannahen der Revolution zu beweisen, daß die verschiedenartigsten Ereignisse für ihn zu unwiderleglichen Anzeichen werden. Er beruft sich bald auf den Aufstand in Wien, bald auf die in Frankreich und Deutschland organisierten Kundgebungen für Sacco und Vanzetti, die „Wahlerfolge der kommunistischen Parteien in Deutschland und Polen“ oder den „Kongreß der Freunde der Sowjetunion“, der vor kurzem in Moskau stattfand, und folgert: „Alle diese Tatsachen deuten unzweifelhaft an, daß Europa in eine neue Zeitspanne revolutionärer Aufstände eintritt . . . Wir befinden uns am Vorabend einer neuen revolutionären Erhebung sowohl in den Kolonien als auch in den Mutterländern.“

Etwas später kehren dieselben Worte „revolutionäre Erhebung“ wieder, und nunmehr fügt Stalin hinzu: „Ich spreche nicht einmal von den Kolonialländern, in denen die Stellung der Imperialisten immer katastrophaler wird.“

Dies waren die Ausführungen Stalins auf dem Kommunistischen Kongreß, um die Gemüter zu Krieg und Revolution aufzustacheln. Seine Behauptungen wurden vom Kongreß als unbedingte Wahrheiten hingenommen, und man findet ihren wörtlichen Niederschlag in der nach dreitägiger Aussprache einstimmig angenommenen Entschließung. Damit wäre der beschreibende Teil der Darlegungen erschöpft.

Nunmehr habe ich noch den konstruktiven — oder vielmehr destruktiven — Teil kurz zusammenzufassen, d. h. die Taktik, die Stalin der „kapitalistischen Welt“ gegenüber zu befolgen empfiehlt.

Die internationale Taktik des Kommunismus: Die Ausnutzung der Streitigkeiten

Es ist nicht weiter verdienstvoll, die von Stalin empfohlene Taktik beschreiben zu können. Tatsächlich hat er sie mit einer Art bismarckischem Zynismus selbst erklärt:

Stalin spricht zuerst einen Grundgedanken aus: er erklärt, die fremden Mächte seien uneinig, und läßt durchblicken, daß die UdSSR ihre Uneinigkeit ausnutzen müsse:

„Der Kampf zweier Richtungen in den Beziehungen der kapitalistischen Welt zur UdSSR — der vor allem durch England vertretenen Richtung, die auf einen militärischen Angriff dringt, und der Richtung, die eine Reihe anderer kapitalistischer Länder veranlaßt, die friedlichen Beziehungen fortzusetzen — ist infolgedessen die beherrschende Tatsache im System unserer jetzigen auswärtigen Beziehungen.“

Stalin führt Tatsachen an, die nach seiner Ansicht diese beiden Richtungen kennzeichnen. Diese doppelte Aufzählung ist besonders aufschlußreich, da sie gestattet, diejenigen Mächte zu erkennen, auf die Stalin mehr oder weniger rechnen zu können glaubt, sowie diejenigen, die er für erklärte Feinde hält.

Von den Tatsachen, die nach seiner Ansicht freundschaftliche Gefühle erkennen lassen, führt Stalin an:

„Den Nichtangriffsvertrag mit der Türkei; den Garantievertrag mit Deutschland; das Zollabkommen mit Griechenland; die Kreditverständigung mit Deutschland;

die Anerkennung der UdSSR durch Uruguay; den Garantievertrag mit Afghanistan; den Garantievertrag mit Litauen; den paraphierten Garantievertrag mit Lettland; die Beilegung des Streitfalls mit der Schweiz; den Neutralitätsvertrag mit Persien; die Besserung der Beziehungen zu Japan; den Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen zu Amerika und Italien".

Als Tatsachen, die dagegen für die Tendenz eines militärischen Angriffs sprechen, führt Stalin an:

„Die englische Note über die finanzielle Unterstützung der streikenden Bergarbeiter; die Überfälle in Peking, Tientsin und Schanghai; den Überfall auf die Arcos; den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen England und der UdSSR; die Ermordung Woikows; die Terrorakte der englischen Arbeitnehmer in der UdSSR; die Spannung in den Beziehungen zu Frankreich wegen der Abberufung Rakowskys."

Das erste dieser beiden Verzeichnisse enthält sicherlich auch Länder, die nur der Vollständigkeit halber angeführt werden, z. B. die Schweiz, Griechenland und Uruguay. Dagegen setzt Stalin allen Ernstes seine Hoffnungen auf Deutschland, Litauen und Lettland, auf die mohammedanischen Staaten Asiens, sogar auf Japan, Italien und die Vereinigten Staaten. Offenbar erwartet er von allen diesen Ländern nicht die gleichen Dienste, aber jedes dieser Länder scheint ihm in verschiedener Weise und in verschiedenem Grade imstande zu sein, das Spiel der UdSSR politisch, militärisch oder finanziell zu begünstigen.

Im zweiten Verzeichnis sind im Grunde genommen nur drei Mächte gemeint: England, Polen und Frankreich. Es sind dies die Hauptgaranten des Versailler Vertrages, was bestimmt kein Zufall ist.

Auch in diesem Falle werde ich mich hüten, den objektiven Wert des von Stalin dargelegten Systems zu erörtern. Daß die jetzige deutsche Regierung entschlossen ist, zwischen London und Moskau die Waage zu halten, ohne sich jemals mit der UdSSR wirklich zu kompromittieren; daß Italien bereit ist, mehrerlei Politik zu treiben, sogar gleichzeitig; daß Japan bei dem Wunsche nach Beibehaltung des Sowjetregimes nur daran denkt, so lange wie möglich aus der russischen Schwächung im Fernen Osten Nutzen zu ziehen; daß die Türkei den Russen mißtraut, Persien ohnmächtig ist und Afghanistan die kommunistische Propaganda unter den Tadjiken fürchtet; daß schließlich die Amerikaner den Kommunismus hassen und sich nur deshalb zur UdSSR hingezogen fühlen, weil sie sich der Illusion hingeben, dort leicht mehr Geld verdienen zu können als in einem rückständigen Lande, wo alles zu tun übrigbleibt. Das ist nur ein Teil von dem, was man Stalin erwidern könnte und was Stalin ebensogut weiß wie wir. Das ist aber nicht das Wesentliche.

Das Wesentliche ist, daß in Moskau eine Politik existiert, die systematisch darauf ausgeht, die Zwistigkeiten zwischen den Mächten zu unterhalten und auszubreiten, wobei als Spaltkeil der Versailler Vertrag dient, d. h. die gegenwärtige Grundlage unserer Sicherheit.

Diese systematische Ausnutzung der internationalen Unstimmigkeiten wird von Stalin mit größter Klarheit formuliert. Nach der Behauptung, daß England versucht

habe, „eine Einheitsfront gegen die UdSSR zustande zu bringen", und daß das Scheitern seines Versuches England nicht daran hindert, die Vorbereitung dieses Krieges fortzusetzen, fährt Stalin fort:

„Daher kommt es, daß es unsere Aufgabe sein muß, die Meinungsverschiedenheiten im Lager der Imperialisten zu berücksichtigen, den Krieg hinauszuschieben, indem wir den Kapitalisten Lösegeld zahlen und alle Maßnahmen treffen, um friedliche Beziehungen zu wahren. Wir können nicht das Wort Lenins vergessen, daß unser Aufbauwerk in hohem Maße davon abhängt, wie weit es uns gelingt, den Krieg mit der kapitalistischen Welt hinauszuschieben, diesen Krieg, der unvermeidbar ist (im Original in russischen Schriftzeichen), der aber hinausgeschoben werden kann, entweder bis die proletarische Revolution in Europa fällig ist, oder bis die kolonialen Revolutionen vollständig herangereift sind, oder schließlich bis die Kapitalisten sich untereinander wegen der Aufteilung der Kolonien schlagen. Deshalb ist die Aufrechterhaltung friedlicher Beziehungen mit den kapitalistischen Ländern für uns eine notwendige Aufgabe. Als Grundlage für unsere Beziehungen mit den kapitalistischen Ländern müssen wir davon ausgehen, daß zwei einander widersprechende Systeme nebeneinander bestehen. Die Praxis hat diese Betrachtungsweise voll gerechtfertigt. Der Stein des Anstoßes wird mitunter durch die Schulden- und Kreditfrage gebildet. Auf diesem Gebiet ist unsere Politik klar; sie beruht auf der Formel „Zug um Zug". Gebt uns Kredite zur Befruchtung unserer Industrie, und ihr erhaltet Rückzahlung eines gewissen Teils der Kriegsschulden, wobei wir diesen Teil als zusätzliche Verzinsung der Kredite ansehen. Wenn ihr uns nichts gebt, erhaltet ihr nichts."

Die Formel „Zug um Zug" ist nicht neu. Es ist diejenige aller Bankrotteure, die sich mit ihren Gläubigern vergleichen, um ihr Geschäft wieder in Gang zu bringen. Wenn es der Sowjetregierung im Interesse ihrer Innenpolitik gefällt, die Rückzahlung der alten russischen Schulden als Teil der Kosten der neuen Kredite anzusehen, so haben wir in dieses Manöver nicht einzugreifen. Die Ausführungen Stalins geben jedoch der Frage ein anderes Gesicht.

Die teilweise Rückzahlung der Vorkriegsschulden stellt im Rahmen der von Stalin befolgten Methode lediglich ein Mittel zur vorläufigen Aufrechterhaltung der friedlichen Beziehungen zu den fremden Mächten dar. Die Aufrechterhaltung dieser friedlichen Beziehungen ist wiederum für ihn lediglich ein Mittel, um eine europäische Revolution oder eine allgemeine Auflehnung der Kolonialvölker oder auch einen Krieg zwischen den sogenannten kapitalistischen Staaten „heranreifen" zu lassen. Kann man sagen, diese Ereignisse seien nicht vom Willen der UdSSR abhängig oder die Sowjetregierung sei für ihr Heranreifen ebensowenig verantwortlich zu machen wie ein Spaziergänger im Walde, der ja auch nichts dafür kann, wenn wildwachsende Pflanzen giftige Früchte tragen? Das hieße Stalins Gedankengänge nicht richtig auslegen.

In seinem Schlußwort erläutert der Generalsekretär der Kommunistischen Partei in der Tat die Maßnahmen, die in Moskau in der Zeit vor den erwarteten großen Erschütterungen ergriffen werden müssen. Hier ein paar Beispiele:

„Kampf für die Entfaltung der kommunistischen Parteien in der ganzen Welt;

Kampf für die Verstärkung der revolutionären Gewerkschaften und der Einheitsfront der Arbeiter gegen die Offensive des Kapitals;

Kampf für die Verstärkung der Freundschaft zwischen der Arbeiterklasse der UdSSR und der Arbeiterklasse der kapitalistischen Länder;

Kampf für eine engere Verbindung zwischen der Arbeiterklasse der UdSSR und der Freiheitsbewegung der kolonialen Länder."

Selbst wenn dieses Programm eines vierfachen Kampfes nur die persönliche Auffassung Stalins darstellte, würde doch die Autorität seines Verfassers ihm schon eine beträchtliche Bedeutung geben. Es handelt sich aber nicht um das Programm eines einzelnen, sondern um das Programm, das der Kongreß der Kommunistischen Partei am 7. Dezember einstimmig angenommen hat. In der an dem genannten Tage gefaßten Entschließung, die auf ein oder zwei Jahre das oberste Gesetz der Partei und des Staates bilden soll, finden wir in der Tat die gleichen Gedanken und stellenweise sogar den gleichen Wortlaut:

„. . . Verstärkung der brüderlichen Bande zwischen der Arbeiterschaft der UdSSR einerseits und der Arbeiterschaft der westeuropäischen Staaten und den werktätigen Massen der unterdrückten Länder andererseits."

Durch einen Pressefeldzug ist man jetzt schon bestrebt, der Öffentlichkeit, und zwar nicht nur in Rußland, sondern den Kommunisten in allen Ländern — die Artikel der „Prawda" werden ja von sämtlichen Organen der III. Internationale abgedruckt oder doch dem Inhalt nach übernommen — die von Stalin verfochtene und vom Kongreß gebilligte Politik einzuhämmern. In ihrem heute morgen erschienenen Kommentar zu dem Bericht über die Tätigkeit der III. Internationale, den Herr Bucharin soeben im Kongreß verlesen hat, schreibt die „Prawda":

„Die Konsolidierung des Kapitalismus stößt schon jetzt auf ungeheure Widersprüche, die ihr zum Verhängnis werden können. Wir gehen mit Riesenschritten einer Reihe neuer Kriege entgegen. Aber eine Reihe neuer Kriege bedeutet zugleich eine neue revolutionäre Phase. Wir erleben jetzt schon einen neuen Aufschwung der revolutionären Bewegung. Hierauf muß die Kommunistische Internationale sich stützen und entschlossen den Kampf gegen die Zweite Internationale, gegen die Gelbe Internationale aufnehmen. Wir müssen eine starke Front errichten, um den internationalen Reformismus und den Sozialimperialismus anzugreifen. Das war der politische Grundgedanke des vom Genossen Bucharin an den XV. Kongreß erstatteten Berichtes über die Tätigkeit des Exekutivausschusses der Kommunistischen Internationale. Das ist die Hauptaufgabe der kommunistischen Parteien in allen Ländern.

Die vorläufige Ruhezeit geht ihrem Ende entgegen. Die Festigung des Kapitalismus stellt nur eine Zickzacklinie der historischen Kurve dar, und dieses Auf und Ab kann keinesfalls auch nur im geringsten den Grundcharakter unserer Zeit ändern. Es ist eine Zeit der Kriege und Revolutionen. Wenn die erste Phase dieser Kriege zur Schaffung der UdSSR geführt hat, dürfen wir überzeugt sein, daß der gesamte Mechanismus der gegenwärtigen Entwicklung, der die Keime eines neuen

Völkerkrieges in sich birgt, gleichzeitig revolutionäre Elemente von ungeheurer Stoßkraft freimachen muß. Durch diese Entwicklung wird das Proletariat in den Vordergrund gedrängt. Es hat durch das gewaltige revolutionäre Erlebnis der letzten zehn Jahre reiche Erfahrungen gesammelt; es hat sich von den sozialdemokratischen Illusionen freigemacht, und an seiner Spitze marschiert jetzt eine gestählte, im Geiste Lenins geschulte Vorhut: die Kommunistische Internationale. Dieses revolutionäre Proletariat wird durch einen wuchtigen Schlag den europäischen Kapitalismus endgültig vernichten."

Ein an die Sowjetliteratur gewöhnter Leser — wie ich einer bin — ist nicht geneigt, die Bedeutung der in den hiesigen Reden, Tagesbefehlen und Presseartikeln immer wiederkehrenden Wendungen zu überschätzen. Wären die Worte Stalins, die Entschließungen der Kommunistischen Partei und die Trompetenstöße der „Prawda" nur Propagandamittel gleich jenen mitreißenden Marschmelodien und grellen Dissonanzen, die ein Berufsorchester in einem friedlichen Konzertsaal ertönen läßt, dann könnte man darüber hinweggehen. Die Lage ist aber, wie ich anfangs schon darlegte, ernst. Die Staatsmänner der UdSSR können sich nicht darauf beschränken, ein Orchester zu dirigieren. Das Schicksal ihres ganzen Regimes steht auf dem Spiel. Ob sie es wollen oder nicht, auf Worte müssen zwangsläufig Taten folgen. Es gibt wilde Gesten, die harmlos bleiben, solange die politische Atmosphäre, die Druckmittel oder der Spannungsunterschied noch keinen kritischen Zustand geschaffen haben. Sobald aber die entsprechenden Bedingungen gegeben sind, löst das Vorgehen eines unvorsichtigen oder böswilligen Experimentators Funken aus und bringt das Pulver zur Entladung. Einer solchen Entwicklung gehen die Staatsmänner der UdSSR entgegen. Der polnisch-litauische Streitfall stellt nur eine ernste Warnung dar.

Wie kann der Friede erhalten werden?

Wenn ich Eurer Exzellenz diese Bemerkungen unterbreite, die vielleicht zu kühn erscheinen mögen und auf alle Fälle geheimgehalten werden müssen, möchte ich doch nicht mit einem beunruhigenden Eindruck schließen. Gewiß scheint angesichts des Schauspiels, das ich hier vor Augen habe, Besorgnis gerechtfertigt. Aber Besorgnis darf uns immer nur dazu führen, die Sicherheit zu organisieren, und ebenso dürfen auch Hindernisse nur ein Grund zu einer noch stärkeren Anstrengung auf das Ziel hin sein. Die Menschheit will leben. Lebensgefahren wird sie immer abzuwenden wissen. Optimismus ist deshalb die einzig richtige Haltung, wenn man die Ereignisse vorhersehen, ihnen zuvorkommen oder den Lauf der Dinge beeinflussen will.

Bis zu dem durch den Abbruch der englisch-sowjetischen Beziehungen und die Verschärfung der inneren Kämpfe in der UdSSR gekennzeichneten Wendepunkt ließ die Politik, die der UdSSR gegenüber angebracht war, sich in das eine Wort „Zeitgewinnen" zusammenfassen. Den Weltfrieden aufrechtzuerhalten, im eigenen Lande Unordnung zu vermeiden und die Sowjetregierung sich allein mit ihren inneren Schwierigkeiten herumschlagen zu lassen, ihr nötigenfalls behilflich zu sein,

wenn sie versuchte, zu einem für die Außenwelt erträglichen modus vivendi zu kommen, das war die sehr einfache Linie, die man nur einzuhalten brauchte.

Inzwischen hat sich die Lage geändert. Über die Staatsmänner der UdSSR ist eine Krisenzeit hereingebrochen. Die dunklen Wolken, die über ihren Häuptern schweben, scheinen ihnen den gesamten Welthorizont zu verdunkeln. Sie bereiten sich auf Abenteuer vor.

In dieser neuen Phase ist es mit Zeitgewinnen nicht mehr getan.

Ich bin nach wie vor überzeugt, daß wir die Beziehungen zu Rußland nicht abbrechen dürfen, einerlei, was für eine Staatsform dort am Ruder ist. Die Lehren der Vergangenheit verbieten es uns. Ich bleibe der Überzeugung, daß man nicht gegen irgend jemand und erst recht nicht gegen irgendeine Idee den Bannfluch schleudern darf. Kein Kirchenbann vermag einen Menschen zu töten. Keine Mauer vermag einer Idee Einhalt zu gebieten. Wenn wir auf die Geschicke der Welt einwirken wollen, müssen wir ohne Unterlaß die Sache der gesamten menschlichen Gemeinschaft vertreten, ohne irgendeinen davon auszuschließen. Man darf niemals an den Menschen oder an den Dingen verzweifeln.

Wohl aber müssen wir unsere Aktionsmittel den Absichten und Kräften unserer Gegner anpassen. Verbindliche Worte genügen nicht, um die sowjetischen Staatsmänner wieder dazu zu bringen, daß sie die europäische Ruhe und die Weltkultur respektieren. Wir müssen in der Lage sein, ihrer Politik der Völkerspaltung, die sie in der Erwartung eines Krieges betreiben und die einen Krieg und eine internationale Revolution beschleunigen soll, eine internationale Aktion zum Schutze des Friedens entgegenzusetzen. Natürlich können Verteidigungsmittel nichts anderes sein als Zwangsmaßnahmen.

Das wirksamste und unblutigste Mittel, um im zwischenstaatlichen Leben einen Druck ausüben zu können, liegt auf handels- und finanzpolitischem Gebiet.

Das erste, was wir tun müssen, um die Sowjetregierung wieder zur Vernunft zu bringen, ist, daß wir sie zwingen, in Europa ebensoviel zu kaufen, wie sie dort verkauft, und daß wir ihr diese ungerechtfertigte und gefährliche Macht wieder entreißen, die sie sich dadurch angemaßt hat, daß sie sich darauf verlegte, Gold und Devisen aus unseren Ländern herauszupumpen, um damit ihre kommunistische Propaganda und ihre amerikanischen Lieferanten zu bezahlen.

Bei der stufenweisen Durchführung dieser Aufgabe, die gerade in den Handelsbeziehungen zwischen Frankreich und der UdSSR unerläßlich ist, müssen wir unbedingt irgendeine internationale Verständigung ins Auge fassen. Gerade dadurch wird der Beweis erbracht, daß wir uns auf dem richtigen Wege befinden. Gegenüber einer Politik, die systematisch darauf ausgeht, Uneinigkeit zwischen den Völkern zu säen, um ihre Regierungen zu beseitigen, würde jedes isolierte Vorgehen nur zu unvollständigen Ergebnissen führen und unerfreuliche Gegenwirkungen auslösen. Das hat der Bruch zwischen England und der Sowjetunion bewiesen. Um diejenigen zu besiegen, die spalten wollen, müssen wir uns zusammenschließen.

Jean Herbette

BOTSCHAFT DER FRANZÖSISCHEN REPUBLIK
BEI DER UNION DER SOZIALISTISCHEN
SOWJETREPUBLIKEN

Politische und Handelsabteilung
Nr. 170 (Europa)

Moskau, den 20. Februar 1928

Der Botschafter der Französischen Republik in Moskau
an Seine Exzellenz Herrn Aristide Briand,
Minister der auswärtigen Angelegenheiten

Am 7. März an das Kriegsministerium geschrieben

Die UdSSR im Falle eines Krieges
Informationen über militärische Fragen

Indem ich Eurer Exzellenz in der Anlage ein paar Informationen über militärische Fragen übermittle, beehre ich mich, nachstehend die Ansichten kurz zusammenzufassen, die einer der sachkundigsten fremden militärischen Beobachter, die es überhaupt in Moskau gibt, mir gegenüber heute geäußert hat.

Sie lassen sich in zwei Sätze zusammenfassen:

I. Die wirtschaftliche und finanzielle Lage der UdSSR gestattet es der Sowjetregierung nicht, im Jahre 1928 einen Krieg zu wagen.

II. Die Kommunistische Partei ist noch nicht in einer derart starken politischen Lage, daß sie sich in dem Bestreben, unter allen Umständen ein Ablenkungsmanöver durchzuführen, ungeachtet der wirtschaftlichen und finanziellen Lage des Landes, zu einem Krieg entschließen könnte.

Diese beiden Sätze gründen sich namentlich auf folgende Beobachtungen:

Was die wirtschaftliche Lage betrifft, so ist vorauszusehen, daß die bereits bestehenden ernstlichen Schwierigkeiten bis zur nächsten Ernte immer größer werden dürften. Mit Hilfe der mehr oder weniger versteckten Zwangsmaßnahmen, die die Sowjetregierung auf dem Lande angewandt hat, ist es ihr gelungen, in der letzten Zeit einige Vorräte anzulegen. Sie hat diesen Umstand benutzt, um Deutschland eine gewisse Menge Weizen zu liefern, die auf 25 Millionen Pud geschätzt wird, sowie sonstige Getreidesorten und Ölsaaten im Werte von schätzungsweise 15 Millionen Pud. Aber die gegenwärtigen Vorräte scheinen höchstens für die Versorgung des nicht von der Landwirtschaft lebenden Teiles der Bevölkerung auszureichen. Sollten die Getreideablieferungen seitens der Bauern noch mehr stocken, so würde dies eine Ernährungskrise in den Städten auslösen. Andererseits nehmen die Anzeichen der Unzufriedenheit unter der Arbeiterschaft immer mehr zu.

Was die finanzielle Lage anbetrifft, so droht der Sowjetregierung die Gefahr, daß sie nicht in der Lage sein wird, die deutschen Kredite zurückzuzahlen, die noch

vor Ende des Jahres 1928 fällig werden. Ihr Auslandskredit hängt völlig von den Entscheidungen ab, die die Deutschen treffen werden. Diese scheinen aber von den gemachten Erfahrungen wenig befriedigt zu sein.

Was die politische Lage der Kommunistischen Partei betrifft, so scheint sie durch eine immer stärker hervortretende Spaltung zwischen den echt russischen Elementen (Bucharin, Kalinin, Woroschilow usw.) einerseits und Stalin andererseits gekennzeichnet zu sein. Der letztere kann an einer neuen Opposition, die tief in die Partei hineinreichen würde, nicht noch einmal den chirurgischen Eingriff wiederholen, den er seinerzeit, nicht ohne Schaden für sich selbst, an den Trotzkisten vorgenommen hat. Aber die Entwicklung dieser neuen Zwistigkeiten geht bis jetzt nur langsam vor sich, und abgesehen von den Gerüchten eines möglichen Rücktritts Woroschilows, läßt nichts darauf schließen, daß in diesem Jahre eine Krise ausbrechen wird.

Dies sind die Argumente, mit denen mein Gesprächspartner die beiden Gedanken begründete, die ich zu Anfang meines Berichtes wiedergab.

Ohne mich restlos seinen Schlußfolgerungen anzuschließen — sie sind etwas scharf formuliert und tragen meines Erachtens den unvorhersehbaren Faktoren nicht genügend Rechnung — muß ich doch sagen, daß andere Beobachtungen die vorausgehenden zu bestätigen scheinen.

So ist z. B. allgemein bekannt, daß Herr Tomski[1] vor kurzem nach Rostow gefahren ist, um den Arbeitern Disziplin zu predigen, und daß Herr Lobow[2] sich in der gleichen Absicht nach Leningrad begeben hat, wo zahlreiche Herstellungsmängel in den Textilwerken aufgedeckt worden waren.

Ich glaube überdies zu wissen, daß gewisse Sowjeteinrichtungen kaum in der Lage sind, ihren Verpflichtungen auch nur in Rubeln nachzukommen. Ich erfahre aus zuverlässiger Quelle, daß ein großer Trust, der einem ausländischen Lieferanten 600000 Rubel schuldet, auf die Aufforderung des Gläubigers, ihm wenigstens 50000 Rubel zu zahlen, einen Aufschub von drei Wochen erbeten hat.

Es läßt sich auch nicht bestreiten, daß im Inneren der Kommunistischen Partei neue Rivalitäten zutage getreten sind. Jedoch liegen keine Anzeichen für eine unmittelbar bevorstehende politische Krise vor. Aber diese beiden Feststellungen zusammengenommen bieten noch keine Gewähr dafür, daß die Leiter der Kommunistischen Partei sich nicht in ein außenpolitisches Abenteuer stürzen werden. Man möchte im Gegenteil annehmen, daß sie lieber ein Wagnis unternehmen, bevor es zu einer Krise kommt.

Meines Erachtens muß man sich deshalb vor jeder uneingeschränkten Behauptung hüten. Man kann nur sagen, daß die Lage des Sowjetregimes zunehmend schwieriger wird, ähnlich wie die des kaiserlichen Regimes in Deutschland während des Krieges, und daß das heutige Rußland, wenn es nicht mindestens heimlich von Deutschland unterstützt wird, nur ein aussichtsloses Abenteuer unternehmen kann, das wahr-

---

[1]) Präsident des Zentralrates der Sowjetgewerkschaften und Mitglied des Politischen Büros.

[2]) Präsident des Obersten Volkswirtschaftsrates der UdSSR (d. h. Chef der Abteilung, der die staatliche Industrie unterstellt ist).

scheinlich nicht von Dauer sein würde. Alles in allem läßt sich, natürlich immer vorbehaltlich unvorhergesehener Ereignisse, folgendes sagen:

a) Das Sowjetregime ist in absehbarer Zeit verloren, wenn nicht als Ablenkung dienende äußere Ereignisse (revolutionäre Unruhen in Europa, Konflikte zwischen den Nachbarstaaten der UdSSR usw.) ihm wieder neue Hoffnung geben und ausländische Unterstützung verschaffen;

b) aber die wirtschaftlichen, finanziellen und sonstigen Ergebnisse des Regimes sind derart, daß die Sowjetregierung ihre revolutionäre Aktion nach außen (sie kostet viel Geld) nicht mit Erfolg fortsetzen und auch nicht an eine bewaffnete Intervention (wofür ihr bis jetzt sowohl die Kriegsmittel wie auch das erforderliche Menschenmaterial fehlen) denken kann, wenn sie nicht eine gewisse Unterstützung durch Deutschland erfährt, das eine binnen kurzem fällig werdende Forderung an die Sowjetregierung besitzt und allein in der Lage ist, ein bewaffnetes Eingreifen der UdSSR politisch und materiell zu ermöglichen.

c) Hieraus folgt, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen Deutschland die Verantwortung für die Gefahren trägt, welche ein weiteres Fortbestehen des Sowjetregimes in Rußland für die öffentliche Ordnung und den Frieden in der ganzen Welt mit sich bringt; genau wie Deutschland auch im Frühjahr 1917 die Verantwortung für all das auf sich nahm, was ein Sieg des Bolschewismus in Rußland bedeutete, als es die Politik betrieb, deren Inbegriff die Reise Lenins durch das Reichsgebiet war.

Es dürfte sich wohl empfehlen, die deutsche Öffentlichkeit nicht nur auf die Tatsache dieser neuen Verantwortlichkeit Deutschlands, sondern auch darauf hinzuweisen, daß man im Auslande in dieser Hinsicht vollkommen klar sieht.

Jean Herbette

Anlagen zum Bericht vom 20. Februar 1928

Bauprogramm für rollendes Material

Der Oberste Volkswirtschaftsrat der UdSSR hat dem Rat der Arbeit und der Landesverteidigung ein Bauprogramm für rollendes Material für die kommenden Jahre zur Genehmigung vorgelegt.

Was den Lokomotivenbau betrifft, so sieht das Programm in erster Linie einen Wiederaufbau der Werke in Lugansk und in Sormowo vor. Die Leistungsfähigkeit dieser beiden Fabriken soll auf je 700 Lokomotiven jährlich erhöht werden. In zweiter Linie sollen die Werke in Kolomna, Charkow und Briansk vergrößert und ihre Leistungsfähigkeit auf je 625 Maschinen jährlich erhöht werden. Außerdem soll ein Bauplan für eine weitere Lokomotivenfabrik ausgearbeitet werden.

Der Bau der großen Güterwagen soll dem Werk in Dnjepropetrowsk, dem Profinternwerk in Briansk sowie der Spezialfabrik vorbehalten bleiben, die in Nischnij-Tagil im Ural errichtet werden soll. Für das Werk in Briansk sind bereits die erforderlichen Wiederaufbauarbeiten in Angriff genommen worden, damit seine Leistungsfähigkeit auf 6000 große Güterwagen jährlich gebracht werden kann. Das gleiche ist für die Werke in Dnjepropetrowsk vorgesehen, und mit Teilbauten wurde bereits begonnen. Die

Werke der UdSSR werden also in den nächsten Jahren eine Gesamtleistungsfähigkeit von 13250 großen Güterwagen jährlich aufweisen, während der sowjetische Güterverkehr 21600 Wagen benötigt. Das Fehlende soll durch die Fabriken in Nischnij-Tagil (5000 Güterwagen) sowie durch die in den übrigen Werken der UdSSR gebauten Zweiachsenwagen ausgeglichen werden.

Der sowjetische Bedarf an Personenwagen kann infolge der Vergrößerung der vorhandenen Werke gedeckt werden.

„Die Wirtschaft“, 16. Februar 1928

Über den Mangel an Autorität bei den Unteroffizieren und Gefreiten der Roten Armee

Ein Militärkorrespondent des „Roter Stern“ schreibt in der Nummer vom 18. Februar, daß die Unteroffiziere wohl im Prinzip die Regeln der Disziplin beherrschen, es aber bei ihrer Anwendung häufig an Autorität fehlen lassen.

„Der Unteroffizier“, so schreibt der Korrespondent, „macht keinen genügenden Gebrauch von seinen Rechten und bemüht sich nicht, seine Autorität zu vermehren.

Er verlangt vom Soldaten ordentliches Aussehen und militärische Haltung, er befiehlt ihm die „Sie“-Anrede, geht selbst aber häufig nicht mit gutem Beispiel voran.

Endlich versäumt es der Unteroffizier gänzlich, seine Untergebenen anzuspornen, er meldet dem Zugführer nicht die Leute, die ein Lob verdienen.“

„Roter Stern“, 18. Februar 1928

Militärische Vorbereitung der politischen Mannschaft bei der Flotte des Kaspischen Meeres

Bei der politischen Mannschaft der Flotte des Kaspischen Meeres hat am 1. Dezember v. J. ein praktischer Lehrgang begonnen. Der Unterricht wird viermal wöchentlich erteilt und hat zum Gegenstand: den Steuermanns- und Lotsendienst, die Geschichte der Entwicklung der Marinetechnik, die Seetaktik und die darauf bezüglichen chemischen Fragen. Die Schiffskommissare werden zur Mitarbeit an den Operationsplänen aufgefordert.

„Roter Stern“, 17. Februar 1928

Neue Ingenieure für die Rote Armee

Am 23. Februar fand die feierliche Verleihung der Diplome an 44 militärtechnische Ingenieure (der Höheren Handwerks- und Industrieschule) bei ihrer Entlassung aus dem Plechanow-Institut für Volkswirtschaft statt.

Dadurch erhält die Rote Armee Techniker aller Art, über deren Fehlen das Oberkommando sich bisher beklagte.

„Roter Stern“, 15. Februar 1928

65 Flugzeuge für die Rote Armee

Anläßlich des 10. Jahrestages der Roten Armee werden die sowjetischen Luftstreitkräfte von der Ossoaviachim*), im Einvernehmen mit den Berufsverbänden, 65 Flugzeuge erhalten. Die Überreichung soll am 19. und 26. Februar und am 4. März in den größeren Städten der Union, d. h. in Leningrad, Moskau, Charkow, Rostow, Nowosibirsk, Tiflis usw. stattfinden.

„Roter Stern“, 16. Februar 1928

*) Gesellschaft zur Förderung des Flugwesens und der Chemie in der UdSSR

Unzulänglichkeiten bei den Neuarbeiten in der chemischen Industrie

Die Untersuchung, die das Aufsichtskommissariat mit Bezug auf die Ausführung der Neuarbeiten in der chemischen Industrie durchgeführt hat, brachte schwere Mängel zutage.

Fast alle großen Bauarbeiten wurden in Angriff genommen, bevor die genauen Pläne völlig fertiggestellt waren und ohne daß die erforderlichen Verträge abgeschlossen waren. Die Pläne für die Anilinfarbenindustrie sind mehrfach abgeändert worden, als die Arbeiten schon im Gange waren.

Die Bausaison wurde nicht rationell ausgenutzt; daraus ergaben sich Verspätungen bis zu 20 Monaten.

Die ursprünglichen Kostenanschläge wurden überschritten; die Mehrausgaben betragen 4 Millionen Rubel; in der Stickstoffindustrie belaufen sich die Mehrausgaben auf 170% der ursprünglichen Voranschläge.

Das Aufsichtskommissariat hat dem Rat der Arbeit und der Landesverteidigung verschiedene Maßnahmen zur Beseitigung dieser Mißstände vorgeschlagen. Der Oberste Rat der Nationalen Wirtschaft müßte innerhalb von 6 Monaten eine Revision des Fünfjahresplanes für die Entwicklung der Farbstoffindustrie vornehmen und zu dieser Prüfung ausländische Spezialisten heranziehen.

Das Aufsichtskommissariat schlägt vor, daß die Zuweisungen für die Neuarbeiten einer Verzinsungspflicht unterliegen sollen und fordert den Gosplan, den Obersten Rat und das Finanzkommissariat auf, diese wichtige Frage zu prüfen.

Manöver der „Jungkommunisten“ in Minsk

Am 18. Februar fanden in Minsk Manöver statt, an denen die Organisationen der „Jungkommunisten“ sowie die Zellen der Ossoaviachim teilnahmen, im ganzen 4000 auf drei Regimenter verteilte Personen.

Diese Manöver umfaßten Märsche und taktische Übungen und dauerten bis gegen Mittag des folgenden Tages.

„Roter Stern“, 19. Februar 1928

Vorratswirtschaft für den Fall eines Krieges

In der letzten Zeit war in Moskau ein Überfluß an Gefrierfleisch und eine verhältnis mäßige Verknappung von Frischfleisch zu beobachten.

Dieser Umstand soll folgendermaßen zu erklären sein: Die Sowjetbehörden benutzen, wie es heißt, den Winter dazu, um ihre Bestände an Gefrierfleisch auf den Markt zu bringen, und kaufen das Frischfleisch auf, um Fleischkonserven herzustellen. Diese Konserven sollen einen Teil der Vorräte bilden, die der Kommunistische Zentralausschuß im vergangenen Jahr für den etwaigen Bedarf im Falle eines Krieges anzulegen beschloß.

Vertraulich

Maßnahmen in Voraussicht einer Mobilmachung

Nach einer privaten Mitteilung aus offenbar zuverlässiger Quelle hat eine große Anzahl Dienstpflichtiger kürzlich in Moskau genaue Weisungen erhalten, bei welcher Einheit sie sich im Mobilmachungsfalle zu stellen haben.

BOTSCHAFT DER FRANZÖSISCHEN REPUBLIK
BEI DER UNION DER SOZIALISTISCHEN
SOWJETREPUBLIKEN

Politische und Handelsabteilung
Nr. 223 (Europa)

Moskau, den 6. März 1928

Der Botschafter der Französischen Republik in Moskau
an Seine Exzellenz Herrn Aristide Briand,
Minister der auswärtigen Angelegenheiten

Weitere Einzelheiten
zum sowjetischen Abrüstungsentwurf

Als Anlage zu meinem Bericht Nr. 212 vom 2. März beehre ich mich, Eurer Exzellenz in der Übersetzung verschiedene Erklärungen vorzulegen, die sowjetische Persönlichkeiten zum X. Jahrestage der Roten Armee abgegeben haben. Einige dieser Äußerungen lassen die Bedeutung klar erkennen, die die leitenden Männer der UdSSR ihren gegenwärtigen Rüstungen und ihren Abrüstungsentwürfen beimessen.

Abgesehen von Herrn Rykow, dessen Vorsicht und Sachkenntnis ihn davon abhielten, starke Worte zu gebrauchen, haben die Redner, die am 25. Februar in Moskau zu Ehren der Roten Armee das Wort ergriffen, ihre Absichten nur allzu deutlich ausgedrückt.

Herr Stalin, der gewöhnt ist, alles, was er sagt, sorgfältig abzuwägen, hat nicht nur unangebrachte Gedanken über die Heere anderer Länder geäußert. Er verkündete, daß die Armee der UdSSR dazu bestimmt sei, auf der ganzen Welt die Revolution zu entfachen, und daß sie dabei mit der Unterstützung der revolutionären Kräfte aller Völker rechne. „Unsere Armee ist die Armee der Weltrevolution, die Armee der Arbeiter aller Länder . . . Unsere Armee, die vom Geiste der Internationale beseelt ist, verfügt über eine unabsehbare Zahl von Freunden und Verbündeten in allen Teilen der Welt, von Schanghai bis New York, von London bis Kalkutta."

An diese Rede dachte Herr Tschitscherin, als er in einem diplomatischen Gespräch erklären zu müssen glaubte, Herr Stalin verstehe es meisterhaft, „hart am Rande des Abgrunds zu gehen". Man muß sich wirklich fragen, was Herr Stalin noch mehr hätte sagen können, wenn er die Absicht gehabt hätte, mit beiden Füßen in den „Abgrund" zu springen, anstatt nur an ihm entlangzugehen. Der Ausspruch Tschitscherins ist jedoch nicht zu zitieren, da er in einem persönlichen Gespräche fiel. Man kann ihn nur vertraulich als Ausdruck der seltsamen Illusionen zur Kenntnis nehmen, die die Männer, die man für die zuständigsten halten könnte, sich selber machen oder anderen einflößen möchten.

Herr Bucharin und Herr Uglanow, der Vorsitzende des Kommunistischen Ausschusses von Moskau, gingen von denselben Gedanken aus wie Stalin. Bucharin verkündete, daß man, wenn man den Jahrestag der Roten Armee begehe, damit den Schwur ablege, der Sache der internationalen Revolution dienen zu wollen. Uglanow sagte: „Unsere nächstliegende Aufgabe ist die, Tag für Tag, Jahr für Jahr an der Sammlung so vieler Kräfte wie möglich zu arbeiten, um wirklich eine Stütze und eine Grundlage für die kommenden Kämpfe mit der bürgerlichen und kapitalistischen Welt sein zu können."

Die Ausdrucksweise dieser beiden Redner überrascht weniger als diejenige Stalins. Herr Uglanow ist einfach der Leiter einer innerkommunistischen Organisation und will den internationalen Fragen gar nicht auf den Grund gehen. Herrn Bucharin andererseits habe ich von einem Mitglied der Sowjetregierung „einen hübschen Schmetterling, der über dem Chaos herumflattert," nennen hören.

Noch klarer und erschöpfender hat der Kriegskommissar Woroschilow die Absichten seiner Regierung und seiner Partei ausgesprochen. In einer Erläuterung der Worte Stalins sagte er: „Wir verfügen im Rücken unserer Gegner über ungezählte Freunde. Die denkenden Arbeiter und Bauern aller Länder sind mit uns." Kurz darauf fügte er hinzu: „Die Ergebnisse, die wir im Ausbau unserer militärischen Technik erzielt haben, sind sehr bedeutend. Das wissen unsere Freunde und Verbündeten, die Arbeiter aller Länder, und das gibt ihnen Mut."

Diese so deutlichen und maßgeblichen Erklärungen lassen keine Täuschung über die Politik der Sowjetregierung zu.

Je mehr ihre inneren Schwierigkeiten anwachsen, desto eifriger arbeitet diese Regierung auf eine Weltrevolution hin, die einzige Ablenkung, von der sie das Heil erhoffen kann. Die Rüstungen der UdSSR und ihr Abrüstungsentwurf sind nur zwei verschiedene Formen ein und desselben revolutionären Bemühens. Wenn die UdSSR ihre Armee verstärkt, so geschieht das, um, wie Herr Woroschilow sagte, den Arbeitern des Auslandes, die die Kommunistische Internationale zur Erhebung gegen ihre eigenen Regierungen zu treiben hofft, „Mut zu geben". Wenn die Sowjetregierung eine Abrüstungskonvention vorschlägt, so tut sie es, um in allen Ländern unter dem Vorwande einer Friedenspropaganda und Friedensüberwachung ein System von Arbeiter-, Bauern- und Soldaten-Sowjets einzuführen, die von einem internationalen Sowjet geleitet werden.

Der sowjetische Abrüstungsentwurf stellt übrigens ein ebenso maßgebliches Zeugnis für die Absichten der Regierung der UdSSR dar wie die Reden Stalins, Bucharins und Woroschilows über den Ausbau der Roten Armee. Der Wortlaut des Abrüstungsentwurfes kam nämlich folgendermaßen zustande: die Richtlinien wurden von den höchsten Regierungs- und Parteistellen (Rat der Volkskommissare, Politbüro*)) aufgestellt; Litwinow wurde mit der Leitung der Arbeiten betraut; den Entwurf arbeiteten der stellvertretende Generalstabschef Pugatschew und militärische Mitarbeiter aus; die russische Fassung wurde von Herrn Sabanin, dem

*) Politisches Büro des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der UdSSR

Leiter der Rechtsabteilung im Außenkommissariat, mit verschiedenen kleinen Abänderungen ins Französische übersetzt. Schließlich wurde der französische Wortlaut, wie er dem Völkerbundssekretariat übermittelt worden war, zur Veröffentlichung in der russischen Presse ins Russische übersetzt. Man wird zugeben, daß ein so reiflich überlegtes Dokument mit größter Wahrscheinlichkeit genau die Politik der Regierung, die es vorlegt, wiedergibt.

Diese Politik einer beschleunigten Weltrevolution betrachtet den Krieg als ein rechtmäßiges und vielleicht unentbehrliches Werkzeug. Auf Grund der Informationen, die man über die russischen Rüstungen besitzt, wird in gut unterrichteten ausländischen Kreisen angenommen, daß die Regierung der UdSSR den Krieg „erst" für 1930 bis 1931 vorsehe. Die Erfahrung von 1914 hat jedoch gelehrt, daß der Krieg für eine Regierung, die sich zu diesem Weg entschließt, immer früher kommt, als wohlüberlegte Voraussagen es vermuten lassen. Würde hier bereits in Zeitungen, Büchern, Vorträgen und Filmen eine derart heftige systematische Kampagne gegen Polen geführt, wenn die Sowjetregierung wirklich erst in zwei oder drei Jahren Krieg zu beginnen gedächte?

Andererseits bemüht sich die UdSSR gleichzeitig, ausländische Kredite zu erlangen, und solche Finanzoperationen würden mit der Aussicht auf einen baldigen Krieg schwerlich in Einklang stehen. Wenn man aber erfahren will, in welchem Geiste die Sowjetregierung sich augenblicklich in Berlin Geldmittel zu verschaffen sucht, so braucht man nur den Schluß des Artikels zu lesen, den die „Prawda" am 3. März 1928, zum 10. Jahrestage des Friedens von Brest-Litowsk, über die deutsch-sowjetischen Beziehungen brachte. Es heißt darin:

„Der Friede von Brest war ein Kompromiß der Sowjetmacht mit dem Imperialismus. Jedoch war es ein Kompromiß von der Art, die für den Gegner tödlich ist. Nach dem Friedensschluß nahm der Einfluß des Bolschewismus im deutschen Heere gewaltig zu, und dadurch wurde die Revolution in Deutschland beschleunigt.

In der gleichen Weise wie der Friede von Brest stellen alle „friedlichen" Beziehungen eines sozialistischen Landes mit seiner imperialistischen Umwelt einen Kompromiß besonderer Art dar. Auch dieser Kompromiß bedeutet den Tod der Imperialisten. Ein Beweis dafür ist die zunehmende Sympathie der Arbeiter für die UdSSR auf der ganzen Welt und ihr wachsender Haß gegen den Imperialismus, der der UdSSR übel will."

Ich habe über diese beiden Absätze mit einem Botschaftsrat (Hey) von der Deutschen Botschaft gesprochen, der als deutscher Generalstabsoffizier in Brest-Litowsk gewesen ist. Er sagte lächelnd: „An Klarheit läßt das nichts zu wünschen übrig."

Das soll auch meine Schlußfolgerung sein. Im Interesse des Friedens und zum Wohle Europas, im Interesse jener Volksmassen aller Länder, die die ersten Opfer der Verarmung und des Krieges wären, gerade auch im Interesse der Bevölkerung, die die Sowjetregierung so schlecht regiert und die sie fanatisch neuen Leiden entgegentreibt, müssen wir zu irgendeiner internationalen Zusammenarbeit kommen,

um von der Sowjetregierung die Sicherheiten für ihre Zahlungsfähigkeit und Friedensgarantien zu erlangen, auf Grund deren dieses Land wieder aufgerichtet werden kann. Bis dahin würden alle Mittel, die man der Sowjetregierung zur Verfügung stellen würde, nur deren Kriegs- und Revolutionspläne fördern.

Im Jahre 1925 war die Lage anders. Aber im Jahre 1928 ist sie so, und die Tatsachen sprechen augenblicklich eine zu klare Sprache, als daß irgend jemand seine Verantwortlichkeiten vergessen könnte.

Jean Herbette

BOTSCHAFT DER FRANZÖSISCHEN REPUBLIK
BEI DER UNION DER SOZIALISTISCHEN
SOWJETREPUBLIKEN

Politische und Handelsabteilung
Nr. 241 (Europa)

Moskau, den 14. März 1928

Der Botschafter der Französischen Republik in Moskau
an Seine Exzellenz Herrn Aristide Briand,
Minister der auswärtigen Angelegenheiten

Der nächste Kongreß der Profintern

Die Profintern oder Rote Gewerkschaftsinternationale, das heißt die kommunistische Organisation, die auf die Arbeitergewerkschaften der ganzen Welt einwirkt, wird ab 17. März in Moskau ihren IV. Kongreß abhalten. Die letzte Tagung fand im Jahre 1924 statt. Zum Teil sind die Abordnungen schon eingetroffen[1]). Die Vollzugsstelle der Profintern hält bereits Sitzungen unter Beteiligung der ausländischen Delegierten ab. Am 13. März erörterte sie einen Bericht von Monmousseau über die Berufsbewegung in Frankreich.

Der Generalsekretär der Profintern, Losowski, veröffentlicht heute in der „Prawda" einen Aufsatz, der das Programm des Kongresses umreißt. Nach seiner Meinung wird die gegenwärtige Zeit durch eine starke reaktionäre Bewegung bei sämtlichen „bürgerlichen" Regierungen der Welt sowie durch ein Hinneigen der Sozialisten zu diesen reaktionären Regierungen, d. h. zum Faschismus, gekennzeichnet. Nachdem er die UdSSR als einzige Vorkämpferin für die Freiheit des Volkes in aller Welt bezeichnet, was ja nicht gerade mit den Tatsachen übereinstimmt, die man hier beobachten kann, erklärt Herr Losowski, der Kongreß der Profintern werde „die Strategie der Streiks im Rahmen der wachsenden wirtschaftlichen Konflikte" festzulegen haben. Diese Strategie soll gleichzeitig in einem Kampf gegen die Arbeitgeber und gegen die Sozialisten bestehen. „Der Kampf wird dadurch doppelt schwierig", fügt Losowski hinzu, „es gibt aber für die Arbeiter keinen anderen Ausweg."

Der Kongreß wird sich auch mit der Bewegung befassen, die die „kolonialen und halbkolonialen" Völker in Konflikt mit den „alten kapitalistischen Staaten" bringt. In diesem Zusammenhang rechnet Losowski auch Lateinamerika zu den kolonialen

---

[1]) Wenn die Angaben der „Prawda" von heute morgen stimmen, sind die französischen Delegierten bis jetzt bei weitem am zahlreichsten, nämlich 29. Ferner sind anwesend: 17 Chinesen, 5 Portugiesen, 5 Jugoslawen, 4 Kubaner, 4 Schweizer, 3 Deutsche, 3 Italiener, 3 Finnländer, 3 Brasilianer, 3 Letten, 3 Uruguayer, 2 Argentinier, 2 Holländer, 2 Koreaner. Ferner sind die folgenden durch je einen Delegierten „vertreten": Belgien, Chile, Kolumbien, Ekuador, Estland, Guatemala, Palästina, Türkei, Guadeloupe.

Ländern: „Nicht nur in China", so schreibt er, „sondern auch im Malaiischen Archipel, in Indien und in ganz Lateinamerika steht die Arbeiterbewegung in vorderster Linie im Kampf gegen den Kapitalismus." Losowski erwähnt das „Sekretariat der linksradikalen Gewerkschaftsverbände in den Pazifikländern", diese Filiale der Profintern, die im Fernen Osten und in Australien ihre Tätigkeit ausübt. Für Lateinamerika kündigt er die Schaffung eines entsprechenden „Sekretariats" an. Bezüglich dieser beiden Punkte verweise ich auf die beigefügten Anlagen sowie auf meinen Bericht Nr. 209 vom 2. März.

Eine weitere auf der Tagesordnung des Kongresses stehende Frage betrifft die Feststellung der „Mittel zum Kampf gegen die faschistischen Gewerkschaften und gegen das Faschistischwerden der Gewerkschaftsbewegung in denjenigen Ländern, wo sich der Faschismus noch nicht durchgesetzt hat". Als Beispiele für Gewerkschaften, die zum Faschismus übergehen, führt Losowski nicht nur die italienischen, ungarischen, polnischen, bulgarischen und andere Gewerkschaften an; er behauptet, daß in Frankreich, in Deutschland und in England „der bürgerlich-demokratische Staat das unmittelbare Werkzeug der Trusts, der Konsortien usw." sei und daß infolgedessen in diesen Ländern die Gewerkschaften „zu Werkzeugen der Arbeiterorganisationen werden". Nach der Auffassung von Herrn Losowski „verringert sich der Unterschied zwischen der Regierungsform Baldwins, Poincarés, Hindenburgs und Mussolinis immer mehr". Hieraus zieht er den Schluß: „Der revolutionäre Flügel der Arbeiterbewegung sieht sich vor die höchst verwickelte Aufgabe gestellt, den Kampf noch schärfer zu gestalten und den Prozeß der Loslösung der Arbeitermassen vom Einfluß der reformistischen und faschistischen Führer zu beschleunigen. Diese Fragen sollen in aller Ausführlichkeit auf dem IV. Kongreß erörtert werden."

Die Aufgabe, die sich „die revolutionäre Berufsbewegung" hiermit stellt, kann nur, so erklärt Losowski, durch eine sehr straffe Organisation gelöst werden. Er fährt fort: „Welchen Sinn müssen alle organisatorischen Maßnahmen haben? Es handelt sich darum, eine innigere und festere Verbindung mit den Massen zu erreichen, die Massen so schnell wie möglich zu gewinnen, aus den Berufsorganisationen die Verräter und die Agenten des Kapitals zu verjagen, die Fabriken und Werke noch stärker zu durchdringen und jeden Betrieb in ein Bollwerk der Profintern zu verwandeln."

Losowski kündigt ferner an, daß der Kongreß sich „mit der Organisation der Jugend und Frauen angesichts der durch die kapitalistische Rationalisierung und den Zustrom ungeheurer Massen von Frauen und jungen Leuten in die Industrie geschaffenen neuen Lage befassen werde". Es ist die Schaffung eines internationalen Berufsausschusses der Arbeiterinnen geplant, der der Profintern zu unterstellen wäre.

Der Kongreß wird überdies Sonderausschüsse einsetzen, die „mit der Ausarbeitung konkreter Aktionsprogramme für die Berufsbewegung in China, Japan, Indien, den Balkanstaaten, in England usw. . . ." betraut werden sollen. Endlich soll nach der Tagung des Kongresses noch eine besondere Konferenz der Delegierten aus Lateinamerika stattfinden zur Erörterung „der Methoden und der zweckmäßigen

Mittel für die Schaffung eines Sekretariats für Lateinamerika zur Bekämpfung des amerikanischen Imperialismus und des panamerikanischen Verbandes der Arbeit"[2]).

Dies ist in großen Zügen das Programm, das Losowski für den nächsten Kongreß der Profintern aufstellt. Sein Umfang und die starke Verbreitung, die man ihm gibt, lassen deutlich darauf schließen, daß es auf die Phantasie zu wirken bestimmt ist. Man kann daraus folgern, daß es teilweise phantastisch ist. Wenn die Leiter der Profintern wirklich so sichere Methoden und so weitreichende Aktionsmittel besäßen, wie sie glauben machen wollen, würden sie wahrscheinlich weniger reden.

Aber wenn man auch ihren Einfluß nicht höher einschätzt, als er es verdient, so darf man doch nicht außer acht lassen, daß ihre Absichten sehr gefährlich sind. Eine Gefahr kann nämlich auch schon bestehen, wenn ihre Absichten in dieser Form gar nicht verwirklicht werden. Die in China betriebene kommunistische Propaganda hat ihr wesentliches Ziel der Errichtung eines Sowjetregimes in diesem Lande keineswegs erreicht. Sie hat aber trotzdem Ereignisse ausgelöst, die viel Blutvergießen und ungeheure materielle Verluste verursacht haben. Ebenso wird die Propaganda der Profintern in Hindostan, auf den Philippinen und in Niederländisch-Indien natürlich in keinem dieser Länder zu der „sozialistischen Organisation" führen, die man in Moskau erträumt. Aber dadurch, daß die Propaganda der Profintern dem Rassenhaß auch noch den Klassenhaß hinzufügt und unter einer wenig gebildeten Bevölkerung eine Reihe brutaler und angeblich wissenschaftlicher Schlagworte verbreitet, kann sie tatsächlich zu Katastrophen führen.

Unter diesem Gesichtspunkt müssen wir sie betrachten, wenn wir ihre Bedeutung und die dagegen zu treffenden Vorsichtsmaßregeln richtig einschätzen wollen. Ich betone nochmals, daß es nicht so sehr auf die Feststellung ankommt, ob Herr Losowski und seine Kollegen wirklich die Macht besitzen, die sie sich zuschreiben, das heißt, die Fähigkeit, die von ihnen ersehnten und vorbereiteten Ereignisse zu lenken. Wichtig ist aber die Feststellung, daß sie bedenkliche Entwicklungen heraufbeschwören können. Durch einen der Pathologie — nicht der Nationen, sondern der Einzelwesen — entnommenen Vergleich wird dies klarer werden. Es gibt mikroskopisch kleine Organismen, die, wenn sie sich im menschlichen Körper entwickeln, in demselben heftige Krisen auslösen. Niemand wird auf den Gedanken kommen, daß von einem solchen Organismus das wirre Verhalten des Patienten während einer Krisis ausgehen könnte, und doch ergreifen wir geeignete Maßnahmen, um uns vor solchen Organismen zu schützen.

Ich möchte annehmen, daß auch die menschliche Gesellschaft ein Anrecht auf eine gewisse Prophylaxe hat. Aber die zu ihrem Schutz geeigneten Methoden lassen sich nicht aus dem Ärmel schütteln, sondern können nur auf Grund geduldiger Beobachtungen entdeckt werden. Ich bin deshalb der Ansicht, daß die Fragen der kommunistischen Propaganda, insbesondere auf dem gewerkschaftlichen Gebiet, auf dem sich die Profintern betätigt, und in noch höherem Maße bei der Ausdehnung dieser gewerkschaftlichen Aktion auf die Kolonialländer, den Gegenstand einer fort-

[2]) Bericht Nr. 301 vom 14. März.

laufenden Beobachtung bilden müßten, die bei einer Sonderstelle des Ministeriums in enger Zusammenarbeit mit den Ministerien des Innern, der Arbeit und der Kolonien zu zentralisieren wäre[3]). Die Informationen, die ich dem Ministerium über die Entwicklung dieser Dinge zuzuleiten bemüht bin, enthalten nur einen sehr kleinen Teil der Auskünfte und Unterlagen, die man sammeln müßte. Allein um das zusammenzustellen, was sich in der UdSSR in Erfahrung bringen läßt, wäre eine Spezialkraft erforderlich, die sich ausschließlich dieser Aufgabe zu widmen hätte. Ich bin mir bewußt, daß eine derartige Organisation etwas völlig Neues darstellen würde, denn sie hätte nicht die Aufgabe, einen Staat oder ein bestimmtes Gebiet zu verfolgen, sondern eine zwischenstaatliche Bewegung, die sich über die ganze Welt erstreckt. Immerhin gestatte ich mir, die Schaffung einer solchen Organisation zu empfehlen. Organisationen wie die Kommunistische Internationale, die Profintern, die Kommunistische Jugend-Internationale (KIM), die Meshrabpom oder Internationale Arbeiterhilfe usw. fallen ja ebenfalls aus dem gewöhnlichen Rahmen völlig heraus. Wenn wir nicht über ein geeignetes Instrument für die Beobachtung ihrer Tätigkeit verfügen, könnten wir ganz unvermittelt Krisen erleben, die gerade wegen ihres unerwarteten Auftretens um so schwerer zu bekämpfen wären[4]).

Jean Herbette

---

[3]) Diese Beobachtung müßte sich auch auf die Bemühungen nicht nur der Profintern, sondern des Zentralrates der Sowjetgewerkschaften (unter dem Vorsitz Tomskis) erstrecken, der den Abschluß von „Verträgen" oder „Bündnissen" mit den Arbeitergewerkschaften verschiedener europäischer Länder anstrebt. Eines der ersten Beispiele dieser Tätigkeit war der „Vertrag" zwischen den sowjetischen und schwedischen Bergarbeitergewerkschaften.

[4]) Man sollte sich meines Erachtens nicht durch den Einwand beirren lassen, die Kommunistische Internationale sei letzten Endes nur eine ähnliche Einrichtung wie die Zweite Internationale, die ja auch ohne besondere Mittel zur Untersuchung bekanntgeworden sei. In Wirklichkeit liegen die Dinge hier ganz anders. Die Zweite Internationale ist eine Vereinigung sozialistischer Parteien (bzw., was die „Amsterdamer Internationale" betrifft, von Arbeitervereinigungen), in welcher die Willensäußerungen des zentralen Organismus nur eine Zusammenfassung der Willenskundgebungen der einzelnen Teile darstellen. Mit anderen Worten: es ist eine demokratische Internationale, die auf Grund von unten nach oben übertragener Vollmachten handelt. Im Gegensatz dazu stellt die Kommunistische Internationale (bzw., was die Gewerkschaftsbewegung betrifft, die Profintern) eine Einrichtung dar, die sich auf die in Rußland bestehende sogenannte „Diktatur des Proletariats" gründet. Von diesem Regime, das gewiß diktatorisch, aber keineswegs proletarisch ist, wird sie ausschließlich unterhalten. Wir haben es also hier mit einer autokratischen Internationale zu tun, in der die Autorität von der Spitze ausgeht und den kommunistischen Parteien der übrigen Länder nur eine Statistenrolle zugewiesen wird. Die finanziellen und militärischen Hilfsquellen der UdSSR sowie ihre wirtschaftlichen, diplomatischen und sonstigen Interessen üben einen ständigen und entscheidenden Einfluß auf die Tätigkeit der Kommunistischen Internationale aus, während nichts Ähnliches bei der Zweiten Internationale zu verzeichnen ist. Wenn wir uns fragen, wie wir uns ein klares Bild von der Kommunistischen Internationale und den Mitteln machen wollen, mit deren Hilfe wir uns jetzt, da die Krise des Sowjetregimes in Rußland die Moskauer Machthaber dazu treibt, ihre Internationale zu einem aggressiveren Vorgehen zu benutzen, dagegen schützen könnten, so ergeben sich sehr viel neue Probleme, deren Klärung auch eine völlig neue Untersuchungsmethode bedingt.

Anlage zum Bericht Nr. 241

Plenartagung des „Sekretariats der linksradikalen Gewerkschaftsverbände der Pazifikländer" in Schanghai (China)

Die „Prawda" vom 9. März veröffentlichte einen Irl. Brauder unterzeichneten Brief aus „Hankou", der über die Tagung berichtet, die das „Sekretariat der linksradikalen Gewerkschaftsverbände der Pazifikländer" vom 3. bis 6. Februar in Schanghai abgehalten hat. Es handelt sich hierbei bekanntlich um eine der Moskauer Roten Gewerkschafts-internationale (Profintern) angeschlossene Organisation. Sie bildet das Werkzeug der russischen kommunistischen Partei zur Einwirkung auf die Arbeitermassen der Länder des Fernen Ostens und Australiens.

Diese Tagung, so schreibt der Korrespondent der „Prawda", kann als „sehr erfolgreich" bezeichnet werden. Besonders zu erwähnen ist die Anwesenheit von Vertretern der australischen Gewerkschaften und des Arbeiterkongresses der Philippinen. Außerdem nahmen Vertreter der japanischen Berufsbewegung (Nippon Rodo, Kumiai, Hiogikai und Toitsu Domai), des amerikanischen Verbandes für Gewerkschaftspropaganda, der englischen Minderheitsbewegung sowie die Führer des Panchinesischen Arbeiterverbandes daran teil. „Wir erleben hier", versichert Herr Brauder, „einen weiteren Fortschritt auf dem Wege zur Einheit der Berufsbewegung der Pazifikländer."

Die beiden chinesischen Vertreter waren Su-Tschao-Yen, der Vorsitzende, und Huan-Tsin, ein Mitglied des Exekutivausschusses des Arbeiterverbandes; es ist ihnen gelungen, sich den Fahndungen der Polizei sowohl auf chinesischem Gebiet wie auch in den internationalen Konzessionen zu entziehen. Nach ihren Berichten an das Sekretariat hat die chinesische Arbeiterbewegung im Jahre 1927 durch Hinrichtungen oder Verurteilungen zu Gefängnisstrafen über 70000 Mitglieder verloren. Trotzdem besteht die chinesische Gewerkschaftsbewegung weiter. Die chinesischen Gewerkschaften haben den „größten Heldenmut" bewiesen, insbesondere in Kanton während der Bewegung, die sich die „endgültige Vertreibung der Bedrücker" zum Ziel gemacht hatte.

Der Bericht über die Gewerkschaftsbewegung in Australien wurde von dem „Delegierten des Rates der Berufsgewerkschaften Australiens" Jack Ryan erstattet, der „unmittelbar im Namen von 500000 organisierten Arbeitern sprach". Bisher hatte die Arbeiterbewegung in Australien etwas allein gestanden. „Die Tagung des Sekretariats der linksradikalen Gewerkschaftsverbände der Pazifikländer ist die erste internationale Zusammenkunft, an der die australische Arbeiterbewegung geschlossen teilgenommen hat."

Der Arbeiterkongreß der Philippinen war durch drei Delegierte vertreten, die ebenfalls zum erstenmal eine Fühlung zwischen ihrer Berufsbewegung und den übrigen Ländern hergestellt haben. „Obwohl die Gewerkschaften der Philippinen bereits seit 25 Jahren bestehen, ist bei ihnen noch keine Zentralisierung erfolgt. Der wichtigste Berufsverband der Philippinen, nämlich der Arbeiterkongreß, ist noch verhältnismäßig schwach und zählt erst 81000 Mitglieder. Jedoch zeigt der Arbeiterkongreß der Philippinen volles Verständnis für die umfassende Aufgabe, die seiner harrt, gilt es doch, die Arbeiter der Philippinen zusammenzuschließen sowohl zum Kampf für ihre nationale Unabhängigkeit als auch zum Kampf gegen die örtlichen Ausbeuter."

Lateinamerika und Indien waren auf der Hankouer Tagung noch nicht vertreten. Was Lateinamerika betrifft, so wurde die Schaffung eines Sekretariats der Gewerkschaften der Pazifikländer erörtert. Das letztere hat sich verpflichtet, mit der neuen Organisation zusammenzuarbeiten, die in Lateinamerika ähnliche Funktionen übernehmen wird, wie es selber sie in den Pazifikländern ausübt.

Gemäß dem im Mai 1927 von der Hankouer Organisationskonferenz gefaßten Beschluß hat die Plenartagung des Sekretariats für März 1929 den Kongreß der Gewerkschaften der Pazifikländer einberufen. Auf Vorschlag des australischen Delegierten, der über diese Frage Bericht erstattete, wird der Kongreß in Australien zusammentreten.

Die wichtigste auf dieser Tagung gefaßte Entschließung betrifft die Arbeiten des Exekutivkomitees und die aus den einzelnen Ländern eingegangenen Berichte. Die Entschließung enthält nicht nur eine Formulierung der „allgemeinen Aufgaben, die sich aus den Zeitverhältnissen ergeben", sondern stellt auch „konkrete Richtlinien hinsichtlich der sich für Japan, die Philippinen, Australien und China ergebenden Sonderfragen" auf. Die Entschließung wurde einstimmig angenommen.

Im Anschluß an diesen Bericht über die Arbeiten der Tagung fragt sich der Korrespondent der „Prawda" nach den wunden Punkten, an denen das Sekretariat der Gewerkschaften der Pazifikländer noch kranke. Ein erstes Element der Schwäche ist seiner Meinung nach dadurch bedingt, daß die Bewegung nicht zentralisiert ist und nicht richtig gelenkt wird[1]). „Trotz der in China, in den niederländischen Kolonien und in Korea ergriffenen Unterdrückungsmaßnahmen" schaffen sich die Gewerkschaften dieser Länder mit Hilfe des Sekretariats der Pazifikländer einen organisierten und wirklich zuverlässigen Apparat, der ihren Sonderaufgaben angepaßt und imstande ist, die gesamte Arbeiterklasse in jedem einzelnen dieser Länder zu mobilisieren und zu führen.

Ein zweites Element der Schwäche liegt in der Neigung zur „Provinzgesinnung", d. h. in dem „ungenügenden Verständnis für die Arbeiterbewegung der übrigen Länder"; dieser Fehler tritt in Australien, Japan und Amerika in noch höherem Maße zutage als in den Kolonialländern, „wo das imperialistische Joch die Massen zwingt, sich für internationale Fragen zu interessieren". Diese „Provinzgesinnung" führt namentlich dazu, daß „die große Masse der Arbeiterschaft sich mit der Gesetzgebung der kapitalistischen Regierungen abfindet, die den Interessen der asiatischen Arbeitermassen zuwiderläuft. Die Bemühungen, den Rassengegensatz zu verschärfen und die Solidarität der Arbeiter zu sprengen, verbergen sich hinter scheinheiligen Erwägungen über die Notwendigkeit, sich gegen billige Arbeitskräfte zu schützen." Wenn man diese „engherzige Provinzgesinnung" ausmerzt, macht man zwei Waffen des Kapitalismus unschädlich, nämlich die internationale Organisation zur Brechung der Streiks und die Rassenvorurteile.

„Die dringlichste Frage, die sich für die Gewerkschaftsbewegung der Pazifikländer ergibt und die bereits bekannt ist", so fährt der Korrespondent der „Prawda" fort, „besteht immer noch im Kampf gegen den Krieg und für die Befreiung der unterdrückten Völker."

Zum Schluß des Artikels heißt es: „Ohne die erzielten Ergebnisse zu überschätzen und in Erkenntnis aller unserer Fehler sowie der ungeheuren Tragweite der uns erwartenden Aufgaben — Indien ist z. B. dem Sekretariat der Gewerkschaften der Pazifikländer noch nicht angeschlossen — können wir nach der Februar-Tagung unsere Arbeit mit größerer Energie und mit dem festen Vertrauen wiederaufnehmen, daß die Gewerkschaftsbewegung der Pazifikländer sich erfolgreich entwickeln und einen wichtigen Bestandteil der Einheitsbestrebungen der Arbeiterschaft in der ganzen Welt bilden wird."

„Prawda", 9. März 1928

[1]) „insbesondere in den kolonialen und halbkolonialen Ländern".

Die Entstehung des „Sekretariats der linksradikalen Gewerkschaftsverbände der Pazifikländer"

Der erste Versuch einer Vereinheitlichung der Arbeiterbewegung in den Pazifikländern wurde bereits im Sommer 1924 unternommen. Damals trat in Kanton eine Konferenz der Transportarbeiter zusammen.

Im August 1926 wurde ein neuer Versuch unternommen, diesmal jedoch in Australien; eine Arbeiterkonferenz fand damals in Sydney statt.

Diese ersten Versuche waren jedoch nur teilweise von Erfolg gekrönt. Erst mit der im Mai 1927 in Hankou abgehaltenen Konferenz der Gewerkschaften der Pazifikländer wurde ein zweckmäßigerer Weg beschritten.

Trotz der ungünstigen Lage, die sich damals aus den Verwicklungen des chinesischen Bürgerkrieges ergab, konnten die Vertreter der sowjetischen, englischen, amerikanischen, französischen, japanischen, chinesischen, indischen und koreanischen Gewerkschaften an der Konferenz teilnehmen. Diese Konferenz befaßte sich mit folgenden Fragen:

Kampf gegen den Imperialismus, gegen die Kriegsgefahr und gegen den Faschismus;
Vereinheitlichung der Berufsbewegung;
Zusammenarbeit mit den Bauern;
Organisationsfragen, legale und illegale Arbeit in den Gewerkschaften.

In allen diesen Fragen nahm die Konferenz einstimmige Entschließungen an, die auf eine einheitliche Leitung der Arbeiterbewegung in sämtlichen Pazifikländern hinzielen.

Außerdem gründete die Konferenz das „Sekretariat der Pazifikländer" als Organ für die Zentralisierung und Gleichschaltung der gesamten Arbeiterbewegungen in den einzelnen Pazifikländern.

Die australischen Gewerkschaften und die Arbeiterbewegung der Philippinen haben sich dem Sekretariat angeschlossen. Man hofft, daß die indischen Gewerkschaften unter der Einwirkung der dort bereits bestehenden Linksbewegung ebenfalls dem Sekretariat der Pazifikländer beitreten werden.

Das Sekretariat der Pazifikländer gibt in regelmäßigen Zeitabständen ein Mitteilungsblatt heraus. Es hält Fühlung mit den Führern der Arbeiterbewegung in den Pazifikländern. Auf diese Weise nimmt es Einfluß auf die Arbeiterbewegung dieser Länder sowie der ganzen Welt. Anfang Februar 1928 hat es eine Vollkonferenz in Schanghai abgehalten und somit bewiesen, daß sein Einfluß im Wachsen begriffen ist.

Nach einem Aufsatz von Heller in der „Prawda" vom 15. März 1928

BOTSCHAFT DER FRANZÖSISCHEN REPUBLIK
BEI DER UNION DER SOZIALISTISCHEN
SOWJETREPUBLIKEN

Moskau, den 20. März 1928

Politische und Handelsabteilung
Nr. 261 (Europa)

Den 31. März Aufzeichnung für den Minister gemacht

Die Durchschrift wurde am 4. Juni 1928 auf seinen Wunsch an Herrn Poincaré geschickt

Der Botschafter der Französischen Republik in Moskau
an Seine Exzellenz Herrn Aristide Briand,
Minister der auswärtigen Angelegenheiten

Die Anweisungen der Kommunistischen Internationale für die französische Kommunistische Partei

Die von der Plenartagung des Vollzugskomitees der Kommunistischen Internationale am 25. Februar 1928 angenommene Entschließung über die „französische Frage", die in Wirklichkeit Anweisungen der Kommunistischen Internationale für die französische kommunistische Partei darstellt, scheint in Frankreich in nur sehr unvollständiger Form bekanntgeworden zu sein. Der russische Wortlaut wurde ausführlich in der „Prawda" vom 7. März veröffentlicht. Am gleichen Tage gab die Agentur Tass in Paris eine Kurzfassung heraus, die namentlich in der „Humanité" vom 8. März wiedergegeben wurde. Für den Fall, daß in der Folge der volle Wortlaut des Dokumentes in Frankreich nicht veröffentlicht worden ist, erlaube ich mir, Eurer Exzellenz in der Anlage die ausführliche Übersetzung der vom Vollzugsausschuß der Internationale angenommenen Entschließung zu unterbreiten. Diese Übersetzung ist von meinen Mitarbeitern sorgfältig angefertigt worden. Ich füge die Kurzfassung der Tass-Agentur an, wie sie in der „Humanité" erschienen ist. Man wird ohne weiteres erkennen, daß die Lektüre dieser Fassung nicht die Kenntnis des vollen Wortlautes des Dokumentes ersetzen kann.

Die Anweisungen des Vollzugskomitees der Kommunistischen Internationale für die französische kommunistische Partei sind meiner Ansicht nach von doppeltem Interesse: sie sind bezeichnend wegen der Ziele, die sie den französischen Kommunisten zuweisen, und nicht weniger aufschlußreich wegen der Art, in der sie auf die Innenpolitik unseres Landes einwirken wollen.

Die den französischen Kommunisten zugewiesenen Ziele bestehen hauptsächlich in der Bekämpfung der Sozialisten sowie der Gewerkschaften, die dem Allgemeinen Gewerkschaftsbund angeschlossen sind, und in der Vorbereitung der Revolution durch den Ausbau der Einheitsgewerkschaften sowie durch eine organisierte Propaganda unter den Bauern.

Die Art der Behandlung der französischen Kommunisten durch die Kommunistische Internationale entspricht der Befehlsausgabe, wie sie nur militärischen Unterstellen oder einem bezahlten Personal gegenüber vorstellbar ist. Der Vollzugsausschuß der Internationale erinnert daran, daß er bereits Anweisungen erteilt habe. Er billigt, was bereits getan worden ist, um ihm zu gehorchen, ist aber der Ansicht, daß der Gehorsam noch nicht vollständig genug war, und „fordert (russisch: требует) vom (französischen) Zentralkomitee eine feste und systematische Befolgung der neuen Verhaltungsmaßregeln“. Er „regt an“ (russisch: предлагает; dieser Ausdruck wird vom Zentralen Vollzugskomitee der Union verwendet, wenn er den Zentralen Vollzugsausschüssen der verschiedenen Bundesrepubliken Anweisungen erteilt), das französische Zentralkomitee möge „die notwendigen inneren Organisationsmaßnahmen treffen, um die Befolgung der neuen Verhaltungsmaßregeln durch die ganze Partei und namentlich durch ihr Organ, die „Humanité“, zu gewährleisten“.

Wir haben es demnach hier mit einer ausländischen Organisation mit dem Sitz in Moskau zu tun, die Anweisungen erteilt, um in Frankreich den Parteien- und Klassenkampf zu verschärfen, und die in der Form von Forderungen oder zwingenden Anregungen einer französischen Partei ihren Willen auferlegt.

Die auf diese Weise den französischen Kommunisten erteilten Befehle sollen nicht nur einer internationalen revolutionären Sache dienen, wie es der Name der in Moskau ansässigen Institutionen anzudeuten scheint. Unter dem Anschein, eine internationale Sache zu verfechten, dienen die Anweisungen des Vollzugsausschusses den Belangen eines bestimmten Staates, der UdSSR, deren Regierung immerhin die Verpflichtung übernommen hat, sich nicht in unsere inneren Angelegenheiten einzumischen. Der materielle Beweis dafür findet sich mindestens an zwei Stellen der anliegenden Entschließung: dort, wo das Vollzugskomitee der Internationale der französischen kommunistischen Partei vorwirft, die Gefahr eines Krieges gegen die UdSSR nicht genügend zu berücksichtigen, „was u. a. in der Schwäche des von der Partei geführten Feldzuges in der Angelegenheit Rakowsky zum Ausdruck kam“, und dort, wo der Vollzugsausschuß der Internationale den Ausschluß gewisser französischer Kommunisten, die sich namentlich eines Angriffes auf „die Russische Revolution“ schuldig gemacht haben, „billigt und bestätigt“.

Die Politik, die an diesen Stellen der Entschließung klar zum Ausdruck kommt und die die ganze Entschließung kennzeichnet, ist nichts anderes als die eigene Politik der Sowjetregierung, wenn sie in der Arbeiterklasse der anderen Länder Unterstützung für den Fall internationaler Schwierigkeiten oder bewaffneter Auseinandersetzungen der UdSSR sucht. Es ist die Politik, die Stalin vor dem Kommunistischen Kongreß der UdSSR im vergangenen Dezember dargelegt hat[1]). Die Politik, auf die Tschitscherin anspielte, als er mir am 18. März erklärte: „Wenn wir angegriffen werden, so wird es außerhalb des Landes Leute geben, die uns verteidigen.“

Daß die Sowjetregierung in ihren mehr oder weniger geheimen Plänen der europä-

---

[1]) Bericht Nr. 764 vom 10. Dezember 1927. *Siehe S. 42.*

schen Revolution eine Rolle zuweist, ist eine Tatsache, auf die wir Rücksicht nehmen müssen, die wir aber offenbar nicht zum Gegenstand diplomatischer Vorstellungen oder Proteste machen können. Die Absichten der Sowjetregierung waren uns bekannt, als wir die Beziehungen mit der UdSSR aufgenommen haben. Solange diese Absichten sich im Rahmen des Theoretischen halten, können sie nicht zu einem Einschreiten unsererseits Anlaß geben.

Anders liegt jedoch der Fall, wenn eine in Moskau bestehende, durch die russische Kommunistische Partei subventionierte Organisation (die Kommunistische Partei ihrerseits lebt von den Löhnen ihrer Mitglieder und den zahlreichen Vorteilen, die die Sowjetregierung ihren Gliederungen gewährt), die von Männern geführt wird, welche ständig an der Leitung des Sowjetstaates teilnehmen, sich erlaubt, einer französischen Partei Befehle zu erteilen und ihr eine Wahltaktik, eine Arbeiter-, Bauern- und Kolonialtaktik vorzuschreiben, um den Ausbruch revolutionärer Bewegungen bei uns zu beschleunigen, und das alles zugunsten des Sowjetstaates, dessen nationale Sicherheit und internationaler Einfluß durch die Dienste erhöht werden sollen, die man von den französischen Kommunisten „fordert".

Ich halte es für meine Pflicht, Eure Exzellenz, wie ich es bereits mit meinem Telegramm Nr. 302/303 vom 14. März getan habe, darauf hinzuweisen, daß es mit den Verpflichtungen, die die UdSSR bei ihrer Anerkennung durch Frankreich übernommen hat, unvereinbar ist, wenn die Sowjetregierung Kundgebungen, wie letzthin der Plenartagung des Zentralvollzugskomitees der Kommunistischen Internationale, wobei eine Entschließung angenommen wurde, die eine unzulässige Einmischung in das politische Leben Frankreichs bedeutet, offizielle Gastfreundschaft gewährt.

Ich bin weiterhin der Ansicht, daß die Französische Regierung deswegen ernste Vorstellungen bei der Sowjetregierung erheben muß, denn unser Stillschweigen würde sie nur zu neuen Beeinträchtigungen unseres Rechts ermutigen, und wir würden gezwungen sein, um so schwerwiegendere Maßnahmen zu treffen, je später wir uns dazu entschließen.

Ich glaube auch, daß es zweckmäßig wäre, die Art und Weise, wie die Kommunistische Internationale einer französischen Partei befiehlt und sie zu einem Werkzeug fremder Interessen macht, in Frankreich weitgehend bekanntzumachen. Die französische Öffentlichkeit muß wissen, daß auf sicherem Posten stehende Leute, die es sich an der Spitze eines Landes bequem machen, wo ihr Regime die Knechtschaft und das Elend unendlich vermehrt hat, von Moskau aus die französischen Wahlen lenken und ihr Regime dadurch retten wollen, daß sie unser Land zugrunde richten.

Jean Herbette

Entschließung über die „französische Frage", angenommen am 25. Februar 1928 von der Plenartagung des Zentralvollzugskomitees der Kommunistischen Internationale

1. Die großen Veränderungen in der wirtschaftlichen und sozialen Struktur des Nachkriegsfrankreich (auf die seinerzeit in der Entschließung des Vollzugsausschusses der Kommunistischen Internationale vom Frühjahr 1926 hingewiesen worden ist) haben das Großbürgertum und seine Regierung der „nationalen Union" gezwungen, auch ihre Wirtschafts- und Sozialpolitik entsprechend zu ändern. Die Einstellung der Inflationspolitik hat eine Reihe wirtschaftlicher Schwierigkeiten zu Tage gebracht, die zwar nicht zu einer scharfen Krise führten, dagegen den französischen Kapitalismus zwingen, die Erzeugung zu rationalisieren. Die Konzentration der Erzeugung, die Ausschaltung der Kleinbetriebe, der Angriff auf den Arbeiterlohn und den Achtstundentag, die immer schärfere Ausbeutung der Kolonien werden noch größere Ausmaße annehmen, denn all dies ist mit den lebenswichtigen Interessen des französischen Kapitalismus verknüpft. Gleichzeitig mit der Entwicklung dieser verschiedenen Bewegungen und mit der Rationalisierung der Erzeugung gruppieren sich die sozialen und politischen Kräfte des Landes um. Die tatsächliche Stabilisierung des Franken hat beträchtliche Gruppen des Kleinbürgertums dazu gebracht, sich der Politik des Großkapitals anzuschließen. Die wirtschaftliche Rolle des Kleinbürgertums geht immer mehr zurück, und die Klassenkräfte zeigen die Neigung, sich von zwei Polen anziehen zu lassen: vom Proletariat oder vom Großbürgertum.

Die Folgen der kapitalistischen Rationalisierung und der Angriff auf die Löhne lassen die Klassengegensätze schärfer hervortreten und zwingen das Proletariat, für den Schutz seiner Daseinsbedingungen zu kämpfen. In den Massen wird eine Linksströmung hervorgerufen, die das Bürgertum nötigt, die Maske der Demokratie abzulegen, den Druck der Betriebsführer zu verstärken und die Unterdrückungsmaßnahmen des Regierungsapparates dem Proletariat und seinen Klassenorganisationen gegenüber wirksamer zu machen.

Die sozialen und wirtschaftlichen Veränderungen, die sich in den letzten beiden Jahren vollzogen haben, hatten einen tiefgehenden Einfluß auf die Beziehungen, die die politischen Kräfte in Frankreich beherrschen, und namentlich auf die politische Linie der Parteien, die traditionsgemäß das französische Kleinbürgertum vertreten. Der Linksblock, der sich im Jahre 1924 für einen Block des Kleinbürgertums und eines Teiles der Arbeiterschaft ausgegeben hatte und gegen die Politik des Großkapitals gerichtet sein sollte, hat sein Programm verraten und seine Versprechungen vergessen und unter Beibehaltung einer „Linksphraseologie" — um nicht seinen Einfluß auf diejenigen Schichten des Kleinbürgertums und des Proletariats, die ihn unterstützt hatten, zu verlieren — sowohl im Lande selbst als auch nach außen hin praktisch den französischen Imperialismus und seine Ausbeutungs- und Unterdrückungspolitik aktiv verteidigt. Die Sozialistische Partei und der Allgemeine Gewerkschaftsbund reformistischer Prägung leisteten, indem sie gleichzeitig aus denselben Gründen wie der „Linksblock" der Regierung der „nationalen Union" gegenüber formell Oppositionspolitik trieben, der ganzen Politik des französischen Großkapitalismus: Neuaufbau der Armee, Ausbeutung der Kolonien, Rationalisierung usw., tätige Mitarbeit und Unterstützung.

Der Allgemeine Gewerkschaftsbund verkündete offen, daß er zu einer Zusammenarbeit der Klassen bereit sei, und war bestrebt, zu einem festen Bestandteil der bürgerlichen Regierung zu werden, indem er sich am Landwirtschaftsrat beteiligte. Er unterstützt die Rationalisierung auf Kosten der Arbeiter und verrät systematisch die Sache des Proletariats in seinem wirtschaftlichen Kampf. Gleichzeitig verstärkt er, ebenso wie die Sozialisten, den Kampf gegen die UdSSR und gegen die revolutionären Arbeiter.

Der sogenannte „linke Flügel" der französischen Sozialistischen Partei zeigte, anstatt in dieser Zeit zu beweisen, daß er eine unerbittliche Opposition darstellt und den Grundsätzen des Sozialismus treu bleibt, daß alle seine Bestrebungen darauf gerichtet waren, die Arbeiter durch Demagogie der Sozialistischen Partei zuzuführen und ihnen den Weg zum Kommunismus zu versperren.

Diese Veränderungen im wirtschaftlichen, sozialen und politischen Leben des Landes mußten in der Taktik unserer Partei und besonders in ihrer Haltung gegenüber der Sozialistischen Partei und ihrem „linken" Flügel eine tiefgehende Wandlung herbeiführen. Man kann heute nicht die Politik anwenden, die die französische Kommunistische Partei diesem linken Flügel gegenüber im Jahre 1924 eingeschlagen hatte, d. h. in einer Zeit, in der es dem linken Flügel der Sozialistischen Partei unter dem Deckmantel der Opposition gegen den „nationalen Block" gelang, dank seines Programms einen wesentlichen Teil der Arbeiterschaft anzulocken. Vom Programm dieses linken Flügels ist heute nichts mehr übrig, abgesehen von einigen demagogischen Phrasen, die die Massen irreführen sollen. Seine ganze Politik besteht heute im wesentlichen darin, die Bestrebungen des imperialistischen Großbürgertums zu unterstützen. Im Hinblick auf den Bankerott der Politik des Linksblocks und auf die Unterstützung, die die Sozialistische Partei und der reformistische Allgemeine Gewerkschaftsbund dem Wirtschaftsprogramm des Großbürgertums geliehen haben, muß die französische Kommunistische Partei ihre Politik ändern, ihren Angriff auf diese politischen Organisationen verstärken und ihr revolutionäres Wesen deutlicher hervortreten lassen, um die Massen der Arbeiter und Bauern anzuziehen, die ihre Illusionen über diese Organisationen verloren haben.

Durch ihren „offenen Brief" und die Beschlüsse der Landeskonferenz ändert die französische Kommunistische Partei vollkommen ihre Taktik entsprechend der veränderten Lage.

2. In ihrem „offenen Brief" und mit den Beschlüssen der Landeskonferenz vom Januar hat die französische Kommunistische Partei die Kritik an ihrer Politik, die im Laufe dieses Jahres die Kommunistische Internationale ihr gegenüber wiederholt zum Ausdruck brachte, als sie ihr vorwarf, sie zögere, sich der tatsächlichen Lage anzupassen, als gerechtfertigt anerkannt. Die Irrtümer der französischen Kommunistischen Partei, die den Gegenstand der Kritik der Kommunistischen Internationale bildeten, waren die folgenden:

a) Falsche Auslegung der Unterdrückungsmaßnahmen der Kapitalisten und der Regierung, die sich gerade aus der Entwicklung des Klassenkampfes in Frankreich ergeben hatten; die Taktik der Unterwerfung unter die bürgerlichen Gesetze ist die Folge dieser falschen Auslegung.

b) Falsche Einschätzung der „Linksparteien" des französischen Bürgertums und infolgedessen irrige Taktik, zeitweilige Abkommen zu schließen und die Demokraten hinzuzuziehen. Infolgedessen wurde die Propaganda für die Senatswahlen schlecht geführt.

c) Die Haltung der französischen Kommunistischen Partei gegenüber der Sozialistischen Partei und namentlich gegenüber dem „linken" Flügel der Sozialistischen Partei, den sie nicht als ein Hindernis für die sozialistischen Arbeiter ansah, zum Kommunismus zu kommen, sondern als eine kommunistische Gruppe, die imstande sei, die Arbeiter zum Kommunismus zu führen. Ferner eine irrige Auffassung von der Einheitsfront, die man mechanisch unter den Reihen der sozialistischen Arbeiter aufstellen wollte; der unzureichende Initiativgeist der französischen Kommunistischen Partei im Kampfe gegen die Sozialistische Partei, als es galt, deren Rolle als Agent des Imperialismus und als Mithelfer der Reaktion anzuprangern; die Ungenauigkeit bei der Abgrenzung der Sozialistischen von der Kommunistischen Partei, welche Taktik zu Listenverbindungen, zu Zusammenschlußbesprechungen usw. führte.

d) Die falsch verstandene Gewerkschaftspolitik der Partei bei der letzten Streikbewegung, als die Partei zwischen einer opportunistischen Taktik, die darin bestand, den Kampf einzudämmen, und einer revolutionären anarchistisch-syndikalistischen Phraseologie schwankte, mit der ohne ernsthafte Vorbereitung ein Generalstreik angekündigt wurde.

e) Ungenügende Einschätzung der Kriegsgefahr gegen die Sowjetunion, was u. a. in der Schwäche des von der Partei geführten Feldzuges in der Angelegenheit Rakowsky zum Ausdruck kam; ungenügende Einschätzung der Rolle des französischen Imperialismus bei der Unterdrückung der chinesischen Revolution.

f) Bestreben, in Paris ohne Einwilligung der Behörden keine Kundgebungen zu veranstalten, was ebenfalls einer Form der Unterwerfung unter die bürgerlichen Gesetze gleichkommt. Der Rückzug der Partei bei den Kundgebungen für die amerikanische Legion war erforderlich, da es an einer organisierten und geeigneten Vorbereitung fehlte und da die Regierung über eine mächtige bewaffnete Streitmacht verfügte. Der Fehler lag aber in dem Feldzug, den die „Humanité" mit so großer Leichtfertigkeit begann, als sie verkündete, daß die Partei die Parade behindern würde, während nichts veranlaßt war, um diesen Beschluß zu verwirklichen.

In ihrem „offenen Brief" vom November und in der Entschließung der Januarkonferenz erkennt die Partei mit dem Zentralvollzugskomitee der Kommunistischen Internationale an, daß alle diese Fehler und Schwächen eine radikale Berichtigung der Parteilinie erforderlich machen, die dann auf der Landeskonferenz vorgenommen wurde.

3. Das Zentralvollzugskomitee bemerkt mit Befriedigung, daß neben diesen Erklärungen die unteren Parteistellen, namentlich die Bezirksausschüsse und die Zellen des Pariser Bezirks, ebenso wie der Ausschuß der Kommunistischen Jugend, energisch und im allgemeinen richtig auf die Irrtümer der Parteileitung und der „Humanité" reagiert haben.

4. Das Zentralvollzugskomitee rechnet damit, daß der „offene Brief" und der Beschluß der Parteikonferenz zum Ausgangspunkt und zum Anzeichen für die Berichtigung der Parteilinie werden. Die Kritik an den bisherigen Fehlern und die angegebene politische Linie sind der ganzen Partei ausdrücklich zu erklären, damit die Berichtigung der Parteilinie von allen verstanden und von unten nach oben angewandt wird. Diese ideologischen Erklärungen dürfen nicht in der Form von Aussprachen über bereits angenommene und unverzüglich durchführbare Entschließungen stattfinden, sondern müssen die Form eines Feldzuges annehmen, in dem nicht nur der Partei, sondern auch den Arbeitermassen Frankreichs die volle Bedeutung dieser Beschlüsse über die Vorbereitung der Arbeiter für den Wahlkampf und für den Kampf um die wirtschaftlichen Interessen erklärt wird.

5. Das Zentralvollzugskomitee stellt fest, daß in der Zeit zwischen dem „offenen Brief" und der allgemeinen Landeskonferenz viele alte Fehler wiederholt wurden. Solche Fehler waren: die falsche Einschätzung der letzten sozialistischen Tagung durch die „Humanité"; die mechanische Anwendung der Einheitsfront, die unzureichende Trennung zwischen unserer und der Sozialistischen Partei; der Aufruf der Abgeordneten und der Partei nach der Aufhebung der parlamentarischen Immunität und dem Verbot der „Humanité"; die Unterbrechung des Streiks im Departement Mosel durch Verfahren, die an diejenigen der Reformisten erinnern; der Mangel an Initiative in der Bekämpfung der Sozialdemokraten usw.

Die Wiederholung der alten Irrtümer zeigt, daß die Notwendigkeit einer energischen Änderung der Taktik, die der Zentralausschuß in seiner Vollsitzung im November, forderte, nicht von allen leitenden Organen und Parteiorganisationen verstanden worden ist.

Das Zentralvollzugskomitee billigt in vollem Umfange die Beschlüsse der Landeskonferenz, fordert aber vom Zentralausschuß eine feste und systematische Anwendung

der neuen Verhaltungsmaßregel; der Vollzugsausschuß der Kommunistischen Internationale legt dem Zentralausschuß nahe, die notwendigen inneren Organisationsmaßnahmen zu treffen, um die Durchführung der neuen Verhaltungsmaßregel durch die ganze Partei und namentlich durch ihr Organ, die „Humanité", zu gewährleisten.

Die vom Zentralvollzugskomitee geleitete ganze Partei, und nicht nur ihre Führung und ihre Organe, muß bei der Durchführung der von der Landeskonferenz angenommenen neuen Verhaltungsmaßregel mitwirken.

6. Das Zentralvollzugskomitee ist der Ansicht, daß die von der allgemeinen Landeskonferenz festgelegte Wahltaktik einer guten Anwendung der neuen politischen Parteilinie entspricht. Der Wahlfeldzug ist nicht von nebensächlicher Bedeutung, er ist politisch sehr ernst zu nehmen, und die Partei muß ihm in den kommenden Wochen ganz besondere Aufmerksamkeit widmen und ihn mit ihrer neuen politischen Linie, mit dem wirtschaftlichen Kampf der Arbeiterklasse und mit dem Kampf gegen die Auswirkungen der Rationalisierung in Einklang bringen.

Dieser Feldzug wird für die ganze Partei ein Mittel der Kontrolle sein, wodurch sich zeigen wird, inwieweit die Partei ihre Fehler wiedergutgemacht hat. Der Vollzugsausschuß billigt die von der allgemeinen Landeskonferenz angenommene Wahltaktik.

In einer Zeit, wo die französische Bourgeoisie ihren Industrieapparat rationalisiert, ihre Kräfte sammelt und die Arbeiterlöhne und die Klassenorganisationen des Proletariats angreift, in einer Zeit, wo die bürgerlichen „Links"-Parteien einschließlich der Sozialistischen Partei den Imperialismus unterstützen und wo der reformistische Allgemeine Gewerkschaftsbund die kapitalistische Rationalisierung fördert und zu einem festen Bestandteil der bürgerlichen Regierung wird, zweifelt der Vollzugsausschuß nicht daran, daß, wenn die von der Konferenz vorgeschlagene Taktik, die den revolutionären Charakter der französischen Kommunistischen Partei klarer hervortreten läßt, richtig angewandt wird, der französischen Kommunistischen Partei dadurch geholfen wird, die einzige und wahre Partei zu werden, die das Vertrauen der Arbeitermassen und der Kleinbauern besitzt, die Partei, die sie zum revolutionären Kampfe führt.

7. Das Zentralvollzugskomitee billigt und bestätigt die Entschließungen der Landeskonferenz, mit denen die Führer der Trotzki-Gruppe: Trein, Suzanne Giraud usw., ausgeschlossen werden. Ihre Angriffe auf die Kommunistische Internationale und die russische Revolution, die dem Feldzug unserer schlimmsten Feinde, der Imperialisten und Sozialdemokraten, zugute kommen, und der von ihnen zur Schau getragene Disziplinmangel sind die Früchte einer dem Kommunismus fremden sozialdemokratischen Ideologie, die aus der Partei zu verbannen die Konferenz durchaus berechtigt war.

8. Die französische Kommunistische Partei wird sich mit ernsten Fragen zu befassen haben: Die Hauptachse ihrer Arbeit wird einerseits der Wahlfeldzug und andererseits der wirtschaftliche Kampf des Proletariats sein, zwei Formen ein und desselben Kampfes des Proletariats gegen die Bourgeoisie und gegen ihre Agenten in der Arbeiterbewegung.

In dieser Zeit muß der Arbeit und der Propaganda im Dorfe ganz besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden. In einem Augenblick, in dem die Klassengegensätze und -kämpfe schärfer werden, nimmt die Frage der Gewinnung der bäuerlichen Klasse größte Bedeutung an. Es handelt sich darum, sie zum Verbündeten des Proletariats in seinem Kampf um die Befreiung vom Einfluß der Bourgeoisie und des Faschismus zu machen. Die Partei muß bestrebt sein, eine wirkliche bäuerliche Klassenorganisation zu errichten. Diese Frage darf nicht so behandelt werden, als ginge sie nur die Fachleute an, vielmehr ist sie den grundsätzlichen und lebenswichtigen Fragen der ganzen Partei zuzurechnen. Unsere Partei muß aus den großen politischen Feldzügen und aus dem Wirtschaftskampf Nutzen ziehen, um ihre Organisationen und die Einheitsgewerkschaften zu stärken. Die Durchführung dieser Feldzüge und des wirtschaftlichen Kampfes muß

durch eine feste und einheitliche Parteileitung erfolgen, um die Beschlüsse der allgemeinen Landeskonferenz in die Praxis umzusetzen.

Die Kommunistische Partei hat durch ihre Beschlüsse vom November und Januar bewiesen, daß sie bei der Gestaltung einer wirklichen bolschewistischen Partei große Erfolge erzielt hat. Die Erörterung wichtiger taktischer Fragen, die Kritik der begangenen Irrtümer beweisen den Entwicklungsstand, die politische Reife und die politische Wirksamkeit der Partei. Ohne bis zur Auslösung einer Krise zu gehen, aber ohne ihre energische Propagandaarbeit und Agitation unter den Massen einzustellen, ist es ihr gelungen, ihre politische Linie zu berichtigen. Allein gegen alle, hat sie den Kampf im Parlament und im Lande geführt, kämpft sie gegen die Unterdrückungspolitik, gegen die Verstärkung der Reaktion, des Militarismus und der Ausbeutung der Kolonien, verteidigt sie tatkräftig die unmittelbaren Interessen der Arbeiter und Bauern, der Soldaten und Seeleute und erwirbt sich dadurch die Sympathie und tätige Unterstützung der großen Masse der Arbeiter. Die Angriffe der Regierung reinigen ihre Reihen von denjenigen, die müde sind, und von den Erfolgsjägern, die unter dem Deckmantel der „Linksopposition" ihren Abfall verbergen. Dieselben Schläge festigen ihre Kampfkraft, verstärken ihren revolutionären Geist und erhöhen ihren Einfluß auf die Arbeiter und Bauern.

Die objektiven Bedingungen sind in Frankreich dem Kampf, den die Partei dort führen muß, günstig. Die Erfolge, die die Partei erzielt hat, vor allem in ihrem Kampf gegen den Militarismus, bürgen dafür, daß die Partei verstehen wird, eine wirklich revolutionäre Arbeit auch auf anderen Gebieten ihrer Wirksamkeit zu leisten und beim Aufgebot der Massen für den Kampf gegen die Angriffe des Kapitalismus und der Regierung wirkliche Erfolge zu erzielen.

„Prawda", 7. März 1928

*

Sowjetische Zuschüsse für einen Streik in Frankreich

Die streikenden landwirtschaftlichen Arbeiter in der Gegend von Rivesaltes haben sich an den „Internationalen Propagandaausschuß der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter" mit der Bitte um Unterstützung gewandt. Der Internationale Propagandaausschuß hat am 13. März den Streikenden 12900 Franken übermittelt.

„Iswestija", 14. März 1928

Bilanz der Kommunistischen Internationale für das Jahr 1927

Das Zentralvollzugskomitee der Kommunistischen Internationale hat am 25. Februar 1928 die Abrechnung der Kommunistischen Internationale für das Haushaltsjahr 1927 genehmigt. Die Bilanz lautet wie folgt:

Aktiven

Saldovortrag am 1. Januar	16819,62 Rubel
Beiträge (von 44 Sektionen mit 1707769 Mitgliedern)	1029367,18 Rubel
Sammlungen und Spenden	176679,80 Rubel
Einnahmen aus den Veröffentlichungen der Telegraphenagenturen und aus den Zeitungen	152128,00 Rubel
Zusammen	1374994,60 Rubel

Passiven

Verwaltungsausgaben	595059,04 Rubel
Post- und Telegrammgebühren	33750,00 Rubel
Reisen	51286,75 Rubel
Zuschüsse für die Zeitungen, die Veröffentlichungen und für die Errichtung von Schulen, Klubs usw. in 17 Sektionen	690206,85 Rubel
Zusammen	1370302,64 Rubel
Saldo am 1. Januar 1928	4691,96 Rubel
	1374994,60 Rubel

„Prawda“, 8. März 1928

*

Ausschnitt aus der „Humanité“

In der Kommunistischen Internationale

Die Entschließung des Zentralvollzugskomitees über die französische Frage

Moskau, 7. März (Agentur Tass). Die „Prawda“ veröffentlicht den Wortlaut der vor kurzem in der Vollsitzung des Zentralvollzugskomitees der Kommunistischen Internationale angenommenen Entschließung, mit der die französische Frage abgeschlossen wurde.

Diese Entschließung weist auf mehrere taktische Fehler hin, die von der kommunistischen Parteileitung und von der „Humanité“ begangen worden sind. Sie erklärt, daß das Zentralvollzugskomitee die Beschlüsse der allgemeinen Landeskonferenz, die im Januar von der Partei abgehalten wurde und die das Zentralkomitee aufforderte, die erforderlichen Maßnahmen zur Gewährleistung der Durchführung einer neuen Richtlinie für die ganze Partei und namentlich für die „Humanité“ zu treffen, in vollem Umfange billige.

Das Zentralvollzugskomitee ist der Ansicht, daß die von der Landeskonferenz in Aussicht genommene Wahltaktik dieser Richtlinie ordnungsgemäß Rechnung trägt und von großer politischer Bedeutung ist; die Partei muß ihr in den kommenden Wochen besondere Aufmerksamkeit widmen und sie mit dem Wirtschaftskampf der Arbeiterklasse sowie mit dem Kampf gegen die Auswirkungen der Rationalisierung in Verbindung bringen.

Die politischen Feldzüge und der wirtschaftliche Kampf müssen von der Partei benutzt werden, um ihre Organisationen und die Einheitsgewerkschaften der Arbeiter zu verstärken.

Besondere Aufmerksamkeit ist während des Wahlfeldzuges der Tätigkeit und Agitation unter den Bauern zu widmen; die Partei hat ihre Bestrebungen auf die Errichtung einer bäuerlichen Massenorganisation zu richten.

Das Zentralvollzugskomitee billigt und bestätigt den Beschluß der Landeskonferenz über den Ausschluß der Genossen Treint, Suzanne Giraud und anderer Führer, die zur Trotzki-Gruppe gehören.

Seine Entschließung weist schließlich darauf hin, daß in Frankreich die objektiven Umstände für den Kampf, den die Kommunistische Partei demnächst einleiten muß, günstig sind. Die von der Partei bereits errungenen Erfolge in ihrem Kampf gegen die Unterdrückung in der Armee sowie die zähe Verteidigung der täglichen Interessen der Arbeiter sichern ihr, erklärt die Entschließung, die Sympathie und tätige Unterstützung der Massen und bürgen dafür, daß die Partei imstande sein wird, in Zukunft bei dem Aufgebot der Massen für den Kampf gegen die Offensive des Kapitals wirkliche Erfolge zu erringen.

„Humanité“, 8 März 1928

BOTSCHAFT DER FRANZÖSISCHEN REPUBLIK
BEI DER UNION DER SOZIALISTISCHEN
SOWJETREPUBLIKEN

Politische und Handelsabteilung
Nr. 266 (Europa)

Moskau, den 21. März 1928

Der Botschafter der Französischen Republik in Moskau
an Seine Exzellenz Herrn Aristide Briand,
Minister der auswärtigen Angelegenheiten

Militärische Vorbereitung der UdSSR

Geheim

Den Mitteilungen eines sachkundigen ausländischen Beobachters ist folgendes zu entnehmen:

Führung der Sowjetarmee. Folgende drei Personen scheinen die leitenden Männer der Sowjetarmee zu sein:

Der stellvertretende Kriegskommissar Unschlicht; er steht in enger Beziehung zur GPU, deren Leitung er angehört hat. Er ist beauftragt: 1. mit der Überwachung, 2. mit der Versorgung im allgemeinen (Dybenko, dem Namen nach Leiter des Versorgungsamtes, spielt nur eine untergeordnete Rolle).

Der stellvertretende Kriegskommissar Serge Kamenew, ein ehemaliger Generalstabsoffizier der kaiserlichen Armee und Organisator der Roten Armee während des Bürgerkrieges, ist mit der gesamten Ausbildung beauftragt. (In diesem Amt hat sich der jetzige Militärattaché in Japan, Putna, ausgezeichnet, der zu den fähigsten Köpfen der Armee gerechnet wird.) Kamenew macht nicht den Eindruck eines sehr bedeutenden Offiziers, jedoch hat er in der Armee beträchtlichen Einfluß.

Der Generalstabschef Tuchatschewsky ist mit der Vorbereitung der Kriegshandlungen beauftragt. Er gilt in militärischen Dingen als außerordentlich tüchtig, obgleich seine Eitelkeit ihn zu Fehlern verleiten kann. Er ist kaum über 30 Jahre alt.

Unter den Kommandanten der Militärbezirke ist am bekanntesten derjenige des Kaukasusgebietes, der die großen Manöver von 1927 geleitet hat. Gelobt werden auch der Kommandant des Bezirks Sibirien (Nowosibirsk), Petin, und der Kommandant des Nordwestlichen Bezirks (Leningrad), Kork. Der Kommandant der Garnison von Moskau, Schaposchnikow, soll intelligent und fähig, aber faul sein. Schließlich werden Lebedew außergewöhnliche Fähigkeiten nachgesagt; er ist ehemaliger Offizier der kaiserlichen Armee und gegenwärtig Stellvertreter des Leiters des Militärbezirks Ukraine, Jakir (der mehr für einen politischen Agitator als für einen militärischen Führer gilt). Lebedew ist jedoch in seiner Tätigkeit durch seinen schlechten Gesundheitszustand behindert.

Etwaiger Operationsplan. — Der Generalstab der Sowjets vertritt nach den Erfahrungen von 1920 die Lehre von der größtmöglichen Machtentfaltung in nur einer Richtung.

Diese Richtung soll anscheinend diejenige nach Grodno sein, um so schnell wie möglich deutsches Gebiet berühren zu können.

Der allgemeine Operationsplan scheint folgender zu sein:

1. Vorbereitendes Stadium. — Die Sowjetstreitkräfte räumen die Gegend von Minsk. Sie unternehmen dagegen zwei Nebenoperationen an den Flügeln: einerseits dringen sie auf lettisches Gebiet vor, um die Verbindungen dieses Landes mit Polen abzuschneiden und um das litauische Gebiet zu erreichen; andererseits fällt die Kavallerie in großer Stärke in Ostgalizien ein, um dort die ukrainische Bevölkerung aufzuwiegeln und einen Teil der polnischen Kräfte auf diesen Nebenkriegsschauplatz abzulenken.

2. Entscheidendes Stadium. — Sobald der Stand der Mobilmachung die Möglichkeit dazu bietet, rückt die Hauptmacht der Sowjets in Richtung Lida—Grodno oder Wilna—Grodno vor und erreicht die ostpreußische Grenze. Die Operationen entwickeln sich dann so, daß die polnische Armee vernichtet wird.

Der Verlauf der Eisenbahnlinien ist für die Durchführung des zweiten Teiles dieses Planes nicht sehr günstig. Tatsächlich laufen sie von Minsk aus auseinander, und die Linie Rschew—Lepel scheint noch nicht gebaut zu sein. Man glaubt jedoch zu wissen, daß der südliche Abschnitt der geplanten, mit der Front parallel verlaufenden Eisenbahnlinie jetzt zwischen Tschernigow und der Eisenbahnlinie Moskau—Gomel fertiggestellt ist.

Versorgung. — Die Anzeichen für die Vorbereitung eines Krieges sind in der UdSSR so zahlreich und offenkundig, daß an den Absichten der Sowjetregierung nicht gezweifelt werden kann. Die revolutionäre Propaganda im Auslande (deren außergewöhnliche Intensität in diesem Jahr durch die aufeinanderfolgenden Kongresse der Profintern, der Kommunistischen Internationale, der Kommunistischen Jugendinternationale usw. gekennzeichnet ist) stellt eine der Formen der Kriegsvorbereitung dar: Es handelt sich hier darum, Streikbewegungen anzuzetteln, die die Munitionslieferungen an Polen lähmen sollen, Unruhen hervorzurufen, um die der UdSSR nicht wohlgesinnten Regierungen zu schwächen, Aufstände in den Kolonien zu organisieren, um diese Regierungen zu einer Zersplitterung ihrer Kräfte zu zwingen, usw. Der sowjetische „Abrüstungs"-Entwurf ist ebenfalls ein Teil der Kriegsvorbereitungen der Sowjets: er soll in der öffentlichen Meinung der anderen Länder für die UdSSR günstige Strömungen schaffen und glauben machen, daß die Sowjetregierung gegen ihren Willen zum Kriege getrieben wird, während sie ihn doch in Wirklichkeit systematisch vorbereitet.

Wenn aber über die Absichten der Sowjetregierung kein Zweifel möglich ist, so bleibt doch der Zeitpunkt ihrer Verwirklichung unbekannt. Die zeitliche Bestimmung des Kriegsausbruchs kann durch mancherlei Erwägungen (finanzielle Lage, Stimmung der Arbeitermassen in der UdSSR, Aussichten für die nächste Ernte, Stand der

internationalen Beziehungen usw.) beeinflußt werden. Im allgemeinen glaubt man, daß es noch nicht in diesem Jahre sein wird.

Aus der Getreideversorgung läßt sich allerdings ein in dieser Hinsicht ungünstiger Schluß ziehen. Die Sowjetregierung verfügt schon jetzt über ausreichende Getreidemengen, um die für die Stabilität ihrer Währung so notwendige Ausfuhr wiederaufnehmen zu können. Es laufen aber bereits Informationen ein, wonach die Sowjetregierung, anstatt Getreide auszuführen, einen Vorrat von ungefähr einer Million Tonnen einlagert. Ein solcher Vorrat läßt sich kaum erklären, wenn man nicht die Möglichkeit des Kriegsausbruchs noch im Jahre 1928 in Erwägung zieht.

Es ist anzunehmen, daß die Sowjetregierung sich etwa im Monat Mai entscheiden kann, wenn die wirtschaftliche Lage des Landes, die Ernteaussichten usw. besser zu übersehen sind.

(Die vorstehenden Mitteilungen werden noch zu vervollständigen sein. Sie scheinen aber aufschlußreich genug, um ihre sofortige Übermittlung zu rechtfertigen.)

Jean Herbette

BOTSCHAFT DER FRANZÖSISCHEN REPUBLIK
BEI DER UNION DER SOZIALISTISCHEN
SOWJETREPUBLIKEN

Politische und Handelsabteilung
Nr. 286 (Europa)

Moskau, den 2. April 1928

Der Botschafter der Französischen Republik in Moskau
an Seine Exzellenz Herrn Aristide Briand,
Minister der auswärtigen Angelegenheiten

Kongreß der Profintern

In meinem Bericht Nr. 241 vom 14. März hatte ich die Ehre, Euere Exzellenz darauf aufmerksam zu machen, daß die Profintern, d. h. die Rote Gewerkschaftsinternationale, die sich bestrebt, die Arbeiterorganisationen aller Länder im Hinblick auf eine kommunistische Aktion zu erfassen, ihren IV. Kongreß nach Moskau einberufen hatte. Als Anlage zu meinem heutigen Bericht überreiche ich Euerer Exzellenz eine kurze Zusammenfassung der Beratungen dieses Kongresses seit seiner Eröffnung am 19. März bis zu den letzten Sitzungen, über die die Sowjetpresse berichtet hat[1]). Es findet sich darin der Niederschlag gewisser interner Auseinandersetzungen, bei denen der Generalsekretär Losowski ziemlich scharf kritisiert wurde, schließlich aber die Oberhand behielt. Ferner findet man dort Angaben über die Art des Kampfes, den die Profintern im Rücken der fremden Armeen gegen die Autorität der betreffenden Regierungen vorbereiten soll. In dieser Hinsicht sind die Hinweise auf die Rolle der Kommunisten bei den Streikbewegungen und auf die Propaganda bei der Bevölkerung der Kolonien kennzeichnend. Ferner ist auf die Erklärung einer Französin, Frau Brisset, über die Heranziehung der Arbeiterinnen im Kriegsfalle hinzuweisen (Seite 4 der anliegenden Zusammenfassung).

Wohl ist es nicht das erste Mal, daß sich auf beruflichem Gebiet und in internationalem Rahmen eine revolutionäre Aktion entwickelt. Aber zwei neue Wesenszüge, die übrigens nicht voneinander zu trennen sind, geben der Profintern einen bisher unbekannten Charakter. Erstens wird diese Bewegung von einer Regierung beschützt und unterstützt, die sie ihren eigenen Interessen dienstbar macht. Zweitens will sie gleichzeitig die Erhebung der kolonialen Völker und den Bürgerkrieg in den kapitalistischen Ländern hervorrufen, was den Bedürfnissen der jetzigen russischen Regierung in ihrem Kampfe gegen England entspricht.

Zur Zeit der Anfänge der III. Internationale, als die Bolschewisten das Landesinteresse Rußlands ihrem Willen opferten, die Macht zu erlangen und zu bewahren, sahen die leitenden Männer in Moskau die Durchführung der Weltrevolution gewiß

[1]) Diese Zusammenfassung wurde von Herrn Léonard Rist verfaßt, dessen gewissenhafte und zuverlässige Arbeit seit einigen Monaten der Botschaft zur Verfügung steht.

als ihre erste Aufgabe an. Alle Erwägungen über die Grenzen ihres Staates, seine militärische Macht oder seinen politischen Einfluß waren für ihre Beschlüsse nur insoweit maßgebend, als sie unmittelbar der Sache der Revolution dienten. Aber in dem Maße, wie diese Weltrevolution dann in die Ferne rückte, nahmen die eigentlichen Bedürfnisse des Sowjetstaates eine immer größere Dringlichkeit und Bedeutung an. Ist übrigens dieser Staat nicht die Zuflucht, das Heim und die Kasse, ohne die die Revolution ihre besten Aussichten verlieren würde? Hat dieser Staat, der der revolutionären Agitation so viele Dienste leistet, nicht ein Recht darauf, daß die revolutionäre Agitation ihm ihrerseits dienstbar ist? So werden nach und nach, ohne daß hier jemand wissentlich auf den Internationalismus verzichtet oder sich zu irgendeinem Nationalismus bekehrt, die III. Internationale und ihre Organe (Profintern, MOPR*, Rote Hilfe usw.) zu Werkzeugen eines Staates gegen andere Staaten, zu Werkzeugen eines Staates, der die jetzige Friedensgrundlage in Europa, d. h. die Verträge von 1919, und die Grundlagen der gegenwärtigen Ordnung in Asien, d. h. die Kolonialorganisation der Engländer, Franzosen, Japaner und Amerikaner, von Niederländisch-Indien ganz zu schweigen, zerstören will.

Daraus darf nicht geschlossen werden, daß die in Rykow, Woroschilow, Tschitscherin usw. personifizierte Sowjetregierung der Kommunistischen Internationale, die in Bucharin, Losowski usw. verkörpert ist, den Rang abläuft. Die Rivalitäten, die zwischen diesen beiden Organen auftreten können, sind unter den heutigen Umständen nebensächlich. Man muß sich jedoch vergegenwärtigen, daß die Kommunistische Internationale selbst sich immer mehr mit dem Staate identifiziert, der ihr als Nährboden und Stütze dient, wobei sie der Politik dieses Staates einen immer aggressiveren Charakter gibt. Durch eine Art von Wechselwirkung zwischen den Regierungs- und Revolutionsaufgaben, die die leitenden Männer in Moskau nebeneinander wahrzunehmen bestrebt sind, steht die Politik der Kommunistischen Internationale im Zeichen einer gewissen nationalistischen Fremdenfeindlichkeit, während die Politik des Sowjetstaates der Weltrevolution dienstbar ist. Wenn Moskau den Kommunisten der anderen Länder Anweisungen erteilt, so sollen damit die Geschäfte der in der UdSSR herrschenden Regierung besorgt werden. Wenn Moskau mit den fremden Regierungen verhandelt, so soll das der kommunistischen Propaganda dienen. Die Ausländer, die sich an Moskau wenden, haben es mit Rußland zu tun, wenn sie zur Revolution zu sprechen glauben, und mit der Revolution, wenn sie glauben mit Rußland zu reden.

Diese außerst komplizierte Lage, die seit dem Herbst 1925 und namentlich seit dem Frühjahr 1927 immer schärfer hervortritt, täuscht sowohl die Regierungen wie die Revolutionäre aller fremden Länder. Sie kann zu plötzlichen und ernsten Ereignissen führen und erfordert deshalb eine besonders aufmerksame Überwachung.

In diesem Zusammenhang erlaube ich mir, nochmals zu betonen, daß die Geldfrage die Hauptfrage bleibt. Es handelt sich hier nicht etwa um eine Suche nach

---

* MOPR ist die Internationale Gesellschaft zur Unterstützung von Revolutionären, auch „Rote Hilfe“ genannt.

der berühmten Formel: „Wo kommt das Geld her?“ Alle Welt weiß — auch die Japanische Regierung scheint jetzt einen Beweis dafür erlangt zu haben — woher das Geld kommt, das die kommunistische Propaganda in Wahlkämpfen, Zeitungen, in Gewerkschaftsagitation oder Streikbewegungen umsetzt. Das Geld kommt von Moskau. Man muß aber auch die Kanäle kennen, durch die es fließt.

Vielleicht würde man in der Annahme nicht fehlgehen, daß die den kommunistischen Propagandaagenten versprochenen Zahlungen oft durch Vermittlung der sowjetischen Banken erfolgen, die in verschiedenen Ländern unter ausländischer Tarnung bestehen. Banken dieser Art gibt es insbesondere in Paris, London, Berlin und Stockholm. Wenn ich nicht irre, diskontiert die Bank in Stockholm die Schecks, die den kommunistischen Propagandaagenten übermittelt werden. Sie verpflichtet sich sogar, sich in keiner Weise an die Person zu halten, die den Scheck diskontieren läßt, wenn er hinterher nicht gedeckt ist. Sie erhebt jedoch bei dieser Gelegenheit, wie mir gesagt wird, eine Provision von 20%. Vielleicht wäre es interessant, nachzuprüfen, ob diese Information der Wahrheit entspricht und ob ähnliche Dinge auch an anderen Orten vorkommen.

Hierbei handelt es sich jedoch nur um die technische Seite dieser Zahlungen. Sie haben aber auch eine politische Seite, auf die ich Euere Exzellenz besonders aufmerksam machen möchte.

Durch eine Verordnung vom 21. März, von der ich kurz in meinem Bericht Nr. 279 vom 30. März sprach und deren vollständige Übersetzung ich Euerer Exzellenz übermitteln werde, sobald die Verordnung in dem Organ erschienen ist, das hier als Gesetzblatt dient, hat die Regierung der UdSSR die Maßnahmen zur Regelung des Kapitalverkehrs mit dem Ausland noch verschärft. Nach dem in der „Iswestija“ erschienenen Wortlaut, der bis zum Erscheinen der vorstehend erwähnten Verlautbarung als zutreffend gelten kann, haben die Artikel 7 und 9 der neuen Verordnung folgende Fassung:

„Artikel 7: — Der Transfer und die Übersendung von Zahlungsmitteln nach oder aus dem Auslande erfolgen auf den in den nachstehenden Artikeln dieser Verordnung bezeichneten Grundlagen durch Vermittlung der Postanstalten, der Staatsbank der UdSSR und der anderen Kreditanstalten, die solche Geschäfte vorzunehmen berechtigt sind. Jede Übertragung und Übersendung nach oder aus dem Auslande durch Einrichtungen, die in diesem Artikel nicht genannt sind, ist untersagt.

Artikel 9: — Der Transfer und die Übersendung ins Ausland von Zahlungsmitteln, wie sie in Artikel 1 bezeichnet sind[1]), sind bis zum allgemeinen Betrag von 100 Rubel monatlich je Person gestattet. Über diesen Betrag hinaus ist der Transfer oder die Übersendung dieser Werte ins Ausland nur auf Grund einer Bewilligung gestattet, die vom besonderen Valutaausschuß beim Finanzkommissariat der UdSSR zu gewähren ist, sofern die Notwendigkeit des Transfers oder der Übersendung dieser Werte zur Bezahlung eingeführter Waren, zur Deckung allgemeiner Handels-

[1]) Devisen, Schecks, Gutschriften, Wechsel usw.

unkosten, zur Durchführung der Anweisungen der Behörden usw. sowie auf Grund triftiger persönlicher Gründe nachgewiesen wird."

Der zweite dieser Artikel besagt vollkommen klar, daß ohne die Einwilligung eines Ausschusses, der ein Organ der Sowjetregierung ist und der an Hand von Unterlagen die Gründe des Absenders zu prüfen hat, kein Betrag von mehr als 100 Rubel monatlich je Person aus der UdSSR nach einem anderen Lande versandt werden darf.

Der zuerst angeführte Artikel bedeutet, daß jede Geldsendung ins Ausland nur über die Post, die eine öffentliche Verwaltung ist, oder über Banken, die in der UdSSR ebenfalls Staatseinrichtungen darstellen, erfolgen darf. Die Kontrolle hängt somit ebenso wie die Bewilligung ausschließlich von der Sowjetregierung ab.

Demnach ist zweifellos die Sowjetregierung dafür verantwortlich, wenn Arbeitergewerkschaften der UdSSR offen Mittel ins Ausland schicken, um dort Streikbewegungen zu fördern, oder wenn eine Organisation oder irgendein kommunistischer Propagandaagent im Ausland heimlich eine Beihilfe aus Moskau erhält. Die Tatsache, daß das Geld unmittelbar oder mittelbar aus der UdSSR kommt, genügt als Beweis dafür, daß eine Bewilligung und infolgedessen eine Mithilfe der Sowjetregierung vorliegt.

Aus einer so klaren Lage sind meiner Ansicht nach unbedingt entschiedene Folgerungen zu ziehen, sobald wir in Frankreich die Auszahlung eines aus der UdSSR stammenden Betrages, der dazu bestimmt ist, auf die inneren Angelegenheiten unseres Landes oder auf seine Beziehungen mit fremden Ländern einzuwirken, nachweisen können.

Jean Herbette

Anlage zum Bericht Nr. 286

Der IV. Kongreß der Profintern
Die Rede Losowskis

Die Rote Gewerschaftsinternationale die „Profintern", hat ihren IV. Kongreß am 19. März 1928 eröffnet.

In der Eröffnungssitzung verlas Losowski einen langen Bericht über die Tätigkeit der Profintern. Dieser Bericht stellt vor allem einen heftigen Angriff auf die Amsterdamer Internationale und einen Aufruf zur Disziplin und Einigkeit unter den der Profintern angeschlossenen kommunistischen Gewerkschaften dar.

Die Rede Losowskis begann mit einem lebhaften Angriff auf die „Reformisten", die an einen „Wirtschaftsfrieden" glauben. Zur Hauptforderung der Reformisten, der obligatorischen Schlichtung, erklärte Losowski, daß sie der „Unterwerfung der proletarischen Bewegung unter ein bürgerliches Gericht" gleichkommen würde. Kurzum, folgerte der Redner: „Die leitenden Organe der reformistischen Gewerkschaftsbewegung sind zu Agenten der Betriebsführer geworden."

Losowski griff sodann mehrere Gedanken auf, die schon in letzter Zeit und namentlich auf dem XV. Kongreß der Kommunistischen Partei ausführlich entwickelt wurden.

Er wies auf eine „Linksbewegung" der Arbeitermassen hin, die namentlich in der wachsenden Sympathie für die UdSSR zum Ausdruck komme. Er erinnerte daran, daß die Rationalisierung der Industrie die Unterdrückung des Proletariats zur Folge haben werde, daß Rußland das einzige Land sei, wo die Gewerkschaften ihr Ziel wirklich erreicht hätten, er verkündete die Unfähigkeit der Amsterdamer Internationale und forderte die Einheitsfront. In dieser Beziehung bemerkte er, daß die Profintern, der die sowjetischen und chinesischen Gewerkschaften angehören, quantitativ zwar mehr Mitglieder zähle als die Amsterdamer Internationale, daß letztere aber infolge der Unterstützung, die sie bei den bürgerlichen Regierungen finde, „qualitativ" ebenso stark sei wie die Profintern. Losowski forderte wohl die Einheitsfront, brachte aber gleichzeitig zum Ausdruck, daß ein Zusammenschluß mit Amsterdam unmöglich sei, da er „einer Kapitulation" gleichkäme.

Auf die Frage der Streikbewegungen ging der Redner wie folgt ein: „Unsere Aufgabe besteht darin: Jeder Streitfall, jeder wirtschaftliche Zusammenstoß muß eine Waffe werden, mit der die revolutionäre Arbeiterbewegung für die Eroberung der Massen kämpft und sie gegen die Betriebsführer aufbringt." Er warf sodann den westlichen Gewerkschaften ihr zu häufiges „Zögern" vor und stellte mit Bedauern fest, daß „jedesmal, wenn in den Massen eine Bewegung ausgelöst wird, unsere Vorhut (die Kommunisten) nicht mehr weiß, wo und wie sie ihre Kraft einsetzen muß"; als Beispiel verwies er auf die Anstrengungen der „Roten Fahne" zur Zeit des Metallarbeiterstreiks, um „die Reformisten dazu zu bringen, an die Spitze der Bewegung zu treten". Er machte sodann auf einige Fehler in der „Strategie des Streiks" aufmerksam. Den revolutionären Gewerkschaften warf er vor, immer ein und dieselbe Haltung einzunehmen. „Viele von uns bilden sich ein, daß dann, wenn die Reformisten eine Lohnerhöhung um 10% fordern, wir als Revolutionäre 50% fordern müßten." Ein Fehler sei es auch, nicht genügend die „*Stimmung der Arbeiter" zu berücksichtigen und den Streik* auszurufen, ohne ausreichende Vorkehrungen getroffen zu haben, so daß ein Fehlschlag unvermeidlich wird.

Losowski stellte daraufhin die Aufgaben für die Zukunft. Die noch nicht erfaßten Kräfte müßten organisiert werden, den Millionen amerikanischer Arbeiter, die keine Gewerkschaften haben, müsse eine Klassenorganisation gegeben und es müsse versucht werden, in den Vereinigten Staaten Negergewerkschaften zu errichten, um „diese gigantische revolutionäre Kraft" zusammenzufassen. Auch sei gegen die „Ausschlußströmung" zu kämpfen, die in den reformistischen Gewerkschaftsverbänden herrsche und der Revolutionäre wie diejenigen von Basel anscheinend nachzugeben geneigt seien. Es müsse gekämpft werden für ein gemeinsames Vorgehen der Arbeiter des Westens und des Ostens, die jetzt in einem „Sekretariat der linksradikalen Gewerkschaftsverbände der Pazifikländer" zusammengeschlossen sind. Vor allem müsse gegen die Fehler angegangen werden, die der revolutionären Gewerkschaftsbewegung anhaften.

Der erste dieser Fehler sei, daß die Gewerkschaften sich allzu häufig damit begnügten, „die Losungen der Partei nachzusprechen", was die „Parteilosen", die den Einheitsgewerkschaften angehören, nicht befriedigen könne. Der zweite Fehler sei, daß nicht versucht werde, die nicht gewerkschaftlich organisierten Arbeiter in Japan, in den Vereinigten Staaten usw. zu organisieren. Der dritte Fehler bestehe darin, Parolen auszugeben, die sich mit der Wirklichkeit nicht vereinbaren lassen. Dazu zählt der Redner den Wunsch der deutschen Arbeiter, bei sich die „Arbeiterkontrolle" eingeführt zu sehen. Er führt noch zahlreiche andere Fehler an.

Immerhin endete seine Rede mit einem Aufruf, der mit anhaltendem Beifall aufgenommen wurde: „Auf zur Eroberung der Fabriken, der Werke und der Massen!" rief er aus. „Je energischer, intensiver und hartnäckiger unsere Arbeit sein wird, um so leichter werden wir die Massen für uns gewinnen, um so näher rückt das Ende des Imperialismus!"

Aussprache über den Bericht Losowskis

Die Gewerkschaftsbewegung im Auslande

Die Aussprache, an der sich Vertreter aller Länder beteiligten, war ziemlich verworren.

Jeder Redner sprach von den Lebensbedingungen der Arbeitnehmer in seinem eigenen Lande, vom Kampf gegen die Reformisten, und versuchte, sich gegenüber den Vorwürfen, die Losowski niemandem erspart hatte, zu rechtfertigen.

Frau Alice Brisset sprach im Namen der französischen Arbeiterinnen, bedauerte, daß es in Frankreich keine Frauengewerkschaften gebe, und forderte deren Bildung. Sie wies auf die zunehmende Frauenarbeit in Frankreich hin (von 13 Millionen Arbeitnehmern sind 4 Millionen Frauen) und fügte hinzu: „Die Gewerkschaften müssen ihre Tätigkeit unter den Frauen ausbauen unter Berücksichtigung der außerordentlich wichtigen Rolle, die diesen in Kriegszeiten zufallen kann. Tatsächlich sind heute alle französischen Textilfabriken so organisiert, daß man sie innerhalb weniger Stunden in Rüstungsbetriebe umwandeln und ihnen die Herstellung von Sprengstoffen oder anderer Munition übertragen kann."

Monmousseau wies auf den Umfang der Streikbewegung in Frankreich im Jahre 1927 hin (230 bis 240 Streiks) und wollte darin ein Anzeichen für die revolutionäre Geisteshaltung der Massen sehen. Der Redner gab mit Losowski zu, daß die gewerkschaftliche Linksbewegung in Frankreich einige Irrtümer begangen hat. Die Ursache hierfür wollte er im „ungenügenden Zusammenhalt zwischen dieser Bewegung und den Massen" sehen. Die Vorwürfe Losowskis fand er jedoch „übertrieben": „Selbstverständlich haben wir nicht alle fünf Minuten einen Streik ausgerufen. Wir sind jedoch der Ansicht, daß heute, wo die Betriebsführer zum Angriff auf die Löhne übergehen, der Streik eine unentbehrliche Waffe in den Händen der Arbeiterklasse ist!"... Nach einer Verteidigung gegen die den französischen Einheitsgewerkschaften gemachten Vorwürfe schloß der Redner mit einem Wort der Unterwerfung: „Der jetzige Kongreß muß uns die Mittel zeigen, um rasch und leicht die Hindernisse zu beseitigen, die uns im Wege stehen."

Zwei weitere Mitglieder der französischen Delegation, Poiré und Midol, ergriffen ebenfalls das Wort.

Eine andere Delegation, die Losowski übel angegriffen hatte, nämlich die deutsche, reagierte ziemlich heftig. Geckert hielt daran fest, daß die Politik der deutschen Extremisten gegenüber den Reformisten die einzig mögliche sei: „Die Profintern wächst, und Amsterdam geht zurück", führte er aus. „Geschichtlich ist das unbestreitbar, aber in diesem Augenblick müssen wir daran denken, daß die Reformisten noch ziemlich stark sind und daß sie zu manövrieren verstehen. Wir sind nicht stark genug, um die Leitung der Arbeiterbewegung den Händen der Reformisten zu entwinden. In einem Wort: Die vom Genossen Losowski angegebene Verhaltungsmaßregel führt das deutsche Proletariat nicht auf den richtigen Weg."

Auch der amerikanische Delegierte verfehlte nicht, Losowski auf seine Unkenntnis der amerikanischen Dinge aufmerksam zu machen. Losowski hatte bedauert, daß die Gründung neuer Gewerkschaften in den Vereinigten Staaten so langsam vor sich gehe. Das liege daran, daß er sich nicht vergegenwärtigt habe, daß „der revolutionäre Flügel der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung sich erst noch im Stadium der Mitgliederwerbung befindet", antwortete ihm der amerikanische Delegierte.

Die verschiedenen südamerikanischen Delegierten begrüßten im IV. Kongreß den ersten Versuch, die Arbeiterbewegungen in Südamerika zu vereinheitlichen.

Die italienischen Delegierten dankten der Profintern im Namen des Gesamtverbandes der Arbeiter, der nach ihren Angaben in Italien 15000 Mitglieder zähle, für die dieser illegalen italienischen Organisation gewährte Unterstützung.

Dagegen erklärten die Irländer, daß die irischen Gewerkschaften aus der Profintern ausgetreten seien, da diese ihnen nicht die erforderliche Hilfe zuteil werden ließ. „Wir können die Mitarbeit erst dann wiederaufnehmen", schloß der irische Delegierte, „wenn Sie unsere Bedingungen annehmen."

Die russische Frage

Die Frage der Sowjetgewerkschaften führte zu einer regelrechten Polemik auf der Rednertribüne. Nach einer begeisterten Rede Frau Tichomirowas über die Lage der Arbeiterinnen in der UdSSR und einer unbedeutenden Rede eines gewissen Ginsburg bestieg ein Mitglied des Zentralkomitees der Profintern, Nin, das Podium und griff Losowski heftig an. Dieser hatte unterlassen, auf die „opportunistische Bewegung", die sich in den Gewerkschaften herausbilde, hinzuweisen. Diese Bewegung sei aber, wie der Redner erklärte, von großer Bedeutung. „In vielen Ländern ist die opportunistische Strömung in dem Wunsche zum Ausdruck gekommen, mit der Profintern zu brechen. Diese Strömung hat auch unter unseren russischen Genossen starken Widerhall gefunden (Stimme im Saal: Wann?). Sie waren vorsichtig und haben das nicht in Entschließungen formuliert, doch haben die Flure des Palastes der Arbeit Unterredungen dieser Art gehört." Nin bedauerte außerdem, „daß die Vertreter der Gewerkschaftsbewegung in der UdSSR ihre Fehler und Irrtümer nicht hier vor dem Kongreß dargelegt haben. Es wird jedoch genügen, auf das Fehlen einer gewerkschaftlichen Demokratie hinzuweisen und zu sagen, daß recht wenig getan wird, um die Arbeiter in sozialistischem Geiste zu erziehen".

Der folgende Redner, Kosolew, wies die Anschuldigungen Nins in Bausch und Bogen zurück und warf ihm vor, die Rednertribüne zu benutzen, um „gewissenhaft die Anweisungen Trotzkis zu befolgen". Nachdem er seinen Gegner mit diesem Argument niedergeschmettert hatte, spendete Kosolew der Gewerkschaftstätigkeit in der UdSSR begeistertes Lob. „Kein Land der Welt hat verhältnismäßig so viele organisierte Arbeiter wie die UdSSR ... Auf zehn Millionen organisierte Arbeiter kommen nach unserer Schätzung eine Million „Aktive", das sind 10%." Kosolew schloß seine Rede mit einer Spitze: „Wir müssen den Zusammenhang mit den Massen verstärken, aber nicht so, wie es ein französischer Kamerad, der einer Einheitsgewerkschaft angehört, im Sinne hatte. Wenn man ihn fragte: ‚Und wie ist die Stimmung der Massen?', antwortete er: ‚Alles weiß ich, nur das nicht.' "

Auch ausländische Redner antworteten dem „Trotzkisten". Der italienische Delegierte Djermanetto erklärte, daß „die Behauptung Nins, es gäbe keine Gewerkschaftsdemokratie in den sowjetischen Berufsverbänden, alle Zeichen des Defaitismus gegenüber der großen russischen Revolution aufwiese".

In der weiteren Aussprache ergriffen zwei Franzosen, Bimens und Croisé, das Wort. Croisé legte einen Bericht über „die Arbeit unter der Jugend" vor.

Losowski sagte einige abschließende Worte.

Der Kongreß nahm daraufhin eine Entschließung an, die nach der „Prawda" „die politische Linie und die organisatorische Arbeit des Vollzugsbüros der Profintern billigte und einen Ausschuß beauftragte, eine ausführliche Entschließung auf Grund der von Losowski dargelegten Gedankengänge auszuarbeiten".

Schlußrede Losowskis

Losowski begann seine Rede mit dem nochmaligen Hinweis, daß die Anstrengungen der revolutionären Gewerkschaftsbewegung vor allem dem Kampf gegen die reformistischen Gewerkschaften und die Amsterdamer Internationale gelten müßten. Sodann kam er auf die Fragen zu sprechen, in denen sich Meinungsverschiedenheiten ergeben hätten.

Trotz der Reden der deutschen Delegierten, die behauptet hatten, daß ihre Gewerkschaftspolitik gute Ergebnisse gezeitigt habe, betonte Losowski, daß die Taktik der deutschen Revolutionäre „falsch" sei, und fügte grob hinzu: „Geckert hat nur mündliche Erklärungen abgegeben, wir glauben aber nicht an einfache Erklärungen." Der Redner hielt daran fest, daß es nicht darauf ankomme, die leitenden Posten innerhalb der Gewerkschaften zu erlangen, sondern die Massen dadurch zu gewinnen, daß man sich zum Vertreter ihrer Bestrebungen mache. Er blieb ferner bei seinem Standpunkt in der Frage des Siebenstundentages (die Deutschen hatten die Meinung vertreten, daß es unzweckmäßig wäre, den Siebenstundentag zu fordern, solange der Achtstundentag noch nicht in vollem Umfang angewandt wird). Für Losowski muß „die Parole vom Siebenstundentag der internationale Kriegsruf werden". Ferner hielt er seinen Standpunkt bezüglich der Arbeiterkontrolle in den Fabriken aufrecht. Diese Forderung der deutschen revolutionären Gewerkschaften ist in seinen Augen trotz der Beteuerungen der deutschen Delegierten ein Irrtum und ein Anachronismus.

Der Redner empfahl sodann, bei allen Streikbewegungen energisch und ausdauernd zu sein. Daraufhin kam er auf die Frage der Sowjetgewerkschaften zu sprechen, die Nin in einer stürmischen Intervention aufgeworfen hatte. Losowski machte Nin den Vorwurf, nicht verstanden zu haben, „an welchem Ende die Frage anzupacken ist." Tatsächlich „zeichnet sich die sowjetische Gewerkschaftsbewegung vor allem dadurch aus, daß sie vollständig von der Kommunistischen Partei geleitet wird. Die sowjetische Gewerkschaftsbewegung war niemals selbständig und wird nie in dem Sinne selbständig sein, wie es die Anarchisten, die Anarchosyndikalisten oder Reformisten verstehen." Losowski ließ durchblicken, daß sich tatsächlich eine Bewegung herausgebildet habe, um die Sowjetgewerkschaften der Autorität der Profintern zu entziehen. Er erinnerte an den Beschluß des Zentralvollzugskomitees der Kommunistischen Partei, der am 14. Januar 1926 die Gerüchte dementierte, wonach die Gewerkschaften der UdSSR sich der Amsterdamer Internationale anschließen würden, und fügte hinzu: „Die sowjetische Gewerkschaftsbewegung kann nicht und möchte nicht, solange die Kommunisten an ihrer Spitze stehen, irgend etwas unternehmen, was den Beschlüssen der Partei und der Kommunistischen Internationale zuwiderläuft."

„Genosse Nin", erklärte Losowski, „hat die Frage der Mängel der sowjetischen Gewerkschaftsbewegung aufgeworfen. Selbstverständlich ... glaube ich nicht, daß es einen russischen Gewerkschaftler gibt, der der Meinung wäre, daß bei uns alles vollkommen ist. Darum handelt es sich aber nicht. Wenn in die UdSSR Leute aus Ländern kommen, in denen schon die Tatsache der Zugehörigkeit zu einer revolutionären Vereinigung mit dem Tode bestraft wird ..., verlieren diese Mängel in ihren Augen jede Bedeutung. Was bedeutet es für sie ... daß bei uns Dutzende, ja Hunderte von Fehlern bestehen? Absolut nichts. Was sie wissen müssen, ist das, was wir geleistet haben, um der Oktoberrevolution Kraft zu geben, usw." Abschließend warf Losowski nochmals Nin vor, der Opposition anzugehören, und ging sodann auf die irische Frage ein.

In dieser Hinsicht bedauerte der Redner, daß die Irländer den internationalen Solidaritätsbeteuerungen der Profintern so wenig Glauben schenken wollten.

Losowski hielt im Verlaufe seiner Rede sämtliche Ansichten restlos aufrecht, die er in seiner Eröffnungsrede vertreten hatte, ohne den individuellen Auffassungen der Delegierten der verschiedenen Landessektionen auch nur ein scheinbares Zugeständnis zu machen. Er schloß mit folgenden Worten:

„Meine erste Schlußfolgerung ist, daß unsere revolutionäre Bewegung trotz gewisser Meinungsverschiedenheiten organisch ein einheitliches Ganzes bildet. Meine zweite Schlußfolgerung ist, daß sie eine solche Größe erreicht hat, daß Amsterdam sie nicht im Traum übertreffen kann."

*

Bericht Gellerts über die Kolonialfragen

Schon in der ersten Sitzung wurde verkündet, daß der IV. Kongreß der Profintern die Verbindung zwischen den revolutionären Bewegungen des Ostens und des Westens herstellen wolle.

Gellert wurde beauftragt, einen Bericht über die Gewerkschaftsbewegung in den „Kolonialländern und halbkolonialen Ländern" zu erstatten. Aus diesem Bericht geht hervor, daß die eigentlichen revolutionären Gewerkschaften dort wenig entwickelt sind und daß die Arbeiterbewegungen in diesen Ländern sich kaum mit den Theorien der Profintern zurechtfinden können. Dies gilt besonders für Südafrika und Palästina, wo der Gegensatz zwischen den weißen Arbeitern und den Eingeborenen, beziehungsweise zwischen den jüdischen Einwanderern und den Arabern, das Entstehen der von den Revolutionären erträumten Einheit verhindert. In Persien und in der Türkei gibt es sozusagen keine Gewerkschaftsbewegung. Die Gewerkschaften Niederländisch-Indiens haben sich der Zweiten Internationale angeschlossen. In Korea ist der „linke Flügel" der Arbeiterbewegung noch „sehr jung".

Drei Länder geben jedoch Gellert eine gewisse Befriedigung. Zunächst sind dies die Philippinen. Die Gewerkschaften der Philippinen umfassen 100000 Arbeiter, die vor einem Jahr eine „große Erhebung" unternommen und sich dem „Sekretariat der Gewerkschaften des Pazifiks" angeschlossen haben. In Indien gehören der nur wenig entwickelten Gewerkschaftsbewegung von den drei Millionen indischen Arbeitern nur 300000 an. Auch läßt sich die Gewerkschaftsbewegung leicht von der reformistischen oder bürgerlichen Ideologie beeinflussen. Immerhin haben die letzten Streiks der Weber, der Ölarbeiter und der Eisenbahner und der letzte Kongreß der indischen Gewerkschaften eine „Verstärkung des linken Flügels" erkennen lassen. Schließlich erwartet Gellert in China von der „Verstärkung der Organisationen und der Zusammenfassung der neuen Kräfte", die dort zur Zeit trotz des Druckes der Bürger und Imperialisten vor sich gehe, die besten Ergebnisse.

Der Kongreß richtete einen „Aufruf an die Arbeiter aller Länder", um sie zu ermutigen, „Kundgebungen gegen die chinesische Gegenrevolution und die imperialistischen Verbündeten zu veranstalten". Den indischen Gewerkschaften wurde eine Botschaft mit der Aufforderung gesandt, der Profintern beizutreten, um die Imperialisten besser zu bekämpfen.

Im Laufe der darauffolgenden Diskussion sprach der Delegierte von Guadeloupe, Doukados, im Namen der schwarzen Arbeiter der Antillen, die sich, wie die „Iswestija" sagt, „unter dem drückenden Joch des französischen Imperialismus" befinden. Er gab der Gewißheit Ausdruck, daß die Profintern und der französische Allgemeine Einheitsverband der Arbeit die schutzlosen Arbeiterorganisationen der Kolonien unterstützen würden".

Es ist nicht uninteressant, daß die Zeitungsberichte keine Hinweise auf die übrigen französischen Kolonien enthalten.

„Iswestija" und „Prawda" vom 31. März 1928

*

Aussprache über die Abrüstungsfrage

Die Abendsitzung vom 30. März befaßte sich mit der Ablehnung des Sowjetentwurfs einer allgemeinen Abrüstung. Ein Engländer, ein Amerikaner und ein Franzose ergriffen das Wort, übrigens nur, um die Sowjetthesen darzulegen.

Der französische Delegierte Renaud führte insbesondere aus:

„Wir müssen vor der ganzen Arbeiterklasse die Frage aufwerfen, wer für die Ablehnung der Vorschläge der Sowjetregierung verantwortlich ist und wie sich bei dieser Gelegenheit die reformistischen Sozialisten, die sich zu Beschützern der Arbeiterklasse aufwerfen, verhalten haben. Während sich unsere Sozialisten an verschiedenen Ligen und Konferenzen beteiligen, wo sie vom ewigen Frieden sprechen, sind die französischen Generale nicht müßig und bringen die Bevölkerung Marokkos und Indochinas zur Räson, bombardieren die friedlichen Einwohner von Damaskus usw.... Die Streitkräfte und der Heereshaushalt nehmen von Jahr zu Jahr zu. Der Kongreß muß das Proletariat der ganzen Welt erneut auffordern, diesem heuchlerischen Spiel ein Ende zu bereiten."

„Iswestija", 31. März 1928

BOTSCHAFT DER FRANZÖSISCHEN REPUBLIK
BEI DER UNION DER SOZIALISTISCHEN
SOWJETREPUBLIKEN

Politische und Handelsabteilung
Nr. 325 (Europa)

Moskau, den 18. April 1928

Der Botschafter der Französischen Republik in Moskau
an Seine Exzellenz Herrn Aristide Briand,
Minister der auswärtigen Angelegenheiten

Möglichkeit eines auswärtigen Vorgehens der Sowjets

Geheim

Euere Exzellenz beliebten, mir mit dem Geheimerlaß Nr. 244 vom 11. April Informationen zur Kenntnis zu bringen, die unsere Vertreter in mehreren ausländischen Hauptstädten über die Möglichkeiten zusammengetragen haben, die auf Grund der Rüstungen der UdSSR in Betracht gezogen werden müssen. Ich bin Euerer Exzellenz für die Mitteilung dieser verschiedenen Beurteilungen außerordentlich verbunden und habe sie mit lebhaftestem Interesse zur Kenntnis genommen. Euere Exzellenz kündigen mir schließlich eine spätere Vervollständigung dieser ersten Angaben an, und ich werde den größten Wert auf weitere Informationen legen, die das Ministerium mir zukommen lassen will.

Ein Teil der von unseren Vertretern gesammelten Nachrichten deckt sich mit den Eindrücken meiner ausländischen Kollegen in Moskau, die sie ihren Regierungen berichten. Ich selbst versäume nicht, so oft wie möglich mit meinen Kollegen zu sprechen, und ihre Meinungen sind für mich zur Überprüfung meiner eigenen Anschauungen überaus wertvoll. Nur muß man die unvermeidlichen Schwankungen in Rechnung stellen, denen die Mentalität jedes Beobachters ausgesetzt ist, bei einem Problem, für das die gewöhnlichen Informationsquellen so wenig in Betracht kommen und in einer Atmosphäre, die jeder Ruhe entbehrt. So hörte ich unlängst einen meiner ausländischen Kollegen, dessen Bericht gerade einen beruhigenden Eindruck hervorgerufen zu haben scheint, im Gegensatz dazu im Gespräch lebhafte Besorgnisse äußern; er sprach davon, nötigenfalls die Schiedsgerichtsklausel zu opfern, um mit der UdSSR einen Nichtangriffspakt abzuschließen. Ein anderer Missionschef wieder, von dem ein eher beunruhigender Bericht stammt, sagte mir vorige Woche, daß er nicht an eine unmittelbare Gefahr glaube.

Ich bin trotzdem überzeugt, daß es zweckmäßig ist, in den verschiedenen Hauptstädten Erkundigungen einzuziehen und so die Eindrücke kennenzulernen, die die verschiedenen fremden Missionen in Moskau gewonnen haben. In diesem Zusammenhang erlaube ich mir, darauf aufmerksam zu machen, daß der schwedische Gesandte

in Moskau, Herr von Heidenstam, zwei Wochen in Stockholm verbringen wird; er ist ein langjähriger Kenner Rußlands, und Herr Armand Bernard wird ihn sicherlich mit Erfolg befragen können. Aber alle Meinungen, einschließlich meiner eigenen, die wir auf diese Weise zusammentragen können, ergeben nur eine unvollständige und mit Vorsicht zu benützende Grundlage. Wenn man sich über die Möglichkeit eines Krieges in Osteuropa methodisch ein Urteil bilden will, das einigermaßen zutreffend sein soll, so muß man zwei äußere Anzeichen prüfen, die — wenn ich so sagen darf — von dem mehr oder minder verläßlichen Funktionieren der Registrierapparate unabhängig sind. Das eine besteht in den Rüstungen der UdSSR, das andere in den Erklärungen, die im Namen der Kommunistischen Partei der UdSSR abgegeben werden, und in den auf Grund ihrer Entschließungen getroffenen Maßnahmen. Man muß sich mit einem Worte mehr an die Tatsachen und an die Dokumente halten als an persönliche Meinungen.

Eine besonders interessante Tatsache enthält der Bericht unseres Geschäftsträgers in Chile, Nr. 5 vom 17. Februar, der dieser Botschaft in der Anlage zum Ministerialerlaß vom 2. April zur Kenntnis gebracht wurde. Diesem Berichte zufolge hat die Sowjetregierung im Jahre 1927 60000 Tonnen Salpeter gekauft, und 1928 wird sie wenigstens 100000 Tonnen kaufen, wobei zu beachten ist, daß es sich um hochwertigen Salpeter handelt und daß überdies ein Achtel der Jahresproduktion Chiles an Jod gleichfalls in die UdSSR gehen wird.

Es wäre zu wünschen, daß man ebenso beweiskräftige Angaben über die sowjetischen Kupfer- und sonstigen für einen Krieg unentbehrlichen Rohstoffkäufe erlangen könnte.

Wie andererseits mein Bericht Nr. 307 vom 14. April ausgeführt hat, scheint es, daß die militärischen und die Marineausgaben der UdSSR dieses Jahr den Betrag von 1 100 000 000 Rubel überschreiten werden. Man braucht nur diese Ziffer den finanziellen Hilfsquellen der Sowjetregierung, dem Gesamtbetrag des Notenumlaufes in der UdSSR usw. gegenüberzustellen, um sich darüber klarzuwerden, daß ein derartiger Kraftaufwand bestimmte, ernsthafte Absichten voraussetzt, und daß er nicht ewig fortdauern kann, ohne eine gefährliche Spannung zu erzeugen. Es wäre wünschenswert, auf den wichtigsten Geldmärkten der Welt so verläßlich wie möglich die flüssigen Guthaben, die Kredite und die anderen Hilfsquellen in Erfahrung zu bringen, über die die UdSSR zu Beginn des Sommers wird verfügen können. Das Ausmaß dieser Mittel und selbst ihre örtliche Verteilung könnten charakteristische Hinweise auf die etwaigen Möglichkeiten bieten, die die Regierung der UdSSR ins Ange faßt.

Was die offiziellen Äußerungen betrifft, die die Absichten der kommunistischen Führer wiedergeben, werde ich Euerer Exzellenz weiterhin alle Auszüge zur Kenntnis bringen, die ich mit den mir zur Verfügung stehenden Mitteln überhaupt übersetzen oder übersetzen lassen kann. Durch den Kurier, der den vorliegenden Bericht heute befördern wird, werden Euerer Exzellenz im besonderen, als Anlage zu meinem Bericht Nr. 323 vom 17. April, die wichtigsten Stellen aus dem Bericht zugehen, die der stellvertretende Volkskommissar für den Krieg, Herr Unschlicht, der Ossoa-

viachim erstattet hat. Dieser Bericht gibt eine Vorstellung von den militärischen Vorbereitungen, die hier, selbst außerhalb des Heeres, getroffen werden. Heute morgen veröffentlichten die Zeitungen die Rede, die Stalin am 13. April vor den kommunistischen Organisationen Moskaus gehalten hat. Im Zusammenhang mit dem Anschlag im Donezbecken umreißt er darin die Beziehungen der UdSSR zu den fremden Staaten. Nachstehend ein Teil dieser Rede:

„Zwischen zwei Dingen müssen wir wählen: Entweder wir fahren fort, eine revolutionäre Politik zu treiben, indem wir um die Arbeiterklasse der UdSSR die Proletarier und die Unterdrückten aller Länder scharen: dann wird das internationale Kapital auf jede Art unseren Fortschritt behindern. Oder wir verzichten auf unsere revolutionäre Politik, machen dem internationalen Kapital eine Reihe von Konzessionen grundsätzlicher Natur: dann wird das internationale Kapital bestimmt nicht ablehnen, uns zu „helfen", unseren sozialistischen Staat in eine „brave" bürgerliche Republik umzuwandeln. Es gibt Leute, die da glauben, daß wir im Innern eine revolutionäre Politik treiben und es zu gleicher Zeit erreichen können, daß die Bourgeois in Westeuropa uns dafür umarmen. Ich kann es mir versagen, nachzuweisen, daß solche Leute mit unserer Partei nichts gemein haben, noch etwas gemein haben können. Weil wir aber eben keine Konzessionen grundsätzlicher Art machen können, ohne uns selbst aufzugeben, müssen wir darauf vorbereitet sein, daß das internationale Kapital uns auch fernerhin alle nur erdenklichen Schwierigkeiten in den Weg legen wird . . ."

Auf Grund dieser Argumentierung behauptet Stalin, der Führer der inneren Organisation der Partei und Chef der Sowjetregierung, daß „das internationale Kapital" den Betrieb der Donezminen durch „bürgerliche" Spezialisten habe sabotieren lassen. Die Schlußfolgerung seiner Rede beginnt mit folgenden Worten: „Wir haben innere Feinde. Wir haben äußere Feinde. Das, meine Kameraden, dürfen wir nicht einen Augenblick vergessen." Daß der mächtigste der kommunistischen Machthaber, der gewohnt ist, lange zu überlegen, wenig zu sprechen und eisern zu wollen, öffentlich eine solche Sprache führt, ist ein Ereignis, das mit gewissen Eventualitäten vereinbar, mit anderen aber unvereinbar ist und somit ein objektives Mittel bietet, zwischen verschiedenen Hypothesen zu wählen.

Diese positive Methode erlaube ich mir für die Beurteilung der Frage nach einer auswärtigen Aktion der Sowjets zu empfehlen, einer Frage von entscheidender Bedeutung für den Frieden Europas und die Sicherheit unseres Vaterlandes. „Persönliche Empfindungen und Empfindlichkeiten", schrieb einmal Graf Sforza, „dürfen bei unseren Untersuchungen keine Rolle spielen." Es geht darum, eine zutreffende Kenntnis der Lage zu gewinnen, um dann mit Sicherheit so manövrieren zu können, daß ein Krieg vermieden wird.

Heute protestiert die „Iswestija" in einem langen, anscheinend von Tschitscherin inspirierten Artikel gegen die unlängst von der Zeitschrift „Pax" gebrachte Nachricht über einen möglichen Angriff der UdSSR gegen Lettland, Rumänien und Polen. Wenn man von dem aggressiven Ton und von der raffinierten Dialektik absieht, die bei solchen Presseartikeln hier üblich, durch den allzu häufigen Gebrauch aber

schon ein wenig abgenützt sind, so bleibt als Schlußergebnis, daß die Sowjetregierung es nicht gerne sieht, wenn man ihr öffentlich kriegerische Pläne zuschreibt, weil sie befürchtet, daß Polen solche Gerüchte zum Vorwand nehmen könnte, um die Entscheidung seiner Verhandlungen mit Litauen zu überstürzen und die UdSSR dadurch in eine ohnmächtige Lage zu versetzen. Nehmen wir also mit Befriedigung zur Kenntnis, daß die Sowjetregierung protestiert, wenn man sie beschuldigt, den Krieg zu wollen. Erkennen wir aber auch gleichzeitig, daß es nicht zwecklos ist, sie zu einer Äußerung über ihre Absichten zu veranlassen. Publizität ist eine der besten Vorsichtsmaßnahmen gegen üble Absichten, so wie das Licht eines der besten Heilmittel gegen Bazillen ist. Wenn wir die Frage eines auswärtigen Vorgehens der UdSSR ausreichend aufklären können, dann dürfen wir hoffen, den bevorstehenden Sommer ohne Zwischenfall zu überstehen. Man muß nur eine Untersuchungsmethode anwenden, die nicht eine Überlagerung verschiedener Lichtstrahlen ergibt, sondern volle, reine Klarheit.

Jean Herbette

BOTSCHAFT DER FRANZÖSISCHEN REPUBLIK
BEI DER UNION DER SOZIALISTISCHEN
SOWJETREPUBLIKEN

Politische und Handelsabteilung
Nr. 361 (Europa)

Moskau, den 1. Mai 1928

Der Botschafter der Französischen Republik in Moskau
an Seine Exzellenz Herrn Aristide Briand,
Minister der auswärtigen Angelegenheiten

Die Lage in der UdSSR

Vertraulich

Die Angaben über die Lage in der UdSSR., die Euere Exzellenz mir mit den Zuschriften 278 und 285 vom 21. und 24. April übermittelten, haben mich um so mehr interessiert, als sie den Auffassungen entsprechen, denen hier von mehreren meiner ausländischen Kollegen Ausdruck gegeben worden ist. Als Antwort darauf ist es zweifellos am besten, die jetzige Lage der Sowjetunion zu bestimmen, so, wie sie an Hand der neuesten Informationen umrissen werden kann.

Die Männer an der Spitze der Kommunistischen Partei und der Sowjetverwaltung hatten sich in letzter Zeit mit mehreren neuen Fragen zu befassen, die eine Enttäuschung oder Beunruhigung für sie bedeuten.

Im Innern stehen sie der neuen Krise der Getreideankäufe (vgl. mein Telegramm Nr. 341 vom 27. April) und einer gewissen Unzufriedenheit, die unter den Arbeitern Platz zu greifen scheint, gegenüber.

Diese Unzufriedenheit der Arbeiter läßt sich natürlich weder durch materielle Beweise noch durch Statistiken belegen. Übrigens glaube ich nicht, daß die Unzufriedenheit allgemein ist, noch daß sie gewöhnlich in heftiger Form auftritt. Nach anscheinend zuverlässigen Schilderungen waren jedoch in der letzten Zeit in großen Industriezentren wie Moskau und Leningrad die Streikversuche ziemlich zahlreich. Als Ursachen der Unzufriedenheit werden genannt: der Mangel an lebensnotwendigen Waren, die im Vergleich zu den Lebenshaltungskosten unzureichenden Löhne usw. . . . Zur Auffassung, daß die Arbeiterklasse unzufrieden ist, bringt mich auch die wortreiche Toleranz, die die Sowjetregierung für die sogenannte „Selbstkritik" bekundet, d. h. für die lebhaften Beschuldigungen der Arbeiterorganisationen gegen die Staatsindustrie und andere Verwaltungszweige. Diese Ablenkung wäre weniger nötig, wenn es mehr zufriedene Menschen gäbe.

Nach aussen stellen die leitenden Männer in Moskau eine Reihe von Tatsachen fest, die die Ohnmacht ihrer Propaganda beweisen oder sogar die Abwehrmaßnahmen ahnen lassen, die gegen diese Propaganda getroffen werden.

Die bezeichnendste und aufsehenerregendste dieser Tatsachen ist das Ergebnis der französischen Wahlen. Die Sowjetregierung ist aber auch darüber nicht erfreut,

daß Herr Kellog die Nutzlosigkeit einer Anerkennung der UdSSR verkündet und es unterläßt, seinen Entwurf eines Kriegsächtungspaktes nach Moskau zu schicken. Es freut sie nicht, zu erfahren, daß der britische Innenminister glaubt, gewisse Propagandagelder aufgefangen zu haben, daß die japanische Regierung den Beweis für die Umtriebe Moskaus gegen die Einrichtungen ihres Landes in Händen hat und daß Lord Birkenhead nach Berlin gegangen ist.

Trotz dieser Gründe, pessimistisch zu sein, machen sich jedoch die hier regierenden Männer noch gewisse Hoffnungen.

Im Innern wird ihre Armee immer stärker und immer besser ausgerüstet: gerade die heutige Truppenschau in Moskau vermittelte noch diesen Eindruck. Die amtlichen Organisationen, wie die der Ossoaviachim*) und der Awtodor**), die die Zivilbevölkerung im Hinblick auf einen Krieg erfassen sollen, machen unter dem unermüdlichen Antrieb der Kommunistischen Partei und der Regierung Fortschritte. Der Klassenkampf hat infolge der steuerlichen Belastung der Bourgeoisie in den Städten sowie durch die gegen die wohlhabenderen Bauern getroffenen Zwangsmaßnahmen schärfere Formen angenommen, und die Führer der Kommunistischen Partei können sich sagen, daß die geballte revolutionäre Kraft der Massen unter der Wirkung der täglichen und aufpeitschenden Artikel in der Presse zunimmt. Wenn schließlich die Sowjetregierung jetzt gewissen nationalistischen Strömungen in der Innenpolitik (besonders in der Ukraine) mißtraut, so versäumt sie doch nichts, um den Chauvinismus für ihre Außenpolitik einzuspannen: die von ihr unterhaltene Agitation wegen Bessarabien ist dafür nur ein Beispiel.

In der Außenpolitik scheinen die leitenden Männer Moskaus ihre Hoffnung auf drei Hauptkräfte zu setzen: den deutschen Revanchegedanken, den italienischen Ehrgeiz (mit seinen Auswirkungen in Ungarn und Bulgarien) und die Gärung bei den asiatischen Völkern, namentlich im Fernen Osten und in Indien. Alle Berechnungen, die man hier auf diesen drei Gebieten aufstellt, haben zweifellos keine Grundlage. Sie halten jedoch den Optimismus wach, da die russischen Kommunisten den Ausbruch von Kriegen zwischen den europäischen Mächten und von Aufständen in den Kolonialgebieten für unbedingt sicher ansehen.

Die von mir vorstehend angeführten Anhaltspunkte lassen für den Augenblick folgende Schlußfolgerungen zu:

1. Die innen- und außenpolitische Lage des kommunistischen Regimes verschlechtert sich allzu augenscheinlich, als daß den Leitern dieses Regimes nicht eine gewaltsame Krise als einziger Ausweg aus ihrem Experiment erscheinen könnte.

2. Die Mittel, über die der russische Kommunismus im Innern verfügt, und die Aussichten, die er auf außenpolitischem Gebiet zu haben hofft, sind zu beträchtlich, als daß die Sowjetregierung schon jetzt zu verzweifeln brauchte und die Gewißheit bestünde, daß sie sich bereits in diesem Jahr in ein außenpolitisches Abenteuer stürzen wird. Sie kann z. B. den Ausbau ihrer chemischen Industrie, den sie mit allen Kräften fördert, abwarten wollen.

---

*) Gesellschaft zur Förderung des Flugwesens und der Chemie in der UdSSR
**) Gesellschaft zur Förderung des Autotransportwesens und des Wegebaus in der UdSSR

3. Es ist somit gleichermaßen unmöglich, das Vorhandensein einer Gefahr zu bestreiten wie den Zeitpunkt zu bestimmen, in dem diese Gefahr den Frieden Europas tatsächlich bedrohen wird.

4. Es ist jedoch vorauszusehen, daß die Gefahr immer größer werden wird, und es kann nicht gleichgültig sein, daß Rußland in dem Maße, wie Deutschland wieder zu Kräften kommt und wie die Räumung der Rheinlande näherrückt, eine immer drohendere Haltung einnimmt.

5. Eine weitsichtige Politik muß darauf bedacht sein, die russische Gefahr auszuschalten, ehe die deutsche Gefahr wieder Gestalt angenommen hat (was unvermeidlich ist, wenn die „Rapallopolitik" weitergeht und wenn Rußland weiteraufrüstet).

6. Die russische Gefahr kann nicht durch eine gegen Rußland gerichtete Offensive beseitigt werden. Gerade wegen der Unterstützung, die es hinter den Armeen aller seiner etwaigen Gegner finden kann, gehört das bolschewistische Rußland zu jenen Feinden, gegen die „die Verteidigung die wirksamste Form des Krieges ist".

7. Die Verteidigung muß aktiv sein. Sie muß auf beide bedrohte Fronten einwirken: auf die innere und auf die äußere Front.

8. An der inneren Front ist, wie mir scheint, noch viel zu tun, um die unerwünschten Elemente auszuschalten, die Geldsendungen zu unterbinden und die öffentliche Meinung über die Kriegsvorbereitungen der UdSSR aufzuklären.

9. An der äußeren Front handelt es sich vor allem darum, die am unmittelbarsten bedrohten angrenzenden Staaten (Baltische Staaten, Rumänien, Polen) materiell und moralisch zu unterstützen. Wenn der Friede bis dahin nicht gestört wird, wie man noch hoffen darf, wird vielleicht die nächste Völkerbundsversammlung Gelegenheit zu einer Solidaritätskundgebung gegen die Gefahr eines kommunistischen Krieges bieten. Eine der zweckmäßigsten Vorsichtsmaßnahmen würde aber darin bestehen, den in Telegramm Nr. 285 von Euerer Exzellenz vertretenen Gedanken zu verwirklichen, d. h. den Staaten, die die russischen Kommunisten durch revolutionäre Aufstände oder durch bewaffneten Angriff zu überfallen versuchen würden, gewisse sofortige Hilfeleistungen zuzusichern.

Jean Herbette

**BOTSCHAFT DER FRANZÖSISCHEN REPUBLIK
BEI DER UNION DER SOZIALISTISCHEN
SOWJETREPUBLIKEN**

**Politische und Handelsabteilung
Nr. 397 (Europa)**

Moskau, den 22. Mai 1928

Der Botschafter der Französischen Republik in Moskau
an Seine Exzellenz Herrn Aristide Briand,
Minister der auswärtigen Angelegenheiten

*Der zukünftige Angriff,
von einem sowjetischen Militärschriftsteller gesehen*

In der Reihe der staatlichen Veröffentlichungen (Abteilung für Kriegsliteratur) erschien kürzlich ein Buch, als dessen Verfasser N. Mowtschin zeichnet und das den Titel führt: Die Verfolgungskämpfe nach den Erfahrungen an der Marne und an der Weichsel. Im Anhang enthält das Werk einen Quellennachweis und Skizzen. Es ist offensichtlich nur für militärische Leser bestimmt. Immerhin finden sich darin gewisse Hinweise, die nicht ohne politisches Interesse sind.

Der Autor untersucht die Gründe, die die Niederlage der deutschen Armeen an der Marne nach den Verfolgungskämpfen im August und September 1914 herbeigeführt haben, sowie die Ursachen der Niederlage der Sowjettruppen vor Warschau nach den Verfolgungskämpfen im Juli/August 1920. Über die ständigen Vergleiche des Autors zwischen den Operationen der deutschen Armeen und denen der Sowjettruppen könnte man versucht sein zu lächeln, weil weder zwischen der Stärke der kämpfenden Truppen noch der geistigen Begabung der Führung in den beiden Fällen ein gemeinsames Maß besteht. Wenn der Leser aber diesen ersten Eindruck überwindet, so merkt er bald, daß der Grundgedanke des Autors eine gewisse Beachtung verdient. Er läßt sich folgendermaßen zusammenfassen: Eine pausenlose Verfolgung über mehrere hundert Kilometer ist für den Angreifer unvorteilhaft und bringt ihn in Gefahr, schließlich, am Tag der Entscheidungsschlacht, zu unterliegen. Der Verfasser bemüht sich also, die äußerste Entfernung zu errechnen, auf die sich eine Verfolgung in Osteuropa erstrecken könnte, ohne daß dem Verfolger die Gefahr droht, geschlagen zu werden. Diese Berechnung ist für uns nicht ohne Interesse, denn sie gestattet uns Rückschlüsse auf die Art, wie sich gewisse sowjetische Militärkreise die Entwicklung eines Krieges gegen Polen vorstellen.

Der Autor schätzt die Verluste auf etwa 30% monatlich. Er nimmt für die angreifenden Armeen eine Gesamtstärke von ungefähr 1 Million Mann an. Er setzt voraus, daß Material- und Lebensmittelvorräte aller Art rechtzeitig vorher an geeigneten Orten eingelagert worden sind. Ohne es auszusprechen, geht er von der Annahme eines Anfangserfolges aus; unter Berücksichtigung der geringen Zahl von

Schienensträngen in den in Frage kommenden Landstrichen gelangt er jedoch zu dem Schluß, daß man in 14 Tagen eine Strecke von etwa 150 km in einem Schub zurücklegen könnte. Danach würde ein Stillstand von einigen Tagen eintreten, um Verstärkungen herankommen zu lassen. Sodann würde man einen zweiten Offensivstoß wiederum über 150 km führen. Es könnte sich der Fall ergeben, daß man noch einen dritten Vorstoß unternehmen müßte, aber darauf geht der Autor nicht weiter ein; aus welchen Gründen, wird nicht angegeben, doch sind sie leicht genug zu erraten. Rund 300 km beträgt die Entfernung von der Sowjetgrenze bis Ostpreußen oder bis in die Gegend von Siedlce. Wäre die Sowjetarmee erst einmal so weit vorgedrungen, so hätte sie tatsächlich bereits die Schwelle jener Gebiete erreicht, die der Autor als „lebenswichtige Teile“ des Feindlandes bezeichnet, jene Gebiete also, die der Gegner in einer Entscheidungsschlacht verteidigen muß.

Die besprochene staatliche Veröffentlichung enthält aber zwei weitere Betrachtungen, die noch aufschlußreicher sind.

Zunächst bezeugt sie, daß in den sowjetischen Militärkreisen die Lehre vom Angriff als Grundgesetz angenommen ist. Man hätte glauben können, daß der Generalstab der Roten Armee, erfüllt von jenem Geiste, den Litwinow in der Abrüstungskommission in Genf geltend gemacht hat, sich an Konzeptionen halten würde, die einzig und allein auf die Verteidigung des Sowjetgebietes gegen einen feindlichen Angriff gerichtet wären. Davon ist keine Rede. Das ganze Buch, über das ich hier einen Überblick zu geben versuche, beruht offenkundig auf dem Gedanken, daß man angreifen und die gegnerischen Kräfte im Herzen ihres eigenen Landes vernichten müsse. Wie der Autor abschließend feststellt, „ist die Theorie der fortlaufenden Verfolgungskämpfe zweifellos kein Universalmittel, und sie erschöpft auch nicht alle Möglichkeiten der Feldherrnkunst“. „Aber“, so fügt er hinzu, „sie ist das sicherste Mittel, um die grundlegenden Fragen zu lösen, die die Politik und die Strategie im Kriege der Gegenwart zu lösen haben.“

Die Offensive, wie sie dem Verfasser vorschwebt, beschränkt sich übrigens nicht notwendigerweise auf eine einzige Folge von Operationen. „Es ist nicht ausgeschlossen, daß gleichlaufend mit einer Reihe von höchst wichtigen Verfolgungskämpfen sich Aushilfsoperationen entwickeln, deren Gesamtheit dann jenes Geflecht des Krieges bilden wird, durch das sich wie ein roter Faden die gewaltigen, auf das Ziel gerichteten Operationen ziehen werden. Bis wohin würde sich das Gebiet der „Aushilfsoperationen“ erstrecken, die diese bildhafte Formel erwähnt? Würden sie an den Grenzen des Feindstaates haltmachen? Würden sie auf andere und schwächere Nachbarstaaten übergreifen? Man weiß nicht recht, was man davon halten soll, weil der Autor an einer anderen Stelle des Buches „die Kriege“ behandelt, „die der Sowjetstaat gegen die imperialistischen Staaten oder gegen die von ihnen abhängigen Länder zu führen gezwungen sein wird“. Er sieht diese Kriege für „heute oder morgen“ voraus. All dies ist nicht sehr beruhigend, weder in zeitlicher, noch in räumlicher Hinsicht.

Ein anderer Gedanke, auf den der Autor öfter zurückkommt, besteht darin, bei den Völkern, die die UdSSR bekämpfen würden, mit inneren Unruhen zu rechnen.

Ich erlaube mir, eine dieser Stellen anzuführen. Sie ist so interessant, daß die Ausführlichkeit sich lohnt.

Der Autor legt dar, daß seine Berechnungen der äußersten Entfernung, die bei der Verfolgung in einem Schub zurückzulegen wäre, von der für die UdSSR ungünstigsten Annahme ausgehen, und fährt dann fort:

„Führen wir nunmehr einen korrigierenden Faktor in unsere Betrachtungen ein und wenden wir uns dem wichtigsten Problem unseres künftigen Krieges zu, der Frage nämlich, wie weit in den Kampf der Waffen die Faktoren des Bürgerkrieges einzubegreifen sind. Es unterliegt keinem Zweifel, daß unser künftiger Krieg, ungeachtet der ganzen technischen Entwicklungen der Rüstung, des Flugwesens, der Chemie, ungeachtet der modernen Organisation und Taktik, viele Elemente des Bürgerkrieges in sich schließen wird. Welchem unserer möglichen Gegner wir uns auch zuwenden: überall werden wir auf einen verschärften Kampf der Klassen, ergänzt durch einen nationalen Kampf, stoßen, der auf der Unlösbarkeit der Nationalitätenfrage beruht. Keiner unserer Nachbarstaaten kann es hindern, daß seine internen politischen Konflikte sich verschärfen. Die kapitalistische Umwelt hat auch ihre Kehrseite. Es ist nicht ausschließlich Feindschaft, mit der die Welt des Kapitalismus auf uns blickt. Durch Abneigung und Feindseligkeit brechen sich Wogen der Sympathie Bahn. Die Rote Armee ist nicht nur Träger des Schwertes, sondern auch der Wahrheiten der revolutionären Lehre. Einen solchen Faktor unberücksichtigt lassen, hieße zu viele Dinge bei der Rechnung außer acht lassen.

Bis hierher ging unsere Betrachtung von der ungünstigsten Annahme aus, nämlich davon, daß sich die Gegebenheiten der Klasse und der Nationalität bei unseren Gegnern nicht geltend machen würden. Stellt man sie aber in Rechnung, dann läßt sich wohl sagen, daß sich die mögliche Tiefe[1]) der kriegerischen Operationen erheblich vergrößern kann. Vom theoretischen Standpunkt läßt sich darüber nicht mehr sagen, denn alles Weitere wird von den konkreten Umständen des Falles abhängen."

In seinen Schlußfolgerungen legt der Autor die Bedeutung dar, die er den Klassen und Nationalitätenkämpfen beimißt, die beim Gegner ausbrechen und die Aufgaben der Sowjetarmee erleichtern könnten. Er zählt die Bedingungen für eine vorteilhafte Durchführung des Angriffes auf und schließt mit den Worten:

„Der Zeitpunkt der Ausgangsoperation muß auf Grund einer solchen Berechnung so gewählt werden, daß man sich so weit wie möglich und im höchsten Ausmaß die inneren politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Gegners zunutze macht."

Diese wenigen Worte genügen, um den Wert der Mitarbeit vorausahnen zu lassen, die die Kommunistische Internationale und ihre Zweigorganisationen (Profintern, Internationaler Bauernrat, Kommunistische Jugendinternationale, MOPR*), Organisationen zur Erfassung der nationalen Minderheiten usw. . . .) dem sowjetischen

---

[1]) Gemeint ist die von den sowjetischen Armeen in einem Zuge zurückgelegte Entfernung.

*) Internationale Gesellschaft zur Unterstützung von Revolutionären, auch „Rote Hilfe" genannt.

Generalstab angedeihen lassen können. Man errät auch die überaus engen Beziehungen, die zwischen diesen revolutionären Organisationen und dem Generalstab der UdSSR bestehen müssen, damit der Tag des Losschlagens in dem Sinne gewählt werden kann, wie es der Verfasser empfiehlt.

Dies alles wird im übrigen die Sowjetregierung nicht hindern, daran festzuhalten, daß zwischen ihr und der Kommunistischen Internationale keinerlei Bindung bestehe. Man müßte sich aber absichtlich blind stellen, um das ständige geheime Einverständnis zu übersehen, das zwischen den Stellen besteht, die den Krieg in der UdSSR vorbereiten sollen, und denen, die beauftragt sind, die Revolution in den anderen Ländern in die Wege zu leiten.

Jean Herbette

BOTSCHAFT DER FRANZÖSISCHEN REPUBLIK
BEI DER UNION DER SOZIALISTISCHEN
SOWJETREPUBLIKEN

Politische und Handelsabteilung
Nr. 571 (Europa)

Moskau, den 13. August 1928

Der Botschafter der Französischen Republik in Moskau
an Seine Exzellenz Herrn Aristide Briand,
Minister der auswärtigen Angelegenheiten

Rede Em. Jaroslawskis auf dem Kongreß der Kommunistischen Internationale über die Organisation einer revolutionären Propaganda bei den Heeren und Flotten der fremden Staaten

Emilien Jaroslawski ist eine der bekanntesten Persönlichkeiten der russischen Kommunistischen Partei. In der Zentralen Kontrollkommission der Partei spielt er eine wichtige Rolle. Dieses Organ steht in enger Verbindung mit dem Volkskommissariat der Arbeiter- und Bauerninspektion, d. h. mit der Stelle, die sämtliche Staatsverwaltungen und -unternehmungen überwacht. Herr Jaroslawski ist Mitglied des „Kollegiums" bzw. leitenden Komitees dieser Stelle. Er hat am 6. August vor dem Kongreß der Kommunistischen Internationale, der in Moskau tagt, eine Rede gehalten, die von außergewöhnlicher Wichtigkeit ist.

Jaroslawski unternahm es, den Delegierten der ausländischen kommunistischen Parteien auseinanderzusetzen, auf welche Weise sie die revolutionäre Propaganda im Heer und in der Marine ihrer verschiedenen Länder organisieren sollen. Dabei empfahl er seinen ausländischen Zuhörern, die Erfahrungen zu verwerten, die die russischen Bolschewisten mit dieser Art Arbeit von 1902 bis 1917 gemacht haben.

Er behandelte nacheinander die Propaganda unter den Soldaten und Seeleuten, die Form, die den revolutionären Organisationen innerhalb der Wehrmacht zu geben sei, die Themen für die Propaganda und die Frage, wie die mit diesen Ideen sympathisierenden Offiziere in den Dienst dieser Propaganda gestellt werden könnten. Ferner gab er Anregungen für die Propaganda unter den farbigen Truppen. Er schloß mit dem Vorschlag, man solle das Vollzugskomitee der Kommunistischen Internationale damit beauftragen, die bei den Heeren und Flotten der einzelnen Staaten zu betreibende revolutionäre Propaganda gewissermaßen zu kodifizieren.

Von all den üblen Ratschlägen, die Herr Jaroslawski auf diese Weise systematisch erteilte, ist der über die Ausnutzung der Offiziere einer der schlimmsten. Jaroslawski traut ihnen nicht die Fähigkeit zu, eine proletarische Revolution durchzuführen. Doch stützt er sich auf die in Rußland vor der Revolution von den Bolschewisten angewandte Methode und empfiehlt, die sympathisierenden Offiziere zu einem Verrätergeschäft zu benutzen. Sie sollen die Kommunistische Partei über die Kräfte und die Absichten ihrer Regierung informieren.

Euerer Exzellenz ist die Überzeugung bereits bekannt, zu der ich angesichts der Beschlüsse des hier seit dem 17. Juli tagenden Kongresses gelangt bin und in der mich die Rede Jaroslawskis noch bestärkt. Ich bin der Meinung, daß die Regierungen, gegen die der Bürgerkrieg mit so raffinierten Mitteln und so viel Reklame vorbereitet wird, darauf durch gewisse Vorsichtsmaßnahmen in ihren Beziehungen zur UdSSR. sowie in ihrer inneren Verwaltung reagieren müssen. Auch Deutschland, das von der Rede Jaroslawskis unmittelbar betroffen war, darf diese Machenschaften nicht unbeachtet lassen, falls nicht irgendeine geheime Abmachung zwischen Deutschland und Sowjetrußland besteht.

Im diplomatischen Verkehr mit der UdSSR sollten meines Erachtens die Mächte die Sowjetregierung auffordern, die Vorbereitung des Bürgerkrieges einzustellen. Wenn auf diesem Wege keine ausreichenden Sicherheiten zu erlangen sind, muß meines Erachtens jede einzelne Regierung sich dadurch schützen, daß sie in ihren Handels- und finanziellen Beziehungen zu der UdSSR Einschränkungen vornimmt, die geeignet wären, eine Finanzierung der kommunistischen Propaganda durch Vermittlung der diplomatischen oder Handelsvertretungen, der Banken und sonstigen sowjetischen Einrichtungen zu verhindern.

In ihrer inneren Verwaltung müssen die Regierungen die Maßnahmen sorgfältig vorbereiten und unerbittlich durchführen, die erforderlich sind, um die kommunistischen Propagandazentren und ihre Organe im Heer und in der Marine auszumerzen. Die Vereins- und Pressefreiheit hat mit diesen Dingen nichts zu tun. Wer die Freiheit untergraben will, hat keinen Anspruch auf Freiheit.

Unter den Dokumenten, die der Kongreß der Kommunistischen Internationale bereits hervorgebracht hat und leider noch hervorbringen wird, zeigt die Rede Jaroslawskis in besonders deutlicher Weise, wie notwendig es ist, zu Gegenmaßnahmen zu greifen, und auch, welche Maßnahmen zu ergreifen sind.

In Anbetracht der Rolle, die er in der Zentralen Kontrollkommission der Kommunistischen Partei spielt — diese Kommission überwacht tatsächlich das gesamte Regierungspersonal und somit den Staat selbst — ist Herr Jaroslawski alles andere als ein einfacher Privatmann mit revolutionären Ansichten. Als Mitglied des Kollegiums des Volkskommissariats der Arbeiter- und Bauerninspektion bekleidet er sogar einen hohen Rang in der Verwaltungshierarchie. Für das von ihm entwickelte Programm eines Bürgerkrieges ist somit in erster Linie die Sowjetregierung selbst verantwortlich, und die Regierungen der übrigen Länder haben nunmehr nicht nur das Recht, sondern geradezu die Pflicht, von der UdSSR hierüber Rechenschaft zu fordern und sich in ihren Beziehungen zur UdSSR danach zu richten.

Außerdem gehört Herr Jaroslawski zum Stabe der Russischen Kommunistischen Partei. Er verkörpert durchaus ihre Traditionen und ihre Denkweise. Diese Dinge sind nicht immer im einzelnen bekannt; man muß sich aber genau darüber unterrichten, um die erforderlichen Schutzmaßnahmen treffen und durchführen zu können.

Da ich der Rede Jaroslawskis eine so große Bedeutung beimesse, habe ich sie ganz übersetzt, und zwar so wörtlich wie möglich. Diese Übersetzung füge ich in der Anlage bei.

Jean Herbette

Anlage zum Bericht Nr. 571

Rede Em. Jaroslawskis
auf dem VI. Kongreß der Kommunistischen Internationale in Moskau am 6. August 1928

Genossen!

Ich möchte euch mitteilen, welche Erfahrungen wir mit unserer bolschewistischen Propaganda bei den Angehörigen des Heeres und der Marine gemacht haben. Ich glaube, daß ein sehr großer Teil dieser Erfahrungen von den kommunistischen Parteien der übrigen Länder verstanden und verwertet werden kann.

Ich möchte daran erinnern, daß wir innerhalb der Wehrmacht unter den sehr schwierigen Bedingungen gearbeitet haben, wie sie eine illegale Arbeit zu einer Zeit mit sich brachte, als unsere Partei noch illegal war. Obwohl gegenwärtig zahlreiche kommunistische Parteien sich hinsichtlich der Propaganda in einer günstigeren Lage befinden, als es damals bei uns der Fall war, müssen wir doch alle zugeben, daß eine so umfassende militärische Organisation, wie unsere Partei sie bereits seit der ersten und besonders seit der zweiten Revolution besaß, bisher noch von keiner anderen kommunistischen Partei geschaffen worden ist. Die deutsche Kommunistische Partei besitzt allerdings eine Organisation, nämlich die Rote Front oder den Roten Frontkämpferbund, die zweifellos durch ihre weite Verbreitung und ihre Bedeutung ganz entschieden etwas Neues darstellt und bis zu einem gewissen Grade hinsichtlich ihrer weiteren Entwicklungsmöglichkeiten die Organisation, die wir uns unter illegalen Bedingungen hatten schaffen können, noch übertrifft. Indessen muß die deutsche Kommunistische Partei sich ernstlich mit der Frage einer Propaganda bei der in Deutschland bestehenden staatlichen Wehrmacht befassen.

Genossen! Wir haben mit unserer Organisationsarbeit unter den Wehrmachtsangehörigen etwa in den Jahren 1902 bis 1903 begonnen. Zur Zeit der ersten Revolution, d. h. im Jahre 1905, besaßen wir aber noch keine Organisation, die stark genug gewesen wäre, uns als Stütze zu dienen. Erst in den Jahren 1905 bis 1906, als die Bewegung bereits im Wachsen war, haben wir diese Organisation zu erweitern vermocht. Wie haben wir nun diese Propaganda betrieben? Wir haben unser besonderes Augenmerk auf die jungen Arbeiter gerichtet, die kurz vor ihrer militärischen Einberufung standen. Wir haben sie so weit geschult, daß sie gleich nach ihrem Eintritt in die Wehrmacht daselbst eine revolutionäre und sozialistische Propaganda betreiben konnten. Hier und da haben wir auch eine besondere Propagandatätigkeit unter den Rekruten oder den noch nicht eingezogenen jungen Leuten entfaltet. Nahezu vor jeder militärischen Einberufung haben wir Flugblätter herausgegeben und sie in den Fabriken und Werken sowie an den Meldestellen verteilt. In diesen Flugblättern erläuterten wir die Pflichten des sozialistischen Revolutionärs in der Wehrmacht.

Unter den schwierigsten Bedingungen, wie sie eben eine illegale Propaganda mit sich bringt, haben wir in den Jahren 1905 bis 1907 zur Verbreitung der revolutionären Gedanken in der Wehrmacht mehr als 20 illegale Zeitungen gegründet. Jede größere Garnison wie Reval, Riga, Dwinsk, Batum, Odessa, Jekaterinoslaw, Warschau, Sveaborg, Kronstadt, Petersburg, Moskau usw., hatte ihre Soldatenzeitung, die unsere Organisation herausgab und durch ihre eingezogenen Mitglieder oder mit Hilfe von Arbeitern, die Beziehungen zur Wehrmacht hatten, unter die Wehrmachtsangehörigen verteilen ließ. Was die Zahl der von uns herausgegebenen Flugblätter betrifft, so kann ich wohl sagen, daß wir kein einziges wichtiges politisches Ereignis vorübergehen ließen, ohne ein darauf bezügliches Flugblatt unter die Soldaten zu verteilen. Diese Flugblätter wurden in recht

hoher Auflage herausgebracht, d. h. jedesmal zu mehreren tausend Exemplaren. Sie wurden nicht nur in der Garnison selbst, sondern auch in der ganzen betreffenden Gegend unter Ausnützung auch der geringsten Möglichkeiten verteilt.

Unsere Organisation war folgendermaßen aufgezogen: Von der Erwägung ausgehend, daß ein Heer keine gleichmäßige Zusammensetzung aufweist, haben wir nicht versucht, sämtliche Wehrmachtsangehörige um jeden Preis zu gewinnen; vielmehr wandten wir uns an diejenigen unter ihnen, die auf Grund ihrer sozialen Herkunft unserer revolutionären Propaganda besonders zugänglich waren. Wir wählten dafür diejenigen Waffengattungen, bei denen sich viele Arbeiter befanden, z. B. die Artillerie, die Pioniertruppen, die Marine und alle technischen Verbände, in denen die Arbeiter immer besonders zahlreich vertreten sind. Bei diesen Truppen setzten wir mit unseren Bestrebungen in erster Linie ein. In einer modernen Wehrmacht spielen ja Verbände wie die Flotte, die Artillerie und die technischen Waffen zweifellos eine sehr große Rolle. Von den Waffengattungen, bei denen wir am wenigsten Erfolg hatten, ist vor allem die Kavallerie zu nennen, die sich mehr oder weniger aus gutgestellten Bauern rekrutiert und besonders in Westeuropa fast ausschließlich aus solchen besteht.

Nach Möglichkeit gründeten wir bei jeder Waffengattung eine kleine Geheimgruppe. Die Vertreter dieser Gruppe bildeten geheime Bataillons- und Regimentskomitees, die wieder mit unseren verschiedenen militärischen Geheimzellen außerhalb der Kasernen in Verbindung standen. Es versteht sich von selbst, daß alle Verbindungen der militärischen Organisation streng geheimgehalten wurden. Wir wählten dafür ganz besonders zuverlässige Genossen aus. Wir gingen nie darauf aus, in den einzelnen Organisationen eine große Mitgliederzahl zu haben, denn was wir mit dieser militärischen Organisation schaffen wollten, war ja nicht eine schlagfertige Mannschaft, die mit eigenen Mitteln etwas hätte unternehmen können; wir betrachteten sie vielmehr als eine organisatorische Kräftegruppe, die imstande sein sollte, uns im gegebenen Zeitpunkt die Masse der mit uns sympathisierenden Soldaten und Seeleute zuzuführen. Deshalb strebten wir niemals eine zahlenmäßige Stärke an. Ich kann jedoch sagen, daß wir dank dieser Organisation über Gruppen verfügten, die bisweilen mehrere hundert Mann stark waren, wie z. B. in Kronstadt, in Sewastopol und anderwärts.

Die Formeln unserer Propaganda waren ganz verschieden. Vor allem hielten wir eine starke Agitation für notwendig. Wir entfalteten sie nicht nur anläßlich der wichtigen politischen Begebenheiten, sondern wir nützten alle besonderen Einzelheiten des Soldatenlebens aus, bei denen die Propaganda und Agitation bisweilen mit besonderer Aussicht auf Erfolg einsetzen kann. So nützten wir den Umstand aus, daß der Soldat keine Rechte besaß und einer sehr strengen Zucht unterworfen war, ferner das Verhältnis zwischen Offizieren und Mannschaften. Auf solche Fragen, wie das Verhältnis zwischen Offizieren und Mannschaften einzugehen, wäre um so wichtiger, als in vielen westeuropäischen Heeren, insbesondere bei den Garderegimentern, die Offiziere den führenden Ständen angehören und entweder Adlige oder Vertreter der kapitalistischen Kreise sind. So haben wir auf der Grundlage des Klassenkampfes die Massen darauf vorbereitet, sich im gegebenen Zeitpunkt gegen das kapitalistische System zu erheben.

Indessen waren wir stets darauf bedacht, zwecklose Meutereien zu vermeiden. Eine militärische revolutionäre Organisation hat ja dadurch etwas besonders Gefahrvolles, daß gegen eine unbedachte Auflehnung in einer Wehrmacht in der Regel in allen Ländern mit der größten Strenge vorgegangen wird, was dann eine ernste Niederlage für die revolutionäre Organisation bedeutet. Oft wird durch eine derartige Meuterei die Organisation innerhalb einer bestimmten Waffengattung, in einer bestimmten Stadt oder Garnison auf lange Zeit zerstört. Deshalb achteten wir sehr darauf, daß bei uns keine Gewaltstreiche und keine zwecklosen Meutereien vorkommen konnten. Dennoch hat es solche auch bei uns gegeben. Ich erinnere an die Meuterei in Sveaborg und an eine

ganze Reihe anderer, die jedenfalls im Gegensatz zu den Beschlüssen unserer politischen Zentralstellen ausgebrochen sind. Sie konnten ausbrechen, weil unabhängig von uns andere Organisationen tätig waren, wie z. B. die der revolutionären Sozialisten, die besonders zu Abenteuern und Gewaltstreichen aller Art neigten und sich bisweilen zu solchen hinreißen ließen. Hiervor haben wir stets gewarnt und besonders darauf geachtet, daß die revolutionäre Stoßkraft der Soldaten und Matrosen nicht nutzlos vertan wurde.

Ich erinnere auch daran, daß es uns unter sehr schwierigen illegalen Bedingungen gelungen ist, eine Reihe von Wehrmachtsbesprechungen zu veranstalten, so z. B. im Frühjahr 1906 hier in Moskau. Allerdings wurden gleich bei der ersten Besprechung fast alle Teilnehmer eingesperrt; die Zusammenkunft blieb aber trotzdem nicht fruchtlos.

Im November 1906 beriefen wir nach Tammerfors in Finnland eine erweiterte Konferenz der militärischen und der Kampforganisationen ein. Diese Konferenz gewann eine sehr große Bedeutung. In den Schriften Lenins finden wir einen Aufsatz über diese Konferenz nebst einer eingehenden Besprechung der dort gefaßten Entschließungen sowie mit Worten lebhafter Anerkennung für die Konferenz (Band 8 der 1. Ausgabe) im Zusammenhang mit den Protokollen der militärischen und Kampfkonferenz, die die Russische Sozialdemokratische Partei im November abhielt („Der Proletarier", Nr. 16 vom 2. Mai 1907, S. 377).

Ich möchte ferner auf eine Frage hinweisen, die sich ebenfalls auf diese Propaganda bei der Wehrmacht bezieht, nämlich auf die Propaganda unter den Offizieren. Ein gewisser Teil unserer Genossen hat sich immer mit dem Gedanken begnügt, eine feste Organisation unter den Arbeitern zu schaffen. Es war besonders Plechanow, der den Vorwurf erhob, wir würden nicht genügend Offiziere für uns gewinnen. Die Revolutionäre, die vor uns, vor den Marxisten und vor den Bolschewisten gearbeitet haben, nämlich die Dekabristen und die Anhänger der Partei der Freiheit des Volkes, haben vor allem eine Organisation von Offizieren geschaffen. Aber das waren keine Massenorganisationen. Es waren eng umrissene Verschwörerorganisationen, die für irgendeinen militärischen Anschlag oder einen militärischen Staatsstreich aufgestellt waren. Wir haben uns keine derartigen Illusionen gemacht. Wir waren der Meinung, daß wir die mit uns sympathisierenden Offiziere auf unsere Seite bringen mußten. Als Mitglieder aber durften nur unbedingt zuverlässige und erprobte Leute in die militärische Organisation aufgenommen werden; denn bei einer proletarischen Revolution waren natürlich die Offiziere weniger zuverlässig als die Masse der Soldaten. Deshalb haben wir in die militärischen Organisationen nur einzelne Offiziere aufgenommen, die Mitglieder der Organisationen und unserer Partei waren. Wir hatten also von jener Zeit an in unseren Organisationen Männer von verhältnismäßig hoher militärischer Leistungsfähigkeit. Wir verwendeten sie in den technischen Räten und machten uns ihre militärische Erfahrung zunutze. Verschiedene solche Offiziere waren Instrukteure in unseren Kampfgruppen.

Außerdem haben wir uns ihre Kenntnisse zunutze gemacht, um einen unmittelbaren Einblick in das Kräfteverhältnis beim Gegner zu gewinnen. Denn, sprechen wir es aus: es ist dies eine unerläßliche Aufgabe für jede kommunistische Partei, die ernsthaft daran denkt, einen Aufstand vorzubereiten. Keine Partei, die ernstlich einen solchen im Sinn hat, darf die Fragen der Organisation eines solchen Aufstandes und der hierzu erforderlichen Vorarbeiten außer acht lassen. Zu diesen Vorarbeiten und zu dieser Organisation gehört aber auch das Studium der Kräfte des Gegners, seiner Methoden und seiner Hilfsmittel. Es handelt sich hier um eine sehr ernsthafte Aufgabe, die nur dann mit Erfolg durchgeführt werden kann, wenn die revolutionäre Organisation hierfür bestimmte Leute abstellt und überhaupt dieser Frage eine ganz besondere Aufmerksamkeit widmet. Schon bei der ersten Revolution haben wir viel eingebüßt, weil wir häufig über die Kräfte des Gegners ungenügend unterrichtet waren und uns nicht rechtzeitig ein Bild davon machen konnten, was der Gegner gegen uns ins Feld zu führen imstande war.

In seinen „Lehren der Revolution von 1905" hat Lenin mit Nachdruck auf diese Frage hingewiesen. Zur Zeit der zweiten Revolution war ja die Masse der Soldaten angesichts des imperialistischen Krieges schon revolutionär eingestellt, und unsere Aufgabe wurde dadurch erleichtert, daß viel größere Massen von Soldaten bereits unserer militärischen Organisation angeschlossen waren.

Wir dürfen jedoch nicht glauben, daß der Zustrom dieser Massen spontan erfolgt. Wenn wir keine sorgfältig ausgewählten Leute haben und nicht über eine Organisation verfügen, wenn wir nicht ein ganz besonderes Augenmerk auf die Wehrmacht, auf die Propaganda und Agitation in der Wehrmacht sowie auf die Organisation der sozialistischen und revolutionären Kräfte in ihren Reihen richten, dann kann gar keine Rede davon sein, daß es uns gelingen könnte, die Wehrmacht des Gegners zweckmäßig auszunützen, d. h. sie nicht als einen neutralen Faktor, sondern als einen mit uns sympathisierenden Faktor auszunützen. Lenin hat mehr als einmal darauf hingewiesen, daß wir uns auf den Kampf um die Eroberung des Militärs, der Wehrmacht verstehen müssen. Hierzu genügt es aber nicht, daß wir bei der Wehrmacht Agitation und Propaganda betreiben; wir müssen auch innerhalb der Wehrmacht eine organisierte Kraft schaffen, die fähig ist, im gegebenen Augenblick die Zögernden anzuziehen. Ich mache darauf aufmerksam, daß unsere kommunistischen Parteien, die in diesem Sinne arbeiten, dies, wie ich sagen möchte, mit einem gewissen Mangel an Kühnheit tun. Es fehlt ihnen noch der erforderliche Schwung, um eine ausgesprochen revolutionäre Stimmung zu schaffen und die Massen gewinnen zu können. Jedenfalls findet aber jede ernstliche Kundgebung einer revolutionären Gesinnung unter den Truppen einen sehr starken Widerhall bei der großen Masse der Bauern und besonders auch bei den Arbeitermassen. Ich bin der Meinung, daß sich nichts so stark zugunsten einer Revolution auszuwirken und unsere Arbeitermassen mitzureißen vermag als eine Bewegung innerhalb der Wehrmacht. Wenn das Proletariat sich darüber klarzuwerden beginnt, daß es, wenn es auch selbst noch wehrlos ist, doch die Sympathie des Militärs und die Unterstützung der Wehrmacht oder doch eines Teils der Wehrmacht auf seiner Seite hat, dann faßt es mit viel größerer Kühnheit seine revolutionären Ziele und Pflichten ins Auge.

Angesichts der bevorstehenden Kriegsgefahr sollten wir meines Erachtens unser Augenmerk stärker auf die sogenannten farbigen Truppen der imperialistischen Armeen lenken. Es unterliegt keinem Zweifel, daß, wenn der Krieg ausbricht, und wäre es auch nur in den gleichen Ausmaßen wie vor vierzehn Jahren, auch die große Masse der von den imperialistischen Staaten unterjochten Völker und Stämme mit hineingezogen würden. Aus Afrika und Asien würde man Truppen kommen lassen, um die proletarischen Massen Europas, die proletarischen Massen der Sowjetunion zu zermalmen.

Wir stehen also vor einer großen Aufgabe. Es gilt, in den betreffenden Ländern die Propaganda in einer Weise zu organisieren, daß diese Völker und Stämme schon jetzt, d. h. noch bevor der genannte Zeitpunkt gekommen ist, begreifen, daß sie, wenn sie *den Imperialisten helfen wollten, die Arbeiterbewegung in Europa und das Proletariat* der Sowjetunion zu vernichten, sich nur in ihrem eigenen Lande eine doppelte Sklavenkette schmieden würden und daß es nicht nur ihre Pflicht und Schuldigkeit ist, nicht zu schießen, wenn es ihnen befohlen wird, sondern auch bei der Organisation des Kampfes gegen die Imperialisten mitzuhelfen, wenn diese ihnen Waffen geben und sie zum Kampf gegen die Revolution auffordern.

Genossen! Das waren die Fragen, auf die ich eure Aufmerksamkeit lenken wollte. Leider sind die Erfahrungen, die wir in dieser unserer Arbeit gesammelt haben, noch nicht genügend ausgewertet worden. Vielleicht müssen wir russischen Bolschewisten uns selber den Vorwurf machen, daß wir es nicht verstanden haben, diese außerordentlich reiche Erfahrung anderen zugänglich zu machen. Es ist mir hier nicht möglich, diese Frage gebührend zu erläutern. Ich denke aber, es wäre angebracht, den Vollzugsausschuß

der Kommunistischen Internationale damit zu beauftragen, damit er endlich die hierzu erforderliche Literatur bereitstellen kann. Es wäre eine ganze Reihe von Broschüren erforderlich, um in erster Linie unter den übrigen kommunistischen Parteien die Erfahrungen zu verbreiten, die wir Bolschewisten mit der revolutionären Propaganda bei den Land- und Seestreitkräften gemacht haben. Außerdem müßten in diesen Broschüren auch die Erfahrungen berücksichtigt werden, die wir während des letzten imperialistischen Krieges bei unserer Propagandatätigkeit unter den Truppen gesammelt haben. Es muß eine ganze Reihe populärer Schriften für die verschiedenen Länder herausgegeben werden, um die Propaganda beim Militär als wirklich ernsthafte Propaganda einzuführen, ohne die es uns zur Zeit nicht möglich ist, uns für den Kampf gegen die Imperialisten im Falle eines Krieges zu rüsten.

Genossen! Ich denke, ihr werdet dem Vollzugsausschuß der Kommunistischen Internationale diesen Auftrag erteilen und dadurch die revolutionäre Propagandatätigkeit unter den Angehörigen des Heeres und der Flotte fördern und diese Arbeit so organisieren, wie es die Umstände erfordern.

„Prawda", 11. August 1928, S. 2, Spalte 3—6

BOTSCHAFT DER FRANZÖSISCHEN REPUBLIK
BEI DER UNION DER SOZIALISTISCHEN
SOWJETREPUBLIKEN

Politische und Handelsabteilung
Nr. 762 (Europa)

Moskau, den 9. November 1928

Der Botschafter der Französischen Republik in Moskau
an Seine Exzellenz Herrn Aristide Briand,
Minister der auswärtigen Angelegenheiten

Kommunistische Propaganda
aus Anlaß des elften Jahrestages der Revolution

Wenn man an die Festlichkeiten zurückdenkt, die zur Feier des zehnten Jahrestages der bolschewistischen Revolution veranstaltet wurden, dann erscheinen die eben abgehaltenen Feiern anläßlich des elften Jahrestages recht farblos. Es ist übrigens natürlich, daß der zehnte Jahrestag mit mehr Glanz begangen wurde; andererseits muß man aber zugeben, daß die Phantasie im Jahre 1928 weniger angeregt erscheint als 1927. Die Wirtschaftskrise und ihre Folgen — Zunahme der Arbeitslosigkeit, Mangel an Lebensmitteln, allgemeine Ungewißheit — sind offenbar die Gründe, die diesen Niedergang der Stimmung erklärlich machen.

Aufrufe und amtliche Artikel bemühen sich indes, die öffentliche Meinung aufzumuntern. Die zu diesem Zwecke benutzten Argumente teilen sich in zwei Hauptgruppen. Einerseits sucht man nachzuweisen, daß das wirtschaftliche Leben des Landes sich, entgegen dem äußeren Anschein, machtvoll entwickle. Andererseits versucht man der Bevölkerung einzureden, daß sie von einem Angriff von außen bedroht sei. So bemüht man sich, zu gleicher Zeit zwei Gefühle anzuregen, die nicht unbedingt zusammenpassen: Optimismus und Entsagung, Glauben an den allgemeinen Wohlstand und Opfermut. Die Widersprüche, die zwischen diesen beiden Arten der offiziellen Propaganda bestehen, zeugen von der Verlegenheit, in der sich die Personen befinden, die sie durchzuführen haben.

Es erübrigt sich, auf die optimistischen Argumente näher einzugehen. Die Erfahrung des Krieges hat uns gelehrt, was man alles an Wahrem und an Falschem erzählen kann, um die Stimmung der Völker hochzuhalten. Interessanter ist es, einen Blick auf das andere Gesicht der offiziellen Propaganda zu werfen, das bestimmt ist, die Massen zu beunruhigen und ihnen Geschmack an der heiligen Eintracht einzuflößen. Wir selbst sind so weit davon entfernt, an einen Angriff gegen die UdSSR zu denken, daß die darüber verbreiteten Behauptungen für uns immer wieder neu sind.

Der Oberste Kriegsrat veröffentlicht einen von seinem Vizepräsidenten Unschlicht unterzeichneten Erlaß, worin man liest:

„Die Regierung der Arbeiter und Bauern hat stets eine Politik des Friedens geführt und wird diese Politik auch immer beibehalten, da sie die fortschreitende Verwirklichung der sozialistischen Organisation gewährleistet und dafür sorgt, daß die großen Massen der Arbeiter auf eine höhere Stufe der Kultur gebracht werden. Diese Friedenspolitik steht aber in einem grundsätzlichen Widerspruch zu den Interessen und Plänen der imperialistischen Mächte. Die Gefahr neuer Kriege bedroht weiterhin tatsächlich die gegenwärtigen internationalen Beziehungen. Der Militarismus nimmt zu. Die Rüstungen verstärken und vervollkommnen sich. Neue bewaffnete Zusammenstöße reifen heran. Zu gleicher Zeit richtet sich die Spitze der militärischen Vorbereitungen gegen uns, gegen den sozialistischen Staat. Unter diesen Umständen darf unser Werk des Friedens uns nicht unsere militärischen Aufgaben vergessen lassen. Wir müssen auf einen Zustand hinsteuern, wo unsere Reihen noch dichter und noch fester sein werden."

Das Präsidium des Zentralrates der sowjetischen Gewerkschaften, an dessen Spitze Herr Tomsky steht, veröffentlicht seinerseits einen Aufruf, in dem es heißt:

„Nicht das Deutschland Hindenburgs und Noskes noch das England Baldwins und MacDonalds oder das Frankreich Poincarés und Jouhaux' sind unsere wahre sozialistische Heimat, sondern die UdSSR, das Land Lenins, die Hochburg des Weltkommunismus: das sagen an dem Oktobertage, an dem der Jahrestag gefeiert wird, die Arbeiter aller Länder zu der Klasse der Ausbeuter und ihrer Lakaien, zu den Menschewisten und den anderen Sozialverrätern, die sich in sozialistische Phrasen hüllen, in Wahrheit aber die getreuen Diener des Imperialismus sind und die Arbeiter dem internationalen Kapital versklaven. Für die brüderliche Vereinigung mit der Arbeiterklasse des Landes, wo der Sozialismus sich aufbaut, gegen alle Versuche von Intervention und Blockade wird die Arbeiterklasse am elften Jahrestage der Oktoberrevolution in den Straßen von Paris, London, Berlin und in den vom Weltimperialismus unterdrückten Kolonien mit uns demonstrieren. Sie wird so die internationale Bourgeoisie daran erinnern, daß die Stunde der großen Abrechnung, die den unerhörten Verbrechen folgen wird, deren sich die Klasse der Ausbeuter an der ganzen arbeitenden Menschheit schuldig gemacht hat, daß die Stunde des endgültigen Sieges der proletarischen Revolution auf der ganzen Welt im Herannahen ist."

Etwas weiter schreibt das Präsidium des Zentralrates der Gewerkschaften:

„Am elften Jahrestag des proletarischen Sieges müssen die Berufsgewerkschaften allen arbeitenden Massen in Stadt und Land die Gefahr eines militärischen Angriffes gegen die Errungenschaften der Arbeiter in Erinnerung rufen und erklären, eines Angriffes, den die internationale Bourgeoisie gegen die Republik der Arbeiter offen und auch im geheimen vorbereitet. Jeder Arbeiter muß stets bereit sein, seine heilige Pflicht durch Verteidigung des sozialistischen Vaterlandes zu erfüllen. Alle Anstrengungen der arbeitenden Massen müssen dem Ziele geweiht sein, die Verteidigungskraft der UdSSR zu verstärken.

Am Tage des 7. November beweisen die geschlossenen Reihen des Proletariats aufs neue ihren unerschütterlichen Willen, zu kämpfen, um die von der Arbeiter-

klasse erzielten Errungenschaften zu bewahren und zu verstärken und um die Schwierigkeiten zu überwinden, die sich dem siegreichen Aufbau des Sozialismus entgegenstellen.

Am Tage des 7. November ruft die Arbeiterklasse der UdSSR sich fest ins Gedächtnis, daß sie ihre Erfolge den glühenden Sympathien und der moralischen Unterstützung von vielen zehn Millionen Menschen zu verdanken hat, die das internationale Proletariat bilden."

Unter den offiziellen Persönlichkeiten, die den Zeitungen Interviews gewährt oder für sie Artikel geschrieben haben, bemerkt man Rykow, den Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare, und Herrn Bubnow, den Chef des politischen Dienstes der Armee. Die Erklärung Rykows, die vor allem von der „Prawda" auf der ersten Seite gebracht wird, beschränkt sich auf wirtschaftliche und andere Betrachtungen. Sie enthält nichts Aufreizendes. Dagegen liest man in dem Artikel von Bubnow, den die „Prawda" und „Der Rote Stern" usw. veröffentlichen, folgendes:

„Je mehr der Sozialismus in unserem Lande an Kraft zunimmt, je energischere Fortschritte die Schwerindustrie macht, je größere Erfolge wir mit der Organisation weitausgedehnter landwirtschaftlicher Betriebe auf neuen Grundlagen erzielen — desto mehr sehen wir die Gründe und die Erfolgsaussichten wachsen, die uns nötigen, unsere Anstrengungen auf die Verteidigung unseres Landes als Ganzes auszurichten . . .

Bei einer Erläuterung des Gedankens der Mechanisierung der Armee erklärt Oberst Fuller kategorisch: „Der Krieg der Zukunft wird ein Kampf zwischen beweglichen Festungen sein, die von beweglichen Versorgungsdepots begleitet sind.

Die Rote Armee verkörpert in der Organisation der bewaffneten Kräfte vollkommen verschiedene Methoden und ein ganz anderes System. Sie ist das System der bewaffneten Kräfte des proletarischen Staates.

Aber wenn man auch die ‚Politik à la Fuller' für die militärische Organisation kategorisch ablehnt, kann man sich keinesfalls einer intensiven Arbeit entziehen, um die militärische Technik zu vervollkommnen. Diese Arbeit ist einer der charakteristischen Züge der Entwicklung der zeitgenössischen imperialistischen Armeen . . .

Die Rote Armee wird sich mit Zähigkeit bemühen — und es wird ihr über kurz oder lang gelingen — nicht nur durch ihr Klassenbewußtsein und durch ihre grenzenlose Hingabe an die Sache der Weltrevolution stark zu sein, sondern auch durch eine mächtige, auf Grund einer militärischen Technik sich immer gewaltiger entwickelnden Industrialisierung des Landes."

Diese wenigen Zitate geben einen Begriff von der offiziellen Propaganda, die aus Anlaß des elften Jahrestages der bolschewistischen Revolution aufgezogen worden ist. Sie zielt darauf ab, die UdSSR als von einer Invasion, die Arbeiterklasse als von Versklavung bedroht hinzustellen. Die logische Folgerung daraus ist, daß man der Armee, der Marine, der Luftwaffe und der Kriegsindustrie alle nur möglichen Hilfsquellen an Menschen, an Geld und an Material zur Verfügung stellen müsse. Eine andere, in den Augen der russischen Kommunisten nicht minder logische Schluß-

folgerung besteht darin, daß man der revolutionären Arbeit, die in den anderen Ländern verrichtet wird und die hauptsächlich darauf ausgeht, den administrativen, militärischen und wirtschaftlichen Aufbau der Großmächte Frankreich, England, Deutschland, Vereinigte Staaten, Japan usw. zu schwächen, eine steigende Intensität und eine vollendete Technik geben müsse.

Man sieht also, daß die russische Kommunistische Partei, während sie sich als von einer Aggression durch die fremden Mächte bedroht hinstellt und eine rein defensive Haltung annimmt, sich bemüht, eine revolutionäre Offensive gegen die anderen Staaten vorzubereiten und in der UdSSR. selbst eine militärische Macht zu entfalten, deren Rolle nicht notwendigerweise eine rein defensive zu sein braucht.

Bezüglich dieses letzteren Punktes aber können wir uns nicht damit begnügen, den russischen Kommunisten diese oder jene Lehre zuzuschreiben. Wir haben die Pflicht, einen authentischen, amtlichen Ausdruck des kommunistischen Gedankens zu suchen. Eines der Ergebnisse dieser Untersuchung wird dem Ministerium in einem anderen Bericht unterbreitet werden.

Jean Herbette

BOTSCHAFT DER FRANZÖSISCHEN REPUBLIK
BEI DER UNION DER SOZIALISTISCHEN
SOWJETREPUBLIKEN

Politische und Handelsabteilung
Nr. 764 (Europa)

Moskau, den 10. November 1928

Der Botschafter der Französischen Republik in Moskau
an Seine Exzellenz Herrn Aristide Briand,
Minister der auswärtigen Angelegenheiten

Eine kommunistische Theorie über den Angriffskrieg und die Bündnisse mit „bürgerlichen" Staaten

In der Sitzung der Sowjets von Moskau, die am 6. November im Großen Theater zur Feier des XI. Jahrestages der bolschewistischen Revolution stattfand, nahm Bucharin das Wort und äußerte sich vor allem über die „Kriegsgefahr", die die UdSSR bedrohen soll.

Die Ausführungen des Leiters der Kommunistischen Internationale lassen sich in drei Teile gliedern.

Zuerst verkündete er, daß die Kriegsgefahr bestehe:

„Die große internationale Organisation des Proletariats — die Kommunistische Internationale — hat auf ihrem letzten Kongreß gesagt, daß im Mittelpunkt der gegenwärtigen Lage die Kriegsgefahr steht, daß die kommunistische Bewegung sehr bedroht ist, wenn man diese Gefahr unterschätzt, und daß die Arbeiterklasse ihre ganze Aufmerksamkeit dieser Frage zuwenden muß."

Um seine Zuhörer nicht zu demoralisieren, führte Bucharin daraufhin aus, daß man durchaus nicht verzweifeln dürfe:

„Das bedeutet keineswegs, daß der Krieg von heute auf morgen auszubrechen droht oder daß nicht heute unter der Bourgeoisie eine starke Unschlüssigkeit hervorgerufen wird. Im Gegenteil, ich habe den Eindruck, daß die Ereignisse des internationalen Lebens zur Zeit bei der Bourgeoisie und vor allem bei der amerikanischen Bourgeoisie die Absicht erkennen lassen, einen gewissen Waffenstillstand zuzugestehen. Um so besser für uns. Um so besser für die Sache unserer Union."

Nach diesen beruhigenden Worten kam Bucharin jedoch auf seine Kriegsgefahr zurück:

„Das bedeutet aber keine Gewähr dafür, daß der Feind seine vorbereitende Unterminierungsarbeit einstellt oder daß die Ereignisse uns nicht überraschen. Damit sie uns nicht überraschen, werden wir in diesem Jahr unsere Aufmerksamkeit auf diesen Hauptpunkt der internationalen Politik, auf die Kriegsgefahr, richten."

Der zweite Teil seiner Ausführungen zeigt, daß Bucharin und seine Freunde es für unzweckmäßig halten, die öffentliche Meinung über Gebühr zu beunruhigen.

Woher kommt es denn, daß sie auch weiterhin von dem Gedanken der „Kriegsgefahr" besessen sind und ihn dem Volk einreden? Ich werde versuchen, diesen offenbaren Widerspruch zu erklären.

Lenin hat in seinen „Thesen über den Frieden"[1]) geschrieben:

„Die sozialistische Revolution in Europa muß kommen. Sie wird kommen. Darüber besteht kein Zweifel. Alle unsere Hoffnungen, den Endsieg des Sozialismus zu erleben, beruhen auf dieser Gewißheit und auf ihrer wissenschaftlichen Vorherbestimmung."

Daß sich das bolschewistische Regime in der UdSSR nur durch eine europäische Revolution endgültig halten kann, zeigt ganz eindeutig die Wirtschaftskrise, mit der dieses Regime nach acht Jahren in Europa zu kämpfen hat. Die europäische Revolution zu schüren und zu beschleunigen, ist deshalb für die leitenden Männer des Regimes eine immer dringendere Notwendigkeit.

Bei der Prüfung der Mittel zur Herbeiführung der Revolution schrieb Lenin[2]) über die im Kriegsfalle einzunehmende Haltung:

„Die einzige Politik, die darin besteht, tatsächlich und nicht nur mit Worten den ‚sozialen Frieden' zu brechen und den Klassenkampf zu verkünden, ist die Politik, bei der das Proletariat die Schwierigkeiten seiner eigenen Regierung und seiner eigenen Bourgeoisie ausnutzt, um sie zu stürzen. Dieses Ziel kann jedoch nicht erreicht werden, und es ist unmöglich, darauf hinzuarbeiten, wenn man nicht die Niederlage seiner eigenen Regierung wünscht und zu dieser Niederlage beiträgt."

Die Beschlüsse, die die Kommunistische Internationale auf der Tagung ihres Vollzugskomitees im Mai 1927 und auf ihrem VI. Kongreß in den Monaten Juli und August 1928 gefaßt hat, sind nur die logische Folge des von Lenin ausgesprochenen Gedankens. Auf die Beschlüsse des VI. Kongresses brauche ich nicht zurückzukommen, denn ich habe sie vor nicht zu langer Zeit in Berichten besprochen. Ich möchte nur daran erinnern, daß die vom Kongreß festgelegte Taktik in der Entschließung des Vollzugskomitees vom Mai 1927 bereits im Keim enthalten war[3]).

„In einem in doppelter Hinsicht imperialistischen Krieg gegen die UdSSR müssen die Arbeiter der diesen Krieg führenden kapitalistischen Länder wie in jedem imperialistischen Krieg ihren kapitalistischen Regierungen gegenüber defaitistisch sein . . .

Die Losung der Verbrüderung, die von den Bolschewisten für die Soldaten eines imperialistischen Krieges ausgegeben wurde, bleibt zur Zeit als eine der Hauptlosungen der antimilitaristischen Propaganda unter den Soldaten und Matrosen der imperialistischen Armeen und Flotten bestehen. Wenn diese Losung auch in erster Linie für den Fall eines Krieges zwischen zwei imperialistischen Staaten Geltung

[1]) Bd. XV, S. 59. Dieses Zitat ist, ebenso wie die meisten der folgenden, einem Werke entnommen, von dem weiter unten die Rede sein wird: „Lenin über den Krieg und die Verteidigung der proletarischen Diktatur", von K. Schmidt, Verlag des „Moskauer Arbeiters", Moskau und Leningrad 1928.

[2]) Bd. XIII, S. 89.

[3]) Entschließungen der VIII. Tagung des Vollzugskomitees der Kommunistischen Internationale, S. 78—85.

hat, so ist sie doch auch im Falle eines imperialistischen Krieges gegen das revolutionäre China und gegen die Sowjetunion anzuwenden, und zwar in Verbindung mit Aufrufen an die Soldaten der imperialistischen Armeen, im gegebenen Zeitpunkt zu den Truppen der Revolution überzugehen."

Die Kommunistische Internationale, d. h. das Hauptorgan der russischen Kommunistischen Partei für ihre politischen Beziehungen mit den anderen Ländern, denkt demnach an zukünftige Kriege, in die die UdSSR verwickelt werden wird. Sie denkt um so lieber daran, als der Krieg den russischen Kommunisten als das Mittel vorschwebt, die Revolution zu verallgemeinern, und als die Verallgemeinerung der Revolution, wie wir gesehen haben, die unbedingte Voraussetzung für eine Festigung des jetzigen Zustandes in der UdSSR ist.

Wie lassen sich aber zukünftige Kriege, in denen die russischen Kommunisten die Uniform anzuziehen und in den Reihen einer regulären Armee zu kämpfen hätten, mit dem integralen Pazifismus, den die bolschewistische Doktrin verkündet, vereinbaren? Werden im Falle eines Krieges die Soldaten der UdSSR nicht ebenfalls versucht sein, die Niederlage ihrer eigenen Regierung herbeizuwünschen und dazu beizutragen?

In einem neueren Werk, das eine Unzahl von Zitaten aus den Werken Lenins enthält, antwortet K. Schmidt auf diesen Einwand, indem er folgende Unterscheidung macht:

„Lenin sagt, wie wir bereits gesehen haben, daß der revolutionäre Arbeiter nicht gegen den Krieg ‚im allgemeinen' sein kann. Nein, er kann nur die reaktionären Kriege ablehnen und muß die Fortschritts- und Revolutionskriege gutheißen."

Nach dieser Unterscheidung erscheint die sogenannte Friedenspolitik des Kommunismus in einem ganz anderen Licht. Die Aufrechterhaltung des Friedens ist damit für ihn nicht mehr ein Ziel. Sie ist nur das Mittel, den unvermeidlichen Zusammenstoß so lange hinauszuzögern, bis die militärischen Kräfte der UdSSR und die revolutionären Kräfte der anderen Länder stark genug sind, um den sicheren Sieg zu verbürgen.

So erklärt sich folgende Stelle aus der im vergangenen Sommer auf dem VI. Kongreß der Kommunistischen Internationale angenommenen Entschließung[1]:

„Die internationale Politik der UdSSR ist eine Friedenspolitik. Ihr Ziel ist, die Weltrevolution zu überwachen und die Organisationsarbeit des Sozialismus, der durch sein bloßes Dasein und durch seine Entwicklung die Welt revolutioniert, zu schützen. Sie besteht darin, den militärischen Zusammenprall mit dem Imperialismus so lange wie möglich hinauszuschieben."

Im gleichen Zusammenhang schreibt K. Schmidt:

„Die Beibehaltung ‚friedlicher Beziehungen' zwischen der UdSSR und den imperialistischen Staaten ist augenblicklich für die Weltrevolution von beträchtlichem Interesse. Diese friedliche Politik muß mit einer grundsätzlichen Politik der militärischen und politischen Vorbereitung des Proletariats in der UdSSR und in

[1]) Zitiert von Jigur im „Roten Stern" vom 7. November 1928.

den kapitalistischen Ländern im Hinblick auf den unvermeidlichen Krieg verbunden sein."

Diese Umschreibung der Außenpolitik der UdSSR verdient besondere Beachtung. Sie beweist, daß es nicht genügt, mit der UdSSR im Frieden zu bleiben, um die Gefahr von Kriegen und Revolutionen zu verringern. Sie beweist, daß die Regierungen der anderen Staaten mit grausamen Überraschungen rechnen müßten, wenn sie glaubten, daß Untätigkeit genügt, um den Frieden zu sichern.

Man könnte jedoch annehmen, daß die russischen Kommunisten, wenn sie von der Unvermeidbarkeit des Krieges sprechen, nur den Fall im Auge haben, daß die UdSSR von anderen Mächten angegriffen wird. Der soeben von mir zitierte Verfasser gestattet uns jedoch nicht, bei dieser Illusion zu bleiben. Er entwickelt in so auffallender Weise, daß ich nicht darauf verzichten kann, diese Stellen in voller Übersetzung wiederzugeben, die Theorie des Angriffskrieges. Er führt aus:

„Wie kann ein Staat aufrichtig eine Friedenspolitik treiben, wenn er überzeugt ist, daß der Krieg unvermeidbar ist, und wenn er sich darauf vorbereitet*)?

Ein solcher Widerspruch besteht nur in den bürgerlichen imperialistischen Staaten, deren ‚friedliche Reden' nur ihre Politik der Ausplünderung und Eroberung verdecken und dem wirklichen Stand der Dinge widersprechen. Die friedliche Politik der Sowjetunion schließt solche Widersprüche nicht in sich. Ihre ‚Aufrichtigkeit' ist nicht nur eine ‚sittliche Tatsache'; die unerschütterlichen Grundlagen dieser ‚Aufrichtigkeit' beruhen auf den sachlichen Interessen der Diktatur des Proletariats. Diese Interessen sind von uns schon in den früheren Kapiteln behandelt worden. Hier brauchen wir nur diese Ausführungen zu vervollständigen, indem wir uns mit dem unvermeidlichen Charakter des Krieges befassen. Er läßt sich in folgendem kurzen Satz ausdrücken: Die Friedenspolitik ist für ein Land, in dem die Diktatur des Proletariats herrscht, geschichtlich gesehen — und anders könnte es nicht sein — die beste Vorbereitung auf einen Revolutionskrieg. Diese These finden wir in allen Erklärungen Lenins über den proletarischen Krieg: in den bekannten Zitaten von 1915 und 1916, in den Erklärungen, die er im Laufe der Aussprache über den Frieden von Brest-Litowsk abgegeben hat, und in den Äußerungen über den sowjetisch-polnischen Krieg.

„Der revolutionäre proletarische Krieg ist ein ganz anderer Krieg. Es ist ein Krieg der Arbeiterklasse für ihre eigenen Interessen. Es ist ein Krieg, der nicht nur bei wenigen Vorkämpfern, sondern auch bei der großen Masse der vielen Millionen Arbeiter und Bauern die Überzeugung voraussetzt, daß er unvermeidlich ist, sowie die sich daraus ergebende feste Entschlossenheit, alles für den Sieg zu tun. Die Friedenspolitik der Diktatur des Proletariats schafft diese Überzeugung, nicht mit zweckentsprechenden Phrasen, sondern durch die praktische Erfahrung. Und nicht nur bei den Arbeitern in der Sowjetunion ruft sie diesen Entschluß und diese Überzeugung hervor, sondern darüber hinaus bei den Ausgebeuteten und Unterjochten in der ganzen Welt.

*) Die gesperrten Worte entsprechen den vom Botschafter selbst unterstrichenen.

Zwischen der Friedenspolitik der proletarischen Diktatur und der Vorbereitung auf einen revolutionären Krieg *gibt es keinen Widerspruch*. Im Gegenteil, der revolutionäre Krieg ist nichts anderes als die *Fortsetzung der Friedenspolitik mit anderen Mitteln*.

Dies ist das Wesen des revolutionären proletarischen Krieges. Manche sehen das Wesen dieses Krieges darin, daß es sich nur um einen Verteidigungskrieg handeln würde. Das ist nicht ganz richtig. *Geschichtlich* gesehen sind im jetzigen Stadium der Weltrevolution und bei dem jetzigen Kräfteverhältnis zwischen dem Imperialismus und der Revolution in der ganzen Welt alle Kriege der proletarischen Diktatur *Verteidigungskriege*. Das ergibt sich aus der *Friedens*politik der Sowjetmacht. Dieser geschichtliche Verteidigungscharakter schließt aber nicht die Möglichkeit aus, den Krieg in *strategischer* Hinsicht *offensiv* zu führen. Auch die Möglichkeit, daß im Hinblick auf entscheidende Äußerungen in der militärischen und politischen Lage der Verteidigungskrieg der proletarischen Diktatur sich in einen revolutionären Angriffskrieg für den Sozialismus *verwandelt*, ist keineswegs ausgeschlossen."

Obwohl der Vertreter dieser These mit Erfolg darauf bedacht ist, die Autorität Lenins vorzuschieben, steht die These an und für sich offenbar in auffallendem Gegensatz zu den grundsätzlichen Lehren des Marxismus. Dies zeigt ziemlich deutlich das nächste Kapitel, das wie folgt schließt:

„Im Jahre 1847 sagte Marx im ‚Kommunistischen Manifest': ‚Das Proletariat kennt kein Vaterland.' In gewissem Sinne ist dieser Satz nicht mehr zeitgemäß. Die Sowjetunion ist das Vaterland des Weltproletariats."

Deutlicher läßt sich der Gegensatz zwischen der marxistischen Auffassung von der Internationale und der jetzigen Doktrin Moskaus kaum zum Ausdruck bringen. Die Internationale von Marx und Engels sollte das „Menschengeschlecht" sein. Die kommunistische Internationale von heute ist eine Organisation, deren Anhänger die UdSSR zum Vaterland haben und die infolgedessen zu Untertanen eines neuen „heiligen Rußlands" werden.

Zur Theorie des Angriffskrieges kommt in dem Werke, aus dem ich einige Stellen angeführt habe, die Theorie der Bündnisse mit den „bürgerlichen" Staaten. Die Ausführungen über die letztgenannte Theorie sind so umfangreich, daß ihre Übersetzung hier nicht eingefügt werden kann. Ich werde deshalb die wichtigsten Stellen in einem Anhang wiedergeben und begnüge mich hier, nachstehend die Hauptgedanken zu verzeichnen.

Der Verfasser wirft die Frage auf: „Kann die Diktatur des Proletariats militärische Bündnisse mit den bürgerlichen Staaten abschließen?" Er antwortet, daß die bürgerlichen Staaten sich auf zwei Gruppen verteilen: „In erster Linie die schwachen Staaten, die finanziell abhängig und in nationaler Hinsicht unterdrückt sind; in zweiter Linie die imperialistischen Staaten." Militärbündnisse mit den Staaten der ersten Gruppe, d. h. mit Ländern wie die Türkei, Persien und Afghanistan, sind ohne weiteres erlaubt. Man kann aber auch an Bündnisse mit gewissen Staaten der zweiten Gruppe denken: „Trotz der ungeheuren Schärfe, die in unserer Zeit die Klassengegensätze angenommen haben, ist es durchaus möglich, daß in

einem Kriege auch imperialistische Staaten sich in gewissen Zeitpunkten unmittelbar oder mittelbar an der Seite der Sowjetunion befinden."

Welches sind die „imperialistischen Staaten", mit denen die UdSSR sich zu verbünden hoffen kann? Offenbar denkt der Verfasser unaufhörlich an Deutschland. Er verhehlt sich jedoch nicht, daß Deutschland dadurch, daß es sich von seiner Niederlage erholt, für die russischen Kommunisten an Interesse verloren hat: „Deutschland wird gegenwärtig wieder ein imperialistischer Staat und spielt der UdSSR gegenüber eine mehr als zweideutige Rolle. Die Worte, die einst Lenin über Deutschland sprach[1]), haben jetzt ihre Bedeutung verloren." Der Verfasser erklärt sogar, daß die Kommunistische Partei keine Propaganda mehr für den Anschluß Österreichs an Deutschland machen kann, weil der Anschluß heute ein Mittel wäre, um Deutschland auf die andere Seite zu bringen: „Die Vereinigung Österreichs mit Deutschland wäre nunmehr eine grobe Annexion. Die österreichischen und deutschen Sozialisten spielen, wenn sie die Losung vom Anschluß nachsprechen, die Rolle eines Lakais des Imperialismus." Diese Deutschland gegenüber vorgebrachte Kritik des kommunistischen Schriftstellers hat aber keineswegs den Charakter eines endgültigen Abschieds. Sie ist eher dazu bestimmt, die Bedingungen für eine Verständigung aufzustellen.

Tatsächlich verweist der Verfasser, wenn er das Beispiel eines revolutionären Krieges anführen will, auf den Krieg von 1920 gegen Polen und führt die Erklärungen Lenins an, der diesen Krieg als einen Angriff auf die Entente und den Versailler Vertrag bezeichnete. Lenin sagte im Jahre 1920[2]):

„Wenn wir Polen angreifen, greifen wir die Entente selbst an. Wenn wir die polnische Armee vernichten, so zerschlagen wir jenen Frieden von Versailles, auf dem das ganze System der heutigen internationalen Beziehungen beruht.

Würde Polen sowjetisch werden, würden die Arbeiter Warschaus von der Sowjetunion die Hilfe erhalten, die sie erwarten und gern annehmen würden, so wäre der Frieden von Versailles zerschlagen, und das ganze internationale System, das durch die Siege über Deutschland begründet worden ist, müßte zusammenbrechen. Frankreich würde nicht mehr den Pufferstaat besitzen, der Deutschland von der Sowjetunion trennt."

Nach Anführung und Erklärung dieser Zeilen fügt der kommunistische Schriftsteller hinzu:

„Aus all dem Gesagten geht hervor, daß der polnische Krieg von 1920 ein praktisches Beispiel von sehr großer Tragweite war. Dieses Beispiel zeigte die Richtigkeit der These Lenins, wonach ein Verteidigungskrieg der Sowjetunion sich rasch in einen revolutionären Angriffskrieg verwandeln kann, dessen Ziele die Zerschlagung der Hauptstellungen des internationalen Kapitalismus, die Befreiung der anderen Völker vom Joch der Bourgeoisie und der Sieg des Sozialismus sind.

Hat ein solcher Krieg der Friedenspolitik der proletarischen Diktatur wider-

---

[1]) Anspielung auf den polnisch-sowjetischen Krieg von 1920.

[2]) Band XVII, Seite 334.

sprochen? Keineswegs! Wir haben es bereits gezeigt: Der polnische Krieg hat gerade den klassischen Beweis für die Friedenspolitik der Sowjets geliefert; er war die Fortsetzung dieser Politik."

Der „revolutionäre" Krieg als Fortsetzung einer „friedlichen" Politik, über diese Formulierung mag sich die nächste Abrüstungskonferenz ihre Gedanken machen.

Welche Haltung muß im Falle der militärischen Zusammenarbeit zwischen einem „bürgerlichen" Staat und der UdSSR das Proletariat des betreffenden bürgerlichen Staates einnehmen? Muß es nach der Anweisung Lenins die Niederlage seiner eigenen Regierung wünschen und dazu beitragen? Der Verfasser ist nicht davor zurückgeschreckt, diese Frage zu erörtern. Er beantwortet sie, wie folgt:

„In einem vom Proletariat gebilligten fortschrittlichen Krieg wünscht das Proletariat nicht die Niederlage seiner eigenen Regierung und trägt nicht dazu bei. Das bedeutet aber keineswegs, daß es diese Regierung nicht stürzen wird, wenn sie dem Krieg im Wege steht und durch Sabotage verhindert, daß er in wirklich revolutionärer Weise geführt wird. Wie wir bereits oben unter Hinweis auf die Taktik von Marx im Jahre 1848 gezeigt haben, gibt es Fälle, in denen die Losung eines nationalen Krieges dem Proletariat das Mittel in die Hand gibt, um eine reaktionäre Regierung zu stürzen."

Nach diesem letzten Zitat tritt die von dem kommunistischen Schriftsteller dargelegte Politik klar zutage. Ich gestatte mir, sie mit einigen Worten zusammenzufassen.

Das kommunistische Regime braucht eine europäische Revolution, wenn es sich in der UdSSR halten soll. Diese Revolution kann nur durch einen Krieg herbeigeführt werden. Das kommunistische Regime lebt also in der Erwartung und Vorbereitung des Krieges. Wenn es sich bemüht, den Frieden aufrechtzuerhalten, so will es damit Zeit für die Verstärkung seiner militärischen Machtmittel und für die Entwicklung der revolutionären Kräfte in den anderen Ländern gewinnen. In dem Krieg, auf den es sich so vorbereitet, kann die UdSSR die Rolle des Angreifers spielen. Sie kann auch Bündnisse mit „bürgerlichen" Staaten abschließen. Diese Bündnisse sind vor allem in Asien mit der Türkei usw. und in Europa mit Deutschland angezeigt. In den Staaten, die auf seiten der UdSSR kämpfen, werden die Kommunisten für den Krieg sein. Sie werden aber versuchen, die Führung des Krieges zu übernehmen und bei dieser Gelegenheit sogar die Regierungen zu stürzen, die sich mit der UdSSR verbündet haben.

Das sind die Gedanken, mit denen gewisse offenbar orthodoxe russische Kommunisten umgehen und die sie ihren Zuhörern predigen. Unter diesen Umständen versteht man, daß die Leiter der Partei vom Kriegswahn besessen sind, wie es die Rede Bucharins zeigt. Sie behaupten aber zu Unrecht, daß das Gespenst des Krieges, von dem sie sich verfolgt fühlen, auf den Absichten der anderen Regierungen der UdSSR gegenüber beruht. In Wirklichkeit wird es durch die kommunistische Politik erzeugt, wie ich sie eben skizziert habe. Wenn sie einen unvermeidbaren Krieg vor sich sehen, blicken die führenden Männer in Moskau nicht aus dem Fenster, wie sie uns glauben machen wollen, sondern sie sehen in den Spiegel.

Dadurch, daß ihre Besessenheit subjektiven und nicht objektiven Ursprungs ist, stellt sie keine weniger ernste Erscheinung dar. Wenn ein Hausbewohner unter der Zwangsvorstellung leidet, daß eine Feuersbrunst unvermeidbar sei, und wenn dieser Gedanke ihn so weit bringen kann, daß er selbst das Haus anzündet, so können sich die anderen Mieter nicht mit der einfachen Feststellung begnügen, daß dieser Mann keine objektiven Gründe hat, die sein Verhalten erklären. Selbst wenn man nachweisen würde, daß die „Kriegspsychose" der russischen Kommunisten nur ein Fall von Massenwahnsinn ist und keine moralische Verantwortung in sich schließt — was eine absurde Entstellung der Wahrheit wäre — so würde sich daraus keineswegs ergeben, daß die anderen Bewohner Europas beruhigt sein könnten. Man kann nicht auf die Dauer eine Katastrophe vermeiden, wenn ein Wille vorhanden ist, der beständig darauf ausgeht, diese Katastrophe herbeizuführen. Dieser Wille muß infolgedessen abgeändert oder beseitigt werden.

Hierin liegt das ganze Problem der Beziehungen zwischen Europa und der UdSSR Ich bilde mir nicht ein, es mit wenigen Worten erschöpfend behandeln zu können. Heute konnte ich nur eine seiner verschiedenen Seiten zeigen.

Jean Herbette

*

Anlage zum Bericht Nr. 764

Kann die Diktatur des Proletariats mit den bürgerlichen Regierungen Militärbündnisse eingehen?

Diese Frage ist schon während des Revolutionskrieges von 1918-19-20 aufgeworfen worden. Die von Lenin gegebene theoretische Antwort und praktische Lösung dieser Frage bilden gegenwärtig einen der wichtigsten Bestandteile seiner Doktrin.

Nach den Ausführungen auf den vorhergehenden Seiten ist es klar, daß die Frage, ob zwischen der Diktatur des Proletariats und den bürgerlichen Mächten Abkommen und Bündnisse abgeschlossen werden können, bejahend zu beantworten ist. Vor allem ist es unbedingt erforderlich, die bürgerlichen Regierungen in zwei Gruppen einzuteilen: zur ersten Gruppe gehören die schwachen Regierungen, die von anderen Ländern finanziell abhängig sind und unterdrückte Nationalitäten darstellen, zur zweiten die imperialistischen Mächte.

Auf die erste Gruppe brauchen wir nach unserer Besprechung der Rolle der nationalen Kriege im Zeitalter der proletarischen Revolution und im Hinblick auf die Schlußfolgerungen dieses Kapitels hier nicht näher einzugehen. Es ist klar, daß die Sowjetmacht mit den bürgerlichen Ländern, die vom Imperialismus unterdrückt werden oder die sogar einen revolutionären nationalen Krieg gegen den Imperialismus führen, zusammengehen kann und zusammengehen muß. Lenin selbst hat in eindeutiger Weise diese Schlußfolgerung gezogen. In seinem Bericht an den VIII. Kongreß der Sowjets im Dezember 1920 erklärte er:

„Der wichtigste Faktor der ganzen Politik ist die imperialistische Unterdrückung der Völker, die nicht das Glück hatten, zu den Siegern zu gehören. Diese Weltpolitik des Imperialismus führt zur Annäherung, Vereinigung und Freundschaft aller unterdrückten Völker."

Diese Worte bezogen sich auf die Weltlage nach der Unterzeichnung des Versailler Vertrages.

Zu jener Zeit hat die Sowjetrepublik gut daran getan, mit der Türkei einen Vertrag abzuschließen und sie in ihrem nationalen Befreiungskampf, der mit der Vertreibung der Entente und ihrer Vasallen aus Kleinasien und vom Bosporus endigte, zu unterstützen. Ebenso hatte die Sowjetrepublik Sympathien für das damals unterdrückte Deutschland und für seinen Kampf gegen die Entente und schloß mit ihm einen zeitgebundenen, gegen die Entente gerichteten Vertrag ab, weil Deutschland zwar ein bürgerlicher, aber doch ein unterdrückter Staat war. Die Form dieser „Bündnisse" war in den beiden Fällen wegen der sozialen Struktur dieser Länder und ihrer Rolle im Kampf gegen den Imperialismus verschieden.

*

Gegenwärtig ist der Versailler Vertrag, der für die damalige Weltlage entscheidend war, hinsichtlich der Türkei und Deutschlands zum großen Teil beseitigt. Deutschland spielt wieder die Rolle einer großen imperialistischen Macht und ist mittelbar an der Unterdrückung anderer Völker beteiligt. Trotzdem behält der Grundgedanke Lenins, daß die Sowjetregierung das Recht und sogar die Pflicht habe, sich mit den national unterdrückten oder finanziell ausgebeuteten Mächten zu verbünden, seinen vollen Wert. Die Freundschaftsverträge der UdSSR*) mit der Türkei, Persien und Afghanistan sind das Ergebnis dieser taktischen Grundauffassung und müssen schon jetzt als sehr wichtige Erfolge für die proletarische Weltpolitik im Kampfe gegen die englische Diplomatie gewertet werden. Im Kriegsfalle können diese Verträge für die Verteidigung der Diktatur des Proletariats eine sehr große Bedeutung haben.

Befassen wir uns nunmehr mit der zweiten Gruppe der bürgerlichen, d. h. mit den imperialistischen Mächten (zu dieser Gruppe gehören nicht nur die Großmächte, sondern auch die zweitrangigen, aber reichen Mächte, die als Pufferstaaten dienen, wie Holland und Belgien). Hier stellt sich die Frage der Bündnisse in einer ganz anderen Weise als bei der ersten Gruppe. In diesem Falle handelt es sich nicht um ein Bündnis mit Ländern, die national unterdrückt sind, sondern um die Ausnutzung der Gegensätze zwischen den Imperialisten untereinander.

*

Der Krieg einer imperialistischen Macht oder einer Mächtegruppe gegen die UdSSR kann die Streitfragen zwischen den imperialistischen Gegnern aus der Welt schaffen; unter gewissen Umständen kann er sie aber auch verschärfen. Der letztgenannte Fall ist sogar der wahrscheinlichste. Trotz der Verschärfung der sozialen Unterschiede ist es durchaus möglich, daß sogar eine imperialistische Macht zu gewissen Zeiten, während eines Krieges, die Sowjetunion unmittelbar oder mittelbar unterstützt.

*

Halten wir uns aber an bestimmte Beispiele und denken wir an Deutschland und den deutschen Imperialismus. Nach dem Versailler Frieden war der deutsche Imperialismus militärisch, politisch und teilweise auch wirtschaftlich vernichtet.

Wir haben bemerkt, daß es für die deutsche Bourgeoisie möglich war, mit Unterstützung der Sowjetrepublik einen nationalen Krieg zu führen. Bei der jetzigen Lage der deutschen Bourgeoisie hätte ein solcher Krieg aber einen beträchtlichen imperialistischen Beigeschmack gehabt. Dieser Krieg hat nicht stattgefunden. Die deutsche Bourgeoisie hatte die Möglichkeit, sich mit Hilfe Amerikas und zum Teil Englands wirtschaftlich zu

---

*) Im Text steht fälschlich: „die Freundschaftsverträge Europas".

erholen und eine neue Wirtschaftspolitik zu beginnen. Dieser neue Imperialismus, der kurz nach der Annahme des Dawes-Plans in Erscheinung trat und dessen außenpolitische Grundlage durch den Locarno-Vertrag verstärkt wurde, ist noch nicht „vollständig"; im Vergleich zu dem Imperialismus der anderen ist er abhängig und wirtschaftlich und politisch beengt. Er bildet, kurz ausgedrückt, eine jener „Ausnahmen", an die wir bereits erinnert haben. Der nationale Krieg ist nicht mehr möglich. Wenn aber die Sowjetunion in den letzten Jahren in einen Krieg mit England verwickelt worden wäre, so hätte die proletarische Regierung nicht nur das Recht, sondern die Pflicht gehabt, die praktische Frage einer wenn auch nur mittelbaren Hilfeleistung zu stellen, wobei sie sich auf die eindeutige Einwilligung für einen revolutionären proletarischen Krieg der deutschen Bourgeoisie hätte stützen können. Ein solcher Krieg hätte zweifellos einen imperialistischen Anstrich gehabt, doch wäre dieser imperialistische Anstrich im Hinblick auf die entscheidende politische Bedeutung eines solchen Krieges für die Verteidigung der Diktatur des Proletariats nebensächlich gewesen.

Wir wollen hier nicht von der Taktik des deutschen Proletariats im Falle eines untre diesen Umständen ausbrechenden Krieges sprechen. Er hätte zweifellos eine neue Lage geschaffen, auf die die für einen Weltkrieg festgelegten taktischen Regeln nicht ohne weiteres anwendbar gewesen wären. Es ist klar, daß der hier besprochene Krieg für die deutsche Arbeiterklasse das Signal für den Kampf um die Macht gewesen wäre unter dem Vorwand, die Sowjetunion zu verteidigen. Es ist klar, daß die deutsche Arbeiterklasse diesen Krieg unbedingt erklärt haben würde, nicht um die Pläne der deutschen Bourgeoisie zu verwirklichen, sondern um ihn in einen revolutionären proletarischen Krieg zu verwandeln.

Als weiteres Beispiel kann man noch auf die Möglichkeit hinweisen, die englisch-amerikanischen Gegensätze, diese große Rivalität der imperialistischen Konkurrenten, auszunutzen. Es besteht kein Zweifel, daß die Vereinigten Staaten nicht zulassen werden und nicht zulassen können, daß England die Sowjetmacht vernichtet, um die Ausbeutung dieses sechsten Erdteils zu monopolisieren.

Es ist möglich, daß sie sich mit dem Konkurrenten über die Teilung einigen, es ist auch möglich, daß sie im entscheidenden Augenblick die Sowjetmacht unterstützen, natürlich gegen gewisse Zugeständnisse. Im Hinblick auf den schweren wirtschaftlichen Konkurrenzkampf, den Rüstungswettlauf zur See usw. kann — dank der geschickten Politik der Sowjetregierung — die letztgenannte Vermutung Wirklichkeit werden.

Es handelt sich hier nicht um philosophische Betrachtungen über einen zukünftigen Krieg, sondern um die gegenwärtige Politik, „deren Fortsetzung mit anderen Mitteln" der zukünftige Krieg sein wird.

Was Lenin im August 1918 den amerikanischen Arbeitern über eine „mögliche Verständigung mit dem amerikanischen Imperialismus" schrieb, behält seinen vollen Wert für die jetzige Taktik der Sowjetregierung im Kriegsfalle:

„Eine solche Taktik wird das Werk der sozialistischen Revolution erleichtern, ihren Ausbruch beschleunigen, die Weltbourgeoisie schwächen und die Stellung der Arbeiterklasse, die die Bourgeoisie überwinden wird, festigen."

K. Schmidt, „Lenin über den Krieg und die Verteidigung der Diktatur des Proletariats", S. 190ff.

BOTSCHAFT DER FRANZÖSISCHEN REPUBLIK
BEI DER UNION DER SOZIALISTISCHEN
SOWJETREPUBLIKEN

Politische und Handelsabteilung
Nr. 439 (Europa)

Moskau, den 23. Juli 1929

Der Botschafter der Französischen Republik in Moskau
an Seine Exzellenz Herrn Aristide Briand,
Minister der auswärtigen Angelegenheiten

Der Revolutionstag des 1. August;
Was man in Moskau davon erwartet

Die in letzter Zeit vom Vollzugskomitee der Kommunistischen Internationale angenommenen Entschließungen und die zahlreichen Artikel in den Sowjetzeitungen lassen erkennen, was man sich hier vom 1. August, dem Tag revolutionärer Kundgebungen auf der ganzen Welt, verspricht.

Das für den 1. August aufgestellte Programm läßt sich in zwei Teile, die unmittelbaren Ereignisse und ihre weiteren Auswirkungen, gliedern.

Für die unmittelbaren Ereignisse, d. h. die Kundgebungen, die am 1. August selbst zu veranstalten sind, ergibt sich ein Abriß des Programms aus den Anweisungen des Vollzugskomitees, wo es unter Punkt 8 heißt:

„Zur Form der Kundgebungen am 1. August empfiehlt das zu seiner Plenarsitzung zusammengetretene Vollzugskomitee der Kommunistischen Internationale allen Sektionen, überall, wo es möglich ist, politische Massenstreiks auszulösen; trotz polizeilicher Verbote müssen überall Massenversammlungen, Treffen und Straßenkundgebungen veranstaltet werden, wobei Soldaten, Matrosen, Frauen und Jugendliche, ehemalige Kriegsteilnehmer, Kriegsbeschädigte, Kinder usw. zur Teilnahme an den Demonstrationen und Umzügen heranzuziehen sind."

Die Anweisungen enthalten ergänzende Vorschriften, die aber schon so bekannt sind, daß nicht näher darauf eingegangen zu werden braucht: die Volksmassen seien zum Kampf für die „Demonstrationsfreiheit der Arbeiter auf der Straße" aufzustacheln; auch die bäuerlichen Massen seien für diese Kundgebungen zu gewinnen; eine heftige Kampagne müsse gegen die Sozialisten und vor allem gegen die Linkssozialisten usw. geführt werden.

Wenn man nur an den 1. August denkt, so wird die Bedeutung dieses Tages eigentlich durch folgenden Satz aus der heutigen Ausgabe der „Prawda" gut gekennzeichnet:

„Der 1. August muß eine Kampfparade der proletarischen revolutionären Kräfte von weltweitem Ausmaße werden."

Die „Kampfparade" ist natürlich gewissermaßen als Generalprobe für den Bürgerkrieg gedacht. Es handelt sich darum, die Volksmassen daran zu gewöhnen, auf die Straße zu gehen, die Straße den Regierungskräften abzuringen und die Soldaten zur Meuterei zu treiben. Diese ganze Anstrengung hätte keinen Sinn, wenn sie nicht dazu bestimmt wäre, die Massen für den Aufruhr vorzubereiten, so, wie in Feldmanövern eine Armee für den Krieg vorbereitet wird.

Damit ist aber die Bedeutung des Tages noch nicht erschöpft. In den vor kurzem angenommenen „Thesen" würdigt das Vollzugskomitee der Kommunistischen Internationale die Auswirkungen der Kundgebungen, die am 1. Mai und an den folgenden Tagen in Berlin stattgefunden haben, wie folgt:

„Die Maitage in Berlin bilden einen Wendepunkt im Klassenkampf in Deutschland und geben dem revolutionären Aufschwung der deutschen Arbeiterbewegung ein rascheres Tempo."

Mag diese Auffassung für Deutschland richtig sein oder nicht, jedenfalls handelt es sich darum, sie mittels der Kundgebungen am 1. August auf die ganze Welt anzuwenden. Dieser Revolutionstag soll kein Einzelereignis sein. Er soll nicht nur den Abschluß einer intensiven Propaganda darstellen, sondern auch den Ausgangspunkt für neue Fortschritte der revolutionären Bewegung in der ganzen Welt bilden.

Wie soll dieser Teil des Programms verwirklicht werden? Die Anweisungen des Vollzugsausschusses erklären es.

Vor allem werden die zur Veranstaltung der Kundgebungen vom 1. August gebildeten Ausschüsse ihre Aufgabe mit diesem Tage nicht beendet haben. Sie sollen die „Fortsetzung des Feldzugs gegen den imperialistischen Krieg nach dem 1. August" gewährleisten.

Der derart unter Punkt 2 der Anweisungen verkündete Gedanke wird unter Punkt 9 wieder aufgenommen:

„Der Feldzug gegen den imperialistischen Krieg und gegen die Reaktion, für die Verteidigung der UdSSR, wird auch nach dem 1. August fortgeführt. Es ist notwendig, die Erfolge, die mit der Begehung des Anti-Kriegstages am 1. August errungen werden, in organischer Form festzuhalten. Zu diesem Zweck werden Konferenzen parteiloser Delegierter einberufen, die aus den Fabriken der Industriegebiete zu entnehmen sind; auf diese Weise wird auf das Zusammentreten von Arbeiterkongressen gegen den imperialistischen Krieg in den einzelnen Ländern hingearbeitet."

Der „imperialistische Krieg" ist hier natürlich nur ein Vorwand; in Wirklichkeit geht es nicht darum, die UdSSR gegen einen Angriff der kapitalistischen Staaten zu verteidigen, sondern darum, gegen diese Staaten eine revolutionäre Offensive zu organisieren, für welche die UdSSR die territoriale, finanzielle und militärische Basis liefert.

Zwei Punkte lassen den offensiven Charakter des Programms besonders deutlich hervortreten: der eine bezieht sich auf die Propaganda in den Kolonien und der andere auf ein neues Mittel der revolutionären Agitation: die politischen Massenstreiks.

Zur Propaganda in den Kolonien heißt es unter Punkt 10 der Anweisungen:

„Das Vollzugskomitee fordert die Arbeitnehmer in den Kolonien und Halbkolonien auf, die Kundgebungen des internationalen Proletariats gegen den imperialistischen Krieg in jeder Weise zu unterstützen; er verpflichtet alle Sektionen der Kommunistischen Internationale, die revolutionäre Propaganda unter den Arbeitnehmern der Kolonien und Halbkolonien sowie die antimilitaristische Propaganda bei den imperialistischen Besatzungsarmeen zu verschärfen."

Die „Thesen" des Vollzugskomitees legen an anderer Stelle dar, auf welche Weise sich die revolutionären Bewegungen in den Mutterländern und in den Kolonien gegenseitig unterstützen sollen:

„Während der revolutionäre Aufschwung in Indien zunimmt, entwickelt sich neuerdings auch der Kampf in den Kolonien und in den unselbständigen Ländern gegen die Ausländer, die sie unterjochen (Marokko, Kongo, südamerikanische Länder usw.). Mit dem Aufschwung der revolutionären Arbeiterbewegung in den Mutterländern und mit der Stärkung der UdSSR werden auch die revolutionären Bewegungen in den Kolonien in sehr viel schnellerem Tempo als bisher immer stärker und umfassender werden und den Zusammenbruch der ganzen kapitalistischen Organisation beschleunigen."

So soll die Revolutionspropaganda, deren Umfang in den europäischen Ländern und in den Vereinigten Staaten durch die Kundgebungen des 1. August zunehmen wird, der Revolutionspropaganda in Asien, Afrika und Südamerika einen Auftrieb geben. Sodann sollen die Unruhen, die in diesen Erdteilen ausbrechen werden, ihrerseits den Zusammenbruch der jetzigen Regierungsformen in Europa und in den Vereinigten Staaten beschleunigen.

Wenn dies kein Offensivplan ist, wie soll man es dann nennen?

Die Frage der „politischen Massenstreiks" ist nicht weniger aufschlußreich. Es wurde bereits erwähnt, daß die Anweisungen des Vollzugsausschusses vorschreiben, aus Anlaß des 1. August Streiks zu organisieren. Dabei soll es jedoch nicht sein Bewenden haben, sondern so wie die für den 1. August gebildeten Ausschüsse soll auch die mit diesem Tage ausgelöste Streikbewegung darüber hinaus fortbestehen. In den „Thesen" des Vollzugskomitees heißt es:

„Die Bourgeoisie führt gegen die Streikenden alle Unterdrückungsmaßnahmen, über die der kapitalistische Staat verfügt, ins Feld: Verhaftungen, Entlassungen, Erschießungen. Dadurch werden noch zahlreichere Proteststreiks hervorgerufen, Solidaritätsstreiks, die einen offen zur Schau getragenen politischen Charakter annehmen werden. Damit wird für die kommunistischen Parteien die Frage des politischen Massenstreiks zur entscheidenden Frage der allernächsten Zeit. Durch das Mittel des politischen Massenstreiks wird es den kommunistischen Parteien leichter gelingen, den verstreuten wirtschaftlichen Initiativen der Arbeiterklasse eine größere Einheitlichkeit zu geben, eine umfassende Mobilmachung der proletarischen Massen vorzunehmen und in jeder Weise ihre politische Erfahrung dadurch zu mehren, daß sie in einen unmittelbaren Kampf für die Diktatur des Proletariats geführt werden."

Auch hier ist leicht zu begreifen, wie sich das Ganze abspielen soll. Die Kommunisten rufen zuerst verhältnismäßig kleine Streiks hervor. Diese Streiks führen zu Arbeiterentlassungen oder zu Zusammenstößen mit der bewaffneten Macht. Daraufhin organisieren die Kommunisten größere Streiks unter dem Vorwand des Protestes gegen die bei den vorhergegangenen Streiks vorgekommenen Zwischenfälle. Die Protest- oder „Solidaritäts“-Streiks nehmen einen immer größeren Umfang und einen immer eindeutigeren politischen Charakter an. Von Stufe zu Stufe wird durch Erweiterung des Systems der „politischen Massenstreiks“ die Arbeiterbevölkerung aufgeboten, um die Diktatur des Proletariats zu errichten, d. h. um die Revolution nach russischem Muster durchzuführen. Das ist die Taktik, die für die Zeit nach den Kundgebungen des 1. August empfohlen wird. Man wird daraus ersehen, daß auch sie eindeutig offensiv ist.

Vielleicht wird man finden, daß alle diese Einzelheiten wenig Neues bringen. Ich gebe es gern zu und wünsche nur, daß alle Regierungen der Erde das kommunistische Programm der Weltrevolution ebenso klar vor Augen haben möchten wie die hiesigen Beobachter. Ich kann jedoch nicht umhin, zu bemerken, daß in Ermangelung von etwas Neuem eines überraschend bleibt, nämlich die Sanftmut der in dieser Weise bedrohten Regierungen der Sowjetregierung gegenüber, auf deren Gebiet alle diese Pläne des Bürgerkrieges und allgemeinen Umsturzes mit Einwilligung oder sogar unter Mitwirkung der höchstgestellten Persönlichkeiten des Staates offen ausgearbeitet werden.

Wenn die Kräfte, die sich in der UdSSR oder dank der UdSSR ungestraft organisieren, ihre Verwüstungen in der Welt angerichtet haben werden, wird sich wahrscheinlich die Nachwelt betroffen fragen, warum man ein solches Übel habe heranreifen lassen. Glücklich diejenigen, von denen man dann wird sagen können: sie haben alles getan, was sie tun konnten, um der Menschheit diese Prüfungen zu ersparen.

Jean Herbette

BOTSCHAFT DER FRANZÖSISCHEN REPUBLIK
BEI DER UNION DER SOZIALISTISCHEN
SOWJETREPUBLIKEN

Politische Abteilung
Nr. 532a (Europa)

Moskau, den 4. September 1929

Der Botschafter der Französischen Republik
an Seine Exzellenz Herrn Aristide Briand,
Ministerpräsident und Minister der auswärtigen Angelegenheiten

Politik der UdSSR — Streng vertraulich

Die gegenwärtige Politik der UdSSR, soweit sie die anderen Länder unmittelbar berührt, kennzeichnet sich durch drei Hauptzüge:

Durch eine militärische Doktrin, wonach der Krieg unvermeidlich und der Angriff erlaubt ist[1]).

Durch eine außenpolitische Wirksamkeit, die darin besteht, systematisch gegen gewisse Staaten[2]) zu Felde zu ziehen und in allen Ländern den Bürgerkrieg zu schüren.

Durch eine innenpolitische Wirksamkeit, die seit dem Abbruch der Beziehungen zu China großen Umfang angenommen hat und das Ziel verfolgt, unter neuer Form das zu verwirklichen, was ein deutscher Militärschriftsteller einmal „ein Volk in Waffen" genannt hat[3]).

Bei aller Anpassung an eine kommunistische Staatsordnung und an die jetzige Weltlage erinnert diese Politik unvermeidlich an diejenige Deutschlands am Vorabend des Weltkrieges. Wenn sich auch die Zeit, die uns von einem Kriege trennt, nicht bestimmen läßt, so ist doch festzustellen, daß die jetzige Politik der UdSSR mit Sicherheit zu einem neuen Kriege führt[4]).

★

[1]) Siehe in meinem Bericht Nr. 521 vom 31. August die Auszüge aus der kürzlich erschienenen Broschüre „Der Zukunftskrieg und die Verteidigung der UdSSR".

[2]) England, Frankreich, Polen usw., sogar Schweden und die Baltischen Staaten (vgl. in letzterer Hinsicht meinen Bericht Nr. 530 von heute).

[3]) Vgl. in meiner täglichen Presseübersicht die jeden Tag von der Presse verzeichneten wichtigsten Kundgebungen (Aufnahme von Freiwilligen in die Armee, Bildung bewaffneter Arbeiterabteilungen . . .).

[4]) Man kann natürlich weder zwischen der Politik der beiden Organe (Sowjetregierung, III. Internationale) der russischen Kommunistischen Partei noch zwischen derjenigen der Ämter (Außenkommissariat und Kriegskommissariat, Profintern und Kommunistische Jugendinternationale), über die diese Organe jeweils verfügen, eine Unterscheidung machen. Alle unwesentlichen Gegensätzlichkeiten gehen in einer einheitlichen Politik auf, die ich hier der Einfachheit halber „die Politik der UdSSR" nenne.

Eine sehr schwere Verantwortung haben deshalb diejenigen unter uns zu tragen, die, welchen Ranges sie auch sein mögen, in der Lage sind, die Auswirkungen dieser Politik zu erkennen und ihr entgegenzuwirken.

Da ich gestern Gelegenheit hatte, mich mit Herrn Litwinow zu unterhalten, habe ich es nicht unterlassen, ihn auf die erwähnte militärische Doktrin und innenpolitische Wirksamkeit aufmerksam zu machen. Ich habe ihn gefragt, ob nicht die Gefahr bestünde, daß diese Theorien und Kundgebungen die Handlungen der Sowjetregierungen beeinflussen.

Herr Litwinow beteuerte, für den Frieden zu sein, und ich habe keinen Grund, seine persönliche Aufrichtigkeit anzuzweifeln; aber auch der Reichskanzler Bethmann-Hollweg war friedliebend.

Litwinow gab mir zu verstehen, daß die Sowjetregierung sich weder durch Theorien noch durch Kundgebungen fortreißen lasse. Er erklärte jedoch: „Obgleich wir keine Pressefreiheit haben, haben wir doch eine öffentliche Meinung . . .“

Schließlich hat Litwinow durchblicken lassen — und nicht zum erstenmal — daß er gegen Leute zu kämpfen habe, die ihn zu gemäßigt finden[5]). Als ich ihn diskret wegen der Gerüchte über eine Regierungsumbildung fragte[6]), sagte er mir, daß er nicht von seinem etwaigen Ausscheiden habe sprechen hören. Er fügte jedoch hinzu: „Vielleicht werde ich aber der Letzte sein, der davon etwas hört . . .“

Welches auch das bevorstehende Schicksal Litwinows und seiner Kollegen sein möge, zwei Dinge sind jedenfalls offenkundig:

1. Unter dem Einfluß des Alters, der Krankheit, des Emporkommens jüngerer Kräfte und der Politik Stalins wird die Generation der Zeitgenossen Lenins fortschreitend von der Macht verdrängt.

2. Man kann nicht mit gemäßigten und friedliebenden Männern rechnen, die einer Politik Einhalt gebieten, die zu äußersten Maßnahmen und zum Kriege führt. Der bolschewistischen Tradition liegt Mäßigung nicht. Das kommunistische Regime ist kein Regime des Friedens. Wer somit Mäßigung und Frieden vertritt, wird notwendigerweise lahmgelegt. Violenti rapiunt.

*

Diese Aussicht darf uns nicht dazu bringen, an Ordnung und Frieden zu verzweifeln. Sie muß uns vielmehr veranlassen, an ihrer Aufrechterhaltung mit noch größerer Energie und Umsicht zu arbeiten.

---

[5]) Sogar der Sohn Litwinows, der 13 oder 14 Jahre alt sein mag und zu den „Pionieren“ gehört, hat sich gegen die Chinapolitik seines Vaters ausgesprochen; er soll gefordert haben, daß man von der chinesischen Regierung eine Entschädigung verlange, Litwinow hat mir selbst den Fall erzählt, übrigens mit dem Hinweis, daß die Entschädigungsfrage vor die zukünftige sowjetisch-chinesische Konferenz kommen werde.

[6]) In diplomatischen Kreisen geht das Gerücht um, Rykow und Tschitscherin würden aus der Regierung ausscheiden und Litwinow würde nicht der Nachfolger Tschitscherins werden, der vielmehr durch Karachan oder Mikojan (Handelskommissariat) ersetzt werden würde. Litwinow sagte mir, Tschitscherin sei es aus gesundheitlichen Gründen ganz unmöglich, nach Moskau zu kommen. Er soll sogar nicht einmal in der Lage sein, Wiesbaden zu verlassen, um einen Arzt in einer anderen deutschen Stadt zu konsultieren.

Einer der größten Fehler, die zu vermeiden sind, wäre die „Drosselung der Ventile" entweder im Umkreise Rußlands oder innerhalb der anderen Länder. Die tatsächlichen Kräfte, mit denen wir es zu tun haben, sind nicht die kommunistischen Lehren, sondern sie heißen Zahl und Jugend. Es muß darauf hingearbeitet werden, daß sie auf friedlichem Wege ihren Platz finden und erzogen werden. Wollte man sie ersticken, so würden sie zu Sprengkörpern.

Gestern legte ich Litwinow die Frage vor: „Was wäre erforderlich, damit man bei Ihnen nicht mehr an die Unvermeidbarkeit des Krieges glaubt?" „Dazu wäre notwendig", erwiderte er, „daß man uns ebenso behandelt wie ein anderes Land." Ich hätte antworten können: Betragen Sie sich erst wie ein anderes Land. Aber es ist nicht immer gut, die Wahrheit zu sagen, wenn man bestrebt ist, lieber zu handeln als zu reden. Die Antwort Litwinows ist nur der kürzeste Ausdruck der Beweisführung, die man tagtäglich der Bevölkerung der UdSSR vorsetzt, um sie gegen die Regierungen der anderen Länder aufzuhetzen. Wir müssen verstehen, sie unaufhörlich zu entkräften. Eröffnen wir jederzeit der UdSSR friedliche Auswege. Es wäre ein Fehler, wollte man den Druck, dem sie untersteht, noch vergrößern.

Ein noch verhängnisvollerer Fehler wäre es aber, zu glauben, daß der Friede mit dem heutigen Rußland gesichert werden kann. Wir müssen alles tun, was in unseren Kräften steht, damit der Friede erhalten bleibt, aber das hängt nicht einzig und allein von uns ab. Die mandschurische Angelegenheit ist eine Warnung. Eine noch ernstere Krise kann in einem, in zwei oder mehreren Jahren eintreten, diesmal aber auf der europäischen Seite.

Es wäre gefährlich, wenn die Rheinlande geräumt würden, ehe Deutschland darauf verzichtet, seine Politik mit der UdSSR „im Geiste" Brockdorff-Rantzaus fortzusetzen.

Jean Herbette

BOTSCHAFT DER FRANZÖSISCHEN REPUBLIK
BEI DER UNION DER SOZIALISTISCHEN
SOWJETREPUBLIKEN

Politische und Handelsabteilung
Nr. 735 (Europa)

Moskau, den 7. Dezember 1929

Der Botschafter der Französischen Republik in Moskau
an Seine Exzellenz Herrn Aristide Briand,
Minister der auswärtigen Angelegenheiten

Ausführungen Litwinows vor dem Zentralen Vollzugskomitee der UdSSR

Vertraulich

Die Außenpolitik der russischen Kommunistischen Partei muß zur Zeit mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgt werden. Soweit sie von der Sowjetregierung gemacht wird, ist sie am 4. Dezember von Litwinow vor dem Zentralen Vollzugskomitee der UdSSR dargelegt worden. Ich habe die wichtigsten Stellen dieser Rede übersetzt.

Warum verdient die Außenpolitik Moskaus heute besonders beachtet zu werden? Ich erlaube mir, die Gründe dafür anzuführen, ohne deren Kenntnis die geforderte Aufmerksamkeit vielleicht übertrieben scheinen könnte.

Zuerst wäre zu bemerken, daß die Einwirkung eines Landes auf die außenpolitischen Ereignisse nicht unbedingt von seiner innerpolitischen Lage abhängig ist. Kein Gesetz schreibt vor, daß die Expansionskraft eines Staates im umgekehrten Verhältnis zu den Schwierigkeiten im eigenen Lande stehen muß. Eine Umgebung, in der große wirtschaftliche und soziale Umwälzungen vor sich gehen, kann sogar der Außenwelt gegenüber eine Sprengkraft entwickeln, die den normalen Druck einer sich in beständigem Gleichgewicht befindenden Umgebung bei weitem übersteigt. Weder die Inflation noch die ungenügende Leistung der Industrie noch der Widerstand der Bauern, denen der Boden enteignet wird, noch die Lebensmittelknappheit in den Städten können verhindern, daß die UdSSR in der Weltpolitik eine furchtbare Macht darstellt, wenn die Kommunistische Partei, die dieses Land regiert und ihm sehr große industrielle und landwirtschaftliche Anstrengungen zumutet, gleichzeitig entschlossen ist, dem Auslande Furcht einzuflößen.

Abgesehen von diesen grundsätzlichen Bemerkungen sind die besonderen Umstände zu berücksichtigen.

Sie sind einer internationalen Aktion des russischen Kommunismus in doppelter Weise günstig: einerseits weil die leitenden Männer in der UdSSR trotz aller inneren Schwierigkeiten über eine rasch zunehmende materielle und politische Macht verfügen; andererseits weil Europa mit dem Näherrücken des entscheidenden Zeit-

punktes, von dem an seine jetzigen Grenzen nicht mehr durch die Besetzung des linken Rheinufers gewährleistet sein werden, unvermeidlich eine Zeit der Schwankungen durchmacht, in der alle möglichen Auflösungserscheinungen eintreten können.

Welches ist in diesem Europa, das sich gewissermaßen „verwandelt", die Hauptkraft, die auf eine Änderung des Status quo hinzielt? Es ist nicht mehr und noch nicht wieder der deutsche Nationalismus. Auch nicht der italienische Faschismus. Sondern der russische Kommunismus ist die treibende Kraft. Wenn diese Behauptung belegt werden müßte, würden die Beweise nicht fehlen. Aber lange Ausführungen wären hier fehl am Platze, wo die Intuition genügt.

Das ist der Grund, weshalb die Außenpolitik der russischen Kommunistischen Partei zur Zeit unsere ganz besondere Aufmerksamkeit erfordert. Schließlich wäre noch zu erklären, warum die Rede Litwinows verdient, an dieser Aufmerksamkeit teilzuhaben.

Die Verfassung der UdSSR ist kaum mehr als eine Staffage. Das Zentrale Vollzugskomitee ist nicht viel mehr als eine Vereinigung von Statisten. Das Außenkommissariat ist nur ein untergeordnetes Organ. Litwinow selbst genießt nur sehr beschränktes Vertrauen. Bei seiner Rede war Stalin zugegen, und seine Haltung war sehr aufschlußreich. Bald las er in Papieren oder verschwand im Hintergrund der Tribüne, so daß es den Anschein hatte, als hätte er für die Rede Litwinows nicht das geringste Interesse, bald verfolgte er, oberhalb des Redners sitzend, mißtrauisch gewisse Stellen. Ich glaube mich zu erinnern, daß am Schluß, wo von den Bauern die Rede war, ein kleiner Satzteil Stalin nicht zu gefallen schien; ich habe ihn dann im ausführlichen Wortlaut, wie er am folgenden Tag in der Presse erschien, nicht wiedergefunden.

Kurz, wenn die verfassungmäßigen Organe der UdSSR in Tätigkeit treten, und namentlich wenn das Außenkommissariat Erklärungen abgibt, hat man ein wenig den unehrerbietigen Eindruck, den Scarron in dem berühmten Bild vermittelt, wo der Schatten eines Lakaien den Schatten einer Karosse putzt. Welche Aufmerksamkeit man auch der Außenpolitik des russischen Kommunismus zu widmen bereit ist, immer wird man versucht sein, nicht auf die Regierung der UdSSR zu hören. Scheinbar ist nicht sie es, die die wirklichen Absichten Moskaus sichtbar machen kann.

Diese Einwendung darf uns jedoch nicht davon abhalten, die Rede Litwinows zu lesen.

Man muß sie lesen — alle Sowjetzeitungen haben sie wiedergegeben oder angeführt — um festzustellen, was augenblicklich der russischen Öffentlichkeit gepredigt wird. Man muß sie lesen, um den Weg ermessen zu können, den Litwinow als ziemlich typischer Vertreter der kommunistischen Generation, die die Revolution gemacht oder miterlebt hat, selbst inzwischen zurücklegte. Zweifellos sagen die Leiter der Partei dem Volke nicht alles. Ebenso zweifellos verdeckt der versöhnliche Anschein, den sich Litwinow noch zuweilen gegeben hat, ungeheure Hindernisse, die einer dauernden Verständigung zwischen der UdSSR und den anderen Staaten entgegenstehen. Die Rede Litwinows läßt somit keineswegs den genauen Stand der Außenpolitik erkennen, die der russische Kommunismus treibt. Sie bezeichnet

gewissermaßen den niedrigsten Wasserstand, während die Hochflut bereits eingesetzt hat. Die Kenntnis des niedrigsten Wasserstandes ist aber nicht unnütz, will man die Gefahren des Hochwassers ermessen. Wer das mindeste kennt, kann das meiste erraten.

Liest man die Rede Litwinows ohne Streichungen, so erhält man zuerst einen ziemlich verworrenen Eindruck. Dies hängt meiner Ansicht nach mit einer doppelten Uneinheitlichkeit, der Form und dem Inhalte nach, zusammen.

Ich weiß nicht, ob Litwinow als Dichter geboren wurde, ich muß aber sagen, daß er kein Redner geworden ist. Er hat seine Rede ziemlich lange vorher abgefaßt. Inzwischen waren neue Ereignisse eingetreten, vor allem die Démarche der großen Unterzeichnermächte des Paktes von Paris. Ein anderer Außenminister hätte daraufhin seine Rede vollständig umgearbeitet. Litwinow hat sich darauf beschränkt, sie stückweise zu ergänzen, und dabei sind die einzelnen Stücke sichtbar geblieben. Darunter leidet der Gesamteindruck.

Diese Formfrage ist aber recht belanglos, wenn man an den Inhalt denkt. Im Grunde genommen ist Litwinow heute noch nicht zum Kriege entschlossen. In seinem Aufruf an die Rote Armee am Ende der Rede trug er Sorge, daran zu erinnern, daß er an den Krieg nur für den Fall eines Angriffs auf die UdSSR. denke, „und nur für diesen Fall". Ich will vorläufig nicht untersuchen, was Litwinow unter Angegriffenwerden versteht. Die mandschurischen Ereignisse lassen übrigens schon jetzt die Auffassung erkennen, die das Sowjetkommando von einer „defensiven" Operation hat. Ich möchte jedoch sagen, daß Litwinow Wert darauf legt, nur so in den Krieg zu ziehen, daß er eine defensive Pose einnehmen kann. Infolgedessen sieht er sich in ganz natürlicher Weise veranlaßt, zuweilen versöhnliche Worte zu sprechen und sogar Angebote zu machen. Innerlich weiß er jedoch sehr wohl, daß die Bemühungen um eine Versöhnung ergebnislos bleiben und nicht zu lebensfähigen Vereinbarungen führen werden.

Natürlich wirft er den Kapitalisten das unausweichliche Scheitern alles dessen vor, was den Krieg verhindern könnte. Weit davon entfernt, zuzugeben, daß jeder Vertrag durch die innere Ordnung der UdSSR unmöglich gemacht wird, durch ihre Art der Anwendung des Außenhandelsmonopols, durch ihre vollkommene Mißachtung der Rechte, auf denen das ganze Leben der anderen Völker beruht, und vor allem durch die kommunistische Überzeugung, daß doch bald die Revolution alle Rechnungen streichen wird, beschuldigt Litwinow die Außenwelt der allgemeinen Feindschaft gegen die UdSSR. Es ist die Politik des verfolgten Verfolgers. Welches aber auch der Grund sein mag, den Litwinow für den unvermeidlichen Mißerfolg aller Versuche zur Organisation des Friedens anführt, jedenfalls scheinen ihm all diese Versuche unausweichlich zum Scheitern verurteilt. Jedesmal, wenn er sich einem ausländischen Staat gegenüber in versöhnlichen Worten äußert, ist er sich somit innerlich darüber klar, daß dieser Staat sicherlich früher oder später mit der UdSSR in Konflikt stehen wird. Jedesmal, wenn er der Regierung eines anderen Staates ein diplomatisches oder wirtschaftliches Angebot macht, muß er sich sagen,

daß die vorgeschlagene Lösung in mehr oder weniger kurzer Zeit hinfällig werden wird. Zwischen der friedlichen Politik, die er verkündet, und der Kriegspolitik, zu der der russische Kommunismus übergegangen ist, besteht somit ein ewiger Widerspruch. Der Leser wird davon nicht weniger als Litwinow selber geplagt, und die Rede bekommt dadurch etwas Unbestimmtes.

Versucht man sich ein klares Bild zu machen, so ist das Auffallendste meiner Ansicht nach zunächst der Optimismus Litwinows.

Nicht daß Herr Litwinow seiner Natur nach ein Optimist wäre. Er neigt mehr zur Besorgnis als zum Vertrauen. Obgleich er diesmal mehr als sonst in die Stalinsche und jungkommunistische Gepflogenheit verfallen ist, den Defaitismus zu verhöhnen und sich kühn herausfordernd zu geben, findet man in seiner Rede nicht die schmetternden Phrasen, wie sie der Pangermanismus vor zwanzig Jahren von sich gab. Sein Optimismus kommt aber darin zum Ausdruck, wie er die internationalen Beziehungen der UdSSR sieht. Er legt Wert darauf, zu zeigen, daß die russische Diplomatie nichts fürchtet.

In der Frage der Propaganda und der Schulden läßt Litwinow England kaum irgendwelche Hoffnung. Zum „Kelloggpakt" schimpft er auf die Vereinigten Staaten. Sogar in die Komplimente, die er Japan macht, fügt er eine Spitze ein; und dabei sagt ein russisches Sprichwort, daß man „eine Spitze nicht in einem Sack verbergen darf". Auch Italien gibt er einen Fußtritt, wenn auch nur mit einem Pantoffel. Natürlich tadelt er Polen. Er entdeckt sogar einen Imperialismus in Schweden. Zweimal wirft er offen die bessarabische Frage auf, und ich höre noch, mit welchem Tone er hierzu sagte: „Wir können nicht vergessen." Am vorsichtigsten war er vielleicht Frankreich gegenüber, zweifellos, weil unsere Regierung ihm imponiert; aber seine Anspielungen auf die Ruhr, das Rheinland und die „Hindernisse von Versailles" zeigen deutlich genug, daß er uns nicht wohl will. So viele Mächte herausfordern, ist vielleicht kein Zeichen von Geschicklichkeit, aber bestimmt ein Zeichen von Optimismus. Die russische Regierung würde, wenn sie Latein verstünde, nicht zugeben, daß man ihr den Vorwurf des Horaz machte: „Serpit humi tutus nimium timidusque procellae."

Woher kommt dieser Optimismus? Welchem Sturm trotzt der russische Kommunismus, oder welchen Sturm wünscht er sogar herbei?

Den Krieg, begleitet von Revolution.

Dieser psychologische Zustand des russischen Kommunismus kann auf die Entfernung seltsam anmuten. Vielleicht wird man sogar nicht daran glauben wollen. Aber für diejenigen, die hier leben und weder blind noch taub sind, gibt es nichts Natürlicheres. Es ist die Folge einer Entwicklung, die schon vor einigen Jahren begonnen hat.

In den Jahren 1924, 1925 gelang es der Sowjetregierung, von vier Großmächten anerkannt zu werden. Die Diplomatie Tschitscherins trug somit ihre Früchte. Die Leiter der kommunistischen Staatsordnung waren Männer, die fast alle das Exil und damit das Ausland, oder das Gefängnis und damit das Elend, kennengelernt haben. Sie bildeten jene Art von Direktorium, die man „die Münze Lenins" hätte

nennen können. Durch eine feste und gleichzeitig kühne Politik wäre es den europäischen Regierungen vielleicht gelungen, Sowjetrußland in die Völkergemeinschaft einzufügen und die Revolution in eine Evolution zu verwandeln.

Diese Politik ist nicht gemacht worden. Beide Seiten, die Westmächte und Rußland, haben sich allmählich auf sich selbst zurückgezogen, und der Abbruch der Beziehungen zwischen England und Sowjetrußland hat im Jahre 1927 die Trennung besiegelt.

Man hätte sich damals eine andere Politik vorstellen können. Da die Westmächte und Rußland wieder aneinandergeraten waren, hätte Rußland zum Nachgeben gezwungen werden müssen, so wie Deutschland, als es sich gegen den Versailler Vertrag auflehnte, durch die Ruhrbesetzung zu einer friedlichen Haltung gezwungen worden ist. Gewiß konnte keine Rede davon sein, russische Gebiete zu besetzen. Im Bereich der wirtschaftlichen und politischen Beziehungen fehlte es jedoch nicht an Zwangsmitteln.

Man hätte nicht zulassen dürfen, daß der Sowjetstaat seinen Handel in den anderen Ländern weiterhin ausbaute, mit allen Erleichterungen, die dadurch seiner Propaganda zugute kamen, und daß gleichzeitig der Handel der anderen Länder von der UdSSR in der bekannten Weise beeinträchtigt wurde. Die Regierung, die dazu übergegangen wäre, für die Einfuhr russischer Waren Lizenzen zu verlangen, und die diese Lizenzen nur gegen Käufe im gleichen Werte ausgestellt haben würde, hätte ein heilsames Beispiel gegeben, dem bestimmt andere Regierungen gefolgt wären. Deutschland hätte zur Einsicht gezwungen werden müssen, daß es so lange nicht bündnisfähig*) war und weder dem Völkerbund beitreten noch sich an Verträgen auf Grund des Völkerbundpaktes beteiligen konnte, wie sein Generalstab und ein Teil seiner Diplomatie die Politik von Rapallo verfolgten. Der VI. Kongreß der Kommunistischen Internationale, der im Juli/August 1928 in Moskau stattfand und offen die Organisation des Bürgerkrieges in der ganzen Welt vorbereitete, hätte sofort Gegenmaßnahmen der bedrohten Regierungen auslösen müssen. Ein Jahr später, gleich in den ersten Wochen des sowjetisch-chinesischen Konfliktes, als die UdSSR in aller Öffentlichkeit eine „besondere Ostasien-Armee" aufstellte, hatten die Unterzeichner des Pariser Vertrages noch Zeit, die beiden Parteien aufzufordern, wenigstens ihre Truppen bis auf eine gewisse Entfernung von der Grenze zurückzuziehen. Aber was nützt es, darüber noch mehr zu sagen; auch diese Politik ist nicht gemacht worden.

Europa hat anscheinend den russischen Kommunismus nicht ernst genommen. Die russischen Kommunisten haben schließlich selbst den Beweis geliefert, daß Europa unrecht hatte. Nicht allein haben sie mit Hilfe eines Wirtschaftssystems auf Kosten der anderen Länder, bei dem man sie ruhig gewähren ließ, ihrer Industrie einen großen Aufschwung gegeben und ein Staatsdumping vorbereitet, das jetzt auf den Außenmärkten fühlbar wird, sondern sie haben außerdem noch soeben zwei aufsehenerregende Erfolge erzielt, den einen auf diplomatischem und den anderen

*) Herbette verwendet das deutsche Wort.

auf militärischem Gebiet. Auf diplomatischem Gebiet haben sie England dazu gebracht, die Beziehungen wiederaufzunehmen, und zwar ohne jede Genugtuung oder Garantie seitens der Sowjets, sogar ohne jedes Wort der Entschuldigung für die ehrenrührigen Anklagen und die Hinrichtungen, die in Moskau nach dem Bruch von 1927 vorgenommen wurden. Durch den Krieg haben sie nicht nur die Chinesen geschlagen: sie haben gezeigt, daß die UdSSR eine Armee von mehr als 100000 Mann zwischen Tschita und Wladiwostok unterhalten, ausrüsten und in den Kampf führen und gleichzeitig in der Ukraine und in Weißrußland große Manöver abhalten konnte.

Wie sollten die russischen Kommunisten, wenn sie das sehen und wenn sie wissen, daß es erst ein Anfang ist, nicht optimistisch sein? War nicht auch Bismarck, der nicht wie sie ein unzugängliches Land regierte und nicht wie sie eine Partei in allen anderen Ländern hatte, optimistisch genug, Sadowa vorzubereiten, nachdem er den außenpolitischen Widerstand in der schleswig-holsteinischen Frage abgetastet hatte, so, wie die Russen es soeben in der mandschurischen Angelegenheit getan haben?

In der Politik, ebenso wie im Kriege, ist der Vorteil eben nicht notwendigerweise auf seiten der mächtigsten Mittel. Er ist dort, wo mächtige Mittel durch den stärksten Willen eingesetzt werden.

Aber es genügt noch nicht, festzustellen, daß die russischen Kommunisten wollen können. Mit welcher Energie man sie auch in Schach halten will, immer muß mit einem Scheitern dieser Versuche gerechnet werden, wenn man nicht das Ziel kennt, das sie verfolgen, und den Weg, auf den sie sich begeben haben.

Glücklicherweise hilft uns Litwinow, diese Dinge zu erkennen. Seine Rede bezeichnet ziemlich klar die Gefälligkeiten und Unterstützungen, mit denen die kommunistische Politik rechnet, die Gegner, die sie im Sinne hat, und das Endergebnis, dem sie zustrebt.

Vor allem zählt sie auf Deutschland, das mit Ungeduld versucht, die „Zustände, die ihm der Versailler Vertrag auferlegt hat", zu überwinden. Sodann rechnet sie mit der Türkei (wohin sich Karachan nach seinem Besuch in Berlin begibt) und schließlich, als neutrale oder gefällige Zuschauer, mit Italien und mit Japan. Auch die Freie Stadt Danzig wird nicht vergessen, so klein sie ist: offenbar ein Zeichen dafür, daß es gegen Polen geht.

Polen bleibt natürlich der erste Gegner Rußlands. Die polnisch-sowjetischen Zwischenfälle werden übrigens immer zahlreicher, und es läßt sich weniger denn je bestreiten, daß die beiden Länder einem Kriege entgegengehen. Polen hat aber eine starke Armee und die Franzosen befinden sich noch in Mainz. Unter diesen Umständen ist es möglich, daß der Streit auf einem Umwege beginnt. Rumänien würde die Gelegenheit dazu bieten. Dieses Land gilt als innerlich geschwächt. Die bessarabische Frage ist von Litwinow mit solchen Ausdrücken behandelt worden, wie man sie hier bei amtlichen außenpolitischen Darlegungen selten gehört hat.

Die russische Kommunistische Partei weiß jedoch sehr wohl, daß hinter Rumänien und Polen Frankreich steht. Bei ihrem Plan zur Eroberung Europas sieht sie somit offenbar in Frankreich den Hauptfeind. Sogar die Rücksichten, die sie auf uns

nehmen mag, sind, solange sie an die Unvermeidbarkeit eines Krieges und an die Möglichkeit eines Sieges glaubt, nur die Wiederholung der preußischen Taktik Frankreich gegenüber aus den „sechziger Jahren": Erst wiegen dann wagen*), wenn es gestattet ist, in dieser Form die Regel Moltkes auf die Politik Bismarcks anzuwenden.

Damit hört aber der Vergleich auf. Die russischen Kommunisten haben keineswegs den Plan, ihre Armeen auf den unheilvollen Spuren Suworows vorzeitig durch Europa zu schicken. Ihr Plan ist die Weltrevolution. Die Militärmacht ist nur eines der hierfür eingesetzten Mittel: sie soll die Vorbereitung dieses Werkes schützen, eines Tages seine Durchführung beschleunigen und schließlich das nacheinander Errungene endgültig festigen. Das Hauptwerkzeug bleibt aber die revolutionäre Aktion, und deren Betätigungsfeld ist sehr viel weiter.

Die russischen Kommunisten sind überzeugt, daß in China eine soziale Umwälzung bevorsteht, aus der ein Sowjetregime hervorgehen wird. Sie erwarten Revolutionen in Britisch-Indien, in Niederländisch-Indien, sogar in Lateinamerika und arbeiten darauf hin. Zur Durchführung dieses Programmes müssen sie die großen Seemächte schwächen. England und die Vereinigten Staaten sind somit für sie natürliche Feinde.

Das ist noch nicht alles. So, wie die Aussichten auf einen Krieg in Europa die russischen Kommunisten nicht davon abhalten, im Vereinigten Königreich und in Nordamerika revolutionäre Propaganda zu treiben, so hindert sie die Mitarbeit, die sie von Deutschland erwarten, nicht daran, eine deutsche Revolution zu betreiben. Ja sie arbeiten sogar — wie eine kürzlich erschienene Broschüre beweist — auf eine türkische Revolution hin.

Im Grunde genommen sind sie in ihren Beziehungen zu den ausländischen Regierungen nicht „gegen eine", sondern „gegen alle". Eine absurde Politik, wird man vielleicht sagen, aber man muß sich doch die Mühe machen, ihren Umfang zu untersuchen, wenn man ihre Auswirkungen verhindern will. Doch nur unter einer Bedingung kann man sie verstehen: wenn man daran denkt, daß für die russischen Kommunisten von heute die Weltrevolution nicht ein gewissermaßen mystischer Traum, sondern ein bald erreichbares Ziel ist und daß sie, während sie mit Hilfe aller politischen, wirtschaftlichen und militärischen Mittel, die ihnen zur Verfügung stehen, diesem Ziel systematisch zustreben, unaufhörlich die ganze Welt im Sinne haben und sich auf ihre Art den deutschen Wahlspruch zu eigen machen: „Mein Feld ist die Welt." *)

Auf den vorstehenden Seiten habe ich mir erlaubt, offen die Schlußfolgerungen aus meinen täglichen Beobachtungen zu ziehen. Hätte ich sie abgeschwächt, so würden sie vielleicht wahrscheinlicher klingen und weniger unbequem sein, dann hätte ich aber die Pflicht verletzt, die wir alle unserem Lande gegenüber haben: die Pflicht, die Wahrheit zu sagen, so, wie wir sie sehen. Ich hoffe, daß Eure Exzellenz einer so tiefen Überzeugung verzeihen wird, sich so offen geäußert zu haben.

---

*) So deutsch im Text Herbettes.

Übrigens erfordert gerade die Größe der Gefahr keineswegs überstürzte Entscheidungen, sondern schließt sie aus. Auf außenpolitischem Gebiet — auf die innerpolitischen und militärischen Erfordernisse braucht hier nicht eingegangen zu werden — sind anscheinend nur drei Dinge unverzüglich erforderlich: man muß die Gefahr abwägen, entschlossen sein, sie zu beseitigen, und den entscheidenden Punkt erkennen.

Die ersten beiden Bedingungen sind leicht zu erfüllen, da man sich nur umzusehen und zu wollen braucht. Die dritte setzt gewisse Überlegungen voraus.

Sobald die russischen Kommunisten sich imstande fühlen, Krieg zu führen, läuft alles offenbar auf eine sowjetisch-polnische Auseinandersetzung hinaus. So lange Polen intakt bleibt, ist kein militärischer Erfolg Rußlands endgültig. Ist Polen aber besiegt, so eröffnen sich der Roten Armee unbegrenzte Aussichten. Befindet sich Polen aber mit der Belastung durch seine Fremdvölker in einer günstigen Position, um gegen Rußland zu kämpfen? Wenn ich eine Meinung zu äußern wagte, so würde ich sagen, ich zweifle daran. Ich habe den Eindruck, daß die Grenzziehung von 1921 Polen zu viele Ukrainer und Weißrussen zugeführt hat. Aber die Zeit für solche Erörterungen ist vorüber; jedenfalls besteht die unbestreitbare Tatsache, daß Polen auch ohne offizielle Kriegserklärung gegen ein Rußland, das von Deutschland unterstützt würde, nicht standhalten kann.

Es handelt sich somit um die Frage, welche Haltung Deutschland im Falle einer polnisch-sowjetischen Auseinandersetzung einnehmen würde. Oder vielmehr — denn im Falle einer polnisch-sowjetischen Auseinandersetzung würden in Deutschland die Gewehre „ganz von selbst losgehen", ungeachtet der von der Reichsregierung etwa übernommenen Verpflichtungen — handelt es sich darum, ob wir damit rechnen können, daß die Politik Deutschlands beständig mit der unserigen Hand in Hand gehen wird, um den Ausbruch des polnisch-sowjetischen Krieges zu verhindern: entweder den unmittelbaren Ausbruch dieses Krieges, wobei die UdSSR mit Polen Streit suchen würde, oder den Ausbruch auf Umwegen, indem die UdSSR Rumänien oder einen der baltischen Staaten angreift.

In welchem Umfange können wir auf Deutschland rechnen, um zu verhindern, daß die Russen nach Westen Krieg führen? Dies ist der entscheidende Punkt — d. h. der Punkt der geklärt werden muß, damit wir unsere Entscheidungen treffen können.

Diese Art der Fragestellung mag etwas grob klingen. Wenigstens hat sie den Vorteil, daß sie die scheinbaren Sicherheiten ausschließt, die die Gefahr verdecken würden, ohne sie zu beseitigen.

Tatsächlich kann es sich nicht mehr darum handeln, Sowjetrußland durch irgendwelche vertraglichen Bestimmungen zurückzuhalten. Anruf des Völkerbundes? Moskau verhöhnt uns. Kriegsächtungspakt? Man betrachte dessen Auslegung durch die Sowjetarmee in Ostasien und durch Litwinow (eine Verletzung des Kelloggpaktes liegt nicht vor, wenn die Kriegshandlungen keinerlei „politisches Ziel" verfolgen). Ein polnisch-sowjetischer Nichtangriffsvertrag? Er würde nunmehr an der bessarabischen Frage scheitern, aber auch an der Wilnafrage. Außerdem

wird sich die UdSSR immer stillschweigend vorbehalten, eine sogenannte nationale oder revolutionäre Regierung, die sich im Aufstandsgebiet eines benachbarten Staates bilden würde, zu unterstützen.

Wenn dies die Haltung der russischen Kommunisten ist, bleibt noch festzustellen, ob wir Deutschland tatsächlich zum Verzicht auf die „Rapallopolitik" veranlassen können.

Litwinow hat in seiner Rede diese Politik gerühmt. In pathetischem Ton hat er Deutschland beschworen, an ihr festzuhalten. Seine ganze Rede zeigt in nunmehr eindeutiger Weise, daß die Politik mit der Locarnopolitik unvereinbar ist. Deutschland muß wählen. Die Ablehnung einer solchen Wahl käme einer Stellungnahme gegen uns gleich.

Ich würde mich hüten, über die Haltung Deutschlands auch nur die geringste Vermutung zu äußern. Das ist nicht mein Gebiet. Aber angesichts eines zum Kriege entschlossenen Rußlands kann man ohne weiteres die Pflichten erraten, die uns Deutschland auferlegen würde, wenn es nicht bereit wäre, ein für allemal auf Rapallo zugunsten Locarnos zu verzichten.

Ich füge noch hinzu, daß wir, wenn wir von Deutschland verlangen, die Rapallopolitik aufzugeben, keineswegs beabsichtigen, „die UdSSR einzukreisen" oder „den Krieg gegen die Sowjetregierung vorzubereiten", wie in Moskau jedesmal behauptet wird, wenn bei uns die Rede davon ist, irgendeine Vorsichtsmaßnahme zu ergreifen. Im Gegenteil, wenn wir Deutschland davon abbringen, mit der UdSSR zu paktieren, sichern wir den Frieden, soweit die Mentalität der russischen Kommunisten dies überhaupt noch zuläßt. Ohne die Rapallopolitik wäre tatsächlich die russische Kommunistische Partei sehr in Verlegenheit, wie sie einen Krieg an der Westgrenze vorbereiten, und noch vielmehr, wie sie ihn siegreich führen sollte. Ohne die Rapallopolitik wäre also die russische Kommunistische Partei gezwungen, nur friedliche Lösungen in Aussicht zu nehmen, um an der Macht zu bleiben. Dann würde die Politik der Zusammenarbeit und natürlichen Entwicklung die in den Jahren 1925, 1926 versäumt wurde, in den Beziehungen der UdSSR mit Europa wieder möglich werden. Dann könnte man ernstlich an die internationale Abrüstung denken, an die soziale Abrüstung und an den friedlichen Fortschritt eines endlich ausgesöhnten Europas.

Aber diese so erstrebenswerten Aussichten werden hinfällig — vielleicht auf lange Sicht — wenn Deutschland die Rapallopolitik fortsetzt. In diesem Falle wird von Osten Krieg kommen.

Jean Herbette

BOTSCHAFT DER FRANZÖSISCHEN REPUBLIK BEI DER UNION DER SOZIALISTISCHEN SOWJETREPUBLIKEN

Politische und Handelsabteilung
Nr. 756 (Europa)

Moskau, den 16. Dezember 1929

Der Botschafter der Französischen Republik in Moskau
an Seine Exzellenz Herrn Aristide Briand,
Minister der auswärtigen Angelegenheiten

Eröffnung der VI. Tagung des Zentralrates der Profintern: Untersuchung, wie sich die revolutionäre Lenkung der Streiks, insbesondere in Frankreich, vervollkommnen läßt.

In Moskau beginnt heute die VI. Tagung des Zentralrates der „Roten Gewerkschaftsinternationale" oder Profintern. In einem Leitartikel, dem die Bedeutung eines amtlichen Programms zukommt, untersucht die „Prawda" die Fragen, die der Zentralrat zu prüfen hat.

Seitdem die Profintern ihren IV. Kongreß abgehalten hat, so erklärt die „Prawda" zunächst, haben die Ereignisse die Richtigkeit der von ihr verkündeten Lehren bestätigt. Auf dem IV. Kongreß war gesagt worden, daß die Gegensätze sowohl zwischen den sozialen Schichten innerhalb jedes einzelnen Staates als auch zwischen den verschiedenen Staaten selbst sich noch weiter verschärfen würden. Bei den Streiks, die sich als Folge dieser Verschärfung des Klassenkampfes ergeben müßten, sollte nach dem Wunsch des IV. Kongresses der Profintern der Kampf „ohne Beteiligung der sozialistischen Gewerkschaften und sogar gegen ihren Willen" geleitet werden. Die „Prawda" ist der Ansicht, daß die Ereignisse diesen Vorhersagen und dieser Taktik recht gegeben hätten. Sie unterstreicht sodann den besonderen Charakter der Plenartagung, die nunmehr nach diesen Erfahrungen zusammentritt.

„Diese Tagung ist um so bedeutungsvoller, als sie in einem Augenblick eröffnet wird, wo eine Weltwirtschaftskrise beginnt und wo die Märchen, man erlebe zur Zeit eine Stabilisierung und Organisierung des Kapitalismus, mit einem Schlage zusammenbrechen ... Der Börsenkrach in den Vereinigten Staaten bildet den Ausgangspunkt einer neuen Weltwirtschaftskrise."

Nach einigen pessimistischen Äußerungen über die innere Lage der Vereinigten Staaten kommt die „Prawda" auf die Auswirkungen der Krise in der ganzen Welt zu sprechen:

„Durch die beginnende Weltkrise werden die sozialen Gegensätze bis zum Äußersten

verschärft werden. Die Flut der Wirtschaftskämpfe[1]) schwillt an. Der politische Charakter der gegenwärtigen Wirtschaftskämpfe ist noch nie so klar zutage getreten wie heute. Selbst kleinere Streiks — ich denke dabei an den Streik der Rohrleger in Berlin, an den Streik der Metallarbeiter in Guise, an den der Bergleute in Brooks usw. — gewinnen eine große politische Bedeutung. Bei jedem dieser Streiks erleben die Arbeiter einen Zusammenstoß mit der gesamten Verwaltung des bürgerlichen Staates, mit der faschistischen Bürokratie der Gewerkschaften und mit der sozialistischen Partei, und es werden alle Kräfte eingesetzt, um die Streikbewegung zu ersticken."

Wenn wir die künftigen Streiks erfolgreich lenken wollen, müssen wir die Lehren aus denjenigen ziehen, die bereits in Lodz, im Ruhrgebiet, in den Vereinigten Staaten, in Indien, in Nordfrankreich usw. stattgefunden haben ... „Die Aufstellung neuer Methoden und neuer Kampfformen", so erklärt die „Prawda" weiter, „gewinnt eine außerordentliche Bedeutung." Die Frage, welche Lehren sich aus den letzten Streiks ziehen lassen, steht deshalb als erster Punkt auf der Tagesordnung der heute beginnenden Tagung.

Die „Prawda" macht kein Hehl daraus, daß es Schwierigkeiten zu überwinden gibt, wenn in Zukunft die Streiks im revolutionären Sinne geleitet werden sollen. Eine dieser Schwierigkeiten geht von den abtrünnigen Kommunisten aus, die sich zu den sozialistischen Gewerkschaften schlagen, um die Streiks zu brechen. Eine andere Schwierigkeit liegt darin, daß es an Stammorganisationen fehlt, die die Arbeitermassen mitreißen könnten. „Wir müssen ganz offen zugeben", erklärt die „Prawda", „daß wir heute eine Krise der Stammorganisationen erleben." Nach dem Organ des Zentralkomitees der kommunistischen Partei macht sich diese Krise sogar in der UdSSR bemerkbar. Sie rührt daher, daß die Arbeitergewerkschaften meist von Leuten geführt werden, die den alten Arbeiterorganisationen angehört haben und „Tendenzen im Sinne der englischen Gewerkschaften, gefährliche opportunistische Neigungen zeigen". Es ist notwendig, in allen Ländern Jungarbeiter und auch Arbeiterinnen in die Leitung der Gewerkschaften hineinzubringen. „In einer Zeit gewaltigster Konflikte zwischen Kapital und Arbeit" ist diese Rekrutierung neuer Kräfte, „die in den Fabriken und Werken gefunden werden können", ganz besonders notwendig.

Die heute beginnende Tagung soll sich aber nicht nur mit einer allgemeinen Prüfung der Lage befassen; ihre Arbeit soll auch gewissen Ländern im besonderen gelten:

„Angesichts der nunmehr beginnenden wirtschaftlichen Kämpfe wird die Plenartagung neben der allgemeinen Frage einer späteren Durchführung der vom IV. Kongreß der Profintern vorgezeichneten Politik auch sorgfältig den Stand der Arbeit prüfen, welche die revolutionären Gewerkschaften in den Vereinigten Staaten, in Frankreich und in der Tschecho-Slowakei leisten. Diese Untersuchung wird sich besonders auf die Kampfkraft erstrecken, die diese Gewerkschaften in der gegenwärtigen Zeit

[1]) Unter den „Wirtschaftskämpfen" sind die Arbeitskonflikte und vor allem die Streiks zu verstehen.

zeigen. Wie arbeiten diese Gewerkschaften? Wie lenken sie die wirtschaftlichen Kämpfe? Wie weit haben sie Verbindung mit den Massen? Mit welchen Schwierigkeiten haben sie zu kämpfen? Welche Taktik haben sie seit dem 4. Kongreß der Profintern befolgt, soweit es sich darum handelte, die wirtschaftlichen Kämpfe selbständig zu lenken? Warum verstehen es unsere Organisationen nicht, die wirtschaftlichen Streiks mit den politischen zu verquicken? Warum sind sie nicht imstande, die in diesen Ländern zur Zeit bestehenden günstigen Umstände voll und ganz für die revolutionäre Gewerkschaftsbewegung auszunützen? Diese Fragen wird die Vollversammlung bei der Untersuchung des Standes der revolutionären Gewerkschaftsbewegung in den in Frage kommenden Ländern zu prüfen haben.

Der Zentralrat der Profintern wird rücksichtslos die Schwächen ihrer Organisationen enthüllen. Er wird sich nicht um das Geschrei der Reformisten kümmern. Er wird die Geschwüre aufzeigen, die in den Reihen der Profintern bestehen; denn nur so wird er imstande sein, die Schwierigkeiten zu überwinden, die der Entwicklung der internationalen und revolutionären Gewerkschaftsbewegung entgegenstehen.

Es darf hervorgehoben werden, daß die revolutionäre Gewerkschaftsbewegung in den letztvergangenen anderthalb Jahren beträchtliche Erfolge zu verzeichnen hatte. Der in Montevideo im Mai 1929 geschaffene Verband der Berufsgewerkschaften von Lateinamerika, die Entwicklung des Sekretariats der Pazifikländer und die enge Verbindung zwischen diesen beiden Organisationen der Profintern liefern den Beweis dafür, daß der Gedanke einer sozialen Berufsbewegung bis zu den entferntesten Ländern vordringt. Deshalb können die bei den revolutionären Organisationen der alten kapitalistischen Länder beobachteten Schwächen und Unzulänglichkeiten auch als Lehre für die Arbeiterbewegung in den neuen Ländern dienen."

Diese etwas langatmigen, aber gewiß interessanten Betrachtungen beweisen, daß die kommunistischen Leiter in Moskau sich noch nicht mit den von dem Allgemeinen Einheitsverband der Arbeiter in Frankreich erzielten Ergebnissen zufriedengeben. Sie geben sich auch nicht mit den von den Kommunisten in den Vereinigten Staaten und in der Tschecho-Slowakei entfesselten oder ausgeschlachteten Streiks zufrieden. Den französischen, amerikanischen und tschechoslowakischen revolutionären Gewerkschaften machen sie den Vorwurf, sie verstünden nicht „die in diesen Ländern zur Zeit bestehenden günstigen Umstände für die revolutionäre Gewerkschaftsbewegung voll und ganz auszunützen". Der Zentralrat der Profintern wird bestrebt sein, diesen „Schwächen" und „Unzulänglichkeiten" abzuhelfen. Er wird also, um es mit klaren Worten zu sagen, die Organisation des Bürgerkrieges in Frankreich, in den Vereinigten Staaten und in der Tschecho-Slowakei noch energischer betreiben, denn die systematische Vermehrung der Streiks, ihre Umwandlung in politische Kämpfe und die Ausschaltung der zur friedlichen Beilegung neigenden Führer sind offenbar nur dann zu verstehen, wenn man mit aller Gewalt Aufruhr und Revolution herbeiführen will.

Neben den genannten Fragen hat der Zentralrat auch noch den 5. Kongreß der Profintern vorzubereiten, der mit dem X. Jahrestag der Roten Gewerkschafts-

internationale zusammenfallen, d. h. im Jahre 1931 stattfinden wird. „Diese Vorbereitung“, bemerkt die „Prawda“ hierzu, „ist nicht eine Frage der Organisation, sondern durchaus politische Angelegenheit“. Bei der Gelegenheit werden die Sowjetgewerkschaften ihr möglichstes tun, „damit die revolutionäre Berufsbewegung in den kapitalistischen und kolonialen Ländern aus den verflossenen Kämpfen ernste Lehren zieht und die Kampfformen und -methoden bestimmt, die geeignet sind, den Sieg über die Einheitsfront zwischen den Arbeitgebern, dem bürgerlichen Staat und der sozialfaschistischen Gewerkschaftsbürokratie herbeizuführen“.

Die Arbeit, die somit in Moskau vor sich gehen soll, ist offensichtlich mit einer loyalen Durchführung des Grundsatzes der Nichteinmischung, auf Grund dessen die Beziehungen zwischen Frankreich und der UdSSR hergestellt worden sind, unvereinbar. Es wäre zwecklos, zu behaupten, die Profintern sei eine Einrichtung, die mit der Sowjetregierung überhaupt nichts zu tun habe. Die Profintern lebt zum großen Teil von den Geldmitteln, die ihr die Berufsgewerkschaften der UdSSR zukommen lassen. Diese Gewerkschaften umfassen aber obligatorisch die Arbeiter und Beamten des Sowjetstaates und sind regelrechte amtliche Einrichtungen. Die Sowjetregierung tut nicht nur nichts, um die Tätigkeit der Profintern einzuschränken oder auch nur eine Gemeinschaft mit ihr abzulehnen, sondern die Profintern gehorcht tatsächlich den gleichen Richtlinien wie die Sowjetregierung, nämlich den Richtlinien der Kommunistischen Partei der UdSSR.

Gerade in dem Kampforgan dieser Partei, nämlich der „Prawda“, findet sich ja übrigens auch heute das Programm der bevorstehenden Arbeiten der Profintern genau an derselben Stelle, wo gestern das Reformprogramm des Obersten Rates der Nationalen Wirtschaft, d. h. derjenigen Abteilung der Sowjetregierung, der die staatliche Industrie untersteht, zu finden war.

Man kann gar nicht oft genug wiederholen, daß eine derartige Situation unerträglich und gefährlich ist. Hätten die von dieser Propaganda bedrohten Regierungen schon eher, insbesondere seitdem der VI. Kongreß der Kommunistischen Internationale im Jahr 1928 die Methode der beschleunigten Organisation des Bürgerkrieges in der Welt ganz offen ausgearbeitet hat, die Sowjetregierung gebührend gewarnt und ihr gegenüber die erforderlichen Maßnahmen ergriffen, so wäre eine ganze Reihe von sozialen und internationalen Fragen heute leichter zu behandeln. Wenn man die Dinge weiterhin so laufen läßt, setzt man sich der Gefahr sehr schwerer Krisen aus, die viel Geld, ja sogar viel Blut kosten können.

Jean Herbette

BOTSCHAFT DER FRANZÖSISCHEN REPUBLIK
BEI DER UNION DER SOZIALISTISCHEN
SOWJETREPUBLIKEN

Original Amerika
Abschrift 2.617.5
Nr. 778

Moskau, den 27. Dezember 1929

Der Botschafter der Französischen Republik in Moskau
an Seine Exzellenz Herrn Briand, Minister des Äußern

Die Kunst, mit Hilfe der Negerbevölkerung in den Vereinigten Staaten eine soziale Revolution vorzubereiten

Der VI. Kongreß der Kommunistischen Internationale, der in den Monaten Juli und August 1928 in Moskau stattgefunden und der revolutionären Propaganda in der ganzen Welt einen so kräftigen Antrieb gab, hat durch die Aufwerfung der „Negerfrage", wie sie hier genannt wird, einen neuen Zweig dieser Propaganda geschaffen. Ich habe auf das erste Auftauchen dieser Art von Propaganda in meinem Telegramm Nr. 910/11 vom 1. August 1928 hingewiesen. Damals handelte es sich darum, auf Veranlassung und unter den Auspizien der Profintern einen „Internationalen Gewerkschaftsausschuß der Neger-Arbeiter" zu errichten.

Die hiermit in Angriff genommene Arbeit wurde zuerst im stillen betrieben. In diesem Jahre hat dagegen die russische kommunistische Presse verschiedene Ereignisse, die als erste Kundgebungen einer revolutionären Bewegung unter den Negern angesehen werden konnten, weithin bekanntgemacht. So hat sie den Streik von Gastonia in Nord-Karolina, den Streik der schwarzen Arbeiter in Südafrika, die Lage der Schwarzen in Französisch-Kongo und die Unruhen in Britisch-Nigeria besprochen. Ich habe das Ministerium bereits davon unterrichtet.

Die russischen Kommunisten messen der schwarzen Bevölkerung der Vereinigten Staaten besondere Bedeutung bei. Sie erscheint ihnen als für ihre Propaganda am meisten zugänglich und am geeignetsten, eine revolutionäre Bewegung auf Kosten eines großen „kapitalistischen" Staates hervorzurufen. Übrigens darf nicht vergessen werden, daß die Vereinigten Staaten und Frankreich in den Augen der russischen Kommunisten die Hauptfestungen der jetzigen sozialen Ordnung in der Welt sind. England ist nach ihrer Meinung zu wirtschaftlichen und politischen Krisen verurteilt. In Deutschland besteht eine mächtige kommunistische Organisation, und außerdem rechnet man hier mit Deutschland als einem zeitweiligen Verbündeten, wenn es darum gehen wird, die Grenzen von 1919 bis 1921 zu beseitigen. Das Regime Mussolinis gilt nicht als dauerhaft. Deshalb müssen in den Vereinigten Staaten und in Frankreich Unruhen hervorgerufen werden, um die Sache der Weltrevolution entscheidend voranzubringen.

Die russischen Kommunisten sind aber nach dem Beispiel Lenins gewöhnt, die in jeder Zeitspanne und in jedem Lande zu befolgende Taktik sorgfältig zu erörtern. Daher bemühen sie sich, die wirksamsten Richtlinien auszuarbeiten, nach denen die schwarze Bevölkerung der Vereinigten Staaten ihrer revolutionären Politik dienstbar gemacht werden kann. Diese Erörterung bildete den Gegenstand von Aufsätzen, die in zwei aufeinanderfolgenden Heften der Zeitschrift „Der revolutionäre Orient“, dem Organ einer der kommunistischen Stalin-Universität der östlichen Völker angeschlossenen Vereinigung, erschienen sind. Es handelt sich dabei um das Institut, das revolutionäre Propagandisten für die Kolonial- und „Halbkolonial“-Völker ausbilden soll. Ich hatte bereits früher Gelegenheit, von dieser Einrichtung eingehender zu sprechen.

In ihrem Heft Nr. 6 von 1929 brachte die erwähnte Zeitschrift als „Diskussionsgrundlage“ einen Aufsatz von Nassonow: „Die Negerfrage in den Vereinigten Staaten von Amerika.“ Es handelt sich um eine Arbeit an Hand von Unterlagen, die den Fehler hat, etwas verworren zu sein. Die These des Verfassers läßt sich wie folgt zusammenfassen:

Die Neger der Vereinigten Staaten verteilen sich auf zwei Gruppen: diejenigen, die in den Südstaaten meist als Landwirte leben, und die nach den Nordstaaten ausgewanderten Neger, die häufig Arbeiter geworden sind. Es ist nicht möglich, die Lage der Schwarzen im Norden zu verbessern, ohne ihre Lage im Süden von Grund auf zu verändern. Tatsächlich strömen die Neger aus dem Süden nach dem Norden, wo sie „jede Arbeit zu irgendwelchen Bedingungen“ annehmen, so daß der Wettbewerb der Neuangekommenen die bereits im Norden ansässigen schwarzen Arbeiter verhindert, eine vorteilhaftere Behandlung zu erlangen. „Die schwarze Zone und die daran angrenzenden Gebiete“, erklärt Nassonow, „bestimmen das Schicksal der Neger in den Vereinigten Staaten . . . Alle Versuche, die Negerfrage in der Industrie restlos zu regeln, ohne eine Regelung dieser Frage in der Landwirtschaft des Südens vorzunehmen, sind zum Scheitern verurteilt.“

Unter den Schwarzen in den Vereinigten Staaten hat sich jedoch ein „Kleinbürgertum“ herausgebildet, das sich aus Kaufleuten und Intellektuellen zusammensetzt. Diese sozialen Gruppen leben im Süden und sind gegen die Abwanderung der Schwarzen nach dem Norden. Die schwarzen Kaufleute haben nur Neger als Kunden und sind natürlich am Reicherwerden ihrer Kundschaft interessiert. Die schwarzen Intellektuellen, die der Lehrerschaft, der Geistlichkeit und den freien Berufen angehören, fühlen sich mit der Masse nicht weniger solidarisch: „In der letzten Zeit war unter den Negerintellektuellen eine gewisse Entwicklung zum Radikalismus zu beobachten.“

Nassonow billigt nicht die intellektuellen und politischen Vereinigungen, die von den Schwarzen in den Vereinigten Staaten gegründet worden sind. Er hält sie für reaktionär. Dagegen glaubt er an eine nationale Negerbewegung in Amerika:

„Die Lage der Neger in der nordamerikanischen Gesellschaft ähnelt im Grunde genommen derjenigen der unterdrückten nationalen Minderheiten; die Unterdrückung der Neger ist zweifellos nur eine besondere Form des Joches, das auf den

kolonialen Völkern lastet. Nehmen wir die in der „schwarzen Zone“ der Vereinigten Staaten zusammengeballte Negerbevölkerung: Hier haben die Neger gewissermaßen die Besonderheiten einer Nation. Die Neger der „schwarzen Zone“ leben in einer kompakten Masse und sprechen dieselbe Sprache, wenn sie auch diese Sprache mit ihren weißen Unterdrückern gemeinsam haben. Die Neger haben ihre kulturellen Besonderheiten, die mit ihrer ganzen geschichtlichen Entwicklung in Zusammenhang stehen. Wie bereits bemerkt worden ist, haben die Neger sogar ihre eigene Negerkirche, obgleich es sich dabei um eine christliche Kirche handelt. Die Neger haben ihre Kunst und ihre Sitten.

Die Neger haben ihr Kleinbürgertum; dieses stützt sich sogar, wie bereits erwähnt wurde, auf einen eigenen nationalen Markt. In den Lehrern, Geistlichen, Ärzten und Rechtsanwälten besitzt dieses Kleinbürgertum seine Ideologen. Deshalb ist es sehr wahrscheinlich und vielleicht unvermeidbar, daß in Amerika im Verlaufe einer scharfen Krise eine große nationale Negerbewegung entsteht.“

Im Hinblick auf diese Aussichten kommt der Verfasser auf die Kernfrage zu sprechen: Welche Haltung müssen die Kommunisten gegenüber der nationalenNegerbewegung in den Vereinigten Staaten einnehmen?

„Es gibt einen Standpunkt, wonach jede Bewegung zugunsten des Selbstbestimmungsrechtes der Neger reaktionär sein soll, so daß die Kommunisten die Parole vom „Recht der Neger auf freie Selbstbestimmung“ daher weder verfechten noch verbreiten dürften. Das trifft aber nicht zu. Wir haben bereits gezeigt, daß die objektiven Voraussetzungen einer solchen Bewegung in der Form der „schwarzen Zone“, die ihre eigene wirtschaftliche Entwicklung aufweist, erfüllt sind. Gewiß wäre es absurd, zu behaupten, Amerika befände sich an der Schwelle einer bürgerlichen und demokratischen Revolution. Dagegen kann man mit Recht behaupten, daß die revolutionäre Nationalbewegung der Negerbevölkerung einer der Verbündeten der proletarischen sozialistischen Revolution sein kann und sein muß. Es ist sehr wahrscheinlich, daß die Negerbewegung noch irgendeine utopische Ideologie ähnlich der Harvey-Theorie hervorbringen mag; objektiv wird aber jede revolutionäre Negerbewegung ein Waffengefährte der amerikanischen Arbeiter im Kampf gegen die kapitalistische Herrschaft sein.“

Für die Kommunisten ist es wichtig, jeden revolutionären Kampf gegen den Kapitalismus zu benutzen, um die revolutionäre Krise schärfer und umfassender zu machen. Die Kommunisten haben deshalb die Pflicht, Vorbereitungen für eine etwaige revolutionäre Nationalbewegung der Neger zu treffen. Solche Vorbereitungen sind notwündig, um den Versuchen der Bourgeoisie, diese Bewegung zu verkürzen und zu verstemmeln, Widerstand entgegenzusetzen und um dafür zu kämpfen, daß der Bewegung ein wirklich revolutionärer Charakter gegeben wird.

Der VI. Kongreß der Kommunistischen Internationale hat ein großes Verdienst dadurch erworben, daß er, wie bereits Lenin die Frage der kolonialen Nationalitäten, die Frage der Negerbewegung in den Vereinigten Staaten stellte. Er hat einen großen Dienst dadurch geleistet, daß er die Pflicht der amerikanischen Kommunistischen Partei verkündigte, für das Selbstbestimmungsrecht der Neger in den Vereinigten

Staaten zu kämpfen. Dieser Beschluß klärt endgültig die Negerfrage in den Vereinigten Staaten unter Ausschaltung der liberalistischen Betrachtungsweise, mit der man bisher oft sündigte, wenn man an diese Frage herantrat."

Der Aufsatz, dessen Schlußfolgerung ich vorstehend übersetzt habe, führte bald zu einer Erwiderung, die in Heft 7 derselben kommunistischen Zeitschrift, und zwar ebenfalls als „Beitrag zur Diskussion" erschienen ist. Dieser zweite Aufsatz entstammt der Feder von A. Chiik. Er kritisiert die im vorhergehenden Aufsatz dargelegte Doktrin, kommt aber zu ungefähr denselben praktischen Schlußfolgerungen.

Chiik, offenbar ein reiner Marxist, will nicht zugeben, daß die Frage der Hautfarbe bei der Anwendung des Marxismus eine Rolle spielen kann. Er schreibt stolz: „Die körperlichen Besonderheiten der Menschen sowie ihre ethischen und völkischen Gruppierungen haben auf die soziale Entwicklung keinerlei Einfluß ... Der Rassenfaktor spielt in der Geschichte keine Rolle (!), wenn man darunter die angeborenen geistigen und sittlichen Eigenschaften „einer Rasse" oder aber den angeborenen „Rassenhaß" usw. versteht ... Was aber eine große geschichtliche Rolle spielen kann und tatsächlich auch spielt, sind die falsche Rassenideologie und die Rassenvorurteile, die den Ausbeuterklassen die Möglichkeit geben, die nationale Unterdrückung zu verschärfen, besondere Ausbeutungsverfahren zu erfinden usw."

Hier zeichnen sich sofort die Beweggründe dieses zweiten Sachverständigen der kommunistischen Propaganda ab. Er befürchtet, daß die Negerbewegung in den Vereinigten Staaten, wenn sie als eine nationale Bewegung in Erscheinung tritt, sich unter der Führung einer „schwarzen Bourgeoisie" entwickeln könnte. Er möchte vielmehr, daß die Bewegung den kommunistischen Richtlinien folgt und ausschließlich der sozialen Revolution zugute kommt. Deshalb leugnet er das Vorhandensein einer Negernationalität, einer Unabhängigkeitsbestrebung der Neger und einer Negerbourgeoisie, die imstande wäre, eine Freiheitsbewegung anzuführen:

„Man kann nicht von einem ‚nationalen Gegensatz' im gewöhnlichen Sinne des Wortes zwischen Weißen und Schwarzen in den Vereinigten Staaten sprechen, da die amerikanischen Neger keine Nation bilden ...

Der schwarze Industriearbeiter ist ein Industriearbeiter ebenso wie der weiße Arbeiter. Der schwarze Farmer des Südens lebt, wenn auch unter anderen Bedingungen, innerhalb desselben Systems wie der weiße Farmer. Der schwarze Kapitalist beutet seine Arbeiter nach denselben Gesetzen des kapitalistischen Systems aus wie der weiße ...

Eine unterdrückte Rassenminderheit muß nicht unbedingt in ihrer Ideologie die Wesenszüge aufweisen, die für die Ideologie einer unterdrückten Nation kennzeichnend sind. Der bestimmende Grundzug ihrer Weltanschauung ist nicht die Neigung zur Absonderung und zur Unabhängigkeit, sondern vielmehr die Neigung zur Vereinigung, zur Vermischung, zur vollen sozialen Gleichstellung ...

Die farbige Bourgeoisie der Vereinigten Staaten, die ihrem Ursprung nach einen Teil einer imperialistischen Bourgeoisie darstellt, deren kapitalistische Entwicklung abgeschlossen ist, konnte niemals eine antiimperialistische revolutionäre Rolle spielen und wird sie nie spielen können. Ihre Klasseninteressen sind keineswegs

wesentlich andere als die allgemeinen Interessen der amerikanischen Bourgeoisie ... Die Politik der Negerbourgeoisie ist eine reaktionäre Politik, eine Kompromißpolitik, eine gegenrevolutionäre Politik ... Jede ‚Rassen'-Bewegung und jede ‚nationale' Bewegung der Negerbourgeoisie kann nur reaktionär sein."

Nach diesem Bannfluch gegen die „Negerbourgeoisie" bleibt noch ein Programm auszuarbeiten, wonach die Kommunisten die Führung der aufbegehrenden Schwarzen in den Vereinigten Staaten zu übernehmen hätten. Bei der Ausarbeitung dieses Programms entwickelt der Verfasser nur wenig neue Gedankengänge. Er begnügt sich damit, seinerseits zu bemerken, daß die Frage der schwarzen Arbeitnehmer vorwiegend eine landwirtschaftliche Frage im Süden und eine industrielle Frage im Norden darstellt, und er ist bestrebt, seinen nachstehenden Forderungen ein durchaus revolutionäres Gepräge zu geben:

„1. Für alle Neger aus allen Klassen und in allen Landesteilen: Beseitigung aller Hindernisse und Beschränkungen jeder Art auf politischem und sozialem Gebiet.

2. Für die schwarzen Arbeiter sowohl im Norden als auch im Süden:

a) Gleichen Lohn für gleiche Arbeit;

b) Zulassung zu allen Berufsverbänden.

3. Für die schwarzen Bauern in den Südstaaten:

a) Beseitigung aller Reste irgendwelcher Art aus der Zeit der Feudalherrschaft und der Sklaverei (Schuldner-Zwangsarbeit, Miete von Sträflingen, wucherische Pachtverhältnisse usw.);

b) Enteignung des Großgrundbesitzes, Verstaatlichung des gesamten Bodens und Bereitstellung aller Ländereien für die arbeitende Landbevölkerung, ohne Unterschied der Nationalität oder Rasse — das heißt Kampf für die Agrarrevolution;

c) in den Gemeinden der Südstaaten, wo die Neger in eng gedrängten Massen zusammen leben und die Mehrheit der Bevölkerung bilden und wo infolgedessen die Negerfrage den Charakter einer Nationalitätenfrage annimmt, ist die Anerkennung des Rechts der Neger auf nationale Selbstbestimmung zu fordern, die sogar die Loslösung von den Vereinigten Staaten einschließen kann, da nur so eine vollständige Rechtsgleichheit zwischen den Rassen erzielt und die Agrarrevolution bis zum Ende durchgeführt werden kann."

Demnach unterscheidet sich das von Chiik formulierte Programm nur durch eine offene revolutionäre Tendenz von dem Programm Nassonows. Beide treten für die Bildung eines selbständigen Negerstaates auf einem vom südlichen Teil der Vereinigten Staaten abzutretenden Gebiet ein. Beide sind bestrebt, die Schwarzen, die als Arbeiter nach dem Norden der Vereinigten Staaten gekommen sind, als revolutionäre Kräfte einzuspannen. Zwischen beiden Verfassern gibt es nur einen taktischen Unterschied: Nassonow möchte sich der schwarzen Kaufleute und Intellektuellen bedienen, um der Abfallbewegung der Neger größeren Schwung zu geben, während Chiik, der befürchtet, daß die „Negerbourgeoisie" mit dem amerikanischen Kapitalismus paktieren könnte, die Bewegung von vornherein unter der Führung der Kommunistischen Partei auf die Aufteilung des Bodens stürzen und zum Aufstand treiben möchte.

Staaten zu kämpfen. Dieser Beschluß klärt endgültig die Negerfrage in den Vereinigten Staaten unter Ausschaltung der liberalistischen Betrachtungsweise, mit der man bisher oft sündigte, wenn man an diese Frage herantrat."

Der Aufsatz, dessen Schlußfolgerung ich vorstehend übersetzt habe, führte bald zu einer Erwiderung, die in Heft 7 derselben kommunistischen Zeitschrift, und zwar ebenfalls als „Beitrag zur Diskussion" erschienen ist. Dieser zweite Aufsatz entstammt der Feder von A. Chiik. Er kritisiert die im vorhergehenden Aufsatz dargelegte Doktrin, kommt aber zu ungefähr denselben praktischen Schlußfolgerungen.

Chiik, offenbar ein reiner Marxist, will nicht zugeben, daß die Frage der Hautfarbe bei der Anwendung des Marxismus eine Rolle spielen kann. Er schreibt stolz: „Die körperlichen Besonderheiten der Menschen sowie ihre ethischen und völkischen Gruppierungen haben auf die soziale Entwicklung keinerlei Einfluß ... Der Rassenfaktor spielt in der Geschichte keine Rolle (!), wenn man darunter die angeborenen geistigen und sittlichen Eigenschaften „einer Rasse" oder aber den angeborenen „Rassenhaß" usw. versteht ... Was aber eine große geschichtliche Rolle spielen kann und tatsächlich auch spielt, sind die falsche Rassenideologie und die Rassenvorurteile, die den Ausbeuterklassen die Möglichkeit geben, die nationale Unterdrückung zu verschärfen, besondere Ausbeutungsverfahren zu erfinden usw."

Hier zeichnen sich sofort die Beweggründe dieses zweiten Sachverständigen der kommunistischen Propaganda ab. Er befürchtet, daß die Negerbewegung in den Vereinigten Staaten, wenn sie als eine nationale Bewegung in Erscheinung tritt, sich unter der Führung einer „schwarzen Bourgeoisie" entwickeln könnte. Er möchte vielmehr, daß die Bewegung den kommunistischen Richtlinien folgt und ausschließlich der sozialen Revolution zugute kommt. Deshalb leugnet er das Vorhandensein einer Negernationalität, einer Unabhängigkeitsbestrebung der Neger und einer Negerbourgeoisie, die imstande wäre, eine Freiheitsbewegung anzuführen:

„Man kann nicht von einem ‚nationalen Gegensatz' im gewöhnlichen Sinne des Wortes zwischen Weißen und Schwarzen in den Vereinigten Staaten sprechen, da die amerikanischen Neger keine Nation bilden ...

Der schwarze Industriearbeiter ist ein Industriearbeiter ebenso wie der weiße Arbeiter. Der schwarze Farmer des Südens lebt, wenn auch unter anderen Bedingungen, innerhalb desselben Systems wie der weiße Farmer. Der schwarze Kapitalist beutet seine Arbeiter nach denselben Gesetzen des kapitalistischen Systems aus wie der weiße ...

Eine unterdrückte Rassenminderheit muß nicht unbedingt in ihrer Ideologie die Wesenszüge aufweisen, die für die Ideologie einer unterdrückten Nation kennzeichnend sind. Der bestimmende Grundzug ihrer Weltanschauung ist nicht die Neigung zur Absonderung und zur Unabhängigkeit, sondern vielmehr die Neigung zur Vereinigung, zur Vermischung, zur vollen sozialen Gleichstellung ...

Die farbige Bourgeoisie der Vereinigten Staaten, die ihrem Ursprung nach einen Teil einer imperialistischen Bourgeoisie darstellt, deren kapitalistische Entwicklung abgeschlossen ist, konnte niemals eine antiimperialistische revolutionäre Rolle spielen und wird sie nie spielen können. Ihre Klasseninteressen sind keineswegs

wesentlich andere als die allgemeinen Interessen der amerikanischen Bourgeoisie ... Die Politik der Negerbourgeoisie ist eine reaktionäre Politik, eine Kompromißpolitik, eine gegenrevolutionäre Politik ... Jede ‚Rassen'-Bewegung und jede ‚nationale' Bewegung der Negerbourgeoisie kann nur reaktionär sein."

Nach diesem Bannfluch gegen die „Negerbourgeoisie" bleibt noch ein Programm auszuarbeiten, wonach die Kommunisten die Führung der aufbegehrenden Schwarzen in den Vereinigten Staaten zu übernehmen hätten. Bei der Ausarbeitung dieses Programms entwickelt der Verfasser nur wenig neue Gedankengänge. Er begnügt sich damit, seinerseits zu bemerken, daß die Frage der schwarzen Arbeitnehmer vorwiegend eine landwirtschaftliche Frage im Süden und eine industrielle Frage im Norden darstellt, und er ist bestrebt, seinen nachstehenden Forderungen ein durchaus revolutionäres Gepräge zu geben:

„1. Für alle Neger aus allen Klassen und in allen Landesteilen: Beseitigung aller Hindernisse und Beschränkungen jeder Art auf politischem und sozialem Gebiet.

2. Für die schwarzen Arbeiter sowohl im Norden als auch im Süden:

a) Gleichen Lohn für gleiche Arbeit;

b) Zulassung zu allen Berufsverbänden.

3. Für die schwarzen Bauern in den Südstaaten:

a) Beseitigung aller Reste irgendwelcher Art aus der Zeit der Feudalherrschaft und der Sklaverei (Schuldner-Zwangsarbeit, Miete von Sträflingen, wucherische Pachtverhältnisse usw.);

b) Enteignung des Großgrundbesitzes, Verstaatlichung des gesamten Bodens und Bereitstellung aller Ländereien für die arbeitende Landbevölkerung, ohne Unterschied der Nationalität oder Rasse — das heißt Kampf für die Agrarrevolution;

c) in den Gemeinden der Südstaaten, wo die Neger in eng gedrängten Massen zusammen leben und die Mehrheit der Bevölkerung bilden und wo infolgedessen die Negerfrage den Charakter einer Nationalitätenfrage annimmt, ist die Anerkennung des Rechts der Neger auf nationale Selbstbestimmung zu fordern, die sogar die Loslösung von den Vereinigten Staaten einschließen kann, da nur so eine vollständige Rechtsgleichheit zwischen den Rassen erzielt und die Agrarrevolution bis zum Ende durchgeführt werden kann."

Demnach unterscheidet sich das von Chiik formulierte Programm nur durch eine offene revolutionäre Tendenz von dem Programm Nassonows. Beide treten für die Bildung eines selbständigen Negerstaates auf einem vom südlichen Teil der Vereinigten Staaten abzutretenden Gebiet ein. Beide sind bestrebt, die Schwarzen, die als Arbeiter nach dem Norden der Vereinigten Staaten gekommen sind, als revolutionäre Kräfte einzuspannen. Zwischen beiden Verfassern gibt es nur einen taktischen Unterschied: Nassonow möchte sich der schwarzen Kaufleute und Intellektuellen bedienen, um der Abfallbewegung der Neger größeren Schwung zu geben, während Chiik, der befürchtet, daß die „Negerbourgeoisie" mit dem amerikanischen Kapitalismus paktieren könnte, die Bewegung von vornherein unter der Führung der Kommunistischen Partei auf die Aufteilung des Bodens stürzen und zum Aufstand treiben möchte.

Es wäre vielleicht unangebracht, den Plan eines kommunistischen Negerstaates, der sich auf Kosten der Vereinigten Staaten und auf Anregung Moskaus hin bilden soll, ernstlich zu untersuchen. Aber schon die Tatsache, daß ein solcher Staat ernsthaft in der unter den Auspizien der Stalin-Universität herausgegebenen Zeitschrift erörtert wird, ist recht bezeichnend. Für den Augenblick ist besonders folgendes festzuhalten:

I. Wie sehr auch die UdSSR auf ein großes fremdes Land angewiesen sein mag und welche Anstrengungen die Diplomatie und der Handel der Sowjets offen unternehmen mögen, um ihre Beziehungen zu diesem Lande auszubauen, so fahren doch die kommunistischen Herren Sowjetrußlands unbeirrt fort, in demselben Lande den Bürgerkrieg zu schüren.

II. Man darf niemals auf die russischen Kommunisten die Formel anwenden, die den Herzog von Guise vor seiner Ermordung durch die Schergen Heinrichs III. fälschlicherweise so beruhigte: „Sie werden es nicht wagen.“ Die systematische Unverschämtheit der russischen Kommunisten schreckt vor phantastischen Verschwörungen nicht mehr zurück als vor unerbittlichen Auswirkungen, blutigen Anschlägen und Kriegshandlungen. Diese Unverschämtheit, die heute durch die Ausarbeitung eines Aufstandsplanes der Neger sogar den Vereinigten Staaten trotzt, erklärt sich übrigens nicht durch einen besonders ungestümen Mut; denn keine revolutionäre Partei ist schneller dabei als die kommunistische, sich unterwürfig zu gebaren, sich systematisch „in die Erde“ zu verkriechen, sobald sie sich einer klarsehenden und starken Regierung gegenübersieht. Wenn die russischen Kommunisten etwas wagen, so nur, weil sie mit der Unachtsamkeit, der Nachsicht und Uneinigkeit der fremden Regierungen rechnen. Man wird gut tun, sich danach zu richten, ehe die von Moskau geleiteten und bezahlten kommunistischen Umtriebe den Brand in Gegenden unserer Erde entfacht haben, die man vor einem sozialen Umsturz am sichersten glaubte.

Jean Herbette

BOTSCHAFT DER FRANZÖSISCHEN REPUBLIK
BEI DER UNION DER SOZIALISTISCHEN
SOWJETREPUBLIKEN

Politische und Handelsabteilung
Nr. 66 (Europa)

Moskau, den 22. Januar 1930

Streng vertraulich

Der Botschafter der Französischen Republik in Moskau
an Seine Exzellenz Herrn Aristide Briand,
Minister der auswärtigen Angelegenheiten

Die Pflicht zu Gegenmaßnahmen

In mehreren Berichten der letzten Zeit habe ich Eurer Exzellenz einen kleinen Teil der Ausplünderungen beschrieben, denen gegenwärtig gewisse Klassen der Sowjetbevölkerung ausgesetzt sind: Die Bauern werden ihres Viehs und ihres Bodens beraubt; den angeblichen „Bourgeois" nimmt man ihre gesamte Habe weg und vertreibt sie aus ihren Wohnungen usw.

Ich führte Tatsachen und Texte an, die beweisen, daß diese Ereignisse keineswegs auf eine zufällige Aufwallung zurückgehen, sondern einem methodischen Plan entsprechen. Ich zeigte, daß wir es nach den beiden russischen Revolutionen von 1917, die angesichts der fremden Invasion vor sich gingen und durch den Bürgerkrieg fortgesetzt wurden, nun mit einer dritten Revolution zu tun haben, die kaltblütig im Zustand vollen äußeren Friedens und voller Ordnung im Innern vollzogen wird, um alles auszurotten, was noch an persönlicher Freiheit und Privateigentum übrigbleibt.

Immer neue Berichte und Dokumente kommen zu den bereits erwähnten hinzu. Ich möchte Eurer Exzellenz eine Schilderung all dieser beklagenswerten Dinge ersparen. Doch halte ich es für meine Pflicht, die Folgerung daraus zu ziehen.

Damit Frankreich, seine Verbündeten und Freunde vor den furchtbaren Übeln bewahrt bleiben, die Rußland erleidet und verbreitet, dürfen wir uns vor allen Dingen in keiner Weise an diesen Übeln mitschuldig machen. Moralische Lauterkeit in politischen Krisen ist ebenso notwendig wie die Desinfektion bei einer chirurgischen Operation.

Welche Absichten wir auch haben mögen, so würden wir uns an dieser Tragödie mitverantwortlich machen, wenn unsere Haltung gegenüber der UdSSR nicht die Fortsetzung der gegenwärtigen Raubmethoden nach Möglichkeit erschweren würde.

Ich brauche nicht noch einmal auf die Maßnahmen einzugehen, die auf dem Gebiete der Politik, der Finanz und des Handels, in den Fragen des Schutzes unserer Staatsangehörigen und unserer Interessen in der UdSSR zu ergreifen sind, um der Orgie des Unrechts, der wir beiwohnen, ein Ende zu setzen.

Aber ich kann mit voller Überzeugung sagen, daß die Anwendung solcher Maßnahmen eine moralische Verpflichtung ist, die kein Kompromiß zuläßt. Tausendmal besser wäre es, sich einem Abbruch der Beziehungen auszusetzen, als der schlimmsten aller Ansteckungsgefahren, die eine Nachgiebigkeit gegenüber dem Bösen mit sich bringen würde.

Jean Herbette

AMBASSADE DE LA RÉPUBLIQUE FRANCAISE
près l'Union des Républiques
Soviétistes Socialistes.

Moscou, le 22 Janvier 1930

Z G9 20

Cher Ami,

Ce courrier-ci est tellement chargé et je suis si bousculé que je n'arriverai pas à vous écrire comme je l'aurais voulu. Ce sera pour la prochaine fois. Je vous envoie seulement la copie d'une dépêche à laquelle j'attache quelque importance, car elle exprime une conviction que les faits enracinent de plus en plus chez moi.

On ne se doute peut-être pas encore, à l'étranger, de tout ce qui se passe ici et de tout ce qui s'y prépare pour le reste du monde. C'est le plus terrible danger qu'on ait vu depuis la

grande guerre, et à certains égards c'est pire que la préparation même de la grande guerre.

Nous avons été dans la joie de passer une journée avec M. Victor Point. Il a beaucoup d'intelligence, de simplicité et de charme. Dans l'intérêt de notre pays, puisse-t-il aller loin!

Présentez mes respectueux hommages à Madame Berthelot et croyez, cher Ami, à ma fidèle affection

Claudel[illegible]

Privatbrief des Botschafters Herbette an den Generalsekretär im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten Botschafter Berthelot

(Übersetzung des vorstehenden Faksimile)

BOTSCHAFT DER FRANZÖSISCHEN REPUBLIK
BEI DER UNION DER SOZIALISTISCHEN
SOWJETREPUBLIKEN

Moskau, den 22. Januar 1930

Lieber Freund!

Ich habe derart viel Post zu erledigen und werde von allen Seiten so bedrängt, daß ich Ihnen nicht mit der Ausführlichkeit schreiben kann, wie ich es gerne möchte, und muß es daher auf das nächste Mal verschieben. Ich möchte Ihnen nur die Abschrift eines Berichtes zuschicken, auf den ich einigen Wert lege, denn er spricht eine Überzeugung aus, die durch die Ereignisse bei mir immer tiefer wird.

Vielleicht ahnt man im Ausland noch nicht genügend, was alles hier geschieht und für die übrige Welt vorbereitet wird. Es handelt sich um die furchtbarste Gefahr, die wir seit dem Weltkrieg erlebt haben, und in gewissem Sinne ist sie sogar noch schlimmer als die Vorbereitung des Weltkrieges.

Wir hatten die Freude, einen Tag mit Herrn Victor Point zu verbringen. Er ist sehr klug, einfach und charmant. Möge ihm im Interesse unseres Landes eine glänzende Zukunft beschieden sein!

Bestellen Sie Madame Berthelot meine ergebensten Grüße, und seien Sie, lieber Freund, meiner besten Gefühle versichert.

Jean Herbette

BOTSCHAFT DER FRANZÖSISCHEN REPUBLIK
BEI DER UNION DER SOZIALISTISCHEN
SOWJETREPUBLIKEN

Politische und Handelsabteilung
Nr. 93 (Europa)

Moskau, den 31. Januar 1930

Der Botschafter der Französischen Republik in Moskau
an Seine Exzellenz Herrn Aristide Briand,
Minister der auswärtigen Angelegenheiten

Die Ausbildung der kommunistischen Propagandisten für das Ausland erfolgt auf Kosten der Sowjetregierung

In der Anlage überreiche ich Eurer Exzellenz eine Aufzeichnung, die die in einer amtlichen Veröffentlichung der Sowjetregierung enthaltenen Angaben kurz zusammenfaßt; es handelt sich um eine Broschüre, die Einzelheiten über gewisse für das Etatsjahr 1929/30 vorgesehene Staatskredite enthält. An Hand dieser amtlichen Zahlen läßt sich ein Überblick über die staatlichen Zuschüsse an die drei großen Anstalten gewinnen, auf denen die kommunistischen Propagandisten für ihre Tätigkeit im Ausland vorbereitet werden. Die Tabelle gibt die Zahlen in Rubel an:

Anstalten	Etatsmäßige Kredite		Anzahl der Stipendiaten	
	1928/29	1929/30	1928/29	1929/30
Stalin-Universität (1)	1 553 576	2 033 812	750	850
Universität der chinesischen Werktätigen (2)	1 427 320	1 247 600	750	600
Marchlewski-Universität, Moskau (3) ..	1 229 045	2 069 839	1200	1400
Leningrad	269 706	372 892		

(1) Die Stalin-Universität ist auch unter dem Namen „Kommunistische Universität der Werktätigen des Ostens" bekannt. Es werden dort Propagandisten für die asiatischen Völker geschult, und in ihrem Auftrag erscheint die Zeitschrift „Der revolutionäre Osten".

(2) Ehemalige „Sun-Yat-Sen-Universität", deren Rektor seinerzeit Herr Radek war.

(3) Die nach einem polnischen Kommunisten benannte Marchlewski-Universität wird auch „Kommunistische Universität der völkischen Minderheiten des Westens" genannt. Sie bildet Propagandisten für die westlichen Länder aus und umfaßt dreizehn Abteilungen, nämlich eine lettische, litauische, jüdische, polnische, deutsche, rumänische, weißrussische, bulgarische, jugoslawische, italienische, moldauische, schwedische und norwegische Abteilung. Die aus ihr hervorgegangenen Studenten

sind also in der Lage, unter den nationalen Minderheiten deutscher, weißrussischer und bulgarischer Sprache, unter den Juden, in den baltischen und skandinavischen Ländern, in Rumänien usw. zu arbeiten.

Die drei oben aufgeführten Anstalten sind in dem Zentralen Vollzugskomitee der UdSSR, also der höchsten Verkörperung der Sowjetregierung, unmittelbar angeschlossen.

Wir haben hier ein amtlich zugegebenes Beispiel für die wohlbekannte Tatsache, die die Sowjetdiplomatie sich vergeblich abzustreiten bemüht, nämlich dafür, daß die internationale kommunistische Propaganda durch Geldmittel der UdSSR unterhalten wird und daß die Sowjetregierung selbst sich unmittelbar mit ihr befaßt.

Jean Herbette

Anlage zum Bericht Nr. 93

Die Unterhaltung der Propagandainstitute aus sowjetischen Etatsmitteln

In einer von der Verlagsabteilung des Finanzkommissariats herausgegebenen Broschüre, die im Buchhandel nicht zu haben ist, finden sich ins einzelne gehende Angaben über die Etatsmittel, die für eine gewisse Anzahl dem Zentralen Vollzugskomitee der UdSSR angeschlossene Einrichtungen bewilligt worden sind.

Unter diesen Einrichtungen befinden sich eine Anzahl Anstalten, die dazu bestimmt sind, die Stammorganisationen für die marxistische und kommunistische Propaganda heranzubilden (Lenin-Institut, Marx-Engels-Institut, Kommunistische Akademie usw.). Drei dieser Anstalten dienen der Ausbildung des Stammpersonals für die Propaganda im Ausland, nämlich: die Kommunistische Universität der Werktätigen des Ostens, genannt Stalin-Universität, die Kommunistische Universität der chinesischen Werktätigen und die Kommunistische Universität der völkischen Minderheiten des Westens, genannt Marchlewski-Universität.

Für die Stalin-Universität wurden im Jahre 1929 1533176 Rubel und in diesem Jahr 2033812 Rubel aus Etatsmitteln bewilligt. Sie zählt 850 Stipendiaten, die somit auf Kosten des Staatshaushaltes unterhalten werden.

Die Universität der chinesischen Werktätigen, die 1929 1427320 Rubel erhalten hatte, bekommt jetzt nur noch 1247600 Rubel; die Zahl ihrer Stipendiaten ist von 750 auf 600 herabgesetzt worden.

Die Marchlewski-Universität hat im Jahre 1929 1229045 Rubel und außerdem für ihre Zweiganstalt in Leningrad 269706 Rubel erhalten. Die Zahlen für 1929*) sind 2069839 bzw. 372892 Rubel. Die Universität wird von 1400 Stipendiaten besucht.

Im Zusammenhang mit dem Etat der Stalin-Universität ist auch die Herausgabe der Zeitschrift „Der revolutionäre Osten“ zu erwähnen.

---

*) Soll wohl „1930“ heißen.

BOTSCHAFT DER FRANZÖSISCHEN REPUBLIK
BEI DER UNION DER SOZIALISTISCHEN
SOWJETREPUBLIKEN

Politische und Handelsabteilung
Nr. 127 (Europa)

Moskau, den 10. Februar 1930

Der Botschafter der Französischen Republik in Moskau
an Seine Exzellenz Herrn Aristide Briand,
Minister der auswärtigen Angelegenheiten

Wie sich Stalin die Vorbereitung der Weltrevolution denkt

Die Studenten der „Kommunistischen Swerdlow-Universität", der Hochschule, die in einem vierjährigen Studiengang die künftigen Funktionäre der Kommunistischen Partei heranbildet, haben an Stalin zehn Fragen gerichtet, darunter die folgenden:

„Frage Nr. 7. — Welche Möglichkeit besteht nach Ihrer Meinung dafür, daß der gegenwärtige revolutionäre Aufschwung in den kapitalistischen Ländern zu einem unmittelbar revolutionären Zustand führen könnte?"

Die Antwort Stalins lautet:

„Es läßt sich keine scharfe Grenze zwischen einem ‚revolutionären Aufschwung' und einem ‚unmittelbar revolutionären Zustand' ziehen. Man kann nicht sagen: ‚Bis hierher haben wir es mit einem revolutionären Aufschwung zu tun, aber jenseits dieser Grenze hätten wir schon einen unmittelbar revolutionären Zustand.' Nur eingefleischte Scholastiker können die Frage so formulieren. Für gewöhnlich geht der erste dieser beiden Zustände unmerklich in den zweiten über. Es ist deshalb unsere Pflicht, schon jetzt das Proletariat auf die entscheidenden revolutionären Kämpfe vorzubereiten und nicht erst abzuwarten, bis ‚von selbst' ein sogenannter unmittelbar revolutionärer Zustand eintritt."

Stalin ist also der Meinung, daß der augenblickliche Zustand in der Welt, der von der Sowjetpresse alle Tage als ein Zustand des „revolutionären Aufschwungs" hingestellt wird, unmerklich in einen dieser „unmittelbar revolutionären Zustände" übergehen könne, wo die Kommunisten mit Gewalt die Macht an sich reißen.

Stalin, der Leiter der kommunistischen Organisation, die das Personal der Sowjetregierung auswählt und überwacht, erhebt außerdem die Forderung, daß „das Proletariat schon jetzt auf die entscheidenden revolutionären Kämpfe vorzubereiten ist". Wie stellt sich diese Vorbereitung dar?

Im Innern der UdSSR nimmt sie bekanntlich die Form von militärischen, wirtschaftlichen und sozialen Maßnahmen an.

Militärische Maßnahmen: Ständige Verstärkung der Roten Armee[1]); systematische Ausbildung der Marine (Verlegung zweier Kriegsschiffe ins Schwarze Meer); erhebliche Verstärkung der Luftwaffe; militärische Propaganda bei der Zivilbevölkerung. (Der Ossoaviachim-Kongreß wird heute eröffnet.)

Wirtschaftliche Maßnahmen: Rascher Ausbau der verschiedenen Zweige der Kriegsindustrie; Konzentration der Lebensmittel in der Hand des Staates mit Hilfe der kollektiven Landwirtschaftsbetriebe; Bestimmungen, die die Einschränkung des Geldumlaufes bezwecken und einen Zustand herbeiführen sollen, der es dem Sowjetstaat ermöglichen würde, unter ganz geringer Ausgabe von Papiergeld den Krieg zu führen.

Soziale Maßnahmen: Beseitigung der Kulaken oder selbständigen Bauern, völlige Abschaffung des privaten Handels, der freien Berufe und des Privatvermögens, so daß die gesamte Bevölkerung gänzlich vom Sowjetstaat abhängig wird und den Befehlen der Kommunistischen Partei willenlos gehorchen muß.

Außerhalb der UdSSR macht sich die Vorbereitung des Proletariats auf die „entscheidenden revolutionären Kämpfe" zur Zeit in der Form bemerkbar, die ich bereits in meinem Bericht Nr. 107 vom 2. Februar erwähnt habe, das heißt, man ist bestrebt, die durch den Niedergang der Wirtschaft in der ganzen Welt bedingte Arbeitslosigkeit auszubeuten und nach Möglichkeit noch zu verschärfen.

Die Ausbeutung der Arbeitslosigkeit geschieht in folgender Weise:

Es werden Kundgebungen veranstaltet, an denen die Nichtarbeitslosen gleichzeitig mit den Arbeitslosen teilnehmen.

Auf diese Weise wird die Arbeiterklasse an die Tätigkeit der revolutionären Stammorganisationen (Ausschüsse zur Veranstaltung von Kundgebungen, Proteststreiks usw.) und an die Straßenkämpfe (Zusammenstöße zwischen Demonstranten und Polizei) gewöhnt.

Es werden „politische Massenstreiks" provoziert, die alsdann die Möglichkeit schaffen, weitere Kundgebungen zu veranstalten und Vorwände für Generalstreiks, Aufstände usw. zu finden.

So sieht die „Vorbereitung" aus, die unmerklich in einen „unmittelbar revolutionären Zustand" hinüberleitet, so daß die Kommunisten nunmehr ihre endgültigen Gewaltakte unternehmen können.

Die heutige „Prawda" entwickelt darüber hinaus Richtlinien für das internationale Proletariat, die dem obigen Programm entsprechen. Ihr Leitartikel trägt die Überschrift: „Die wichtigste Aufgabe des internationalen Proletariats." Darin finden sich folgende Gedankengänge:

„Vom faschistischen Italien, wo in den sieben Jahren faschistischer Diktatur das Proletariat keine Massenkundgebungen veranstaltet hat, bis zu Deutschland, Polen,

---

[1]) Die Erhöhung des regulären Bestandes der Roten Armee ist eine Tatsache, aber sie läßt sich offenbar zahlenmäßig noch nicht genau feststellen. Nach gewissen Informationen soll der reguläre Bestand (ausschließlich der Landwehrformationen) von etwa 560000 Mann auf rund 800000 Mann erhöht werden.

der Tschechoslowakei und Rumänien erleben wir zur Zeit eine Welle von Massenprotesten gegen die Entlassung von Arbeitern. Allenthalben wird die wachsende Arbeitslosenbewegung blutig unterdrückt, und allenthalben wird diese Bewegung stärker und greift weiter um sich, stets geht sie enger Hand in Hand mit dem Kampf, den die in der Industrie beschäftigten Arbeiter durch Streiks auszufechten haben.

Der Kampf um den Lebensstandard der Arbeiterklasse und der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, der sich zwangsläufig in einen allgemeinen Kampf des Proletariats gegen den Kapitalismus verwandelt, stellt also heute die wichtigste Aufgabe der internationalen kommunistischen Vorhut dar. Nur die Kommunisten vermögen den Kampf gegen die Massenentlassungen, gegen das Elend der Arbeitslosigkeit wirksam zu organisieren ... Nur die Kommunisten können die demagogischen Machenschaften der Arbeitgeber, des Faschismus und des Sozialfaschismus aufdecken und den gegenwärtigen revolutionären Kampf der Arbeitslosen zu einem wesentlichen Glied des Kampfes gegen die kapitalistische Monopolwirtschaft, des Kampfes für die revolutionäre Diktatur des Proletariats machen. Nur durch eine kühne und zielbewußte Organisation der Arbeitslosen, durch Schaffung von Arbeitslosenräten und durch ihre Verbindung mit den Kampfausschüssen der beschäftigten Arbeiter, durch die Organisation eines tatkräftigen Kampfes der in den Werken beschäftigten Arbeiter zur Unterstützung der Arbeitslosen, nur dadurch, daß wir die Arbeitslosen in die wirtschaftlichen Kämpfe der beschäftigten Arbeiter gegen ihre Arbeitgeber mithineinziehen, wird es möglich sein, die spontane Bewegung der Arbeitslosen auf ein höheres revolutionäres Niveau zu heben."

Diese Richtlinien der „Prawda" sind um so interessanter, als sie deutlich den künstlichen und absichtlich aufreizenden Charakter des kommunistischen Eingreifens in die durch die Arbeitslosigkeit bedingte Bewegung erkennen lassen.

Die „Prawda" gibt zu, daß diese Bewegung „spontan" ist. Mit anderen Worten, die Arbeitslosen versuchen spontan, wieder einen Broterwerb zu finden. Die Kommunistische Partei dagegen ist bestrebt, diese spontane Bewegung „auf ein höheres revolutionäres Niveau" zu bringen. Wohlgemerkt, die Partei ist bestrebt, Leute, denen es lediglich darauf ankam, Arbeit zu finden, zur Revolution zu treiben.

Aus den Richtlinien der „Prawda" geht hervor, daß die Kommunisten sich gleichzeitig bemühen sollen, die Arbeiter, die ihren Arbeitsplatz im Werk behalten haben, aufzuwiegeln und zu „organisieren", um sie in die Bewegung der Arbeitslosen hineinzuziehen; dies muß natürlich dazu führen, daß sie entweder infolge eines Streiks oder durch Entlassung den bisherigen Broterwerb verlieren.

Letzten Endes handelt es sich also offenbar darum, systematisch eine Verschärfung der Wirtschaftskrise und den Ausbruch eines Bürgerkrieges zu provozieren.

Aber während die russischen Kommunisten auf diese Weise zur Revolution in Europa hetzen, möchten sie gleichzeitig die führende Rolle, die sie hierbei spielen, verschleiern. Hier haben wir es mit einer internationalen Anwendung der Taktik zu tun, die die Kommunistische Partei im Innern der UdSSR ständig befolgt: die beabsichtigten Maßnahmen werden stets so dargestellt, als ob mit ihnen angeblichen

Wünschen und Anregungen der Volksmassen Rechnung getragen werden solle. So wird auch in diesem Falle der Anschein erweckt, als hätten die „kommunistischen Parteien Westeuropas" den Gedanken einer revolutionären Ausbeutung der Arbeitslosigkeit aufgebracht. Obgleich die „Prawda" recht gut weiß, daß die Parole aus Moskau stammt, tut das Blatt so, als meine es, sie sei von Düsseldorf ausgegangen:

„Am 2. Februar d. J. hat die in Düsseldorf tagende Konferenz der kommunistischen Parteien Westeuropas den 6. März als internationalen Kampftag gegen die Arbeitslosigkeit gewählt. Dieser Beschluß konnte gar nicht gelegener kommen. Er beweist, daß die kommunistischen Parteien der wichtigsten kapitalistischen Länder Europas sich, als sie ihre Unterschrift unter diesen Beschluß setzten, der Bedeutung durchaus bewußt waren, die dem Kampf gegen die Arbeitslosigkeit und der gegenwärtigen revolutionären Bewegung der Arbeitslosen zukommt. Dieser Entschließung der kommunistischen Parteien Westeuropas haben bereits die kommunistischen Parteien Nord- und Südamerikas beigestimmt. „Der internationale Kampf gegen die Arbeitslosigkeit ist zur wichtigsten politischen Aufgabe des vom Proletariat geführten Klassenkampfes geworden", so heißt es in dem Aufruf der Düsseldorfer Konferenz. Es unterliegt keinem Zweifel, daß diese Parole von sämtlichen kommunistischen Parteien sowie von der gesamten revolutionären Berufsbewegung aufgegriffen werden wird."

Hier haben wir also die Politik der „revolutionären Vorbereitungen", die Herr Stalin in seiner Antwort an die Studierenden der Swerdlow-Universität gefordert hat, in vollem Gange.

Aus dieser charakteristischen Episode lassen sich vor allem zwei Lehren ziehen.

I. Die von der kommunistischen Propaganda abgegebenen Versicherungen stellen im allgemeinen genau das Gegenteil der dieser Propaganda zugrunde liegenden Absichten dar. Wenn die kommunistische Propaganda die Arbeitermassen zum „Kampf gegen die Arbeitslosigkeit" aufbietet, so darf man sicher sein, daß sie auf eine Verschärfung der Arbeitslosigkeit hinarbeitet, um im revolutionären Sinne daraus Vorteil zu ziehen. Wenn sie meldet, daß eine Parole in Düsseldorf ausgegeben und in Moskau befolgt worden sei, so ist darunter zu verstehen, daß sie diese Parole in Moskau ausgegeben und in Düsseldorf zur Annahme gebracht hat. Wenn sie erklärt, sie „kämpfe gegen den Krieg, gegen einen imperialistischen Überfall auf die UdSSR", so heißt das, daß sie im Begriff steht, einen Krieg vorzubereiten und die UdSSR in den Stand zu setzen, ihre Nachbarn ungestraft anzugreifen.

II. Da die Moskauer Machthaber es nicht begreifen wollen, daß eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines fremden Landes nicht zulässig ist, weil sie mit den korrekten Beziehungen, die man zu dem betreffenden Lande aufrechterhalten soll, unvereinbar ist, so darf auch keine der Regierungen, welche diplomatische Beziehungen zur UdSSR unterhalten, in ihrer Haltung gegenüber der Sowjetregierung die von der russischen Kommunistischen Partei betriebene Innenpolitik außer acht lassen. Tatsächlich wird diese Innenpolitik nicht durch die Interessen des Sowjetstaates, sondern vielmehr durch die Interessen der Weltrevolution bestimmt. Sie

wird derart betrieben, daß sie stets politische Eingriffe des russischen Kommunismus in die Angelegenheiten der anderen Länder sowie sein militärisches Eingreifen in künftige Konflikte ermöglicht. Hieraus folgt, daß die ausländischen Regierungen kein Recht haben, sich an den ungeheuerlichen Ungerechtigkeiten, die gegen einen Teil der russischen Bevölkerung begangen werden, zu desinteressieren. Wenn die ausländischen Regierungen es unterlassen, alle in ihrer Macht stehenden friedlichen Maßnahmen zu ergreifen, um diesem Regime der Ausplünderung und Proskriptionen ein Ende zu bereiten — denn es gibt friedliche Maßnahmen, die sein Ende beschleunigen könnten —, so würden sie die Interessen ihrer eigenen Länder schädigen.

Jean Herbette

BOTSCHAFT DER FRANZÖSISCHEN REPUBLIK
BEI DER UNION DER SOZIALISTISCHEN
SOWJETREPUBLIKEN

Politische und Handelsabteilung
Nr. 156 (Europa)

Moskau, den 19. Februar 1930

Der Botschafter der Französischen Republik in Moskau
an Seine Exzellenz Herrn Aristide Briand,
Minister der auswärtigen Angelegenheiten

Vorsichtsmaßregeln, die vor jeder ernsten Spannung in den französisch-sowjetischen Beziehungen zu treffen wären

Vertraulich

Obwohl die Politik der Französischen Regierung gewiß nicht auf einen Abbruch der Beziehungen zur UdSSR ausgeht, so läßt doch der Lauf der Ereignisse nicht verkennen, daß eine ernste Spannung in den Beziehungen der UdSSR mit Frankreich wie mit anderen Ländern eintreten kann. Diese Spannung kann zum Abbruch führen, und alles kann sehr schnell gehen, welche Anstrengungen man auch unsererseits unternehmen mag, um einen solchen Ausgang zu verhüten. Tatsächlich arbeiten die Kräfte, die in Moskau am Werke sind, auf die Weltrevolution hin und nicht auf normale Beziehungen zu den fremden Staaten. Durch Entgegenkommen kann man sie nicht entwaffnen, denn sie wollen zerstören. Sie neigen sogar dazu, die ausländischen Regierungen, die sich entgegenkommend zeigen, noch mehr zu brutalisieren, weil sie sie für schwach halten. Konzessionen führen sicherer zum Bruch als Widerstand.

Wir müssen uns also mit den Vorsichtsmaßregeln befassen, die vor jeder ernsten Spannung zum Schutze der Personen und der Werte zu ergreifen wären, die in der UdSSR zurückzulassen unsere Pflicht uns verwehrt. Ich betone, daß Vorsichtsmaßregeln vor Eintritt der schweren Spannung getroffen werden müssen und nicht erst unmittelbar vor dem Abbruch der Beziehungen; denn dieser kann durch irgendeine Initiative der Sowjetbehörden oder irgendeine Reaktion der französischen öffentlichen Meinung überstürzt werden, und übrigens würde die GPU wahrscheinlich nicht warten, bis der Abbruch in aller Form vollzogen ist, um zuzugreifen.

Die zu treffenden Vorsichtsmaßnahmen können allgemein durch folgende drei sehr einfache Überlegungen umrissen werden:

I. Die Geiseln und Pfänder, die wir zurückhalten, werden die einzige wirksame Garantie für die Personen und Werte darstellen, die wir pflichtgemäß nicht aufgeben dürfen. Daher ist es angebracht, schon vorher alle notwendigen Maßnahmen zu treffen, damit nicht nur das diplomatische und Konsulatspersonal der Russischen Botschaft Frankreich nicht verläßt, ohne daß gleichzeitig und unter denselben Sicherheitsbedingungen die Abreise des Personals der Französischen Botschaft in der Sowjetunion stattfindet, und daß weiter wichtige

sowjetische Beamte, die keine diplomatischen Pässe haben, lange genug in Frankreich zurückgehalten werden, um die ungehinderte Abreise der Franzosen, die die UdSSR verlassen möchten, zu gewährleisten. In der gleichen Weise müssen die sowjetischen Institutionen in Frankreich unmittelbar oder mittelbar gehörenden Werte so lange festgehalten werden, bis die französischen Werte die UdSSR verlassen können oder, wenn sie nicht transportierbar sind, durch geeignete Garantien sichergestellt werden. Die Gebäude, die der russische Staat oder irgendwelche sowjetische Institutionen in Frankreich besitzen, müssen einschließlich ihres Mobiliars als Bürgschaft für die Gebäude und Möbel dienen, die der französische Staat oder irgendwelche französischen Staatsbürger in der UdSSR besitzen.

II. Jeder Franzose, jeder französische Schutzbefohlene und jeder Ausländer im Dienste einer französischen Institution, den wir nach einem Abbruch der Beziehungen in der UdSSR zurücklassen würden, wäre in Todesgefahr. Das haben die Hinrichtungen bewiesen, die 1927 hier nach der Abreise des britischen Geschäftsträgers stattfanden. Daher wäre es angebracht, sofort bei Eintritt einer schweren Spannung in den französisch-sowjetischen Beziehungen die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um alle französischen Staatsbürger, die damit einverstanden sind, die UdSSR zu verlassen, in die Heimat zurückzubringen und gleichzeitig (wenn sie es wünschen) die wenigen Personen, die den französischen Institutionen mit Hingebung dienen, ohne die französische Staatsangehörigkeit zu besitzen, mitzunehmen. Als im Falle einer Spannung besonders bedroht, weise ich auf zwei Familien hin, die in Wirklichkeit französisch, in den Augen der Behörden der UdSSR aber sowjetisch sind: die Familien von zwei Hilfskräften der Botschaft, nämlich von Frau Ott und von Herrn Makedonsky du Tour.

III. Alle französischen Werte, die nach einem Abbruch der Beziehungen in der UdSSR zurückbleiben, sind der Plünderung oder Beschlagnahme ausgesetzt. Ein Beweis dafür sind die Plünderung unserer Botschaft durch die eigenen Agenten der Sowjetregierung und die Beschlagnahme fast des gesamten französischen Eigentums in Rußland während der Unterbrechung der Beziehungen nach der bolschewistischen Revolution. Das System der Haussuchungen in den Städten und der Requisitionen auf dem Lande wird übrigens augenblicklich mit einer derartigen Schärfe gehandhabt, daß man sich keine Illusionen über das Schicksal machen kann, das unsere Kirchen in Moskau und Leningrad, unser Asyl in Leningrad, das Eigentum unserer Staatsangehörigen und vielleicht sogar unsere frühere Botschaft in Leningrad erwarten würde. Daher ist es notwendig:

a) die Abholung und den Transport nach Frankreich für alle Wertgegenstände, die in französischen Gebäuden oder bei französischen Privatpersonen vorhanden sind, zu organisieren;

b) die Ausfuhr des sowjetischen Eigentums aus Frankreich zu verhindern, solange das Gelingen der vorstehend erwähnten Maßnahme nicht feststeht;

c) über gesetzliche Handhaben zu verfügen, um in Frankreich sowjetischen Besitz mindestens im Werte der französischen Immobilien in der UdSSR für eine Beschlagnahme zugriffsfähig zu halten.

Jean Herbette

BOTSCHAFT DER FRANZÖSISCHEN REPUBLIK
BEI DER UNION DER SOZIALISTISCHEN
SOWJETREPUBLIKEN

Politische und Handelsabteilung
Nr. 179 (Europa)

Moskau, den 26. Februar 1930

Der Botschafter der Französischen Republik in Moskau
an Seine Exzellenz Herrn Aristide Briand,
Minister der auswärtigen Angelegenheiten

Unterredung mit Litwinow Vertraulich

Herr Litwinow, dem ich vorgestern von meinem bevorstehenden Urlaubsantritt erzählt hatte, bat mich, ihn heute aufzusuchen. Er empfing mich sehr liebenswürdig, und ich fragte ihn, was er wünsche, daß ich Eurer Exzellenz ausrichte.

Herr Litwinow eröffnete das Gespräch sogleich mit dem Gegenstand, den er ohne Zweifel im Auge gehabt hatte: die Pressekampagne gegen die Sowjetbotschaft in Frankreich. Er sagte mir, daß die Französische Regierung diese Angriffe „zugelassen" habe und daß infolgedessen eine sehr unfreundliche Stimmung aufgekommen sei.

Ich griff das Wort „zugelassen" auf und machte Litwinow darauf aufmerksam, daß die französische Presse vollkommen unabhängig sei und daß sie, weit entfernt davon, sich treu und brav offiziellen Direktiven zu fügen, die im übrigen bei uns nicht üblich seien, öfters etwas sogar gegen die Absichten der Regierung schreibe. Ich erklärte ihm, daß nicht die Rede davon sein könne, der Französischen Regierung auch nur die geringste Teilnahme an einer sowjetfeindlichen Hetze vorzuwerfen. Ich fügte hinzu, daß ich selbst eine große Anzahl französischer Zeitschriften erhalte und tagtäglich feststellen könne, daß viele von ihnen niemals auch nur ein einziges unfreundliches Wort gegen Herrn Dowgalewsky geschrieben haben. Litwinow erwiderte darauf, daß sein Gedanke folgender sei: einem patriotischen Gefühle folgend, würden die französischen Zeitungen es zweifellos unterlassen, gewisse Anschauungen zu vertreten, wenn sie Grund hätten, anzunehmen, daß ihre Regierung sie als den staatlichen Interessen zuwiderlaufend betrachte.

Ich wiederholte, daß unsere Zeitungen sich keineswegs verpflichtet fühlten, die Regierung über die Meinungen zu befragen, die sie vertreten; ich entwickelte nun meinerseits nachstehenden Gedankengang:

Wenn es den Anschein haben würde, daß die Regelung der Frankreich interessierenden Fragen zwischen Paris und Moskau im Gange sei, dann wäre es in der Tat wahrscheinlich, daß die französische Presse, eben aus jener patriotischen Einstellung heraus, von der Herr Litwinow gesprochen habe, es unterlassen würde, störend in Verhandlungen einzugreifen, die ein günstiges Ergebnis zeitigen könnten. Bedauerlicherweise sei aber nicht eine einzige der Fragen, die Frankreich interessierten,

geregelt worden oder auch nur auf dem Wege der Lösung. Selbst wenn es sich um Angelegenheiten handelt, die keinerlei politischen Charakter haben, wie der Schutz des literarischen Eigentums oder die den in der UdSSR ansässigen französischen Staatsangehörigen einzuräumenden Garantien, habe sich nicht der geringste Fortschritt gezeigt.

Litwinow führte keine einzige Frage an, über die eine Einigung erzielt werden könnte. Er beschränkte sich darauf, zu sagen, daß die Französische Regierung nicht den Wunsch zu haben scheine, mit der UdSSR zu verhandeln.

Ich erwiderte, daß ich ihm ein Beispiel jüngsten Datums anführen könne, das der Botschaft besonders bekannt sei. Gerade jetzt werden in der UdSSR Franzosen der wenigen Hektar Landes oder des kleinen Häuschens oder selbst der Möbel, die sie in ihrem Zimmer stehen haben, enteignet. Wenn das Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten die Beschwerden dieser Botschaft beantwortet, erklärt es gewöhnlich, daß es nicht eingreifen könne. Ich hielt unlängst dem zuständigen Referenten, Rubinin, vor, daß eine derartige Antwort in Frankreich keinen guten Eindruck hervorrufen könne, und ich regte die Einführung eines freundschaftlichen Verfahrens der Besprechung an, um diese Beschwerdefälle zu behandeln: einer der Mitarbeiter dieser Botschaft würde sich mit einem Funktionär des Volkskommissariats für Auswärtige Angelegenheiten ins Benehmen setzen, und die beiden würden zusammen in aller Ruhe, an Hand der Unterlagen, die Maßnahmen prüfen, die man in jedem Einzelfalle ergreifen könnte, um den Schaden, den französische Staatsangehörige, gewöhnlich arme Leute, erlitten haben, wiedergutzumachen oder zum mindesten zu verringern. Herr Rubinin, den diese Anregung zu interessieren schien, hatte mir zugesagt, mit Litwinow darüber zu sprechen. Ich erhielt aber niemals eine Antwort. Wie kann man da sagen, daß es die Franzosen sind, die sich weigern, Gespräche aufzunehmen?

Da die Worte Litwinows mir die Gelegenheit boten, seine Aufmerksamkeit auf die Nachteile der Hetzkampagnen zu lenken, die hier betrieben werden, und da ich ihm meinerseits die Möglichkeit geben wollte, sich über die Absichten der Sowjetregierung zu äußern, habe ich mir erlaubt, noch folgende Ideen zu entwickeln:

Das politische Leben in der UdSSR wird in der Art gelenkt, daß öffentliche Erörterungen über die auswärtige Politik hier viel seltener vorkommen als in anderen Ländern. Wenn fremde Regierungen versuchen, die Politik der UdSSR zu verstehen, sind sie also darauf angewiesen, die Artikel der Sowjetpresse, die Reden, die sie veröffentlicht, und die Kundgebungen, über die sie schreibt, zu Rate zu ziehen. Man muß nun wohl zugeben, daß diese Äußerungen der Presse, der Redner und Kundgebungen im allgemeinen auf einen kriegerischen Ton abgestimmt sind. Gerade heute wieder haben zwei Zeitungen, die gut unterrichtet sein könnten, Artikel über Indochina veröffentlicht, die eine bedauerliche Tendenz zeigen. Zahlreiche andere Fragen, wie z. B. Bessarabien, geben Anlaß zu Demonstrationen, die man nicht gerade friedlich nennen kann. Wie sollte sich eine fremde Regierung, die notgedrungen dazu gebracht wird, die Politik der UdSSR nach dem zu beurteilen, was man hier darüber sagt, gerne in Verhandlungen mit der Sowjetregierung einlassen? Wenn zufällig

eines der Ereignisse, das die Presse, die Redner oder die sowjetischen Kundgebungen anzukündigen scheinen, im Zuge von Verhandlungen tatsächlich eintreten sollte, in welcher Lage befände sich dann die Regierung, die es unternommen hätte, mit der UdSSR in Verhandlungen einzutreten, gegenüber ihrer eigenen öffentlichen Meinung?

Litwinow antwortete im wesentlichen, wie folgt:

„Da Sie die Äußerungen unserer Zeitungen verfolgen, sehen Sie doch, daß unsere Hauptsorge der Ausführung des Fünfjahresplanes für den Ausbau der Wirtschaft gilt. Glauben Sie tatsächlich, daß der Krieg in diesem Programm seinen Platz finden könnte? Sehen Sie nicht, daß ein Krieg diese ganze große Anstrengung einer wirtschaftlichen Ordnung zerstören würde, der wir uns mit allen Kräften widmen?"

„Ich beobachte tatsächlich mit großem Interesse die Ausführungen Ihres Fünfjahresplanes", entgegnete ich, „aber ich bin von einer Seite dieses Werkes betroffen. Da Ihr Programm schon weit überschritten ist, sehen Sie sich veranlaßt, mit größter Energie alle politischen und sozialen Kräfte des Landes zu mobilisieren. Nehmen wir z. B. die Entwicklung der kollektiven Landwirtschaft. Nach Ihrem Programm sollte die Kollektivisierung dieses Jahr 20 Millionen Hektar umfassen. Wenn ich mich nicht täusche, geht sie viel weiter und hat zur Zeit bereits fast 80 Millionen Hektar erfaßt (Litwinow machte ein zustimmendes Zeichen). Für eine Aufgabe, die viermal so groß ist, als sie vorgesehen war, reichen die administrativen Kräfte nicht aus. Sie heben in den Städten Zehntausende von jungen Arbeitern, Mitgliedern der Kommunistischen Partei, der Kommunistischen Jugend und andere aus und schicken sie auf die Felder. Sie flößen damit dem jüngsten, dem politisch aktivsten Teil Ihrer Bevölkerung einen ungeheuren Auftrieb ein (Litwinow machte neuerlich eine zustimmende Bewegung). Es wird sehr interessant sein, die Wirkungen dieses feurigen Antriebes zu verfolgen. Glauben Sie aber nicht, daß sich morgen eine ebenso ungestüme Bewegung nicht mehr auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiete, sondern auf dem der auswärtigen Politik geltend machen könnte? Nehmen Sie an, daß in einem Nachbarlande ein Aufstand ausbricht, daß es zu Zusammenstößen zwischen den Aufständischen und den Truppen dieses Landes kommt, daß die Aufständischen an die Hilfe der Kommunistischen Partei der UdSSR appellieren: laufen Sie da nicht Gefahr, von der Bewegung, die dann entstehen würde, überflutet zu werden, gleichwie Ihr Programm in der Kollektivisierung der Landwirtschaft überschritten worden ist? Könnten Ihnen nicht die Kreise, die sich daran gewöhnt haben, die Sowjetregierung mitzureißen, besonders nach dem Pressefeldzug, der sie mit dem Gedanken eines auswärtigen Konfliktes vertraut gemacht hat, das Gesetz des Handelns vorschreiben?"

Ich hatte den Eindruck, daß ich da ein Problem berührt habe, das die alten Führer des russischen Kommunismus quält: das Problem, das sich aus der Tatsache des Bestehens einer jungen Generation ergibt, die keine Kenntnis vom Auslande hat, die in den Grundsätzen des revolutionären Angriffsgeistes erzogen wurde, und die, da sie sich der bürgerlichen Welt gegenüber für unüberwindlich hält, sich ihren eigenen Führern gegenüber unbezähmbar zu zeigen beginnt. Welches immer die Gedanken gewesen sein mögen, die Litwinow erfüllten, er begnügte sich, mir zu antworten:

„Man kann nicht solche Analogieschlüsse ziehen. Was Sie da voraussetzen, könnte vielleicht eine gewisse Wahrscheinlichkeit für sich haben, wenn wir im Innern untätig wären und wenn wir uns damit zufriedengeben würden, die Gelegenheit, unsere Kräfte nach außen einzusetzen, einfach abzuwarten. Dann allerdings würden wir uns vielleicht mit allen unseren Machtmitteln in einen internationalen Zusammenstoß stürzen. Aber alle unsere Kräfte, bis zum Äußersten angespannt, sind für ein Werk des inneren Aufbaues eingesetzt. Wir haben keine übrig, um Abenteuer zu versuchen."

Ich muß gestehen, daß ich nicht mehr erreichen konnte. Mein polnischer Kollege, der gestern auch mit Litwinow sprach und der gleichfalls auf Bessarabien angespielt hat, erhielt lediglich folgende Antwort: Die Absichten der Sowjetregierung haben sich in keiner Beziehung geändert.

Man kann nicht den Anspruch erheben, auf irgendwelche Bemerkungen noch auch auf gewisse Verschweigungen Litwinows, ebensowenig auf Artikel, auf Reden oder auf Kundgebungen, ein vollständiges und endgültiges Urteil zu begründen. Wenn es sich darum handelt, zu erfahren, ob ein Krieg sich vorbereitet, sind andere Anhaltspunkte, die mir entgehen können, viel kennzeichnender: militärische Vorbereitungen, das Aufhäufen von Lebensmittelvorräten, finanzielle Maßnahmen, diplomatische Schonung gewisser Staaten usw. Ich kann lediglich die wenigen Daten, über die ich verfüge, zusammenfassen.

Ein Teil davon ist beruhigender Natur. Das kommunistische System arbeitet jetzt mit Hochdruck. Seine Standfestigkeit ist dadurch erschüttert, vielleicht stärker, als man von außen her wahrnehmen kann. Würde es wohl standhalten, wenn es noch dem zusätzlichen und furchtbaren Druck eines Krieges ausgesetzt würde? Ein sehr gut unterrichteter tschechischer Journalist, der seit sechs Jahren hier lebt und der im Begriffe ist abzureisen, um dem Präsidenten Masaryk einen Bericht zu erstatten, antwortete mir vor einigen Tagen, als ich ihn frug, ob er glaube, daß es Krieg geben werde: „Das wäre Selbstmord." Es ist möglich, daß gewisse Parteipersönlichkeiten diese Ansicht teilen, und Litwinow meinte es vielleicht aufrichtig, als er mir sagte, daß für Abenteuer keine Kräfte verfügbar wären. Andererseits sind die Machthaber des Systems offenkundig beeindruckt, wenn man im Auslande gegen ihre Ausschreitungen Stellung nimmt. Der Hirtenbrief des Papstes hat sie besonders erregt. Woher diese Aufregung, wenn sie schon jetzt entschlossen wären, die ganze Welt in die Schranken zu fordern? Die Empfindlichkeiten, ebenso wie die Gesetze inter arma silent.

Das ist im großen genommen alles, was gegen die Wahrscheinlichkeit eines nahe bevorstehenden Krieges spricht. Das übrige ist eine große Unbekannte.

Die erste Unbekannte ist die Mentalität Stalins, der im gegenwärtigen Zeitpunkt, wie man sagt, wenig über Politik spricht, der aber einen furchtbaren Willen mit Scheuklappen hat: „ein kaukasischer Koch, der zu stark gewürzte Gerichte auftischt", nach einem Lenin zugeschriebenen Worte.

Eine weitere Unbekannte ist der stürmische Drang dieser jungen Generation, von der ich mit Litwinow gesprochen habe und deren Erwähnung ihn nachdenklich

gestimmt hat, — er ist Vater, und sein Sohn geht mit ihm nicht immer sehr zart um. Die deutsche Generation, die nach Bismarck kam, den sie vergötterte, hat die Zukunft seines Werkes in einem Kriege auf das Spiel gesetzt, den er wahrscheinlich mißbilligt hätte. Die Generation, die nach Lenin gekommen ist, den sie lärmend verehrt, könnte dasselbe tun.

Eine andere Unbekannte ist der Mythos der Weltrevolution. Das ganze System beruht auf dieser Hoffnung. Viele Agenten auf der ganzen Welt träumen oder leben davon. Der panslawistische Mythos, dessen Propaganda unvergleichlich weniger vollendet und dessen Einflußsphäre eine unvergleichlich kleinere war, hat trotzdem das alte Rußland in einen Krieg verwickelt.

Eine Unbekannte ist auch die Armee. Nicht, daß der bäuerliche Rekrut Wert darauf legen würde, zu kämpfen, noch die Zivilgewalt, von den Militärs beiseitegeschoben zu werden. Aber man wendet für diese Armee Beträge und Kräfte auf, die geradezu absurd wären, wenn die Waffe, die man schmiedet, niemals gebraucht werden sollte. Der „Sieg", den die Sowjettruppen im November vorigen Jahres in der Mandschurei errungen haben und den die offizielle Propaganda seither so ausgiebig ausgeschlachtet hat, zeigt, daß die russischen Kommunisten wohl imstande sind, anzugreifen, und daß der militärische Erfolg sie begeistert.

Bei dem Besuche, den die ausländischen Militärattachés kürzlich dem schweren Artillerieregiment von Riazan abgestattet haben, hat die Begeisterung oder die Wodka einigen Sowjetoffizieren merkwürdige Bekenntnisse entlockt. Einer von ihnen erklärte, daß ein Soldat keine abfällige Bemerkung über das System machen könne, ohne daß seine Vorgesetzten noch am selben Tage einen Bericht über das von ihm Gesagte in Händen hielten. „Unser politischer Dienst", fügte dieser Offizier hinzu, „ist bewundernswert; die ausländischen Armeen kennen nichts Derartiges, und damit fehlt ihnen eines der ausschlaggebenden Hilfsmittel des Krieges; wir werden den roten Bazillus auf sie übertragen." Bei der Abfahrt bemühte sich eine Gruppe von Sowjetoffizieren, sich dem polnischen Militärattaché gegenüber besonders liebenswürdig zu zeigen: „Auf Wiedersehen!" riefen sie ihm zu. „Und das wird bald sein!"

Die Unbekannte ist schließlich der Funke, der die in der UdSSR und in allen Ländern Europas durch die fanatische Propaganda des russischen Kommunismus aufgehäufte Masse der Leidenschaften, der Besorgnisse, des Mißtrauens und des Hasses wie einen ungeheuren Haufen von Sprengstoff entzünden könnte. Wie zu Zeiten der Religionskriege ist das eine Propaganda, die der Vernunft Hohn spricht und die gerade daraus ihre Vielfalt und ihre Wirkungskraft schöpft. Sie beutet in Deutschland die Sehnsucht nach einer Revanche aus und in Frankreich das Friedensbedürfnis. Sie schürt bei den Schwarzen in Afrika und in den Vereinigten Staaten gegen die weiße Rasse, aber sie predigt den Mohammedanern in Zentralasien die europäische Denkungsweise, und jetzt hat sie sich in Palästina „arabisiert", sich also als antisemitisch ausgegeben. Wie soll man da eine Garantie dafür übernehmen, daß beim Zusammenstoß so vieler überreizter Ansprüche nicht irgendwo oder irgendwann ein Funke aufspringt?

Die Explosion auf der „Maine" löste den spanisch-amerikanischen Krieg aus, und erst später fand man, daß die Spanier daran gar nicht schuld waren. Was wäre heutzutage wohl nötig, um einen sowjetisch-polnischen oder einen sowjetisch-rumänischen Krieg zu entfesseln? Vielleicht würde ein einziger Provokateur, ein Narr, ein Mißverständnis dafür genügen. Der russische Kommunismus bringt sie am laufenden Bande hervor.

Die Zukunft, selbst die allernächste, bleibt also in gefährlicher Weise ungewiß. Eins aber scheint gewiß: der Ausbruch eines Krieges wird um so weniger wahrscheinlich sein, je besser man darauf vorbereitet ist, jedem Angriff augenblicklich entgegenzutreten. Die russischen Kommunisten sind noch nicht stark genug, um sich wissentlich und freiwillig in einen lange dauernden Krieg auf breiter Front zu stürzen. Sie könnten nur einen sehr raschen und rein örtlichen Erfolg erringen. Wenn sie annehmen können, daß sich der ganze Mechanismus der Verteidigung — Bündnisse, Völkerbund — nur langsam in Bewegung setzen wird, werden sie in die Versuchung kommen, ihr Glück zu versuchen. Wenn sie dagegen feststellen, daß die Bündnisse und Sanktionen unverzüglich über sie hereinbrechen werden, dann werden sie sich von jener Vorsicht leiten lassen, die sich sogar nach Lenin in Fällen empfiehlt, in denen man nicht der Stärkere ist. Um den Frieden aufrechtzuerhalten, angesichts des Herannahens eines Frühjahres und eines Sommers, die kritisch werden können, muß man sich daher in die Lage versetzen, jeden Angriff, der von der UdSSR unternommen, hervorgerufen oder unterstützt würde, in gemeinsamem Einvernehmen und sofort zurückzuweisen.

BOTSCHAFT DER FRANZÖSISCHEN REPUBLIK
BEI DER UNION DER SOZIALISTISCHEN
SOWJETREPUBLIKEN

Politische und Handelsabteilung
Nr. 202 (Europa)

Moskau, den 10. März 1930

Der Botschafter der Französischen Republik in Moskau
an Seine Exzellenz Herrn Aristide Briand,
Minister der auswärtigen Angelegenheiten

Der Rückzug Stalins

Die kommunistischen Parteiführer haben in letzter Zeit erkannt, daß die innere Lage der UdSSR überspannt war. Die Bauern wurden zu radikal ihres Viehes und ihres Grund und Bodens beraubt, die Stadtbevölkerung zu weitgehend enteignet und der Möglichkeit beraubt, ihre Rechte geltend zu machen. Diese Übertreibungen empfand der Kreml keineswegs als skandalös, als er sie anordnete oder duldete. Als er jedoch ihre Auswirkungen feststellen mußte, erschienen sie ihm inopportun. Verschiedene Maßnahmen wurden daraufhin ergriffen, um eine Entspannung herbeizuführen. Am meisten Aufsehen erregt hat ein von Stalin persönlich unterzeichneter Artikel (vgl. meinen Bericht Nr. 185 vom 2. März). Die Wirkungen dieser Maßnahmen machen sich bereits bemerkbar. Sie sind zwar bescheiden, doch gibt sich das russische Volk mit wenigem zufrieden.

In verschiedenen Gegenden und besonders im Umkreise von Moskau haben die Bauern ihre Kuh, ihre Hühner und Bienenstöcke (denn sogar diese hatte man ihnen genommen) zurückerhalten. Landfrauen bringen wieder Milch in die Stadt. Sogar Butter ist heute auf den öffentlichen Märkten Moskaus wieder aufgetaucht (wenn auch zu ungeheuerlichen Preisen). Aus dem Süden wird berichtet, daß man einem italienischen Schützling seinen Hof zurückgegeben habe. Im Norden, in der Gegend von Leningrad, wurden die Zwangsarbeiten, die man finnischen Bauern auferlegt hatte, wieder aufgehoben, oder sie sollen aufgehoben werden. So kennt jeder ein paar Tatsachen, die ihm Hoffnung geben. Andere Verbesserungen werden erwartet, und wenn sie wirklich eintreten sollten, wird der Name Stalins bei den „Bourgeois“ beinahe volkstümlich werden.

Ich brauche wohl kaum hinzuzufügen, daß Stalin gar nicht daran denkt, die „Bourgeois“ zu schonen. Er schont einfach das Pferd, auf dem er sitzt, weil er noch weiterreiten möchte. Die „Kollektivisierung“ auf dem Lande schreitet fort. Gestern brachten die Blätter des Kommunistischen Zentralausschusses eine Aufstellung, aus der folgendes hervorgeht: Vom 20. Januar bis zum 1. März wurden fast 10 Millionen bäuerliche Anwesen von zusammen über 56 Millionen Hektar „kollektivisiert“. Am 1. März zählte die UdSSR bereits über 110000 landwirtschaftliche Kollektivbetriebe, 55% der Bauernhöfe und über 77% des Viehbestandes waren „kollektivisiert“.

Stalin und seine Mitarbeiter fahren also fort, das Privateigentum zu zerstören. Sie haben aber eingesehen, daß es notwendig war, ihre Methoden vorübergehend zu mildern oder ihnen wenigstens einen milderen Anschein zu geben. Auf welche Weise wurde ihnen diese Notwendigkeit klar? Soweit man vermuten kann, sind sie durch Nachrichten sowohl von drinnen als auch von draußen beunruhigt worden.

Im Innern scheint ihnen vor allem die Armee Sorge gemacht zu haben. Die Soldaten bekamen aus ihren Dörfern Briefe, die sie verstimmten. Die Aussicht, bei ihrer Rückkehr vom Militärdienst ihr Vieh und ihre Weiden nicht mehr vorzufinden, hatte nichts Erfreuliches für sie. Vielleicht haben auch die Offiziersfrauen ihren Männern über die großen Schwierigkeiten berichtet, mit denen die Hausfrauen unter dem gegenwärtigen Regime zu kämpfen haben. Wie dem auch sei, so glaubt man zu wissen, daß sich die Truppen an verschiedenen Orten geweigert haben, gegen die Bauernunruhen einzuschreiten. Über diese Zwischenfälle soll Stalin in Kenntnis gesetzt worden sein. Vielleicht hat er noch manches andere erfahren, von dem wir nichts wissen. Als echter Bolschewist führte er daraufhin eine Rückzugsbewegung aus. Denn die Bolschewisten überlegen wie im Kriege: wenn der Angriff zu schwierig wird, setzt man sich vom Feinde ab, um einen neuen Ansturm vorzubereiten.

Die Nachrichten von draußen ließen die gleiche Taktik geboten erscheinen. Die Kommunisten behaupten, der Papst rufe zum „Kreuzzug“ gegen sie auf. Sie erzählen, daß Frankreich, England und Deutschland sich diesem Kreuzzug anschlössen. Es ist dies eine tendenziöse Auslegung eines wirklichen Tatbestandes. Der Papst hat seine Pflicht erkannt, gegen die in der UdSSR begangenen Schandtaten Stellung zu nehmen. Sein Protest kam gerade in dem Augenblick, wo die kommunistische Propaganda jedermanns Geduld erschöpft hatte und alle Interessen verletzte. Wer den religiösen Verfolgungen gegenüber gleichgültig bleibt, befürchtet z. B. einen Angriff der Sowjets gegen einen Nachbarstaat. Wer nicht an einen sowjetischen Angriff in Europa denkt, macht sich wegen kolonialer Unruhen Sorge. Wer, wie Deutschland, keine Kolonien mehr besitzt, ist über die revolutionäre Wühlarbeit im eigenen Lande beunruhigt. Wer die revolutionäre Wühlarbeit geringschätzt, fürchtet das Sowjetdumping usw. Die russischen Kommunisten haben es erreicht oder sind nicht weit davon entfernt, sich alle Welt zum Gegner zu machen. Ein verhältnismäßig günstiges Moment können sie noch verzeichnen: der Vatikan ist bis jetzt die einzige Macht, die sie direkt angegriffen hat. Da sie aber intelligent sind, werden sie sich nicht vorstellen, daß die anderen Mächte so unklug sind, ewig Stillschweigen zu bewahren und uneinig zu bleiben.

Daher versuchen Stalin und seine Mitarbeiter, eine internationale Verständigung zu verhüten, die es mit dem russischen Kommunismus aufnehmen würde. Zu diesem Zweck geben sie sich einen versöhnlichen Anschein. Die Provinzbehörden haben Weisungen erhalten, die Ausländer schonend zu behandeln. Ausländische Konzessionäre, deren Sache verzweifelt zu stehen schien, schöpfen wieder etwas Hoffnung. In einem Dorfe bei Moskau wurde eine Kirche wiedereröffnet. Es soll die Dorfbewohner, wie man mir sagt, nur 2000 Rubel gekostet haben. Andererseits wurde

in Moskau selbst erst gestern noch ein harmloser Priester verhaftet, und die katholischen Priester in Smolensk, Witebsk, Mohilew und Proskurow sind im Gefängnis. Immerhin spricht man von einer Entspannung.

Wird diese Entspannung anhalten? Man kann genau so gut im Kriege fragen, ob eine sich andeutende Rückzugsbewegung fortgesetzt werden wird oder nicht. Sie wird fortgesetzt werden, wenn der gegnerische Druck stark und wirksam genug ist. Drängt man jedoch der zurückgehenden Partei nicht kraftvoll nach, so setzt sie sich fest, sammelt ihre Kräfte und geht von neuem zum Angriff über.

Wieder einmal hängt also das Schicksal der Bevölkerung der UdSSR, die Behandlung der ausländischen Staatsangehörigen und ausländischen Interessen in diesem Lande sowie, man kann es nicht oft genug wiederholen, die Intensität der Revolutionspropaganda in der ganzen Welt von den ausländischen Regierungen ab. Sich gegen die bösen Bolschewisten ereifern, hat nicht mehr Sinn, als auf die bösen Bazillen zu schimpfen. Worauf es ankommt, ist, etwas zu unternehmen, um der Seuche Einhalt zu gebieten. Man kann es, wenn man wirklich will. Die soziale Gesundheit unserer Länder, unserer Kolonien und Rußlands selbst hängt nur von unserem Willen ab.

Jean Herbette

BOTSCHAFT DER FRANZÖSISCHEN REPUBLIK
BEI DER UNION DER SOZIALISTISCHEN
SOWJETREPUBLIKEN

Politische und Handelsabteilung
Nr. 604 (Europa)

Moskau, den 27. Oktober 1930

Der Botschafter der Französischen Republik in Moskau
an Seine Exzellenz Herrn Aristide Briand,
Minister der auswärtigen Angelegenheiten

Bemerkenswerte Erklärungen Enukidzes
über die Innen- und Außenpolitik der UdSSR

Der Generalsekretär des Zentralen Vollzugskomitees der UdSSR, Enukidze, ist eine der angesehensten und einflußreichsten Persönlichkeiten der Kommunistischen Partei in der UdSSR. Seine georgische Abstammung, sein zuverlässiger Charakter, seine Arbeitsfähigkeit und sein Mangel an Ehrgeiz haben zur Folge, daß er sich sogar bei Stalin Gehör zu verschaffen vermag. Er ist seinen Freunden treu, von menschlicher Gesinnung, soweit es von ihm abhängt, und gern bereit, anderen einen Dienst zu erweisen. Sein Amt besteht darin, die gesamte Gesetzgebung der UdSSR vorzubereiten und zusammenzufassen sowie die alljährlichen großen politischen Kampagnen zu organisieren, die als Wahlkampagnen bezeichnet werden. Wenig Männer sind berufener als er, die Politik der Kommunistischen Partei und ihrer Regierung mit Sachkenntnis darzulegen, ohne ihr jemals durch irgendeinen persönlichen Überschwang Gewalt anzutun.

Bei der Eröffnung der diesjährigen Wahlkampagne durch eine Versammlung der Generalsekretäre der Vollzugskomitees der sieben Vereinigten Republiken und der autonomen Republiken hielt Enukidze eine Rede, die heute von der „Iswestija“ wiedergegeben wird. Zwei Stellen dieser Rede scheinen mir so bedeutungsvoll zu sein, daß sie nach meiner Ansicht allen Regierungen vorgelegt werden sollten. Die erste Stelle lautet wie folgt:

„Die riesigen Fortschritte und Ergebnisse, die wir seit anderthalb oder zwei Jahren erzielt haben, hatten im Klassenkampf eine ungeheure Spannung zur Folge. Sie riefen einen gigantischen Widerstand seitens der kapitalistischen Kreise sowohl in den Städten als auch auf dem Lande hervor.

Die Verschärfung des Klassenkampfes hat sehr viel Neues gebracht, sogar für uns Kommunisten, die wir als Schüler von Marx und Lenin die Frage des Klassenkampfes in ihrem ganzen Umfang und ihrer ganzen Tiefe aufgeworfen haben. Der Klassenkampf, der begann, während sich die sozialen Beziehungen wandelten, kann durch nichts aufgehalten oder beseitigt werden. Kein Versprechen, keine Ermahnung, keine Maßnahme können ein solches Ergebnis haben. Der Kampf hat sein Gesetz:

er muß bis zu Ende geführt werden. Eine Klasse muß die andere besiegen, erledigen und vernichten. Es gibt für uns keine andere Lösung. Die Klassen, die im wirtschaftlichen Verlauf des Kampfes zu vernichten sind, müssen bis zu Ende Widerstand leisten. Jede Versöhnung ist ausgeschlossen . . .“

Zur Bekräftigung dieser Behauptung weist Enukidze auf den Widerstand der „Kulaken“ auf dem Lande, auf die in der Sowjetindustrie aufgedeckten „Sabotageorganisationen“ usw. hin und kommt auf seine Formel zurück: „Dieser Kampf kann durch kein Mittel gemildert werden; er muß bis zu Ende geführt werden.“

Nach der Ansicht Enukidzes stehen aber die „Saboteure“, die sich in der UdSSR betätigen, „mit den kapitalistischen Staaten, den unversöhnlichen Feinden der UdSSR, in Verbindung“. Der Generalsekretär des Zentralen Vollzugskomitees kommt damit auf einen zweiten Gedanken zu sprechen, darauf, daß der Kampf mit der Außenwelt ebenso unvermeidlich ist wie der Kampf im Innern. Er gibt seinen Überlegungen folgenden Ausdruck:

„Alle grundsätzlichen Maßnahmen, die wir getroffen haben, alles, was gewöhnlich mit der allgemeinen Parteilinie bezeichnet wird, all das ist zu 100% berechtigt. Denn diese Maßnahmen haben die Interessen unserer Gegner, die gezwungen waren, aus ihren Verstecken hervorzukommen, stark beeinträchtigt. Entweder sie besiegen uns oder sie selber werden von uns vernichtet. Durch unsere Erfolge ist aus dem versteckten Kampf ein offener Kampf geworden. Wir stehen nunmehr vor der entscheidenden Etappe, von der Lenin sagte: ‚Wer wird mit dem anderen fertig werden?[1])‘. Die kapitalistischen Länder haben sich, nachdem sie alle möglichen Kampfmittel gegen uns zu verwenden versuchten, um unsere Organisationsarbeit zu verhindern, mit dem Gedanken einer direkten Intervention vertraut gemacht. Es bleibt ihnen nur noch eine Möglichkeit: das Experiment zu wiederholen, das sie zu Beginn unserer Revolution unternommen haben, und ein zweites Mal zu versuchen, unsere Union durch Waffengewalt zu zerstören.

Wir sind aber fest überzeugt, daß wir alle Hindernisse überwinden werden.“

Wenn die vorstehend übersetzten beiden Stellen sich in der Rede eines einfachen Propagandisten fänden, so verdienten sie nur eine relative Aufmerksamkeit, da man sich immer sagen könnte, es handle sich dabei um extremistische Theorien, für die allein ihr Urheber verantwortlich sei, oder um demagogische Formeln, hinter denen sich eine klügere Politik verbirgt. Es muß aber nochmals betont werden: Die obigen Worte wurden bei einer der maßgebendsten Gelegenheiten, die man sich vorstellen kann, von einem Manne ausgesprochen, der zu den am wenigsten exaltierten Kommunisten gehört und gleichzeitig einer der mächtigsten Leiter der Sowjetverwaltung ist. Die Rede Enukidzes gibt in der ganzen Bedeutung des Wortes das, was die Amerikaner „the key note“, den Grundton der amtlichen Politik, nennen.

Wenn ich auf die Bedeutung dieser Rede hinweise, so liegt mir doch der Gedanke

---

[1]) Dies ist nur eine ungefähre Übersetzung des Titels, den Lenin seiner berühmten, von Enukidze angeführten Schrift gibt: „Кто-кого?“, was dem „Quis quem . . .?“ entspricht.

fern, man könnte sie einer Polemik oder persönlichen Angriffen gegen denjenigen, der sie gehalten hat, zugrunde legen. Polemiken sind in einem so ernsten Kampfe ebenso unangebracht, wie es die Beleidigungen der homerischen Helden im Donner einer Artillerievorbereitung wären. Wollte man Enukidze persönlich vornehmen, so würde man sich erniedrigen, während man doch nur dann siegen kann, wenn man sich emporhebt; gleichzeitig würde man dadurch sehr schlecht den gewiß unfreiwilligen, immerhin aber wertvollen Dienst lohnen, den er mit seiner Rede allen denen leistet, die dafür ein offenes Ohr haben wollen.

In diesem neuen Abschnitt der sozialen Entwicklung, den die Marxisten den Klassenkampf nennen, rechnet man gewöhnlich damit, daß „alles schon in Ordnung kommen wird". Man ist gewöhnt, bewußt oder unbewußt damit zu rechnen, weil mit Ausnahme der russischen Revolution alle sozialen Umsturzversuche bisher kläglich gescheitert sind, wie die Pariser Kommune oder der Handstreich Bela Kuns in Budapest. Man hat sich an diesen Optimismus gewöhnt, weil die Revolutionäre selbst, die immer in Ländern lebten, die gar keine Revolution durchmachten, mit der Zeit ihre Unnachgiebigkeit verloren und Geheimräte wurden, so wie John Burns oder die jetzigen Führer der Labour Party, oder aber Kanzler, so wie die Führer der deutschen Sozialdemokratie, ja sogar monarchistische Diktatoren, so wie Mussolini. Das Milieu hat aber auf die Generationen und sogar auf die Einzelpersonen einen fast ebenso bestimmenden Einfluß wie auf die Mikroorganismen. Eine Kultur, die in einem normalen Milieu ihre Virulenz verliert, kann diese in einem unausgeglichenen Milieu aufs Äußerste steigern. Nicht nur jedem gesetzlichen Zugriff, sondern auch jeder Kontrolle und Begrenzung ihrer Macht entrückt, haben die Kommunisten, denen es von 1917 bis 1920 gelungen ist, sich Rußlands zu bemächtigen und es seitdem zu regieren, ihre Doktrin keineswegs gemildert. Sie haben sie vielmehr aufs Äußerste gesteigert und jüngere Anhänger aufgenommen, die sich nicht damit begnügten, ihnen zu folgen, sondern die sie mit fortgerissen haben. So ist in Rußland ein „Generalstab der Weltrevolution" entstanden, der fest entschlossen ist, seine Klassengegner „zu vernichten". Im Innern alles zu vernichten, was nicht proletarisiert oder proletarisierbar ist, und draußen alle fremden Regierungen und alle sozialen Klassen zu vernichten, die diese Regierungen unterstützen.

Enukidze war so freimütig, zu sagen: „Es gibt für uns keine andere Lösung." Er hat sich damit ehrlicher und der Achtung würdiger erwiesen, die ein loyaler Gegner verdient, als die Leute, deren dunkle Sprache oder besänftigender Ton uns von unmöglichen Kompromissen träumen läßt. „Der Kampf hat sein Gesetz: er muß bis zu Ende geführt werden." Das ist die Absicht der russischen Kommunistischen Partei. Das ist das Werk, an dem ihre Regierung arbeitet. Im Grunde genommen ist es der Krieg, und zwar der Krieg „bis zum Ende".

Diese Feststellung bedeutet keineswegs, daß unsere Politik Rußland gegenüber aggressiv sein muß. Ein Angriff wäre eine Ungerechtigkeit. Eine Ungerechtigkeit wäre ein Grund zur Niederlage. In einem Kampfe, der „nicht auf Leben, sondern auf Tod" gerichtet ist, wie Enukidze mit starken Worten sagt, haben wir nicht das Recht, auch nur eine Chance gegen uns zu wenden.

Aber es muß dem Gegner ein ebenso starker Wille entgegengesetzt werden wie der seinige, eine ebenso disziplinierte Organisation, ein ebenso klares Bewußtsein der Notwendigkeit, „bis zum Ende" zu kämpfen.

Vor allem muß man sich die einzige, entscheidende Überlegenheit über den Gegner sichern: diejenige, besser für das Wohl der Menschheit zu arbeiten als er. Der Kommunismus wird das Spiel dann verloren haben, wenn es den anderen Regierungen gelingt, für Frieden und Wohlstand zu sorgen, und wenn sie den Volksmassen ein Ideal geben können, das demjenigen des Sozialismus moralisch überlegen ist; denn die materiellen Befriedigungen, die man den Massen gibt, erhöhen nur ihre Forderungen, wenn man nicht unaufhörlich ihre Wirkungen dadurch ausgleicht, daß man die beiden unerläßlichen Voraussetzungen des Glücks, die Disziplin und das Ideal, hebt.

Jean Herbette

BOTSCHAFT DER FRANZÖSISCHEN REPUBLIK
BEI DER UNION DER SOZIALISTISCHEN
SOWJETREPUBLIKEN

Politische und Handelsabteilung
Nr. 72 (Europa)

Moskau, den 21. Januar 1931

Der Botschafter der Französischen Republik in Moskau
an Seine Exzellenz Herrn Aristide Briand,
Minister der auswärtigen Angelegenheiten

Erklärungen des Sekretärs der Kommunistischen Partei Kaganowitsch über die Notwendigkeit der Verstärkung der militärischen Machtmittel der UdSSR

Auf dem IX. Kongreß der Kommunistischen Jugend, der augenblicklich in Moskau stattfindet, hat einer der Sekretäre des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der UdSSR, Kaganowitsch, eine große politische Rede gehalten. Die „Iswestija" bringt heute den Wortlaut, und das Staatsdepartement findet in der Anlage eine Übersetzung des die Außenpolitik betreffenden Teiles der Rede.

Seitdem Molotow das Parteisekretariat verlassen hat, um Vorsitzender des Rates der Volkskommissare zu werden, ist Kaganowitsch der Hauptmitarbeiter Stalins in der inneren Verwaltung der Partei. Übrigens hat er vorher die ukrainische Kommunistische Partei geleitet. Kaganowitsch ist, nebenbei bemerkt, ein Mann, dem es weder an Intelligenz noch an Gewandtheit mangelt. Vielleicht hat er den Fehler, daß er sich gerne etwas zu sehr in den Vordergrund schiebt, was unter dem Regime Stalins nicht empfehlenswert ist. Für den Augenblick steht er aber an hervorragender Stelle, und die von ihm abgegebenen Erklärungen sind zweifellos mit Stalin persönlich vereinbart worden.

Ihre Bedeutung ist sehr klar. Die Mitglieder der Kommunistischen Jugend und durch sie die Angehörigen der ganzen jungen sowjetischen Generation werden amtlich darüber aufgeklärt, daß die kapitalistische Welt dem Bankerott und dem Kriege entgegengeht, daß ein Konflikt zwischen ihr und der UdSSR unvermeidlich ist und daß die UdSSR sich auf den Zusammenstoß vorbereiten und dafür ihre militärischen Machtmittel noch verstärken muß. Zweifellos ist dies alles nicht neu, vielleicht mit Ausnahme der etwas auffälligeren Anspielung auf die zeitweisen Entspannungen, durch die man sich nicht täuschen lassen dürfe. Aber gerade die häufige Wiederholung dieser Formeln vergrößert die Gefahr. Zweifellos muß eine Propaganda, die jahrelang in dieser Weise betrieben wird, mit allen Überredungskünsten und Druckmitteln, über die in der UdSSR die Kommunistische Partei verfügt, mit allen Hilfsmitteln, die sie aus dem ungeheuren Lande zieht, das sie sehr rasch erschließt, zu internationalen Zusammenstößen und revolutionären Ereignissen führen, sofern sich nicht endlich eine Politik abzeichnet, um auf friedlichem Wege diesen Gefahren zu begegnen, solange es dazu noch Zeit ist.

Jean Herbette

Anlage zum Telegramm Nr. 72

Die internationale und innerpolitische Lage des Landes und die Aufgabe der Kommunistischen Jugend

Bericht von Herrn Kaganowitsch an den IX. Kongreß der Kommunistischen Jugend der UdSSR

(Auszug)

Wir kaufen neue Maschinen, wir errichten Fabriken, die neue, sehr leistungsfähige Maschinen herstellen sollen, während man in den Vereinigten Staaten dazu übergegangen ist, Maschinen mit geringerer Leistung zu verwenden, um die größtmögliche Zahl von Arbeitern beschäftigen zu können. In dieser Weise versuchen die Amerikaner, durch technischen Rückschritt die Krise zu überwinden.

Jedermann weiß, daß die Vereinigten Staaten ein reiches Land sind. Weiß man aber auch, daß es in Amerika Menschen gibt, die Hunger leiden? Zweifelt man daran? Die „Times" schreibt hierüber am 10. Januar: „Aus Arkansas wird heute gemeldet, daß in sieben Städten dieses Staates, einschließlich der Stadt England, wo am vergangenen Sonnabend 500 Farmer drohten, die Lebensmittelläden zu plündern, die Menschen vor den Bäckereien Schlange stehen."

Ihr seht, Kameraden, wie im „blühenden" Amerika die Bauern Hunger leiden und schon so weit sind, daß sie Märsche in die Städte unternehmen, um die Läden zu plündern, so daß die Behörden den Ladenbesitzern raten, entweder ihre Ware zu verstecken oder sich mit Maschinengewehren zu bewaffnen, um sich gegen Plünderung wehren zu können.

So schreitet die Krise voran. Dieser Tatbestand bestätigt die Untersuchungen und Vorhersagen des XVI. Parteikongresses. Damit werden die Behauptungen der Sozialdemokraten widerlegt, die das Heil des Kapitalismus im System seiner Organisation selbst sehen. So wird der Irrtum Bucharins offenbar, der tatsächlich die Theorie des organisierten Kapitalismus übernommen hatte und nur mit großer Mühe schließlich wieder davon loskam.

Die Bourgeoisie versucht, die Krise durch grausame Ausbeutung der Arbeiterklasse, durch eine faschistische Organisation und die Vorbereitung eines neuen imperialistischen Krieges zu überwinden. Infolgedessen ist eine Verschärfung der Gegensätze zwischen den kapitalistischen Ländern zu erwarten. Die Ereignisse der letzten Berichtszeit zeigen, daß das Hauptgebiet dieser Gegensätze auch weiterhin die englisch-amerikanische Rivalität ist. Letzthin sind die französisch-italienischen Beziehungen besonders unheildrohend geworden. Auch hat sich zwischen Frankreich und England auf finanziellem Gebiet eine gewisse Spannung bemerkbar gemacht. Ein Politiker wie Lloyd George muß zugeben, daß die Gegensätze stark zunehmen und daß die Atmosphäre mit Elektrizität geladen ist. In Wahrheit war der Ausbau der Rüstungen niemals so beträchtlich wie in der jetzigen Zeit. Die Kapitalisten suchen „eine Lösung in imperialistischen Kriegen und in Interventionen". Die Arbeiter ihrerseits suchen aber „eine Lösung in der Revolution". (Stalin.)

Die Entwicklung der revolutionären Bewegung beunruhigt die Kapitalisten und verstärkt ihren Haß gegen unser Land. Wir konnten dies sowohl vor als auch nach dem XVI. Parteikongreß feststellen; der Feldzug gegen die Sowjetunion hat an Intensität nicht nachgelassen, er nimmt vielmehr immer größere Ausmaße an und entwickelt sich in allen seinen Formen. Es genügt, Tatsachen anzuführen — so den Feldzug gegen unser

sogenanntes Dumping und gegen die angebliche Zwangsarbeit in der UdSSR, ferner die Agrarkonferenz in Polen, die Reise französischer Generale nach Polen, Rumänien und anderen Ländern, die Blockadepolitik gegen die UdSSR, die in der bekannten Verordnung der Französischen Regierung ihren Ausdruck gefunden hat — um überzeugt zu sein, daß die Maßnahmen gegen die Sowjetunion einen organisierten und systematischen Charakter annehmen und zu einer langen Offensive des Imperialismus gegen den im Ausbau befindlichen Sozialismus werden.

Der Feldzug gegen die „Zwangsarbeit" ist besonders komisch. Man denke: Die Kapitalisten, die Beutegeier, die Ausbeuter, die Sklavenhalter, die den „freien Arbeiter" in den Straßen von New York, Berlin und London in die Sklaverei, die Arbeitslosigkeit und den Hunger getrieben haben, dieselben beutegierigen Kapitalisten protestieren gegen die angebliche Zwangsarbeit, die bei uns bestehen soll. Das ist lächerlich und albern, aber es ist eine Tatsache. Die Kapitalisten nehmen Zuflucht zu diesem Kunstgriff, um vor den Massen das ernste Ausmaß der Krise zu verbergen. Der Prozeß gegen die „Industriepartei" hat gezeigt, wie tief die Wurzeln der Intervention gegen die UdSSR gingen. Dieser Prozeß hat enthüllt, wie die durch den französischen Generalstab vertretene Bourgeoisie schon seit Jahren ein Komplott gegen die Sowjetunion vorbereitete, ein Komplott, das eine Intervention von außen und Aufstände im Innern vorsah. Dieser Plan ist gescheitert, weil unsere Kraft und unsere Macht alle diese Versuche zerschmettert haben. Die Kriegstreiber versuchen jetzt, die Spuren ihrer Umtriebe zu verwischen: „Sie haben nichts damit zu tun und haben niemals etwas gemerkt."

Die Gefahr einer Intervention ist noch nicht vorüber. Der Prozeß gegen die „Industriepartei" hat vielleicht eine Intervention gegen uns für einige Zeit hinausgeschoben. Für einige Zeit haben wir die Pläne der Imperialisten durchkreuzt, indem wir vor den Augen der Welt diejenigen entlarvten, die den Krieg vorbereiteten. Wir dürfen uns aber keineswegs beruhigt schlafen legen. Wir müssen uns daran erinnern, daß wir es trotz der Entspannungen, die eintreten können, mit der organisierten Vorbereitung eines Krieges gegen uns zu tun haben.

Deshalb müssen wir mit allem Nachdruck auf die Frage der Landesverteidigung hinweisen. Deshalb müssen der Verband der kommunistischen Jugendorganisationen und mit ihm die ganze Jugend auf die Verstärkung der Roten Armee und auf ihre eigene militärische Vorbereitung bedacht sein. Die jungen Kommunisten müssen nicht nur Elitekämpfer für die Armee und die Marine bilden, sondern Tausende, Zehntausende von Führern, die die technischen Fragen beherrschen und in einem etwaigen Kriege die Streiter im Kampf gegen den Weltkapitalismus zum Siege führen. (Beifall.)

Es ist unsere Pflicht, die Friedenspolitik der Partei und der Sowjetregierung weiterzuverfolgen und den Provokationen nicht nachzugeben. Wir haben die Pflicht, unsere Verbundenheit mit dem Weltproletariat zu vertiefen und daran zu denken, daß im Kampfe gegen unseren Feind — den Weltimperialismus — unsere Armee nicht nur aus den Kräften der Roten Armee besteht, sondern auch aus den Arbeitern und Bauern unseres Landes und aus den Proletariern der ganzen Welt, die sich alle erheben werden, um die Sowjetrepublik, das Vaterland aller Proletarier der Welt, zu verteidigen. (Beifall.)

„Iswestija", 21. Januar 1931.

INHALT

Vorwort 5

Einführung 7

1. Bericht vom 19. August 1927 Nr. 501. Die Außenpolitik des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der UdSSR 29

2. Bericht vom 10. Dezember 1927 Nr. 764. Die Außenpolitik der Kommunistischen Partei der UdSSR nach den Auffassungen Stalins und des Parteikongresses 42

3. Bericht vom 20. Februar 1928 Nr. 170. Die UdSSR im Falle eines Krieges. Informationen über militärische Fragen 51

4. Bericht vom 6. März 1928 Nr. 223. Weitere Einzelheiten zum sowjetischen Abrüstungsentwurf 56

5. Bericht vom 14. März 1928 Nr. 241. Der nächste Kongreß der Profintern ... 60

6. Bericht vom 20. März 1928 Nr. 261. Die Anweisungen der Kommunistischen Internationale für die französische Kommunistische Partei 67

7. Bericht vom 21. März 1928 Nr. 266. Militärische Vorbereitung der UdSSR .. 76

8. Bericht vom 2. April 1928 Nr. 286. Kongreß der Profintern 79

9. Bericht vom 18. April 1928 Nr. 325. Möglichkeit eines auswärtigen Vorgehens der Sowjets 89

10. Bericht vom 1. Mai 1928 Nr. 361. Die Lage der UdSSR 93

11. Bericht vom 22. Mai 1928 Nr. 397. Der zukünftige Angriff, von einem sowjetischen Militärschriftsteller gesehen 96

12. Bericht vom 13. August 1928 Nr. 571. Rede Em. Jaroslawskis auf dem Kongreß der Kommunistischen Internationale über die Organisation einer revolutionären Propaganda bei den Heeren und Flotten der fremden Staaten 100

13. Bericht vom 9. November 1928 Nr. 762. Kommunistische Propaganda aus Anlaß des 11. Jahrestages der Revolution 107

14. Bericht vom 10. November 1928 Nr. 764. Eine kommunistische Theorie über den Angriffskrieg und die Bündnisse mit „bürgerlichen Staaten" 111

15. Bericht vom 23. Juli 1929 Nr. 439. Der Revolutionstag des 1. August; was man in Moskau davon erwartet 121

16. Bericht vom 4. September 1929 Nr. 532a. Die Politik der UdSSR 125

17. Bericht vom 7. Dezember 1929 Nr. 735. Ausführungen Litwinows vor dem Zentralen Vollzugskomitee der UdSSR 128

18. Bericht vom 16. Dezember 1929 Nr. 756. Die Eröffnung der 6. Tagung des Zentralrates der Profintern: Untersuchung, wie sich die revolutionäre Lenkung der Streiks, inbesondere in Frankreich, vervollkommnen läßt 137
19. Bericht vom 27. Dezember 1929 Nr. 778. Die Kunst, mit Hilfe der Negerbevölkerung in den Vereinigten Staaten eine soziale Revolution vorzubereiten 141
20. Bericht vom 22. Januar 1930 Nr. 66. Die Pflicht zu Gegenmaßnahmen 147
21. Privatbrief an den Generalsekretär im Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten, Botschafter Berthelot, vom 22. Januar 1930 151
22. Bericht vom 31. Januar 1930 Nr. 93. Die Ausbildung der kommunistischen Propaganda für das Ausland erfolgt auf Kosten der Sowjetregierung 152
23. Bericht vom 10. Februar 1930 Nr. 127. Wie sich Stalin die Vorbereitung der Weltrevolution denkt 154
24. Bericht vom 19. Februar 1930 Nr. 156. Vorsichtsmaßregeln, die vor jeder Spannung in den französisch-sowjetischen Beziehungen zu treffen wären 159
25. Bericht vom 26. Februar 1930 Nr. 179. Unterredung mit Litwinow 161
26. Bericht vom 10. März 1930 Nr. 202. Der Rückzug Stalins 167
27. Bericht vom 27. Oktober 1930 Nr. 604. Bemerkenswerte Erklärungen Enukidzes über die Innen- und Außenpolitik der UdSSR 170
28. Bericht vom 21. Juni 1931 Nr. 72. Erklärungen des Sekretärs der Kommunistischen Partei Kaganowitsch über die Notwendigkeit der Verstärkung der militärischen Machtmittel der UdSSR 174

Gedruckt
im Deutschen Verlag
Berlin

